

Landgericht Frankfurt/Main

(Gericht)

2/3 0 4/79

Geschäftsnummer:  
Bitte bei allen Schreiben angeben!

EINGEGANGEN  
Anwaltsbüro · Notariat  
1 2. FEB. 1979  
Melemstraße 16  
6000 Frankfurt/M.

V. kündigt am 18.1.1979

HOß JA.

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle

IM NAMEN DES VOLKES

In Rechtsstreit

des Herrn Alparslan Türkes,  
geschäftsansässig in 3 Cad.Nr.43, Bahcelievler,  
Ankara/Türkei,

(Prozeßbevollmächtigte) Rechtsanwalt Spring, 6 Frankfurt am Main,

Antragsteller  
- 439 -

gegen

die Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik  
Deutschland, vertreten durch die Vorstandsmitglieder  
Eugen Loderer und Hans Mayr und Norbert Fischer,  
Wilhelm-Leuschner-Strasse 79-85, 6000 Frankfurt am Main,

-Antragsgegnerin -  
~~XXXXXX~~

(Prozeßbevollmächtigter) Rechtsanwalt Mittelacher, 6 Frankfurt am Main

gegen

hat die 3. Zivilkammer des Landgerichts in Frankfurt am Main

durch

Richter am Landgericht Schwichtenberg als Vorsitzenden:  
Richterin am Landgericht Dr.Kaposi  
Richter am Landgericht Esser

auf Grund der mündlichen Verhandlung vom 18.Januar 1979

für Recht erkannt:

Der Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung  
vom 4. Januar 1979 wird zurückgewiesen.

Der Antragsteller hat die Kosten des Rechtsstreits  
zu tragen.

Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar.

Die zu erstattenden Kosten werden  
auf 2.469 DM 80 Pf nebst 4 % Zinsen  
seit dem 22. 1. 1979 festgesetzt.  
Die Mehrwertsteuer beträgt 139,80 DM.

Frankfurt am Main, den 7. 2. 1979

Meinhardt, Rechtspflegerin

## Tatbestand

Die Parteien streiten im Wege des einstweiligen Verfügungsverfahrens über den Abdruck einer von dem Antragsteller begehrten Gegendarstellung auf eine Veröffentlichung in der Zeitschrift "Metall" Nr.23 vom 15.November 1978. Hinsichtlich des Inhaltes der Erstmitteilung wird auf Seite 8 und 9 des Artikels (Bl.6 d.A.) verwiesen.

Der Antragsteller beantragt,

der Antragsgegnerin im Wege der einstweiligen Verfügung bei Meidung von Ordnungshaft, bei Meidung von Ordnungsgeld bis 500.000,-- DM, für den Fall, daß dieses nicht beigetrieben werden kann, von Ordnungshaft - oder Ordnungshaft bis zu sechs Monaten -, zu vollstrecken an ihrem Vorstand, aufgegeben, in der nächstfolgenden, für den Druck nicht abgeschlossenen Nummer der Zeitung "metall" - Zeitung der Industriegewerkschaft-Metall - in dem gleichen Teil des Druckwerkes und mit gleicher Schrift wie der beanstandete Text ohne Einschaltung und Weglassungen folgende Gegendarstellung abzu- drucken:

### Gegendarstellung

In der Ausgabe Nr.18 der "metall" vom 15.11.1978, Seite 8 und 9, werden in einem Bericht von Jürgen Roth mit der Überschrift "Endlich verbieten" unter anderem meine Tätigkeit als türkischer Politiker sowie die Tätigkeit der MHP, deren Vorsitzender ich bin, behandelt. In diesem Bericht befinden sich folgende Unrichtigkeiten:

1. Unrichtig ist die Behauptung, ich sei Faschist und Führer einer faschistischen Partei. Richtig ist, daß ich als Demokrat Vorsitzender einer demokratischen Partei bin.
2. Unrichtig ist die Behauptung, die MHP unterhalte in der Bundesrepublik Deutschland Tarnorganisa- tionen. Richtig ist, daß die MHP weder an politischen noch an anderen Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland beteiligt ist.

3. Unrichtig ist die Behauptung, ich habe wegen gegen mich und gegen meine Partei gerichtete Demonstrationen meinen Auftritt in Frankfurt absagen müssen. Richtig ist, daß ich keine Zusage für einen Auftritt in Frankfurt gegeben habe; eine Absage ist ebenfalls nicht erfolgt.
4. Unrichtig ist die Behauptung, ich hätte mehrfach, zuletzt am 7.10.1978, auf einer Pressekonferenz in Ankara die Errichtung einer Militärdiktatur gefordert. Richtig ist, daß ich zu keiner Zeit die Errichtung einer Militärdiktatur gefordert habe; ich trete für eine parlamentarische Demokratie in der Türkei ein.
5. Unrichtig ist die Behauptung, daß ich als Führer der "Grauen Wölfe" bereits 1969 paramilitärische Lager in Istanbul, Tokat oder Gaziantep aufgebaut habe, von denen Terrorakte gegen das türkische Volk organisiert wurden; ferner ist die Behauptung unrichtig, daß sowohl ich als auch Führer der MHP "Graue Wölfe" direkt militärisch angeleitet hätten. Richtig ist, daß ich zu keiner Zeit Führer der "Grauen Wölfe" war und auch zu keiner Zeit paramilitärische Lager aufgebaut habe; weder ich noch Führer der MHP haben die "Grauen Wölfe" oder andere Personen militärisch angeleitet.
6. Unrichtig ist die Behauptung, zwei CIA-Agenten hätten noch 1976 in der Unteroffizierschule in Ankara Parteimitglieder der MHP über Brandanschläge, Fememorde und Sabotageaktionen unterrichtet. Richtig ist, daß zu keiner Zeit CIA-Agenten oder sonstige Geheimdienste Mitglieder der MHP über die Begehung von Gewalttaten unterrichtet haben.
7. Unrichtig ist die Behauptung, daß über die Gewalt der Türkischen Republik habe bereits Untersuchungen gegen mich und die MHP eingeleitet, nachdem zahlreiche Gerichte und Staats-

anwälte Verbindungen zwischen den Mörderkommand und der MHP bzw. mir nachgewiesen hätten. Richtig ist, daß der Oberstaatsanwalt weder gegen mich noch gegen die MHP Untersuchungen eingeleitet hat. Auch haben weder Gerichte noch Staatsanwälte irgendwelche Verbindungen zwischen mir bzw. den MHP und Kriminellen, insbesondere Mördern, nachgewiesen.

8. Unrichtig ist die Behauptung, daß ich das Ziel verfolge, für "meine faschistischen Killer und Parteifreunde" politisches Asyl in der Bundesrepublik Deutschland zu erhalten. Richtig ist, daß ich keine Verbindungen zu "faschistischen Killern" unterhalte und daß ich bei meinem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland nicht dafür eingetreten bin, meine Parteifreunde als politisch Verfolgte anzuerkennen.

Ankara, den 15. Dezember 1978

-----  
Alparslan Türkeş  
Vorsitzender der MHP

hilfsweise beantragt der Antragsteller,  
den <sup>Abdruck</sup> Antrag auf eine eingeschränkte Gegendarstellung unter Außerachtlassung von Ziffer 1 des Gegendarstellungsverlangens.

Weiter hilfsweise beantragt er, daß es unter Ziffer 5 des Gegendarstellungsverlangens heißen muß:

„Unrichtig ist die Behauptung, daß ich bereits 1969 paramilitärische Lager.....“

Die Antragsgegnerin beantragt,

den Antrag auf Erlass einer einstweiligen  
Verfügung zurückzuweisen.

Sie trägt vor, die begehrte Gegendarstellung beinhalte teilweise bloße Meinungsäußerungen, teilweise beziehe sie sich auf bloße Meinungsäußerungen Dritter in der Erstmitteilung. Im Übrigen seien die in der Gegendarstellung aufgestellten Tatsachenbehauptungen offensichtlich unwahr.

Zur Ergänzung des Sach- und Streitstandes wird auf die vorgetragenen Schriftsätze nebst Anlagen sowie den übrigen Akteninhalt Bezug genommen.

Entscheidungsgründe:

Der Antrag ist zwar zulässig, hat in der Sache jedoch keinen Erfolg.

Bei Ziffer 1 der Gegendarstellung handelt es sich um eine gemäss § 10 Abs. 1 HPG nicht gegendarstellungsfähige Meinungsäußerung. Die Vorstellungen über den Begriff des Faschismus gehen im politischen Meinungskampf zu weit auseinander, als daß hierüber auch nur annähernd eine allgemein gültige Definition abgegeben werden könnte. Zudem hat die Antragsgegnerin die Behauptung nicht abstrakt in den Raum gestellt, die Erstmitteilung beinhaltet vielmehr im einzelnen Tatsachenbehauptungen, angesichts derer die angegriffene Bezeichnung umso mehr als Meinungsäußerung zu verstehen ist.

Der Antragsteller kann auch nicht Abdruck einer Gegendarstellung dahingehend verlangen, er sei zu keiner Zeit "Führer der Grauen Wölfe" gewesen. (Ziffer 5 der Gegendarstellung). Zwar handelt es sich hierbei um eine gegendarstellungsfähige Tatsachenbehauptung, die auch auf eine entsprechende Tatsachenbehauptung in der angegriffenen Erstmitteilung Bezug nimmt.

Auch ist es richtig, daß bei einem Gegendarstellungsverlangen - anders als bei der Unterlassungsklage - die sachliche Richtigkeit der hierin enthaltenen Tatsachenbehauptung grundsätzlich nicht geprüft werden braucht. Nach allgemeiner anerkannter Rechtsansicht kann eine Gegendarstellung nicht verlangt werden, wenn sie offensichtlich unrichtig ist. Offensichtlich unrichtig ist eine Gegendarstellung nach der Ansicht von Löffler (Presserecht, Band 2) dann, wenn auch ein unbefangener Leser die Unwahrheit unschwer feststellen kann. Diese Definition ist allerdings zu eng. Ob der vielfach unwissende Leser die Unrichtigkeit erkennt oder nicht, kann nicht entscheidend sein. Es muß für den Begriff der Offensichtlichkeit ausreichend sein, daß sich der Beweis der Unrichtigkeit mit liquiden Beweismitteln führen läßt. Eidesstattliche Versicherungen auch von Zeugen reichen hierzu nicht aus, da sie lediglich ein Mittel der Glaubhaftmachung (§ 294 ZPO) und nicht der Beweisführung sind. Auch Zeugenaussagen werden nicht als liquide Beweismittel in diesem Sinne angesehen werden können, weil sie eine richterliche Beweiswürdigung u.a. für die Glaubwürdigkeit des Zeugen erfordern. Wenn aber durch Urkunden (deren Echtheit nicht bestritten ist) die Unrichtigkeit ohne weiteres nachgewiesen werden kann und nachgewiesen wird, kann billigweise kein Anspruch auf Abdruck der unrichtigen Gegendarstellung bestehen. So aber verhält es sich hier. Wenn die Antragsgegnerin aus dem eigenen Buche des Antragstellers "National-Doktrin: 9 Lichter" zitiert, "Hoch sollen unsere entschlossenen, mutigen Grauen Wölfe leben" (Seite 43) oder "Liebe Graue Wölfe, Ihr seid alle Bannenträger dieser nationalistischen Bewegung, des 9-Lichtersystems. Ihr habt die Rasse und die Unabhängigkeit der türkischen Nation in Besitz" (Seite 64), und weiter "Unsere von unserer Geschichte und Rasse aufgetragenen Mission ist eine große Aufgabe. Diese Aufgabe ist, dem großtürkischen Staat, die nationalistische Türkei von 100 Millionen zu errichten", so kann kein Zweifel darüber bestehen, daß sich der Antragsteller mit diesen 21 Auflagen starkem Buch als der geistige Führer der "Grauen Wölfe" betrachtet.

Wenn der Antragsteller darüberhinaus vortragen läßt, es gäbe überhaupt keine Jugendorganisation, die sich "Graue Wölfe" nennt, vielmehr nur <sup>eine solche die</sup> das Emblem eines grauen Wolfes trägt.

so muß er sich entgegenhalten lassen, daß er die Jugendorganisation der von ihm geführtem MHP selbst als "Graue Wölfe" bezeichnet. Handelt es sich aber bei den "Grauen Wölfen" um eine Jugendorganisation der MHP und ist der Antragsteller unstreitig deren Parteiführer, so ist er offensichtlich nicht nur der geistige, sondern auch der politische Führer der "Grauen Wölfe". Seine Darstellung, zu keiner Zeit Führer der "Grauen Wölfe" gewesen zu sein, ist daher offensichtlich unrichtig, zumindest bewußt irreführend, da der Antragsteller den Eindruck erweckte, mit den "Grauen Wölfen" nichts zu tun zu haben.

Desgleichen kann der Antragsteller keine Gegendarstellung dahingehend verlangen, die MHP sei weder an politischen noch an anderen Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland beteiligt.

Der Antragsteller hat sich in der mündlichen Verhandlung zum Beweise für die weiterhin streitige Behauptung, er habe in Frankfurt seinen Besuch weder angesagt noch abgesagt, auf das Zeugnis eines Herrn Öz berufen, zu laden über die türkische Föderation in Frankfurt/Main, Reuterweg 65. Bei dieser Föderation handelt es sich nach dem unwidersprochenen Vortrag der Antragsgegnerin um die europäische Föderation der Demokratischen Idealistischen Türkenvereine im Reuterweg 65 (vgl. Anlage 3 des Schriftsatzes der Antragsgegnerin vom 17.1.1979), bei der der Zeuge Müller die Zusage für ein Interview mit dem Antragsteller in Frankfurter Volksbildungsheim erhalten haben will. Der Antragsteller hat in der mündlichen Verhandlung zur Erläuterung seines Beweisangebotes ausführen lassen, Herr Öz käme als einzige für derartige Zusagen in Frankfurt/Main zuständige Person in Betracht, <sup>Damit</sup> so wird offenkundig, daß die im Reuterweg ansässige Vereinigung politische Anlaufstelle des Antragsgegners ist. Seine Darstellung, an keiner politischen oder anderen Organisation in der Bundesrepublik Deutschland beteiligt zu sein, ist daher offensichtlich unrichtig, zumindest auf Irreführung des unbefangenen Lesers gerichtet, der mit der Gegendarstellung den Eindruck gewinnen muß, der Antragsteller habe mit diesen Vereinigungen nichts zu tun. Die übrigen Punkte der Gegendarstellung beinhalten Tatsachenbehauptungen.

Dies gilt auch für die Darstellung, der Antragsteller trete für eine parlamentarische Demokratie in der Türkei ein. Hierbei handelt es sich nicht nur um eine Meinungsäußerung; der Begriff "parlamentarische Demokratie" ist (im Gegensatz zum Demokratiebegriff schlechthin) genau definierbar und verschiedenen Interpretationen nicht ausgesetzt; das Eintreten hierfür ist eine sogenannte subjektive Tatsache; auch subjektive Tatsachen wie persönliche Willensvorstellungen sind anerkanntermaßen gendarstellungsfähig.

Nicht gefolgt werden könnte <sup>Wenn der</sup> die Auffassung der Antragsgegner gar nicht behauptet, sondern nur die Meinung des Generalsekretärs der türkischen Sozialdemokraten wiedergegeben zu haben, der Antragsteller habe "die Errichtung einer Militärdiktatur" gefordert. Auch wenn diese Worte in Anführungsstriche gesetzt sind, erscheinen sie dem Leser nicht als Wiedergabe der Äußerung des Generalsekretärs der türkischen Sozialdemokraten. Dessen Auffassung über die Ziele des Antragstellers erscheint im Anschluß an das Zitat, läßt aber nicht erkennen, daß es sich bei dem Zitat selbst nicht um eine Äußerung des Antragstellers, sondern nur dieses Generalsekretärs handeln soll.

Die übrigen Punkte der Gendarstellung sind auch nicht offensichtlich unrichtig. Eidesstattliche Versicherung und Bekundungen von Zeugen reichen, wie dargelegt, für den Nachweis der offensichtlichen Unrichtigkeit nicht aus. Unzureichend sind insoweit auch die vorgelegten Zeitungsberichte. Dies gilt auch für den in der türkischen Zeitung "Milliyet" vom 8.11.1978 angeblich wiedergegebenem Schlußteil eines 1970 erstellten Berichts der Polizeidirektion im türkischen Innenministerium. Selbst wenn hierin der Antragsteller und die MHP offenkundig angesprochen worden sein sollten, bewiese dieser Bericht nicht die Unrichtigkeit der Gendarstellung des Antragstellers. Zwar mag es sein, daß auch amtliche Auskünfte als präsenste Beweismittel für den Nachweis einer offensichtlichen Unrichtigkeit in Betracht kommen könne. Politische Stellungnahmen von Behörden sind jedoch nicht geeignet, den inhaltlichen Nachweis ihrer Richtigkeit zu erbringen. Dies gilt insbesondere dann, wenn es sich wie hier um Vorgänge im Ausland handelt, die zu beurteilen ein <sup>deutsches</sup> solches Gericht nicht in der Lage ist.

Das Gegendarstellungsverlangen des Antragsstellers ist zwar in den meisten Punkten nicht zu beanstanden. Das Gericht ist indessen auch nicht gemäss § 938 Abs.1 ZPO befugt, die Antragsgegnerin zum Abdruck einer nur eingeschränkten Gegendarstellung zu verurteilen. Diese Möglichkeit bleibt auf unwesentliche Veränderungen der Gegendarstellung beschränkt, die den Aussagegehalt der Erklärung nicht schmälern. Zu solchen Änderungen, die den Streitgegenstand unberührt lassen, sind die Gerichte im Rahmen des § 938 befugt, ohne daß damit eine Teilabweisung mit Kostennachteilen verbunden wäre (OLG Frankfurt, Urteil vom 13.11.1970, Az.: 16 U 89/70). Diese Voraussetzungen liegen hier nicht vor. Sämtliche zu beanstandende Punkte der Gegendarstellung haben eigenes Gewicht und eigenen Aussagewert. Sie sind inhaltlich und nicht nur der Formulierung nach zu beanstanden.

Auch den (betreffend Ziffer 1 und 5 des Gegendarstellungsverlangens) eingeschränkten Hilfsanträgen kann nicht entsprochen werden. Es kann dahingestellt bleiben, ob derartige Hilfsanträge überhaupt zulässig sind oder ob hier denn nicht die formelle Voraussetzung eines eigenhändig unterschriebenen Abdruckverlangens (§ 10 Abs.2 Satz 3 HPG) fehlt. Denn zu Ziffer 2) des Gegendarstellungsverlangens hat der Antragsteller keinen einschränkenden Hilfsantrag gestellt. Das Verlangen auf Abdruck einer auch nur eingeschränkten Gegendarstellung mußte daher insgesamt zurückgewiesen werden.

Die Nebenentscheidungen beruhen auf §§ 91, 708 und 711 ZPO.

Schwichtenberg

Dr. Kaposi

Esser



Ausgefertigt:

Dalef

Urkundsbekanntgeber der Geschäftsstelle

0 4/79

B e s c h l u s s

In Sachen

des Herrn Alparslan Türkes, geschäftsmässig in 3 Cad.Nr.  
43, Bahcelievler, Ankara/Türkei,

- Antragsteller -

Proz.Bev.: RA. Spring, 6 Frankfurt am Main

g e g e n

die Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik  
Deutschland, vertreten durch die Vorstandsmitglieder Eugen  
Loderer und Hans Mayr und Norbert Fischer, Wilhelm-Leuschner-  
Strasse 79-85, 6000 Frankfurt am Main,

- Antragsgegnerin -

Proz.Bev.: RA. Mittelacher, 6 Frankfurt am Main

wird der Tenor des am 18.1.1979 verkündeten  
Urteils der Kammer gemäss § 319 ZPO wegen  
einer offenbaren Unrichtigkeit, wie sich auch  
aus den Entscheidungsgründen ergibt, dahingehend  
berichtigt, daß nach den Worten "das Urteil ist  
vorläufig vollstreckbar", eingefügt wird:

Der Antragsteller darf die Vollstreckung  
jedoch durch Sicherheitsleistung in Höhe  
der beizulegenden Kosten der Antragsgegnerin  
abwenden, wenn nicht die Antragsgegnerin vor  
der Vollstreckung entsprechende Sicherheit  
leistet.

6 Frankfurt/Main, den 18.1.1979  
Landgericht, 3. Zivilkammer

Dr. Schwichtenberg

Dr. Kaposi

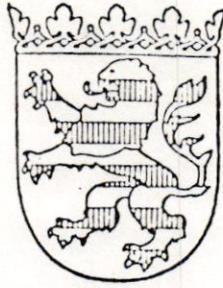
Esser

Ausgefertigt:



16 U 48/79

2/3 0 4/79  
LG Ffm.



Verkündet laut Protokoll  
am 5. Juli 1979  
Möller, Justizobersekretär  
als Urkundsbeamter  
der Geschäftsstelle

EINGEGANGEN  
Anwaltsbüro · Notariat  
19. JULI 1979  
Melemstraße 16  
6000 Frankfurt/M.

# OBERLANDESGERICHT FRANKFURT AM MAIN

## IM NAMEN DES VOLKES

### URTEIL

In dem Rechtsstreit

des Herrn Alparslan Türkes, geschäftsansässig in 3 Cad.  
Nr. 43, Bahcelievler, Ankara/Türkei,

Antragsteller und Berufungskläger,

- Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwälte Hisserich, Dr.  
G.A. Lange, Frankfurt -

g e g e n

die Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik  
Deutschland,  
vertreten durch die Vorstandsmitglieder Eugen Loderer und  
Hans Mayr und Norbert Fischer,  
Wilhelm-Leuschner-Strasse 79-85, 6000 Frankfurt am Main,

Antragsgegnerin und Berufungsbe-  
klagte,

- Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Raabe, Frankfurt -

hat der 16. Zivilsenat des Oberlandesgerichts Frankfurt  
am Main durch den Vorsitzenden Richter am Oberlandesgericht  
Kugge sowie die Richter am Oberlandesgericht Dr. von Gerlach  
und Dr. Lenski aufgrund der mündlichen Verhandlung  
vom 21. Juni 1979

für R e c h t erkannt:

Auf die Berufung des Antragstellers  
wird das Urteil des Landgerichts  
Frankfurt am Main - 3. Zivilkammer -

vom 18. Januar 1979 abgeändert:

Der Antragsgegnerin wird im Wege der einstweiligen Verfügung aufgegeben, in der nächstfolgenden, für den Druck nicht abgeschlossenen Nummer der Zeitung "metall" - Zeitung der Industriegewerkschaft Metall - in dem gleichen Teil des Druckwerkes und mit gleicher Schrift wie der beanstandete Text in der Nr. 23 vom 15.11.1978

folgende Gegendarstellung abzudrucken:

"Gegendarstellung"

In der Ausgabe Nr. 23 der "metall" vom 15.11.1978, Seite 8 und 9, werden in einem Bericht von Jürgen Roth mit der Überschrift "Endlich verbieten" unter anderem meine Tätigkeit als türkischer Politiker sowie die Tätigkeit der MHP, deren Vorsitzender ich bin, behandelt. In diesem Bericht befinden sich folgende Unrichtigkeiten:

1. Unrichtig ist die Behauptung, die MHP unterhalte in der Bundesrepublik Deutschland Tarnorganisationen. Richtig ist, daß die MHP weder an politischen noch an anderen Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland beteiligt ist.
2. Unrichtig ist die Behauptung, ich habe wegen gegen mich und gegen meine Partei gerichtete Demonstrationen meinen Auftritt in Frankfurt absagen müssen. Richtig ist, daß ich keine Zusage für einen Auftritt in Frankfurt gegeben habe; eine Absage ist ebenfalls nicht erfolgt.
3. Unrichtig ist die Behauptung, ich hätte mehrfach, zuletzt am 7.10.1978, auf einer Pressekonferenz in Ankara die Errichtung einer Militärdiktatur gefordert. Richtig ist, daß ich zu keiner Zeit die Errichtung einer Militärdiktatur gefordert habe; ich trete für eine parlamentarische Demokratie in der Türkei ein.
4. Unrichtig ist die Behauptung, daß ich als Führer der "Grauen Wölfe" bereits 1969 paramilitärische Lager in Istanbul, Tokat oder Gaziantep aufgebaut habe, von denen Terrorakte gegen das türkische Volk organisiert wurden; ferner ist die Behauptung unrichtig, daß sowohl ich als auch Führer der MHP "Graue Wölfe" direkt militärisch angeleitet hätten. Richtig ist, daß ich zu keiner Zeit Führer der "Grauen Wölfe" war und auch zu keiner Zeit paramilitärische Lager aufgebaut habe; weder ich noch Führer der MHP haben die "Grauen Wölfe" oder andere Personen militärisch angeleitet.

5. Unrichtig ist die Behauptung, zwei CIA-Agenten hätten noch 1976 in der Unteroffiziersschule in Ankara Parteimitglieder der MHP über Brandanschläge, Fememorde und Sabotageaktionen unterrichtet. Richtig ist, daß zu keiner Zeit CIA-Agenten oder sonstige Geheimdienste Mitglieder der MHP über die Begehung von Gewalttaten unterrichtet haben.
6. Unrichtig ist die Behauptung, der Oberstaatsanwalt der türkischen Republik habe bereits Untersuchungen gegen mich und die MHP eingeleitet, nachdem zahlreiche Gerichte und Staatsanwälte Verbindungen zwischen den Mörderkommandos und der MHP bzw. mir nachgewiesen hätten. Richtig ist, daß der Oberstaatsanwalt weder gegen mich noch gegen die MHP Untersuchungen eingeleitet hat. Auch haben weder Gerichte noch Staatsanwälte irgendwelche Verbindungen zwischen mir bzw. der MHP und Kriminellen, insbesondere Mördern, nachgewiesen.
7. Unrichtig ist die Behauptung, daß ich das Ziel verfolge, für "meine faschistischen Killer und Parteifreunde" politisches Asyl in der Bundesrepublik Deutschland zu erhalten. Richtig ist, daß ich keine Verbindungen zu "faschistischen Killern" unterhalte und daß ich bei meinem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland nicht dafür eingetreten bin, meine Parteifreunde als politisch Verfolgte anzuerkennen.

Ankara, den 15. Dezember 1978

Alparslan Türkeş  
Vorsitzender der MHP"

Für den Fall der Zuwiderhandlung wird ein Ordnungsgeld bis zu DM 500.000.-- für den Fall, daß dieses nicht beigetrieben werden kann, Ordnungshaft - oder Ordnungshaft bis zu 6 Monaten, zu vollstrecken am Vorstand der Antragsgegnerin, angedroht.

Im übrigen werden der Antrag und die Berufung zurückgewiesen.

Der Antragsteller hat die Kosten des Verfahrens zu 1/3, die Antragsgegnerin zu 7/3 zu tragen.

T a t b e s t a n d :

Der Antragsteller ist Vorsitzender einer politischen Partei in der Türkei, die den Namen Milliyetci Hareket Partisi (MHP) führt. Im Frühjahr 1978 hielt er sich zu einem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland auf. Darüber erschien in der Zeitung der Antragsgegnerin "metall" vom 6.9.1978 ein Bericht unter der Überschrift "Ein unglaublicher Skandal". Der Antragsteller erwirkte dazu im Wege der einstweiligen Verfügung eine Gegendarstellung, die die Zeitschrift "metall" in ihrer Ausgabe Nr. 23 vom 15.11.1978 abdruckte. Gleichzeitig veröffentlichte die Antragsgegnerin in derselben Ausgabe einen Artikel mit der Überschrift "Endlich verbieten" - Gewerkschafter demonstrieren gegen den Auftritt des Faschisten Türkes in der Bundesrepublik".

Zu diesem Artikel begehrt der Antragsteller ebenfalls den Abdruck einer Gegendarstellung, den die Antragsgegnerin jedoch "aus formalen und inhaltlichen Gründen" ablehnte. Die Gegendarstellung hat folgenden Wortlaut:

Gegendarstellung

In der Ausgabe Nr. 18 der "metall" vom 15.11.1978, Seite 8 und 9, werden in einem Bericht von Jürgen Roth mit der Überschrift "Endlich verbieten" unter anderem meine Tätigkeit als türkischer Politiker sowie die Tätigkeit der MHP, deren Vorsitzender ich bin, behandelt. In diesem Bericht befinden sich folgende Unrichtigkeiten:

1. Unrichtig ist die Behauptung, ich sei Faschist und Führer einer faschistischen Partei. Richtig ist, daß ich als Demokrat Vorsitzender einer demokratischen Partei bin.
2. Unrichtig ist die Behauptung, die MHP unterhalte in der Bundesrepublik Deutschland Tarnorganisationen. Richtig ist, daß die MHP weder an politischen noch an anderen Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland beteiligt ist.

3. Unrichtig ist die Behauptung, ich habe wegen gegen mich und gegen meine Partei gerichtete Demonstrationen meinen Auftritt in Frankfurt absagen müssen. Richtig ist, daß ich keine Zusage für einen Auftritt in Frankfurt gegeben habe; eine Absage ist ebenfalls nicht erfolgt.
4. Unrichtig ist die Behauptung, ich hätte mehrfach, zuletzt am 7.10.1978, auf einer Pressekonferenz in Ankara die Errichtung einer Militärdiktatur gefordert. Richtig ist, daß ich zu keiner Zeit die Errichtung einer Militärdiktatur gefordert habe; ich trete für eine parlamentarische Demokratie in der Türkei ein.
5. Unrichtig ist die Behauptung, daß ich als Führer der "Grauen Wölfe" bereits 1969 paramilitärische Lager in Istanbul, Tokat oder Gaziantep aufgebaut habe, von denen Terrorakte gegen das türkische Volk organisiert wurden; ferner ist die Behauptung unrichtig, daß sowohl ich als auch Führer der MHP "Graue Wölfe" direkt militärisch angeleitet hätten. Richtig ist, daß ich zu keiner Zeit Führer der "Grauen Wölfe" war und auch zu keiner Zeit paramilitärische Lager aufgebaut habe; weder ich noch Führer der MHP haben die "Grauen Wölfe" oder andere Personen militärisch angeleitet.
6. Unrichtig ist die Behauptung, zwei CIA-Agenten hätten noch 1976 in der Unteroffiziersschule in Ankara Parteimitglieder der MHP über Brandanschläge, Fememorde und Sabotageaktionen unterrichtet. Richtig ist, daß zu keiner Zeit CIA-Agenten oder sonstige Geheimdienste Mitglieder der MHP über die Begehung von Gewalttaten unterrichtet haben.
7. Unrichtig ist die Behauptung, der Oberstaatsanwalt der türkischen Republik habe bereits Untersuchungen gegen mich und die MHP eingeleitet, nachdem zahlreiche Gerichte und Staatsanwälte Verbindungen zwischen den Mörderkommandos und der MHP bzw. mir nachgewiesen hätten. Richtig ist, daß der Oberstaatsanwalt weder gegen mich noch die MHP Untersuchungen eingeleitet hat. Auch haben weder Gerichte noch Staatsanwälte irgendwelche Ver-

bindung zwischen mir bzw. der MHP und Kriminellen, insbesondere Mördern, nachgewiesen.

8. Unrichtig ist die Behauptung, daß ich das Ziel verfolge, für "meine faschistischen Killer und Parteifreunde" politisches Asyl in der Bundesrepublik Deutschland zu erhalten. Richtig ist, daß ich keine Verbindungen zu "faschistischen Killern" unterhalte und daß ich bei meinem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland nicht dafür eingetreten bin, meine Parteifreunde als politisch Verfolgte anzuerkennen.

Ankara, den 15. Dezember 1978

Alparslan Türkes,  
Vorsitzender der MHP

Das Landgericht hat den Erlaß einer entsprechenden einstweiligen Verfügung durch Urteil vom 18.1.1979 abgelehnt. Zur Begründung hat es ausgeführt, bei Nr. 1 der Gegendarstellung handele es sich um eine nicht gegendarstellungsfähige Meinungsäußerung; die Gegenbehauptungen in den Nr. 2 und 5 seien offensichtlich unrichtig, so daß insoweit ein Gegendarstellungsanspruch nicht bestehe. Die übrigen Punkte des Gegendarstellungsbegehrens seien zwar nicht zu beanstanden, jedoch sei das Gericht zur Verurteilung einer nur eingeschränkten Gegendarstellung nicht befugt. Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf den Tatbestand und die Entscheidungsgründe des Urteils Bezug genommen.

Gegen dieses Urteil wendet sich der Antragsteller mit der Berufung, mit der er seinen Gegendarstellungsanspruch in vollem Umfang weiter verfolgt.

Er ist nach wie vor der Auffassung, bei der Bezeichnung des Klägers als "Faschisten" handele es sich nicht um eine Meinungsäußerung, sondern um eine Tatsachenbehauptung. Trotz der unterschiedlichen Vorstellungen über den Begriff des "Faschisten" in den einzelnen politischen Lagern gebe

es Elemente, die jeder Definition des Faschismus gemeinsam seien. Dazu gehörten die Verfolgung einer extrem nationalistischen Politik, das Führerprinzip und das Kämpfen gegen die Demokratie. Die Bezeichnung als Faschist enthalte daher zugleich die Behauptung, der Kläger verfolge extrem nationalistische Vorstellungen, huldige dem Führerprinzip und sei ein Gegner der Demokratie.

Hinsichtlich der Nr. 2 und 5 vertritt der Antragsteller die Auffassung, der Abdruck einer Gegendarstellung habe bei Vorliegen der formalen Voraussetzungen ohne Prüfung der materiellen Wahrheit zu erfolgen. Das Landgericht habe den Begriff der offenkundigen Unrichtigkeit in unzulässiger Weise über die bisher in der Rechtsprechung anerkannten Grenzen hinaus ausgedehnt. Unzulässig sei insbesondere, den Beweis der Unrichtigkeit mit "liquiden" Beweismitteln zu führen. Es komme vielmehr ausschließlich auf den Standpunkt und die Kenntnis des unverfänglichen Lesers der Erstmitteilung an.

Im übrigen seien die Behauptungen auch nicht unrichtig.

Der Antragsteller beantragt,

unter Abänderung des angefochtenen Urteils die Antragsgegnerin zum Abdruck der in erster Instanz begehrten Gegendarstellung zu verurteilen.

Hilfsweise beantragt er,

der Beklagten den Abdruck der Gegendarstellung unter Außerachtlassung von Ziff. 1 aufzugeben,

weiter hilfsweise wird beantragt,

der Beklagten den Abdruck der Gegendarstellung unter Außerachtlassung von Ziff. 1 und Einschränkung der Ziff. 5 "...daß ich bereits 1969 paramilitärische Lager.... Richtig ist, daß ich zu keiner Zeit paramilitärische Lager aufgebaut habe;" aufzugeben.

Die Antragsgegnerin beantragt,  
die Berufung zurückzuweisen.

Sie verteidigt das angefochtene Urteil. Sie ist mit dem Landgericht der Auffassung, die begehrte Gegendarstellung sei offensichtlich unrichtig. Zum Beweis für die Unrichtigkeit beruft sie sich auf eine Fülle von Unterlagen, wie Presseveröffentlichungen, Berichte des Bundesamtes für Verfassungsschutz und von Amnesty

International, Erklärungen eines Staatssekretärs zur türkischen Partei MHP, DGB-Interne Untersuchungen und dergleichen.

-Wegen der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird auf den Inhalt der Akten Bezug genommen.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VEKFI  
TÜSTAV

E n t s c h e i d u n g s g r ü n d e :

Die Berufung ist form- und fristgerecht eingelegt worden. Sie ist zum überwiegenden Teil auch begründet.

1.

Keinen Erfolg hat die Berufung lediglich, soweit der Kläger den Abdruck von Nr. 1 seiner Gegendarstellung verlangt. Einer Gegendarstellung zugänglich sind gemäß § 10 Abs. 1 HPG lediglich Tatsachenbehauptungen. Das Landgericht hat mit Recht den Standpunkt vertreten, bei der Bemerkung, der Kläger sei ein Faschist und führe eine faschistische Partei, handele es sich nicht um eine Tatsachenbehauptung, sondern um eine nicht gegendarstellungsfähige Meinungsäußerung.

Die Charakterisierung einer Person als "Faschist" stellt einen wertenden Vorgang dar. Mit ihr bringt der sich so Äußernde zum Ausdruck, daß er bestimmte Merkmale, die er mit dem Begriff "Faschist" verbindet, in der Person des Betroffenen verwirklicht sieht, die nach seiner Auffassung die Charakterisierung als Faschisten rechtfertigen. Das Schwergewicht liegt dabei nicht in der Wiedergabe eines bestimmten Ereignisses oder Zustandes, sondern in der Würdigung von Tatsachen und sonstigen Umständen, die den Betrachter veranlassen, sein Urteil in einer bestimmten Bezeichnung zusammenzufassen.

Zu Unrecht macht der Kläger geltend, mit dem Wort "Faschist" werde ebenso wie mit der Bezeichnung Dieb, Ehebrecher, Mörder usw. eine Tatsache zum Ausdruck gebracht. Derartige, in die Form eines Urteils gekleidete Äußerungen können zwar als Tatsachenbehauptungen angesehen werden, aber nur dann, wenn das Urteil zu bestimmten einzelnen Vorgängen oder Geschehnissen, die hinter der Äußerung stehen, in äußerlich erkennbarer Weise in Beziehung gesetzt ist (RGSt 68, 121; RG JW 34, 692; BayObLGSt. 1963, 177; Herdegen in Leipziger Kommentar, StGB, § 185 Rdnr. 3; Schönke-Schröder,

StGB, § 186 Rdnr. 4). Bei parteipolitischen Bezeichnungen kann eine Tatsachenbehauptung in diesem Sinne vorliegen, wenn der Erklärende erkennbar an die Zugehörigkeit des Betroffenen zu der entsprechenden politischen Partei anknüpft, so etwa bei der Bezeichnung Nazi, Konservativer, Sozialist oder Kommunist, wenn damit die Zugehörigkeit zur NSDAP oder einer bestimmten konservativen, sozialistischen oder kommunistischen Partei zum Ausdruck kommen soll. Anders verhält es sich dagegen, wenn z.B. die Bezeichnung "Nazi" lediglich als Schimpfwort ohne Rücksicht auf die Mitgliedschaft in der NSDAP und die politische Vergangenheit des Betroffenen benutzt wird, wie es in den vom OLG Düsseldorf entschiedenen Fällen geschehen war (NJW 1948, 386; 1970, 905). Darum handelt es sich hier jedoch nicht, da die Bezeichnung "Faschist" hier ersichtlich nicht als Schimpfwort, sondern mehr mit beschreibendem Charakter verwendet worden ist. Gleichwohl handelt es sich nicht um die Wiedergabe einer Tatsache. Im Gegensatz zu den zuvor genannten Bezeichnungen knüpft das Wort "Faschist" hier nicht an die Zugehörigkeit zu einer entsprechenden Partei an, weil der Kläger mit einer Partei, die dieses Wort in ihrer Parteibezeichnung führt oder für sich in Anspruch nimmt, wie dies bei der 1922 von Mussolini gegründeten "Partito Nazionale Fascista" der Fall war, nicht in Verbindung gebracht wird. Jedenfalls wird von der Partei des Klägers, der MHP, nicht behauptet, sie führe das Wort "Faschismus" in ihrer Parteibezeichnung oder nehme es sonst für sich in Anspruch. Der Kläger als Vorsitzender der MHP weist diese Bezeichnung gerade von sich. Es kann sich deshalb bei der Bezeichnung "Faschist" nur um eine Bewertung handeln, bei der der Antragsteller aufgrund seiner Äußerungen und Ansichten, seiner politischen Ziele und Verhaltensweisen als "Faschist" eingestuft wird.

Die gleichen Erwägungen gelten für die Bemerkung, der Kläger sei Führer einer faschistischen Partei. Auch hier liegt das Schwergewicht auf der Einstufung

der Partei als faschistisch. Eine Gegendarstellung dazu, die nur Tatsachen zum Gegenstand haben kann, ist nicht möglich.

-2.

Begründet ist die Berufung hingegen hinsichtlich der übrigen Punkte der Gegendarstellung.

a)

Nicht zu folgen vermag der Senat der Auffassung des Landgerichts, der Abdruck der Gegendarstellung zu Nr. 5 (= Nr. 4 in der Urteilsformel) könne nicht verlangt werden, weil sie offensichtlich unrichtig sei.

Eine Prüfung der materiellen Wahrheit der Gegendarstellung findet grundsätzlich nicht statt. Eine Gegendarstellung ist vielmehr allein bei Vorliegen der formellen Voraussetzungen, die das Gesetz in § 10 HPG aufstellt, abzudrucken. Das verkennt auch das Landgericht nicht. Ausnahmsweise hat die Rechtsprechung einen Anspruch auf Abdruck einer Gegendarstellung lediglich dann verneint, wenn die in ihr enthaltene Behauptung offensichtlich unwahr ist (BGH NJW 1964, 1134; 1967, 562; Löffler, Presserecht 1968, Bd. II § 11 LPG Rdnr. 39). Offensichtlich unwahr ist eine Behauptung, wenn ihre Unrichtigkeit allgemein, also für einen unbefangenen Leser ohne weiteres erkennbar ist oder wenn ihre Unwahrheit dem erkennenden Gericht unzweifelhaft, insbesondere aufgrund der eigenen Prozeßerklärungen der Parteien bekannt ist (OLG Hamburg, Archiv für presserechtliche Mitteilungen 1974, 110; Archiv für Presserecht (AfP) 1977, 245). Insoweit gelten die Voraussetzungen, die § 291 ZPO für Tatsachen nennt, die keines Beweises bedürfen. Ein Gegendarstellungsanspruch besteht mit anderen Worten nicht, wenn die Unwahrheit der darin aufgestellten Behauptungen so klar auf der Hand liegt, daß sie in dem Rechtsstreit um den Erlaß der einstweiligen Verfügung ohne Glaubhaftmachung und Beweisaufnahme vom Gericht zweifelsfrei festgestellt werden kann.

Das Landgericht hält diese Definition für zu eng. Es will einen Gegendarstellungsanspruch auch dann verneinen, wenn der Beweis der Unrichtigkeit mit sog. "liquiden Beweismitteln" geführt werden könne. Darunter versteht das Landgericht, wie dem Urteil zu entnehmen ist, offenbar Urkunden, deren Echtheit nicht bestritten wird. So entnimmt das Landgericht die Unrichtigkeit der in der Gegendarstellung aufgestellten Behauptung aus den Ausführungen des Antragstellers in seinem Buch "Nationaldoktrin: Neun Lichter", 21. Aufl., Istanbul 1977 in Verbindung mit seinen vor Gericht abgegebenen Erklärungen.

Ob dieser Ausdehnung des Begriffes "offensichtlich" zu folgen ist, erscheint zweifelhaft, bedarf hier aber keiner Entscheidung, denn die Gegendarstellung ist bei Zugrundelegung der vom Landgericht in Bezug genommenen schriftlichen Unterlagen nicht offensichtlich unrichtig.

Der Antragsteller führt in seinem Buch "Nationaldoktrin: Neun Lichter" auf Seite 43 aus: "Hoch sollen unsere türkischen Nationalisten, die in diesem Sinne kämpfen, leben! Hoch sollen unsere entschlossenen, mutigen, Grauen Wölfe leben!" Auf Seite 64 heißt es: "Liebe Graue Wölfe, Ihr seid alle Bannerträger dieser nationalistischen Bewegung, dessen Neun-Lichter-Systems. Ihr habt die Rasse und die Unabhängigkeit der türkischen Nation in Besitz.... Hoch soll die türkische Rasse leben"! Schließlich heißt es auf Seite 39: "Unsere uns von unserer Geschichte und Rasse aufgetragene Mission ist eine große Aufgabe. Diese Aufgabe ist, den groß-türkischen Staat, die nationalistische Türkei von Hundertmillionen zu errichten".

Aus diesen Textstellen ergibt sich nicht, daß die Gegenbehauptung des Antragstellers, er sei zu keiner Zeit Führer der Grauen Wölfe gewesen, offensichtlich falsch ist. Aus den Zitaten läßt sich weder entnehmen,

wer die Grauen Wölfe sind, was es mit ihnen für eine Bewandnis hat, noch, daß der Antragsteller ihr Führer war oder ist. Der Verfasser redet sie nur an und vermittelt ihnen ein bestimmtes politisches Gedankengut. An keiner Stelle des zitierten Buchtextes werden die Grauen Wölfe mit der MHP in Verbindung gebracht, deren Vorsitzender der Antragsteller ist, so daß sich auch von daher kein Hinweis auf den Antragsteller als Führer der Grauen Wölfe ergibt.

Freilich hat auch das Landgericht daraus allein die Folgerung, der Antragsteller sei der geistige und politische Führer der Grauen Wölfe, nicht abgeleitet. Der Schluß soll vielmehr auch nach Auffassung des Landgerichts nur in Verbindung damit gerechtfertigt sein, daß der Antragsteller die Jugendorganisation der von ihm geführten MHP selbst als Graue Wölfe bezeichnet habe. Dem vermag der Senat jedoch nicht zu folgen. In der mündlichen Verhandlung vor dem Landgericht hat der Antragsteller die Jugendorganisation der MHP nicht als Graue Wölfe bezeichnet. Vielmehr hat er ausgeführt, es gebe nur eine Jugendorganisation der MHP, die als Emblem einen Grauen Wolf führe. Danach ergibt sich aus den Buchzitaten in Verbindung mit der Protokollerklärung des Antragstellers keineswegs offensichtlich, daß die Grauen Wölfe mit der Jugendorganisation der MHP identisch sind. Das gilt umsomehr, als der Antragsteller ferner erklärt hat, das Emblem des Grauen Wolfes werde auch von einer Arbeiterorganisation in der Türkei verwendet, die nicht zur MHP gehöre. In der Berufungsbegründung führt der Antragsteller schließlich aus, das Emblem des Grauen Wolfes als mythisches Symbol der Türken werde nicht nur auf Banknoten, Briefmarken, Münzen usw. verwendet, sondern auch von Sportvereinen, Pfadfindergruppen und Jugendorganisationen geführt. Ob eine Identität zwischen den im Buch des Klägers genannten Grauen Wölfen und der Jugendabteilung der MHP besteht, kann danach ohne weitere Aufklärung nicht festgestellt werden.

Eine derartige Aufklärung ist aber nicht Aufgabe des Gerichts in einem Verfahren über den Anspruch auf Abdruck einer Gegendarstellung, in dem grundsätzlich der Wahrheitsgehalt der Gegendarstellung nicht zu prüfen ist. Es kommt deshalb auf die übrigen von der Antragsgegnerin überreichten Unterlagen, mit denen sie die Unrichtigkeit der Gegendarstellung dartun will, hier nicht an. Wenn die Antragsgegnerin die Gegendarstellung inhaltlich für unrichtig hält, bleibt es ihr unbenommen, die Darstellung des Antragstellers anhand ihres Materials zu widerlegen. Der publizistische Meinungskampf ist ihr insoweit nicht abgeschnitten.

Auf die weiter in Nr. 5 enthaltene Gegendarstellung (Nr. 4 der Urteilsformel), der Antragsteller habe zu keiner Zeit paramilitärische Lager aufgebaut, ist das Landgericht nicht eingegangen. Dafür, daß diese Gegendarstellung offensichtlich unrichtig sei, ergeben sich auch keine Anhaltspunkte, so daß insoweit das Gegendarstellungsverlangen ebenfalls gerechtfertigt ist.

b)

Zu Unrecht sieht das Landgericht ferner die Behauptung in Nr. 2 des Gegendarstellungsverlangens (= Nr. 1 der Urteilsformel) als offensichtlich unrichtig an. Das Landgericht entnimmt die Unrichtigkeit aus dem Beweisangebot des Antragstellers in der mündlichen Verhandlung vor dem Landgericht. Für seine Behauptung, er habe weder seinen Besuch in Frankfurt angesagt noch abgesagt, berief sich der Antragsteller auf das Zeugnis eines Herrn Öz, der über das Büro der türkischen Föderation in Frankfurt zu laden sei. Das Landgericht führt aus, bei dieser Föderation handele es sich nach dem unwidersprochenen Vortrag der Antragsgegnerin um die europäische Föderation der demokratischen idealistischen Türkenvereine im Reuterweg 65, "bei der der Zeuge Müller die Zusage für ein Interview mit dem Antragsteller im Frankfurter Volks-

bildungsheim erhalten haben will". Das Landgericht bezieht sich ferner darauf, daß der Antragsteller in der mündlichen Verhandlung zur Erläuterung seines Beweisangebotes ausführen ließ, Herr Öz käme als einzige für derartige Zusagen in Frankfurt zuständige Person in Betracht. Aus diesen Umständen werde offenkundig, daß die im Reuterweg ansässige Vereinigung politische Anlaufstelle des Antragstellers sei, wodurch sich seine Darstellung, an keiner politischen oder anderen Organisation in der Bundesrepublik Deutschland beteiligt zu sein, als offensichtlich unrichtig erweise.

Aus den vom Landgericht herangezogenen Erklärungen ergibt sich jedoch die offensichtliche Unrichtigkeit der Gegendarstellung nicht. Es mag sein, daß nach den Erklärungen des Antragstellers und dem unwidersprochenen Vortrag der Antragsgegnerin die türkische Föderation in Frankfurt "politische Anlaufstelle" des Antragstellers ist. Aus dieser Tatsache folgt aber nicht zwangsläufig, daß der Antragsteller an der Föderation "beteiligt" ist oder gar daß diese eine Tarnorganisation der MHP ist. Eine Organisation kann die Funktion einer politischen Anlaufstelle für einen anderen auch dann haben, wenn diese an ihr nicht beteiligt ist, denn es kann sich bei ihr um eine organisatorisch und politisch selbständige, wenn auch geistesverwandte Organisation handeln. Die Worte "Tarnorganisation" und "Beteiligtsein" in der Erstmitteilung weisen darauf hin, daß die türkische Föderation in Frankfurt der Willensbildung der türkischen Hauptorganisation unterliegt und von ihr gesteuert wird. Eine so gestaltete Verbundenheit ist aber mit der Bezeichnung als politische Anlaufstelle nicht zwangsläufig verbunden.

Das Landgericht meint, die Gegendarstellung sei zumindest auf eine Irreführung des unbefangenen Lesers gerichtet, der mit der Gegendarstellung den Eindruck gewinnen müsse, der Antragsteller habe mit diesen Vereinigungen nichts zu tun. Auch dem vermag der Senat

nicht zu folgen. Es mag sein, daß der unbefangene Leser den Eindruck haben kann, der Antragsteller habe mit der Föderation nichts zu tun. Das wird aber mit der Erstmittelung gar nicht behauptet. Diese geht vielmehr dahin, der Antragsteller unterhalte in der Bundesrepublik Tarnorganisationen. Dazu behauptet der Antragsteller, er sei an politischen Organisationen in Deutschland nicht beteiligt. Das ist etwas ganz anderes. Der Antragsteller kann mit der Föderation in Frankfurt durchaus im weiteren Sinne etwas zu tun haben, etwa weil es sich um eine Organisation mit geistesverwandten politischen Zielen handelt. Dadurch braucht die Frankfurter Föderation aber nicht notwendig eine Tarnorganisation der MHP zu sein. Ob dem so ist, könnte erst aufgrund weiterer Aufklärung festgestellt werden. Dazu ist jedoch in diesem Verfahren kein Raum.

3.

Das Gegendarstellungsverlangen ist danach mit Ausnahme der Nr. 1 begründet, denn alle übrigen Ziffern haben, wie das Landgericht zutreffend ausgeführt hat, gegendarstellungsfähige Tatsachenbehauptungen zum Gegenstand.

Der Umstand, daß Nr. 1 der begehrten Gegendarstellung eine nicht gegendarstellungsfähige Meinungsäußerung enthält und daher unzulässig ist, kann nicht dazu führen, einen Anspruch auf Abdruck auch der übrigen Ziffern zu verneinen. Zu Unrecht hat das Landgericht einen teilweisen Abdruck der Gegendarstellung unter Berufung auf das Urteil des Senats vom 13.11.1970 - 16 U 89/70 - mit der Begründung abgelehnt, dadurch werde der Aussagegehalt der Erklärung insgesamt geschmälert. Bei dieser Auffassung ging das Landgericht allerdings davon aus, daß drei Punkte der insgesamt 8 Ziffern umfassenden Gegendarstellung unzulässig seien; tatsächlich ist jedoch nur die Ziffer 1 nicht gegendarstellungsfähig.

Grundlage der Beurteilung ist § 10 Abs. 3 HPG, wonach

der Abdruck "ohne Einschaltungen und Weglassungen" erfolgen muss. Aufgrund dieser Bestimmung ist es der Presse verwehrt, eine Kürzung des Textes oder sonstige Veränderungen vorzunehmen, um die Gegendarstellung in eine zulässige Form zu bringen. Sie hat nur die Möglichkeit, die Gegendarstellung in der gewünschten Form abzudrucken oder sie insgesamt zurückzuweisen. (Senatsbeschluss vom 16.9.1977 - 16 W 43/77; vgl. auch OLG Hamburg, Archiv für Presserecht (AfP) 1977, 247 (249)).

Dagegen sind die Gerichte grundsätzlich berechtigt, Änderungen an Gegendarstellungen vorzunehmen (vgl. BGH NJW 1963, 1155 = GRUR 1963, 638 - Fall "Geisterreigen"; LG Hamburg, MDR 1966, 58; Löffler, Presserecht, § 11 LPG Rdnr. 160). Dieses Befugnis ergibt sich, worauf das Landgericht Hamburg (a.a.O.) für das einstweilige Verfügungsverfahren zutreffend hingewiesen hat, aus § 938 ZPO. Nach dieser Vorschrift bestimmen die Gerichte nach freiem Ermessen, welche Anordnungen zur Erreichung des gewünschten Zieles erforderlich sind. Freilich sind der Änderungsbefugnis Grenzen gesetzt. In welchem Umfange diese Grenzen bestehen, richtet sich nach der jeweiligen Art und dem Charakter der Gegendarstellung. Besteht die Gegendarstellung aus einem zusammenhängenden Text, kann das Gericht lediglich berechtigt sein, einzelne Formulierungen zu ändern oder wegzulassen, wenn dadurch die Gegendarstellung in ihrer Substanz nicht berührt und ihr materieller Aussagegehalt nicht verändert oder geschmälert wird (Senatsurteil vom 13.11.1970; für diesen Fall wohl auch OLG Düsseldorf, AfP 1976, 194).

Anders verhält es sich dagegen, wenn die Gegendarstellung aus mehreren selbständigen Punkten besteht, von denen einzelne, etwa weil sie Wertungen statt Tatsachen enthalten, unzulässig sind. Für diesen Fall hatte der Senat bereits in seinem Beschluss vom 21.9.1977 (16 W 38/77) entschieden, daß das Gericht die unzulässigen Punkte ablehnen und den Abdruck der übrigen Punkte anordnen könne. An dieser Auf-

fassung hält der Senat fest. Voraussetzung ist allerdings auch hier, daß durch den Wegfall der unzulässigen Punkte der Aussagegehalt der übrigen Ziffern nicht verändert oder geschmälert wird.

Im vorliegenden Fall wird der materielle Gehalt der restlichen Ziffern der Gegendarstellung durch den Wegfall der Ziffer 1 nicht beeinträchtigt. Sämtliche Punkte enthalten selbständige Gegendarstellungen, die isoliert betrachtet werden können und für sich allein verständlich sind. Der Aussagegehalt der einzelnen Punkte wird durch die übrigen Ziffern nicht berührt. Deshalb besteht auch kein Widerspruch zu dem vom Landgericht herangezogenen Senatsurteil vom 30.11.1970.

An der Zulässigkeit eines eingeschränkten Abdrucks bestehen hier im übrigen auch deshalb keine Bedenken, weil der Antragsteller mit seinem Hilfsantrag, die Gegendarstellung ohne die Ziffer 1 abzdrukken, zu erkennen gegeben hat, daß er mit einem Teilabdruck einverstanden ist. Wenn das Gesetz es der Presse verbietet, eine Gegendarstellung ohne Einschaltungen und Weglassungen abzdrukken, will es sicherstellen, daß der Einsender uneingeschränkt zu Wort kommt. Diesem Anliegen wird Genüge getan, wenn der Einsender sich - wenn auch hilfsweise - mit einem teilweisen Abdruck einverstanden erklärt.

Das angefochtene Urteil ist danach auf die Berufung des Klägers abzuändern und der Abdruck der Gegendarstellung mit Ausnahme der Nr. 1 im Wege der einstweiligen Verfügung anzuordnen (§ 935, § 940 ZPO). In Bezug auf die Ziffer 1 ist die Berufung unbegründet und daher zurückzuweisen. Der Antragsteller hat zwar hilfsweise den Abdruck der Gegendarstellung ohne Ziffer 1 beantragt. Die Entscheidung beruht jedoch nicht auf dem Hilfsantrag, sondern auf dem Hauptantrag, der auf Grund der gerichtlichen Änderungsbefugnis zur Teilabdrucksverpflichtung führt. Der Hilfsantrag kommt nicht zum Tragen; mit ihm kann ein Kläger bzw. Rechts-

mittelkläger nicht verlangen, das Gericht möge auf einen geringeren Umfang erkennen, wenn es den eingeklagten Anspruch nicht in vollem Umfange für gerechtfertigt hält.

Die Kostenentscheidung beruht auf §§ 92, 97 ZPO.

Kugge

Dr. Lenski

Dr. von Gerlach

Unterschrift:

Thyssen

# SCHWAMMBORN, JUNGHANSS & RICHTER

RAe Schwammborn, Junghanß & Richter · Heiligkreuzgasse 29 · 6000 Ffm.

LANDGERICHT  
Frankfurt am Main

6000 Frankfurt (M)

## NOTAR

Joachim Schwammborn  
Eckhart Junghanß  
Kurt-Hartwig Richter

## RECHTSANWÄLTE

am Oberlandesgericht,  
Landgericht  
und Amtsgericht

Heiligkreuzgasse 29 (gegenüber dem Gericht)  
Telefon: (06 11) 28 02 21 und 28 85 77

– Gerichtsfach 400 –

6000 Frankfurt am Main

den 27. März 1981

Bei Zahlungen und Zuschriften angeben:

20 246/81

In Sachen

Ali Batman

gegen

Föderation der türkischen Arbeitervereine  
in der BRD e.V.

- Akz.: 2/3 O 411/80 -

zeigen wir an, daß wir den Beklagten vertreten.

Namens und im Auftrag des beklagten Vereins legen wir gegen das Versäumnisurteil vom 26.2.1981, soweit es den Urteilstenor zu Ziffer 3 betrifft, hiermit

### E i n s p r u c h

ein mit dem Antrag,

das Versäumnisurteil insoweit aufzuheben und die Klage abzuweisen.

Das Versäumnisurteil vom 26.2.1981 wurde bisher nicht ordnungsgemäß zugestellt, weil eine Abschrift der Zustellungsurkunde dem beklagten Verein nicht erteilt wurde.

Beweis: Vorlage des nicht ausgefüllten Zustellungs-Umschlages im Termin; Fotokopie vorab anbei.

1. Zunächst wird namens des beklagten Vereins beantragt,

dem Beklagten zu gestatten, die Zwangsvollstreckung aus dem Versäumnisurteil vom 26.2.1981 durch Sicherheitsleistung abzuwenden,

hilfsweise,

anzuordnen, daß das Versäumnisurteil vom 26.2.1981 nur gegen Sicherheitsleistung vorläufig vollstreckbar ist.

Der Vollstreckungsschutzantrag wird wie folgt begründet:

Sollte der Kläger aus dem Versäumnisurteil vom 26.2.1981 zu Ziffer 3 des Tenors die Zwangsvollstreckung gegen den Beklagten betreiben, so droht dem Beklagten ein nicht zu ersetzender Nachteil, und zwar aus folgendem Grunde:

Nach dem türkischen Gesetz zur Änderung und vorübergehenden Ergänzung des Gesetzes über die türkische Staatsangehörigkeit vom 11.2.1964 (Änderungsgesetz Nr. 2383 vom 13.2.1981) können türkische Staatsbürger, die sich im Ausland aufhalten und gegen die wegen Aktivitäten ermittelt wird, die nach dem Gesetz als Straftaten gegen die innere und äußere Sicherheit der Republik Türkei gelten, aufgefordert werden, sich innerhalb von einer Frist von 3 Monaten, unter dem Kriegsrecht und im Ausnahmezustand innerhalb einer Frist von 1 Monat, in die Türkei zurückzukehren. Leisten diese Personen der Rückkehraufforderung nicht Folge, können diese Personen die türkische Staatsangehörigkeit aberkannt bekommen, d.h. ausgebürgert werden.

Zur Glaubhaftmachung überreichen wir in der Anlage Staatsanzeiger der Republik Türkei, Ausgabe 17254 vom 17.2.1981 nebst auszugsweiser beglaubigter Übersetzung.

Die Aufforderung, sich den Behörden in der Türkei zu stellen, wird im Gesetzblatt, dem Rundfunk und den Zeitungen des Landes bekanntgegeben. Dies dürfte gerichtsbekannt sein.

Der Kläger gehört zu den Personen, die aufgefordert sind, sich bis zum 20. April 1981 den türkischen

Behörden zu stellen. In der auflagenstärksten türkischen Zeitung "HÜRRIYET" vom 21.3.1981, Seite 15, ist folgende Aufforderung erschienen:

"Der Koordinationsvorstand der militärischen Dienste der Kriegsrechtsadministration beim Generalstab erklärt wie folgt:

Erklärung Nr. 10 vom 19. März 1981:

1. Drei Rechtsextremisten, gegen die das Kriegsgericht in Ankara wegen Anstiftung zur Bewaffnung türkischer Bürger gegeneinander Haftbefehl in Abwesenheit erlassen hat, und von denen bekannt ist, daß sie sich in Deutschland aufhalten, sowie gegen die Mitglieder des Vorstandes und des geschäftsführenden Vorstandes der Arbeiterpartei der Türkei (TIP), gegen die vom Kriegsgericht in Istanbul Haftbefehl in Abwesenheit erlassen wurde und deren Personalien unten angeführt sind, von denen angenommen wird, daß sie sich im Ausland befinden, haben ins Inland zurückzukehren und sich den Sicherheitskräften zu stellen.
2. Es wird bekanntgegeben, daß die notwendigen Formalitäten für die Ausbürgerung dieser Personen unternommen werden, falls diese bis zum 20. April 1981 nicht in die Heimat zurückkehren.

M. Serdar Çelebi, Enver Altaylı, Ali Batman, Can Açıkgöz, Hüsamettin Bakan, Yalçın Cerit, Cetin Göztaçtı, Selim Salim, Mahmutoglu, Nurdan Örpen, Gündüz Muluay, Zeki Kiliç, Orhan Silier, Nihat Sargin."

//  
Zur Glaubhaftmachung überreichen wir in der Anlage den in der Zeitung "HÜRRIYET" vom 21.3.1981 erschienenen Zeitungsartikel nebst beglaubigter Übersetzung.

Damit steht fest, daß der Kläger aufgefordert ist, sich den Behörden der Türkei bis spätestens zum 20.4.1981 zu stellen, wenn er nicht ausgebürgert werden will. Daraus wiederum ergibt sich, daß die Ausreise des Klägers höchstwahrscheinlich unmittelbar bevorsteht. Gelingt es jetzt dem Kläger durch

...

Vollstreckung aus dem Versäumnisurteil vom 26.2.1981 Zahlung von dem beklagten Verein zu erlangen, wird der beklagte Verein bei Aufhebung des Versäumnisurteils oder seiner Abänderung seine eigenen Ansprüche aus § 717 Abs. 2 ZPO nicht mehr durchsetzen können, weil sich der Kläger dann in der Türkei oder möglicherweise in Haft befinden wird.

Nach allem ist dem beklagten Verein der beantragte Vollstreckungsschutz zu gewähren.

In der Sache selbst wird folgendes vorgetragen:

Die Klageanträge zu Ziffer 1 und 2 waren anzuerkennen. Aufgrund einer Namensverwechslung ist der Kläger als Mörder des Dr. Neydet Güclü bezeichnet worden. Mörder des Dr. Neydet Güclü war nicht Herr Ali B a t m a n , sondern Herrn Ali G ü n g ö r. Zu der Namensverwechslung ist es gekommen, weil der Mörder Ali G ü n g ö r Mitglied derselben "Vereinigung der Idealistenclubs (ÜOD) war, dessen Vorsitzender der Kläger selbst in der Zeit vom Jahre 1976 bis 1978 war. Zu der Arbeitsweise dieser genannten Vereinigung werden im folgenden noch eingehende Ausführungen zu machen sein.

Für die Festsetzung eines Schmerzensgeldbetrages für den Kläger ist aber von entscheidender Bedeutung, welchen Organisationen der Kläger an führender Stelle angehört hat und noch angehört, welche Verbrechen bis hin zum Mord diesen Organisationen und ihren Mitgliedern in der Öffentlichkeit angelastet werden und in welchen Fällen es bereits zu Verurteilungen gekommen ist.

Hierfür ist von Seiten des beklagten Vereins erhebliches Tatsachenmaterial aufzubereiten. Es kommt hinzu, daß es sich bei diesen Vorgängen weitgehend um Vorgänge in der Türkei handelt, für die von hieraus naturgemäß ein Nachweis sehr schwer zu führen ist. Es wird deshalb beantragt, dem beklagten Verein nachzulassen, binnen z w e i Wochen seinen Vortrag zu vervollständigen. Prozessuale Gründe dürften hier schon deshalb nicht entgegenstehen, weil - worauf oben hingewiesen wurde, das Versäumnisurteil vom 26.2.1981 bisher nicht wirksam zugestellt wurde.

gez. Junghans

Junghans  
Rechtsanwalt

# SCHWAMMBORN, JUNGHANß & RICHTER

Am Schwammborn, Junghanß & Richter · Heiligkreuzgasse 29 · 6000 Ffm.

**LANDGERICHT  
Frankfurt am Main**

**6000 Frankfurt (M)**

## NOTAR

Joachim Schwammborn  
Eckhart Junghanß  
Kurt-Hartwig Richter

## RECHTSANWÄLTE

am Oberlandesgericht,  
Landgericht  
und Amtsgericht

Heiligkreuzgasse 29 (gegenüber dem Gericht)  
Telefon: (06 11) 28 02 21 und 28 85 77

– Gerichtsfach 400 –

**6000 Frankfurt am Main**

den **31. März 1981**

Bei Zahlungen und Zuschriften angeben:

**20 246/81**

In Sachen

**Ali Batman**

gegen

**Föderation der türkischen Arbeitervereine  
in der BRD e.V.**

- Akz.: 2/3 O 411/80 -

wird für den beklagten Verein in Ergänzung  
unseres Schriftsatzes vom 27.3.1981 zum geltend  
gemachten Schmerzensgeldanspruch noch folgendes  
vorgebracht:

Ein Schmerzensgeld in Höhe von DM 10.000,-- kann  
dem Kläger nicht zugesprochen werden.

Der Kläger war von 1976 bis 1978 Vorsitzender des  
ÜOD ("Vereinigung der Idealistenclubs"). Diese  
Organisation wurde im November 1978 verboten. Seit-  
dem befindet sich der Kläger in der Bundesrepublik  
Deutschland und ist s.Zt. stellvertretender Vor-  
sitzender der TÜRK-Föderation in Frankfurt (M).

Wie bereits im Schriftsatz vom 27.3.1981 aufgezeigt,  
war Mörder des Dr. Neydet Güçlü<sup>o</sup> eben dieser Vereinigung  
der Idealistenclubs, dessen Vorsitzender der Kläger  
in der Zeit vom Jahre 1976 bis 1978 war.

Am 22.11.1978 verurteilte ein Gericht in Ankara  
(1. Asliye Ceza Mahkemesi) den Vorsitzenden der  
Vereinigung der Idealistenclubs, nämlich den Kläger,  
zu 10 Monaten Haft mit Bewährung und 2.500 Türk Lira  
Geldstrafe. Darüber hinaus wurde die Schließung der

\* Mitglied

der Idealistenclubzentrale angeordnet.

Die Begründung war folgende:

Die Unterstützung der (rechtsradikalen) MHP durch die Vereinigung der Idealistenclubs verstoße gegen die §§ 4/1 und 61/1 des Vereinigungsgesetzes. Das Gericht geht davon aus, daß mit der Schließung der Zentrale einer Vereinigung sämtliche Büros dieser Vereinigung im ganzen Land als geschlossen zu betrachten sind.

Beweis: - im Bestreitensfalle -  
Bericht der türkischen Tageszeitung  
"Milliyet", Ausgabe vom 24.11.1978  
nebst beglaubigter Übersetzung.

Trotz des Verbots der "Idealistenclubs" (ÜOD) setzte die MHP ihre terroristischen Aktivitäten fort. Es wurden anstelle der verbotenen Idealistenclubs zuerst die "Idealistischen Jugendvereinigungen" (ÜGD) die Träger des Terrors. Es besteht in der Türkei kein Zweifel bezüglich der Tatsache, daß die ÜGD eine Nachfolgeorganisation der ÜOD ist.

Zum Nachweis hierfür wird auf den nachfolgend zitierten Bericht der türkischen Tageszeitung "Cumhuriyet" vom 23.11.1978 verwiesen, in dem es unter anderem wie folgt hieß:

"Nachdem das Gouverneuramt von Ankara beim Gericht den Antrag auf Schließung der Hauptzentrale der Idealistenvereine stellte, verlegten die Idealisten nunmehr anstelle des Verbandes der Idealistenvereine (ÜOD) die Hauptzentrale der "Idealistischen Jugendvereinigung" (ÜGD) nach Ankara, die im Juni 1977 in Konya gegründet worden war."

Beweis: - im Bestreitensfalle -  
Vorlage des Berichtes der Tageszeitung  
"Cumhuriyet" vom 23.11.1978 nebst be-  
glaubigter Übersetzung.

Als sich 1979 die Prozesse gegen die "Idealistische Jugendvereinigung" (ÜGD) zu sehr gehäuft hatten, wurde eine dritte Nachfolgeorganisation, die "Vereinigung des idealistischen Weges" (ÜYD) gegründet.

Die ÜGD wurde von der MHP freiwillig aufgelöst.

Zum Nachweis wird eine Bekanntmachung der Kriegsrachtskommandantur der Provinzen Eskisehir, Kutahya und Afyon vom 19.3.1981 zitiert:

"Die Vereinigung des "Idealistischen Weges" hat als Nachfolgeorganisation der ÜGD die illegalen Aktivitäten zur Spaltung der türkischen Nation in Klassen, zur Bewaffnung einer Volksgruppe und zur Teilnahme an Massenmorden unter dem Deckmantel einer legalen Organisation entfaltet. 57 Militante dieser Organisation, die ihre illegalen Aktivitäten unter dem Schleier des Nationalismus bis zum 12. September 1980 fortgesetzt haben, wurden im Bezirk Eskisehir verhaftet. Unter den Verhafteten befindet sich der Senatskandidat der MHP im Jahre 1975, Selim Yatmaz, ...."

Die Bekanntmachung, die die Ermordung von 23 Personen durch bewaffnete Banden der Organisation ÜGD im Rahmen von Gewaltaktionen im Bezirk Eskisehir feststellt, zählt die Mordfälle wie folgt auf:

- vgl. Anlage II zu diesem Schriftsatz - "

Beweis: - im Bestreitensfalle -  
Vorlage des Berichtes vom 20.3.1981 in der Tageszeitung Cumhuriyet nebst beglaubigter Übersetzung.

Im nachfolgenden soll die Arbeitsweise der Vereinigung der Idealistenclubs (ÜOD) näher erläutert werden. Grundlage ist ein in der Regierungszeit Demirels im Jahre 1970 entstandener Bericht der Polizeioberdirektion im Innenministerium. Dieser Bericht befindet sich im Archiv des Polizeihauptquartiers in Ankara. Er wurde teilweise in der Tageszeitung "Milliyet" am 7. und 8.11.1978 abgedruckt.

Eine vollständige Übersetzung dieses Berichts in der Zeitung "Milliyet" befindet sich in der Anlage.

Aus dem Bericht ist zweifelsfrei erkennbar, daß die MHP sowie ihre Tarnorganisationen wie die "Idealistenclubs" (ÜOD) die Ausbildung von Jugendlichen zu Terroristen seit 1968 systematisch betrieben. Der von 1970 datierende Polizeibericht umfaßt 15 Aktenordner. In dem Bericht werden 26 Kommando-Lager erwähnt; es wird auch dargestellt, wann und wo diese gegründet

wurden und wer sich an ihnen beteiligt hat. Leiter der Kommando-Lager waren in der Regel führende MHP-Mitglieder. Sie werden in dem Bericht namentlich erwähnt. Am 10.8.1969 wurde sogar ein Kommando-Lager von der Idealistenvereinigung eröffnet.

Beweis: Vorlage des Berichtes der Polizeioberektion im Innenministerium, abgedruckt in der Zeitung "Milliyet" vom 7. und 8. 11.1978 nebst beglaubigter Übersetzung (Anlage I zu diesem Schriftsatz).

Um das politische Umfeld des Klägers näher zu beschreiben, müssen im folgenden auch Angaben über die terroristischen Aktivitäten der MHP, ÜOD, ÜGD und ÜYD gemacht werden:

Es dürfte gerichtsbekannt sein, daß insbesondere seit 1975 Tausende von Menschen durch Mitglieder der vorgenannten Organisationen ermordet wurden. Die meisten der diesbezüglichen Verfahren sind noch nicht abgeschlossen. Im folgenden sollen nur beispielhaft einige dieser Fälle aufgeführt werden:

Im Sommer 1978 haben 2 Mitglieder der Idealistenclubs (Isa Armagan und Mustafa Pehlivanoglu) in Ankara ein Cafe mit Maschinenpistolen überfallen und 5 Personen erschossen. Die Mörder wurden 1980 zum Tode verurteilt. Mustafa Pehlivanoglu wurde gehängt, Isa Armagan flüchtete aus dem Gefängnis; er ist noch immer flüchtig. Die Mitwirkung von anderen MHP-Mitgliedern und ÜGD-Mitgliedern bei der Planung und Ausführung dieses Überfalls sowie bei der Flucht aus dem Gefängnis ist erwiesen.

Beweis: - im Bestreitensfalle -  
Vorlage des türkischen Gesetzblattes vom 7.10.1980, in dem die Verurteilung veröffentlicht wurde, nebst beglaubigter Übersetzung.

Mehmet Ali Ağca, der nach eigenen Aussagen ein "Idealist" ist, hat Ende Februar 1979 den bekannten türkischen Journalisten Abdi İpekçi ermordet. Er wurde wegen dieses Mordes zum Tode verurteilt. Er flüchtete später aus dem Gefängnis und ist zur Zeit flüchtig.

Tat und Verurteilung wurden auch in der deutschen Presse publiziert; dies darf als gerichtsbekannt unterstellt werden.

Der ehemalige Vorsitzende der Idealistenvereine in Bursa, Efendi Barten und der "Idealist" Metin Kaptan wurden wegen Mordes und Körperverletzung zu 22 Jahren und 10 Monaten Haft verurteilt; dies berichtete die Tageszeitung "Cumhuriyet".

Beweis: Vorlage des Berichtes vom 28.3.1979 aus der Tageszeitung "Cumhuriyet" nebst beglaubigter Übersetzung.

Weiterhin berichtete die Tageszeitung "Cumhuriyet" mit Bericht vom 21.10.1978:

"Veli Güven, Mitglied der Idealistenvereinigung, hat gestern bei seiner Aussage im Polizeipräsidium zugegeben, den linksgerichteten Zafer Üstünel mit 5 - 6 Schüssen getötet zu haben. Die Schüsse wurden aus der gleichen Pistole abgegeben, mit der vor kurzem der Staatsanwalt Dogan Öz ermordet worden war. Der Beschuldigte hat weiter zugegeben, daß er nach dem Mord die Pistole an einen Bekannten weitergab und mit dem nach Eskişehir geflüchtet sei. Sie hätten sich in der Wohnung des dortigen Vorsitzenden von der Idealistenvereinigung versteckt. Dieser ist gestern ebenfalls festgenommen worden."

Beweis: - im Bestreitensfalle -  
Vorlage des Berichtes aus der Tageszeitung "Cumhuriyet" vom 21.10.1978 nebst beglaubigter Übersetzung.

Inzwischen konnten durch die Militärbehörden zahlreiche Mordtaten der Terroristen aufgeklärt werden. So schreibt der bekannte Journalist Altan Öymen (früherer Abgeordneter und stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Republikanischen Volkspartei) in der Tageszeitung Cumhuriyet vom 18.3.1981 u.a.:

"Nach offiziellen Angaben wurden allein in Istanbul von rechten Terroristen 156 Morde begangen. Unter den Opfern befinden sich Prof. Bedri Karafakioglu, Prof. Cavit Orhan Tütengil, Gewerkschaftsführer Kemal Türkler, Abgeordneter Abdurrahman Köksaloglu, Stellvertretender Bürgermeister Bülent Demir ....".

Beweis: - im Bestreitensfalle -  
Vorlage des Berichts vom 18.3.1981  
aus der Tageszeitung "Cumhuriyet" nebst  
beglaubigter Übersetzung.

Nach einer Meldung der Tageszeitung "Cumhuriyet" vom 20.3.1981 gab der Kriegsrückführkommandant für die Provinzen Eskişehir, Kütahya und Afyon am 19.3.1981 die Verhaftung von 57 Mitgliedern des "Vereines des idealistischen Weges" (ÜYD) bekannt. Diesen Mitgliedern wird Mord in 23 Fällen zur Last gelegt. Weitere 6 Personen, die Mitglieder der "Idealistischen Jugendvereinigung" (ÜGD) sind, werden noch gesucht.

Folgende Waffen und Geräte, die bei der Ermordung und Verhaftung von Personen und bei verschiedenen Gewalttaten eingesetzt wurden, wurden sichergestellt:

"20 Pistolen verschiedenen Typs und Kalibers, 200 Patronen, 33 Meter Zündschnur für Zeitbomben, 24 Sprengsätze, 2 Rauchbomben, 1 Splitterhandgranate, 2 Zündmechanismen für Zeitbomben, 1 Pkw Marke Ford, Eigentum der Organisation sowie 4 Damenstrümpfe und 1 Paar Lederhandschuhe, die bei Gewalttaten verwendet wurden."

Beweis: - im Bestreitensfalle -  
Vorlage der Meldung aus der Zeitung  
"Cumhuriyet" am 20.3.1981 nebst be-  
glaubigter Übersetzung.

Am 23.3.1981 meldete die Tageszeitung "Cumhuriyet", "daß als Ergebnis von verschiedenen Durchsuchungen in dem Gebäude der MHP-Jugendorganisation sowie ihrer einzelnen Niederlassungen Dokumente gefunden wurden, die den monatlichen Munitionsbedarf der einzelnen Stadtbezirke, die Liste der Wachen, Lichtbilder und Zeichnungen von Gegnern, Ein- und Ausgabeformulare und Listen über die Bewaffnung der Organisationen und Formen der Organisation und Aktionen zeigen. Bei den Dokumenten sind zahlreiche Lichtbilder und Zeichnungen von einzelnen Personen oder Gruppen. Auf manchen Lichtbildern von den einzelnen Personen, die ermordet werden sollen, steht "B" und von den bereits ermordeten Personen steht "x".

Beweis: - im Bestreitensfalle -  
Vorlage der Meldung vom 23.3.1981 nebst  
beglaubigter Übersetzung.

Bereits vor 2 Jahren, am 16.2.1979, wurden von den  
Kriegsrechtsbehörden bei einer Durchsuchung der  
MHP-Zentrale in Istanbul folgende Gegenstände sicher-  
gestellt:

1. Eine Liste von bekannten Professoren der Istanbuler  
Universität, die auch Angaben über Adresse, täg-  
lichen Zeitpunkt des Verlassens ihrer Wohnungen  
bzw. der Rückkehr sowie Lichtbilder enthält. Unter  
den aufgeführten Personen befand sich auch der Name  
von Prof. Tütengil, der am 7.12.1979 ermordet  
wurde. Sein Name war bereits abgehakt.
2. Die gleichen Angaben über Orhan Apaydin, den Vor-  
sitzenden der Istanbuler Anwaltskammer. Apaydin  
ist ein engagierter Demokrat.
3. 4 geladene Pistolen.
4. Ca. 1.000 Schuß Munition.
5. Ein Mörsergeschos, dessen Sprengladung entleert  
worden war.
6. Schminkzeug.
7. Diverse amtliche Stempel und Vordrucke.
8. Ca. 20 Bomben.
9. Kleidung in verschiedener Ausführung.
10. Mehrere Meter Zündschnur.
11. Zündkapseln.
12. Verschiedene Gewehrläufe und militärische  
Ausrüstung.

Am 24.11.1980 berichtete die Wochenzeitschrift  
"Briefing", die in Ankara auf englisch herausgegeben  
wird unter anderem:

"Nach der Machtübernahme durch die Streitkräfte am  
12.9.1980 wurde der gesamte Mechanismus der MHP zer-

stört. Die dabei erbeuteten Dokumente haben sogar diejenigen, die seit längerer Zeit Verbindungen der MHP mit dem Terrorismus vermuteten, in Staunen versetzt. Gegenwärtig erwarten die gesamte Leitung der MHP und die leitenden Funktionäre der ihr nahestehenden Organisationen im Gefängnis die Prozesse, die gegen sie wegen Anstiftung zum Massenmord und Aufruhr vorbereitet werden. Gewehre, Pistolen, Dynamitsätze, all das sind bloßes Kinderspielzeug im Vergleich zu denen, die in den entschlossenen Operationen sichergestellt werden konnten. Die Sicherheitskräfte haben in geheimen Lagern sogar schwere Waffen gefunden, die bei der geplanten Machtübernahme verwendet werden sollten."

Beweis: - im Bestreitensfalle -  
Vorlage der Wochenschrift "Briefing" vom 24.11.1980 und der Tageszeitung "Cumhuriyet" vom 27.11.1980 nebst beglaubigter Übersetzung.

Wegen des aufgefundenen Beweismaterials wird zur Zeit in der Türkei ein Strafprozeß gegen die MHP und ihre Tarnorganisationen geführt; die Anklage basiert auf § 149 des türkischen Strafgesetzbuches; gegen 10 führende Mitglieder der MHP (darunter auch der Vorsitzende Türke) wurde die Todesstrafe beantragt. Der Vorsitzende der TÜRK-Föderation, Muse Serdar Celebi, ist ebenfalls unter den Angeklagten. Er ist, wie auch der Kläger, aufgefordert worden, sich bis zum 20. April 1981 den Militärbehörden zu stellen.

Zum Beweis für die Richtigkeit für die in diesem Schriftsatz aufgestellten Tatsachenbehauptungen über die Vorgänge in der Türkei und die Arbeitsweise der vorbenannten Organisationen beziehen wir uns vorsorglich auf

1. Zeugnis NN.
2. Sachverständigengutachten.

Der Beklagte behält sich ausdrücklich weiteren Vortrag und Beweisantritt vor.

Ansichts des hier dargelegten politischen Hintergrundes vor dem der Kläger tätig ist, kann und darf die dem beklagten Verein unterlaufene Namensverwechslung nicht so schwer wiegen, den Beklagten zur Zahlung eines Schmerzensgeldes von DM 10.000,- zu verurteilen. Die gebetene

TÜRK-FÖDERATION

Güterabwägung muß insbesondere das eigene Verhalten des Klägers werten, der an führender Stelle für Vereinigungen gewirkt hat und wirkt, deren Arbeitsweise und Zielsetzungen vorstehend erläutert wurden.

gez. Junghans

Junghans  
Rechtsanwalt

Beglaubigt

Rechtsanwalt

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARŞİVİ  
TÜSTAV  
FİRMA VE Fİ

GEBHARD OHNESORGE  
RECHTSANWALT

STEINWEG 6 11. Juni 1981  
6000 FRANKFURT A. M.  
TEL. (0611) 285044  
PR. (06193) 83205  
POSTSCHLECKKONTO FFM. 1202 71-604  
EFFECTENBANK WARBURG 281077

Herren Rechtsanwälte  
Schwammborn, Junghanss  
& Richter  
Heilighkreuzgasse 29  
6000 Frankfurt am Main

12. JUNI 1981  
ERHEBUNG

Betr.: Batman ./.. Fidef

Ihr Zeichen: 20 246/81

Sehr geehrter Herr Kollege Richter!

In dieser Sache haben wir heute zusammen telefoniert und verbindlich für die Parteien folgende Ergänzung des vor dem Gericht am 4. Juni 1981 protokollierten Vergleichs vereinbart:

1. Der im Vergleich bezeichnete und in den "TÜRKEI-INFORMATIONEN" zu veröffentliche Text erhält die folgende Überschrift:

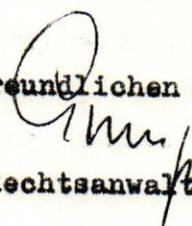
ALI BATMAN IST NICHT GÜCLÜS MÖRDER

Diese Überschrift wird in gleicher Weise gegenüber dem übrigen Text hervorgehoben, wie es auch die Überschrift "Mörder im Vorstand" in der Erstmitteilung am 25.3.1980 war.

2. Der Kläger erhält zu Händen seines Anwalts von der Ausgabe der "TÜRKEI-INFORMATIONEN", die den zu veröffentlichen Text enthalten, zwei Belegexemplare.

Nach dieser Ergänzung des geschlossenen Vergleichs wird dieser nicht widerrufen.

Mit freundlichen Grüßen

  
Rechtsanwalt

Öffentliche Sitzung  
der 3. Zivilkammer  
des Landgerichts  
2/3 O 411/80

Frankfurt am Main, den 4. Juni 1981

Gegenwärtig:

Vors. Richter am Landgericht Schulze  
als Vorsitzender,

Richter am Landgericht Esser,  
Richter am Landgericht Aumüller  
als Beisitzer,

Justizangestellte Debler  
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle.

In dem Rechtsstreit

des Ali B a t m a n ,  
Ludwigstr. 189, 6050 Offenbach/Main,

- Kläger -

Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt Ohnesorge,  
6 Frankfurt am Main,

g e g e n

Föderation der türkischen Arbeitervereine in der BRD e.V.,  
vertreten durch den Vorsitzenden Hasan Öcan, Lichtstr. 31,  
4000 Düsseldorf,

- Beklagte -

Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt Junghanss,  
6 Frankfurt am Main - K. 400 -

meldeten sich bei Aufruf:

für den Kläger: RA. Ohnesorge,  
für den Beklagten: RA. Junghanss.

Es wurde festgestellt, dass das Versäumnis-Urteil der Kammer  
vom 26.2.1981 dem Beklagten am 13.3.1981 zugestellt worden ist  
und dass der Einspruch des Beklagten - eingegangen bei Gericht  
am 27.3.1981 - rechtzeitig erfolgt ist.

Kl.Vertr. beantragte die Aufrechterhaltung des Versäumnis-Urteils  
soweit es mit dem Einspruch angefochten ist.

Bekl.Vertr. stellte den Antrag aus dem Schriftsatz vom  
27.3.1981 ( Bl. 22 d.A.).

Die Parteien verhandelten zur Sache.

Die Parteien schlossen folgenden V e r g l e i c h :

- Der Vergleich wurde den Parteien aus der Protokollanlage vorgelesen und von ihnen genehmigt. -

1.) Die Beklagte wird in der nächsten - für den Druck noch nicht abgeschlossenen - Ausgabe ihres Verbandsorgans "TÜRKEI INFORMATIONEN" den folgenden Text mit Bild des Klägers auf der ersten Textseite veröffentlichen:

" Die FIDEF hatte in dem Informationsblatt vom 25.3.1980 behauptet, dass Ali B a t m a n , der stellvertretende Vorsitzende der TÜRK-Föderation, ein Mörder sei.

Die FIDEF hatte ihm vorgeworfen, 1969/1970 an der Ermordung des Mediziners Necdet Güclü beteiligt gewesen zu sein. Er sei auch deswegen verurteilt worden. Diese Behauptungen sind falsch. Ali B a t m a n hat mit diesem Verbrechen nichts zu tun.

Die FIDEF bedauert, Herrn B a t m a n Unrecht getan zu haben und entschuldigt sich ausdrücklich bei ihm für diese falsche Behauptung."

2.) Die Beklagte verpflichtet sich, die Erklärung gemäß Ziffer 1.) ohne redaktionelle Zusätze in dieser oder einer späteren Ausgabe zu veröffentlichen.

Die FIDEF verpflichtet sich weiter, die in dem Verfahren 2/3 0 411/80 beanstandeten Behauptungen nicht zu wiederholen.

3.) Für den Fall, dass die Verpflichtungen gemäß Ziffern 1.) und/oder 2.) nicht bis 15.9.1981 erfüllt sind, zahlt die Beklagte an den Kläger ein Schmerzensgeld in Höhe von 10.000.-DM ( in Worten: zehntausend Deutsche Mark).

- 4.) Der Beklagte trägt die Kosten des Verfahrens.
- 5.) Damit findet der Rechtsstreit 2/3 0 411/80 seine Erledigung.
- 6.) Dem Kläger bleibt vorbehalten, diesen Vergleich bis zum 12. Juni 1981 durch schriftliche Anzeige an das Gericht zu widerrufen.

Beschlossen und verkündet:

Für den Fall des Widerrufs wird Termin zur Verkündung einer Entscheidung bestimmt auf

Donnerstag, den 2. Juli 1981, 9,15 Uhr, Saal B22/B.

Schulze

Debler

- zugleich für die Richtigkeit der Übertragung aus der Protokollanlage.

Wot  
BB

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VE YAKLEFI

# FIDEF AUFRUF

•••••  
Für das Verbot der faschistischen-  
‘TÜRK-FÖDERATION’ und  
Ausweisung der führenden  
‘Grauen Wölfe’!

•••••  
Gegen Bonn’s Wirtschafts- und  
Militärhilfe an die reaktionäre  
Demirel-Regierung.

•••••  
Für die Solidarität mit den  
demokratischen Kräften der Türkei.

•••••  
Gegen die Unterdrückung des  
kurdischen Volkes

•••••  
Für Frieden und Abrüstung.  
•••••

TÜRKİYE SOSYAL İSTİKLAL KURUMU

Öffentlichkeit mußte sie jedoch bekanntgeben, daß diese Auslandsorganisation 'aufgelöst wurde'. Tatsächlich jedoch haben sich MHP-Faschisten seit 1978 unter dem Deckmantel der 'Türk-Föderation' (die Zentrale befindet sich in Frankfurt./Main, Gutleutstr. 173) reorganisiert. Sie versuchen sich nunmehr nach außen hin als unpolitische Kulturvereine zu tarnen. Ihr Ziel ist es die demokratisch-gesinnten Landsleute durch Gewalt einzuschüchtern und die Perspektivlosigkeit der Jugendlichen aus der Türkei für ihre faschistischen Ziele auszunutzen.

'In den Betrieben und an verschiedenen Orten nehmen die Einschüchterungen, die Drohungen, die Übergriffe der türkischen Faschisten zu. Bei Betriebsversammlungen kommt es zu Ausschreitungen, in deren Verlauf Gewerkschaftsvertreter bedroht und das Verteilen von Zeitschriften behindert wird. Im Vorfeld von Vertrauensleute- und Betriebsratswahlen werden türkische Gewerkschaftsfunktionäre so lange eingeschüchtert und bedroht, bis diese aus Angst um ihr eigenes Leben oder das Leben ihrer Familienangehörigen auf eine Kandidatur verzichten.' (Presseerklärung der IG-Metall-Bezirksleitung Stuttgart, 1.3.1980). Die Praxis bestätigt das Selbstverständnis : 'Ich rufe die türkische Nation auf zum Kampf gegen die Demokratie, die auf den Straßen zum Spinatpreis verkauft wird, gegen die Korruption, gegen die rechtsstaatliche Ordnung. Ich rufe auf zum Kampf gegen die Freiheit.' (Kulturverein Saarbrücken)

Eng ist die Verbindung der 'Türk-Föderation' mit den fanatisch-religiösen islamischen Kulturzentren. In ihnen finden Mörder Zuflucht, in ihnen werden Korankurse mit rassistischen und antisemitischen Inhalten angeboten, in ihnen ist sogar die Karate-schule der 'Grauen Wölfe' untergebracht. Nach CHP - Informationen stellt 1970 der NPD-Vorsitzende Adolf von Thadden fundamentale Gemeinsamkeiten zwischen seiner Partei und der MHP fest und hegt den Wunsch, die freundschaftlichen Beziehungen auszubauen und zu verstärken.

In einem Brief, den Türkes an die MHP-Organisationen in der Bundesrepublik gerichtet hat, weist er auf die eindringliche Zusammenarbeit mit der NPD hin und ruft alle Parteimitglieder auf, die Nebenorganisationen der MHP, wie 'Graue Wölfe', Türken-Vereine, Nationalistische Türkische Arbeitervereine, Idealistenvereine usw. verstärkt zu unterstützen. (Brief vom 28.7.1977)

Einen weiteren Freund fand der MHP-Führer Türkes am 1. Mai 78 in der Person von Franz-Josef Strauß. Der CSU-Pressesprecher : 'Selbstverständlich unterhalten wir auch zu türkischen Parteien und politischen Vereinigungen Beziehungen. Und diejenigen, die unserer politischen Auffassung entsprechen, denen gewähren wir auch Unterstützung.'

Die praktische Unterstützung vollzieht sich unter anderem über den Historiker und CDU-Rechtsaußen Dr. H.- E. Kannapin aus Schwalmbach, Mitorganisator des ersten Jahrestreffens der 'Grauen Wölfe' in Schwarzenborn. Dieser Kannapin hat es als einflußreicher CDU-Stadtverordneter geschafft, durch angebliche Beschäftigung in seinem fiktiven 'Türkei-Institut' in seiner Wohnung (3578 Schwalmstedt, Mainzergasse 2), den führenden 'Grauen Wolf', Lokman Kundakci (Vorsitzender der Türk-Föderation bis 1979) und seinem Nachfolger Serdar Celebi Aufenthalts- und Arbeiterlaubnisse als 'wissenschaftliche Mitarbeiter' zu verschaffen. MHP - Vorstandsmitglied : 'Sie glauben wie wir an Gott. Unsere Religionen sind verschieden. Unsere Feinde sind die gleichen.'

n einem gegen die IG-Metall angestregten Verfahren wurde durch las Gericht bestätigt, daß Türkes nach wie vor ein 'Faschist' genannt werden darf.

Die Türk-Föderation verfügt über große Finanzmittel. So kaufte sie in Neu-Ulm ein Haus im Wert von 900 000 DM und weitere Häuser in Düsseldorf, Hamburg und Stuttgart. In Düsseldorf erfolgte eine Barzahlung. Die Gelder entstammen unterschiedlichen Quellen. Der 'Stern' meldete am 15.10.1979 unversteuerte Überweisungen eines Nachtclub-Besitzers in Höhe von 500 000 DM an Geschäftspartner und ultrarechte Türkenvereine. Weiterhin ist im IG-Metall 2/1980 auch die Aussage von Kriminaldirektor Erich Strass vom Bundeskriminalamt zu lesen : 'Wir haben in letzter Zeit immer wieder Hinweise erhalten, daß auch rechtsextremistische Türken hinter dem Heroinhandel stehen.'

Neben finanzieller Unterstützung amerikanischer und bundesdeutscher Kräfte erhält die 'Türk-Föderation' auch ideologische Hilfe. So betreibt ein Harald Vocke in der 'Frankfurter Allgemeinen Zeitung' offen Propaganda für die MHP. Auch sind Verbindungen zu der von der CIA unterhaltenen und bei München angesiedelten Sender 'Liberty' und 'Radio Free Europe' bekannt. Der maßgebliche Redakteur ist ein mit US-Paß ausgestatteter Agent.

Seit Ende 1979 häufen sich die Terroranschläge der 'Grauen Wölfe' auch in der Bundesrepublik. Der Mord an dem türkischen Lehrer und Gewerkschaftler Celalettin Kesim am 5.1.1980 in West-Berlin war nur ein vorläufiger Höhepunkt der faschistischen Aktivitäten. Obwohl den zuständigen Behörden der Bundesrepublik und West-Berlins die Verantwortlichen dieser Gewalttaten bekannt sind - Leiter des Staatsschutzes West-Berlins M. Kittlaus nach dem Mord an Kesim : 'Einige der dringend Tatverdächtigen gaben unumwunden zu, sie gehörten zu 'Grauen Wölfen' -, üben sie fahrlässige



*Ich bin am Bezug regelmäßiger Informationen über die Arbeit der FIDEF und die Entwicklung in der Türkei interessiert.*

Name.....

Adresse.....

.....

.....

Beruf.....

Organisation.....

**FIDEF**  
Lichtstraße 31  
4000 Düsseldorf 1  
**BUNDESREPUBLIK**  
**DEUTSCHLAND**



# TÜRKİYE POSTASI

## HOLLANDA TEMSİLCİLİĞİ

JJordaensplein 67-2526 KV Den Haag

Tel:070/890503-890336 Giro:5572126

15/12/85

M.A.Ağca 1979 yılında bir müddet Tokat'ta kaldıktan sonra Yakup Yılmaz adında bir şahıs Lastaneau şehrinden Avusturya'ya getirmiş. Yakup Yılmaz aynı zamanda Bregenz şehrinde Türk Kültür Kafkas Derneğini çalıştırmış.Y.Yılmaz Ağcayı Avusturya'ya getirdiği için iki defa İtalya'ya çağrılıp ifadesi alınmış.Ancak ağcayı suçlu olarak tanımadığını Türk olduğu için yardım ettiğini söylemiş.Y.Yılmaz'ın bu hareketinden dolayı çalıştığı işyeri çıkışını vermiş .Bregenz de halen boş geziyor.

1980 Temmuz,Ağustos,Eylül aylarında Bregenz,Wolfurt,Kennelbach'ta İslam Kültür Merkezine bağlı cami yöneticileriyle gezmiş.

Kennelbach'ta Kenechtel Textil fabrikasının pansionunda yatan Tokatlı metal işçisi Mehmet ali ağcayı yanında yatırmış,beraber camiye namaza gitmişler.

M.A.Ağcanın bir kaç ilerici tarafından Bregenz,ve çevresinde olduğu Wolfurt jandarmasına bildirilmiş. Ağca'nın namaz kıldığı cami nin fotoğrafları Avusturya Bregenz bölgesi gazetelerinde yayınlanmış.

Kennelbach ile İsviçre arası onbir kilometre

" " " Almanya " yaklaşık otuzkilometre

gümrüklerden geçiş otomobil ve yarış bisikleti ile çok kolay

Değerli dost,bu bilgileri aldığım kişinin zamanının az olmasından dolayı ancak yukarıdaki bilgileri edinebildim.Ancak daha başka öğrenmek istediğimiz konularda kendisine yazıp bilgi alabileceğiz .Birde sizden ricam tabi mümkünse vereceğim adrese Türkiye Postasınının 74,75, 76 sayılarından üçer adet gönderip daha sonra abone olmasını istemeniz adresi: A.TUÇ 6921 Kennelbach

Wuhr Kopfweg nr.35

Österreich

Çalışmalarınızda en üstün başarılar dilerim

H.Tuç

Sonderausgabe

# BULGARIEN

EREIGNISSE TATSACHEN  
GESICHTSPUNKTE

AGENTUR SOFIA-PRESS



ADRESSE: 1000 SOFIA, SLAWJANSKA STR. 29; TELEFON: 88 58 31 BIS 35; TELEGRAMMADRESSE: SOFIAPRESS; TELEX: 022622, (SOFPRE-BG)

HINTER DEN KULISSEN DER "ERMITTLUNG  
IN SACHEN AGCA"

(Erster Teil)

3/10/1985

ÖRSAN ÖYMEN

## HINTER DEN KULISSEN DER "ERMITTLUNG IN SACHEN AGCA"

Örsan Öymen ist einer der großen Namen der türkischen Tageszeitung "Milliyet". Er nahm seine Recherchen über Mehmet Ali Agca nach der Ermordung des Chefredakteurs von "Milliyet" Abdi Ipekci auf. Der Mordanschlag auf den Papst steigerte Öymens Interesse noch mehr. Er bereiste mehrere Länder, traf und unterhielt sich mit vielen Personen, die Agca kennen oder in irgendeiner Beziehung zu den Ereignissen stehen. Das Ergebnis dieser Recherchen sind seine Reportagen, die "Milliyet" im November 1984 veröffentlichte.

Für Öymens Reportagen ist charakteristisch, daß der Autor sich jeglicher Kommentare oder Beschuldigungen enthält und einfach die Tatsachen sprechen läßt.

Inzwischen bemühen sich mindestens zwei Dutzend Journalisten aus aller Welt seit mehr als drei Jahren, der Wahrheit im "Fall Agca" nachzuspüren... Einer von ihnen bin ich...

Wie Claire Sterling in ihrem Buch zugibt, "sind meine Taschen voller Dokumente über Berichte und Verhöre aus mindestens fünf Ländern. Die Mappen im Schreibtisch finden keinen Platz in den Regalen des Bücherschranks." Tonbandaufnahmen von stundenlangen Gesprächen mit zwielichtigen Typen aus der Unterwelt wie auch mit Personen, deren Namen bei den Verhören erwähnt werden, und ihren Angehörigen... Protokolle über Verhöre und Gegenüberstellungen...

Haben wir den Kampf um die Wahrheitsfindung gewonnen?

Das können wir nicht behaupten...

Denn nach den Worten von Abdi Ipekci (dem von Agca ermordeten Chefredakteur der "Milliyet" - Anm. d. Red.) "ist die Journalistik ein Kampf bis zur endgültigen Wahrheitsfindung. Informationen mit unvollständigen Beweisen enthalten nicht die eigentliche Wahrheit. Das könnte zu neuen Unwahrheiten verleiten".

Eine Mappe mit über 25 000 Seiten Verhörprotokollen... Eine 1243 Seiten lange Anklageschrift... Selbst der italienische Untersuchungsrichter Martella, der den Fall erneut an die Gerichtsbehörden verwies, teilt die Ansicht Ipekcis nicht.

"Bei den Angaben und Tatsachen, die ich sammeln konnte, gibt es solche, die bewiesen werden können, wie auch solche, die sich nicht beweisen lassen... Darüber werden die Gerichtsbehörden entscheiden", meint er.

Was uns betrifft:

Wir versuchen, Licht hinter die Kulissen der Ermittlung über das Papstattentat zu bringen... Wir versuchen, in Form von Anmerkungen jene Teile unseres Dossiers wiederzugeben, "für die Beweise und Zeugen vorhanden sind".

Und der Kampf, um die endgültige Wahrheit zu finden, wird fortgesetzt. So lange es geht...

+ + +

Januar 1982, Bad Godesberg...

Ein Telefonanruf vom Pressebüro unserer Botschaft:

"Die amerikanische Journalistin Claire Sterling ist hier und möchte sich mit dir über das Papstattentat unterhalten".

Zuvor sei sie in Istanbul gewesen und habe Turhan Aytul in der Redaktion von "Miliyet" aufgesucht. Dieser habe gesagt: "Mit dieser Frage befaßt sich Kollege Örsan von unserem Bonner Büro. Wir verfolgen gemeinsam den Fall Agca in Rom. Er hat die Protokolle der ersten Verhöre, fahren Sie nach Bonn und treffen Sie sich mit ihm."

Ich antwortete: "Soll sie kommen, es ist uns eine Ehre..."

Claire Sterling... Dieser Name war mir von ihrem Buch "Das internationale Terror-Netz" geläufig.

Dieses Buch, das in Amerika ein Bestseller wurde, war, ich weiß nicht warum, in Europa und besonders in der BRD Gegenstand negativer Kritiken.

Diese Kritiken drehten sich um die Feststellung:

"Frau Sterling zufolge ist das Zentrum aller terroristischen Aktivitäten in der Welt, ungeachtet dessen, ob die Ausführer zu den Linken oder Rechten gehören, in Moskau zu suchen."

Sie sagte mir:

"Ich befaße mich mit einer Untersuchung für das Magazin 'Reader's Digest'. Da ein neues Ermittlungsverfahren eingeleitet wurde, sind die Protokolle der in Rom durchgeführten Ermittlung-

gen unter Verschuß. Ich habe gehört, daß Sie über ihre Fotokopien verfügen. Könnte ich sie benutzen?"

"Selbstverständlich können Sie das... Je mehr Journalisten sich mit dieser Angelegenheit befassen, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß die Wahrheit an den Tag kommt. Beachten Sie, daß während des ersten Prozesses mehrere Dokumente unberücksichtigt geblieben sind. Zum Beispiel dieses von einem amerikanischen Fotografen ganz zufällig aufgenommene Foto... Zwar ist das Gesicht nur unscharf zu sehen, doch es ist klar, daß es sich um einen von Agcas Komplizen handelt... Auch diese Korrespondenz über Fernschreiber zwischen der deutschen und italienischen Polizei ist interessant. Eine Namensliste, die der italienische Geheimdienst von der türkischen und der westdeutschen Polizei erhalten hat. In ihr sind die Personen aufgeführt, die Agca vermutlich geholfen haben... Sehen Sie, darunter sind einige Namen: Musa Cerdar Celebi, Oral Celik, Abdullah Catli, Mehmet Sener..."

Claire Sterling sprang auf:

"Um Himmels Willen, woher haben Sie das?"

"Sehr einfach, von der Abteilung "Dokumentation" des römischen Gerichts... Im Juli vergangenen Jahres, als der Prozeß begann, zahlten mein Freund Cihan Akerson und ich für die Herstellung der Fotokopien und nahmen sie mit. Sicher weil Agca damals noch als einzelner Terrorist galt und innerhalb von nur drei Tagen zu lebenslänglicher Haft verurteilt wurde, kamen die ausländischen Kollegen nicht rechtzeitig auf diese Idee... Jetzt, da das Ermittlungsverfahren wiederaufgenommen wurde, befinden sich sämtliche alten Dokumente unter Verschuß. Und unsere Kopien sind überaus wertvoll geworden..."

Die These des KGB.

Wir sahen uns die Namen auf der Liste der "vermutlichen Helfershelfer" an, die der italienische Geheimdienst SISMI nach Angaben der türkischen und der deutschen Polizei aufgestellt hatte.

"Celebi, Catli, Celik... Was sind das für Leute?"

Alle gehören ein und demselben Lager an... Der extremen Rechten.

Sie blickte fragend auf:

"Darin steckt nicht viel Logik..."

"Weshalb?"

"Weil meinen Recherchen zufolge hinter dem Attentat das KGB steckt. Ist der Papst ein Pole? Er ist es... Haben die Ausmaße der polnischen Ereignisse die Sowjetunion in Unruhe versetzt? Ja, sie haben es... Ist die katholische Kirche in Polen ein Faktor? Sie ist es... Hat sich Agca in Bulgarien aufgehalten? Ja, das hat er... Warum sollte dann das KGB nicht hinter dem Attentat stecken?"

"Es ist möglich", erwiderte ich. "Ich stelle die Logik Ihrer Ausführungen nicht in Abrede, doch wir sind Journalisten. Ohne eingehende Untersuchung der uns zur Verfügung stehenden konkreten Angaben steht es uns nicht an, Theorien über das Attentat zu entwickeln. Auch wenn mir das, was Sie da berichten, bekannt ist. Kurz nach dem Attentat erhielt ich eine Information von der gleichen Art."

"Von wem?"

"Das ist ja das Interessante, von der höchsten Instanz einer Organisation, die Agca vermutlich sowohl in der Türkei als auch in Europa unterstützt hat. So zum Beispiel hat der Vorsitzende der Föderation der nationalistischen Gesellschaften in Europa (Türkische Föderation), Musa Cerdar Celebi, am 21. Mai 1981, wenige Tage nach dem Attentat, in Bonn eine Pressekonferenz veranstaltet, auf der er fast dasselbe sagte, wie Sie soeben..."

Ich erwähnte Sterling gegenüber nicht die anderen Quellen... Zum Beispiel Paul Henze, dessen Berichte an NBC und andere Fernsehgesellschaften der USA wie auch an Sterlings Magazin "Reader's Digest" sinngemäß lauteten, daß Agca keine Kontakte zur Rechten unterhalte, sondern für das KGB arbeite.

Doch zurück zur Pressekonferenz am 21. Mai 1981...

Auf dieser Pressekonferenz versuchte ich, Celebi einige Fragen zu stellen. Als ich die Hand hob, erntete ich wütende Blicke von den Mitgliedern des Verwaltungsrates der Organisation. Mir wurde klar, daß meine Fragen unbeantwortet bleiben würden. Während Celebi behauptete, daß "Agca absolut keine Kontakte zu unserer Organisation unterhält", wurde am selben Tag ein Mitglied des Verwaltungsrates von Celebis Organisation von der deutschen Polizei vernommen:

"Aus einem Telegramm der Interpol aus Rom geht hervor, daß Agca am 14. April 1981, d. h. ungefähr einen Monat vor dem Atten-

tat, vom römischen Hotel "Torino" aus ein langes Telefongespräch mit dem Teilnehmer der Nummer 5066-62216, führte, die auf den Namen von Mitgliedern Ihrer Organisation registriert ist. Es kostete 15 000 Lire. Was sagen Sie dazu?"

Das Mitglied des Verwaltungsrates Hassan Taskin erwiderte:

"Ich kann mich nicht entsinnen, Herr Kommissar. Ich bin Mitglied des Verwaltungsrates einer Organisation, der Tausende von Menschen angehören. Täglich werden mehrere Telefongespräche geführt..."

Was für ein Zusammentreffen, später sollten auch einige Dokumente ans Licht kommen...

Zum Beispiel das Formular, das beweist, daß Agca vom Sofioter "Park-Hotel" aus ein langes Telefongespräch mit einer Nummer in der BRD führte, die dem stellvertretenden Vorsitzenden der selben Organisation gehört... (Die Telefonnummer lautet 6074-32662, das Datum war der 27. Juli 1980).

Und wieder zahlreiche Telefonate Agcas mit führenden Mitgliedern dieser Organisation in Zürich, Wien und Olten. Seine Anweisung an Ömer Bağci, Chef in Olten, lautete: Bringt die Waffe am 9. Mai nach Mailand. (Er rief auch Vahdettin Özdemir, Mitglied des Verwaltungsrates, an...)

Beide Chefs beeilten sich, die Anordnung auszuführen...

Meine Treffen mit dem Vorsitzenden der Organisation in Europa, Celebi - zunächst in Mailand, dann zweimal in Zürich... Was sagte Celebi:

"Am 30. März war ich nicht in Zürich, sondern in Paris..."

Untersuchungsrichter Martella korrigierte ihn:

"Nein, Ihrem Paß zufolge waren Sie in Paris am 14. März... und eine Passagierliste der 'Lufthansa' beweist, daß Sie am 30. März von Frankfurt aus für einen Tag nach Zürich gereist sind... Zwei Mitglieder Ihrer Organisation, Mamuk Inan und Erdal Ünal, bezeugen, daß Sie sich in Begleitung von Agca befanden..."

Nachdem Celebi seinen Namen in der Passagierliste sah, meinte er:

"Jetzt entsinne ich mich, ich traf Agca zufällig..."

Die türkische Polizei hatte ein Jahr vor Martella, d.h. kurz nach dem Attentat, von den Kontakten zwischen Celebi und Agca erfahren. Doch wieder war Zufall im Spiel...

Ein gescheiter Hauptkommissar von der ersten Abteilung der Sicherheitspolizei, Mitglied des dreiköpfigen türkischen Teams, das Agca in Rom verhörte, spielte diesem gegenüber an:

"Ich habe mit deinem Vorsitzenden gesprochen, er hat mir alles erzählt."

Agca reagierte sofort: "Mit welchem Vorsitzenden.. mit dem Vorsitzenden Cerdar?"

Selbst der Hauptkommissar war über diese Antwort verblüfft. (Quelle: Dokument der italienischen Staatsanwaltschaft Nr. 889 S vom 9. Juni 1981).

Denn der Vorsitzende, mit dem Hauptkommissar Ilhan Özgüz gesprochen hatte, war nicht der "Vorsitzende Cerdar"... Es war Jihad Türkoglu, Vorsitzender der Wiener Zweigstelle der Organisation, deren Leiter Cerdar ist.

Jihad Türkoglu (Paß Nr. TR-206285) hatte sich zunächst an die österreichische Polizei gewandt, um Enthüllungen über das Papstattentat zu machen. Die österreichische Polizei hatte einen Treff in Wien vereinbart, bei dem auch ein Mitarbeiter des italienischen Geheimdienstes zugegen sein sollte, doch Türkoglu war verschwunden...

Er hatte sich nämlich unter dem Vorwand, daß sein Leben bedroht sei, in die Türkei abgesetzt...

1981, im Dezember...

Im Ruhrgebiet gibt es eine Stadt, in der viele türkische Gastarbeiter leben - Essen.

Ein sympathischer junger brünetter Mann mit lockigem Haar betritt die Filiale der Sparkasse und reicht dem Angestellten am Schalter einen Scheck über 3000 DM mit der Bitte, das Geld auf sein Konto zu überweisen.

Der Angestellte fragt:

"Ihre Kontonummer?"

"5069125"

Die Kontonummer auf dem Scheck lautet 5265200. Er ist von der Filiale "Darlehenskasse - Bistum Münster" ausgestellt und trägt die Unterschrift von Dr. Hoemeyer.

Die Bank verwaltet die Ersparnisse der katholischen Kirchen. Und Dr. Hoemeyer ist Generalsekretär der Katholischen Bischofskonferenz in der Bundesrepublik Deutschland.

In gewissem Sinne der verlängerte Arm des Vatikans in Bonn.

Und der Name des jungen Mannes, dem der Scheck über 3000 DM ausgezahlt wurde, ist Süleyman Yetkin... Yetkin aus Malatya - Yesiltepe..., das heißt aus Agcas Gegend. Er ist ein Jugendfreund des Trios Ali Agca - Mehmet Sener - Oral Celik. Er machte Agca mit den jungen Mitgliedern der Abteilung der Organisation in Malatya Sener, Celik und Mehmet Kursun bekannt. Sein Vater war im Ortsausschuß einer verbotenen Partei tätig und Mitarbeiter des Bürgermeisters von Malatya, Hamido, der in den 70er Jahren Opfer des Terrorismus wurde. Zu jener Zeit hatte sich Süleyman, wie viele andere Jugendliche auch, an "einigen Fällen" beteiligt, die von den zahlreichen politischen Gruppierungen in diesem Gebiet organisiert worden waren. Er wurde verhaftet, dann jedoch freigesprochen. Was hält er von Agca?

Ich unterhielt mich lange mit Süleyman Yetkin. Nachstehend gebe ich unser Gespräch teilweise wieder:

Frage: In Malatya haben Sie neben Oral Celik auch Mehmet Ali Agca kennengelernt. Wie kam es dazu?

Antwort: Meine Bekanntschaft mit Mehmet Ali Agca hat eine ziemlich lange Geschichte. Wir wohnten in ein und derselben Straße. Seine Mitgliedschaft in der Jugendorganisation (die Rede ist von den "Grauen Wölfen" - Anm. d. Red.) war nicht der Anlaß für unsere Bekanntschaft. Ungeachtet all dessen sei gesagt, daß er eine traurige Vergangenheit hat. Agca stammt aus einer sehr armen Familie. Er war Mitglied einer Gesellschaft, die wirtschaftlich ruiniert und in völlig auswegloser Lage war. Angesichts solcher Verhältnisse kann man von einem Menschen keine normalen Umgangsformen, keine normale Verhaltensweise erwarten. Er (Agca) war ohnehin psychisch am Ende. Infolgedessen hatte er nichts zu verlieren und tat alles, um berühmt zu werden und Rache für seine bittere Vergangenheit zu nehmen. Sein Ziel war, sich unter allen Umständen durchzusetzen. Ich konnte mich schon vor langer Zeit davon überzeugen, daß Mehmet Ali ein Psychopath war, und unternahm alles Mögliche, um ihn vom Terrorismus wegzubekommen. Doch meine Bemühungen fruchteten nichts. Ende 1978 traf ich in der BRD ein.

Frage: Hatten Sie zur Zeit des Mordes an Abdi Ipekci keine Verbindung mit ihm?

Antwort: Bis kurz vor dem Mord an Abdi Ipekci standen wir in brieflichem Kontakt, genauer gesagt, ich erhielt von ihm ein paar Ansichtskarten.

Frage: Vor dem Mord?

Antwort: Ja, vor dem Mord.

Frage: Und danach?

Antwort: Nein, danach hatten wir keinerlei Verbindung mehr.

Frage: Wie war er in der Schule, war er klug?

Antwort: In der Schule war er sehr gut. Ich weiß genau, daß er fast nie Hausaufgaben machte. Trotzdem ist er immer gut mitgekommen, und das beweist wohl, daß er intelligent ist.

Frage: Zeigte er zu jener Zeit bereits Sympathien für den Terrorismus? Konnte man aus seinen Äußerungen darauf schließen?

Antwort: Vor allem sann er auf Rache. Er hielt nichts von den türkischen Politikern aller Zeiten und behauptete, daß sie an unserer miserablen Lage schuld seien und der einzige Ausweg ein Putsch wäre. Er war fest davon überzeugt. Er war von einer Leidenschaft erfüllt, die ihn zum Terrorismus trieb, er wollte um jeden Preis berühmt werden und Rache nehmen. Es gab auch Zeiten, in denen Mehmet Ali Gedichte schrieb. Doch sein Hang zur Gewalt behielt letzten Endes die Oberhand.

Frage: Was für Verse schrieb er denn? Waren es romantische Liebesgedichte oder sozial engagierte Verse?

Antwort: Seine Verse hatten keine sozialen Bezüge. Vielmehr besangen sie die Nostalgie und die Sehnsucht. Doch das änderte sich ab und zu. Manchmal verwandelte er sich in seinen Versen in ein Mädchen, dann wieder in eine Frau.

Frage: Als er in Ankara die Universität besuchte, sahen Sie sich da wieder?

Antwort: Ja, nach seiner Ankunft in Ankara sahen wir uns wieder. Ich versuchte erneut, ihm Anschluß zu meinem Bekanntenkreis zu verschaffen, um ihn von seinem Hang zum Terrorismus abzulenken. Deshalb half ich ihm, ein Zimmer im Wohnheim zu bekommen, damit er bequem zum Unterricht fahren konnte. Wir trafen uns ziemlich oft. Doch sein Hang zum Terrorismus setzte sich immer mehr durch.

Frage: Auf welche Art und Weise? Nahm er an bewaffneten Aktionen teil?

Antwort: Ja, einmal wurde ich Zeuge seiner Teilnahme an einer

bewaffneten Aktion vor der Fakultät für politische Wissenschaften. Seine Einmischung führte in einem Fall zum Zusammenstoß zweier Gruppierungen. Das ergab sich wohl nicht nur aus der Tatsache, daß er Mitglied der Jugendorganisation und gegen die Linken war, sondern auch aus seinem Streben, sich hervorzutun. Und als auch Polizisten zugegen waren, schoß er in die Luft. Beide Gruppierungen dachten wohl, daß jeweils die andere Seite geschossen hätte, und es kam zu Blutvergießen. Trotzdem habe ich immer wieder versucht, ihm zu helfen.

Frage: Sie sagten Blutvergießen. Gab es Verletzte?

Antwort: Ja,

Frage: Durch Mehmet Alis Schüsse?

Antwort: Nein, er schoß ja in die Luft. Er verhielt sich wie ein Sadist, dem es offenbar Vergnügen bereitete, daß er eine Schießerei provoziert hatte.

1978 reiste Süleyman Yetkin in die BRD, um dort sein Studium fortzusetzen. Auf dem Flughafen war auch Mehmet Ali Agca, der seinen Freund mit folgenden Worten verabschiedete:

"Sieh mal, Süleyman, in der Bundesrepublik darfst du sogar Professor werden, nur kein Ungläubiger."

In der BRD vergaß Süleyman diese Worte nicht. Nicht nur das, er vergaß auch seine Stammesgenossen, die in der Sowjetunion lebenden Angehörigen der Turkvölker nicht. Nach seiner Ankunft in der BRD trat er der "Türkischen Föderation" der Jugendauslandsorganisation der Partei der Nationalen Bewegung von Türkei (d. h. der Organisation von Celebi) bei. Er arbeitete aktiv in der "Gruppe für die Rettung der unterdrückten Türken in Rußland", die im Rahmen dieser Organisation tätig ist.

In der Bundesrepublik gibt es amerikanische Sender von der Art des "Senders Freies Europa", die für das sowjetische Turkestan senden. Ein Teil von ihnen wird von einem Amerikaner - Ruzi Nazar - kontrolliert, der in der USA-Botschaft in Bonn arbeitet.

Ich nehme an, daß Süleyman Yetkin in Bonn ab und zu mit Ruzi Nazar zusammengetroffen ist. Als Vorwand dienten wohl die "unterdrückten Türken in Rußland". Eines Tages stieß ich auf folgende Meldung in einer Ausgabe der Zeitung "Tercüman" für die BRD:

"Nach den Worten von Agcas Freund Yetkin, sei Agca in der

Sowjetunion ausgebildet worden. Yetkin verweist darauf, daß die CIA über ein Foto verfüge, das während Agcas Ausbildung aufgenommen worden sei."

Diese Nachricht aus der "Tercüman" wurde von der Italienischen Nachrichtenagentur ANSA verbreitet.

Ich suchte und fand Süleyman und sagte ihm:

"Eine interessante Nachricht. Seit dem Papst-Attentat wird in einigen Kreisen hartnäckig darauf bestanden, daß das KGB seine Hand im Spiele habe... Wo hast du dieses Foto gesehen? Hat Ruzi Nazer es dir gezeigt?"

Er lachte und sagte:

"Nein, ich habe es bei der deutschen Polizei gesehen.."

"Was für ein Foto ist das? Woran ist zu erkennen, daß es in Rußland gemacht worden ist?"

Er beschrieb es mir:

"Agca liegt auf dem Boden, im Hintergrund sind ein Paar russische Stiefel zu sehen... Er sei auf der Krim, an einem Ort namens SIMFEROPOL ausgebildet worden."

"Gut, doch kann das Foto nicht auch in den Wäldern Österreichs oder der Schweiz aufgenommen sein?"

Als er sah, daß ich die Angelegenheit nicht ganz ernst nahm, sagte er:

"Untersuch es doch, wenn du willst. Der deutsche Polizeibeamte heißt (...)"

Mit dieser Aufgabe beauftragte ich einen deutschen Journalisten, einen Freund von Fernsehen, der enge Beziehungen zur Polizei hat. Ich bat ihn, die Angelegenheit zu untersuchen. Und er gelangte zu folgendem Ergebnis:

Ein solches Foto existiert nicht, es stimmt jedoch, daß Süleyman Yetkin im Fall Agca mit der katholischen Kirche zusammengearbeitet hat. Der Mann, mit dem er sich traf, ist der Prälat Dr. Hoemeyer, Generalsekretär der Katholischen Bischofskonferenz. An diesen Gesprächen soll auch der erwähnte Sicherheitsbeamte teilgenommen haben. Dr. Hoemeyer ist der Verbindungsmann zwischen dem Vatikan und Bonn.

D. h. derjenige, der Yetkin mit einem Scheck bezahlt hat.

Und das nicht nur einmal: Vom 28. Dezember 1981 bis März 1982 hat er Schecks über eine Summe von ca. 10 000 DM ausgestellt...

Der BRD-Bürger Karl-Heinz Schopphaus, der den Kontakt zwischen Yetkin und der Kirche herstellte, erhielt einen Scheck über 5000 Mark.

Wofür wurden diese Summen gezahlt?

Für die "Ausgaben bei Dienstleistungen" für den Vatikan, Diese Dienstleistung bestand in folgendem:

Yetkin sollte sich im Gefängnis mit Mehmet Ali Agca treffen.

Vermittler dieses Gesprächs würde der Vatikan sein. Dabei sollte Yetkin Agca dazu bringen, mit seinen Geständnissen zu beginnen.

Inzwischen wollte man ihm zu verstehen geben, daß sich der Papst - sollte es notwendig sein - an den Präsidenten Italiens wenden würde, um Schritte zu Agcas Begnadigung zu unternehmen.

Was sollte Agca zugeben?

Die Antwort Yetkins:

"Die im Vatikan vorgenommene Ermittlung ergab, daß Agca im Namen der Sowjets gehandelt hat. Das muß zugegeben werden. Der Vatikan hat der These mit dem KGB große Bedeutung beigemessen. Doch diese Begegnung hat nicht stattgefunden. Im März 1982 erhielt ich von den Interessierten einen Brief..."

Auch ich habe den an Yetkin geschickten Brief gesehen.

Doch der Plan, über den im Bonner Haus von Dr. Hoemeyer gesprochen wurde, konnte nicht verwirklicht werden, weil von den interessierten Seiten kein Einverständnis vorlag.

28. Dezember 1981... In der Presse der Großmächte ist der Fall Agca noch nicht zu einer Kampagne gegenseitiger Beschuldigungen geworden. ...Denn Agca schweigt noch immer. In meinem Kalender sind am 28.12.1981 zwei kleine Bemerkungen eingetragen... Paul Henze übergibt "Reader's Digest", die in einer Auflage von 20 Millionen und in einigen Sprachen erscheint, einen Bericht.

Das Wesentliche:

"Agca hat mit den Rechten und den Mitgliedern der Jugendorganisationen der Partei der Nationalen Bewegung nichts zu tun, hinter ihm steht das KGB."

28. Dezember 1981... der Tag, an dem zwei Angestellte des italienischen Geheimdienstes Agca in seiner Zelle aufsuchen.

28. Dezember 1981, nach Weihnachten.

Zwei offizielle Besucher kommen zu Agca: Major Petrucelli vom italienischen militärischen Geheimdienst und Dr. Bonaguras von der Sicherheitsabteilung.

Die Meinung der Staatsanwaltschaft in Rom: "Agca hat den beiden Angestellten des italienischen Sicherheitsdienstes keine Hinweise gegeben, die Anlaß für ernste Ermittlungen bieten könnten, schließt man einige unbestimmte und schleierhafte Ausdrücke aus." (Protokoll eines Verhörs über das Papst-Attentat, Ordner Nr. 8, S. 1791-1806).

Seinem Rechtsanwalt erklärte Agca später: "Die Mitarbeiter des Geheimdienstes sagten, daß mein Urteil auf 10 Jahre herabgesetzt würde, wenn ich bestimmte Aussagen über die Hintermänner des Attentats machte."

Ein Jahr später erfuhr die Öffentlichkeit von den Besuchen der Mitarbeiter des italienischen Geheimdienstes. Sie lösten im Parlament und in der Presse Diskussionen aus. Während der Verteidigungsminister sagte, daß diese Treffen mit Wissen und Erlaubnis des Justizministeriums stattgefunden haben, teilte die Staatsanwaltschaft mit, daß sie nichts von einer derartigen Erlaubnis wisse. 20 Tage darauf waren die Ermittlungsorgane in Rom gezwungen, mitzuteilen, daß die das fragliche Treffen genehmigt hatten...

Es gibt auch eine andere Ursache für diese Diskussionen in der Öffentlichkeit, und zwar die, daß die ehemaligen Chefs des italienischen Geheimdienstes häufig in irgendwelche dunkle Affären verwickelt seien.

Der Chef von SISMI, General Giuseppe Santavito, dessen Unterschrift unter den Berichten des Geheimdienstes während der Ermittlung über das Papstattentat im Jahre 1981 stehen, war in "die größte internationale Waffenschmuggelaffäre des Jahrhunderts" verwickelt, die im vergangenen Jahr von der Staatsanwaltschaft in Trento aufgedeckt wurde... Sein Name figurierte in der Liste der Angeklagten jener Bande, die den Verkauf von Waffen für Millionen US-Dollar an die Länder der dritten Welt organisierte, angefangen von Kobra-Hubschraubern und Leopard-Panzern bis hin zu Raketen und Flugzeugabwehrwaffen. Doch der Prozeß gegen Santavito fand nicht statt, weil dieser gewisse Zeit nach seiner Verhaftung verstarb. (Quelle: Anklageschrift der Staatsanwaltschaft in Trento vom 12. April 1984, Nr. 67 (84A-61)).

Das ist weder der erste noch der letzte Skandal im Zusammenhang mit der Organisation des italienischen Geheimdienstes. Es gibt viele Beispiele.

Annähernd eine Woche bevor Untersuchungsrichter Martella den Gerichtsorganen im Zusammenhang mit dem Papst-Attentat die zweite Anklageschrift übergab, wurden Haftbefehle gegen zwei weitere Agenten, die im Geheimdienst verantwortungsvolle Posten innehatten, ausgestellt: Belmonte und Paziienza.

Die gegen sie gerichtete Anklage lautete, die Terroraktion auf dem Bahnhof in Bologna, bei der 75 Menschen ums Leben kamen, vorbereitet und abgesichert zu haben. Außerdem hätten sie das Gefängnis "Ascoli Piceno" ohne Genehmigung betreten und mit einigen politischen Häftlingen gesprochen.

+ + +

Ein anderes Beispiel: 48 Tage nach der Ermordung von Abdi Ipekci in der Türkei wurde in Rom ein Journalist ermordet. Es handelte sich um den Journalisten Mino Petrocelli, der die Dokumente der Terrororganisationen in Italien untersuchte, die die hinter den Kulissen agierenden Geheimdienste betrafen.

Zunächst wurde ein gedungener Mörder mit profaschistischen Ansichten verhaftet. Als die Staatsanwaltschaft von Rom die Ermittlung ausdehnte, fand man auch den wahren Mörder.

Es war Oberst Antonio Viezer vom italienischen Geheimdienst.

Daß er jetzt gemeinsam mit Agca im Gefängnis "Ascoli Piceno" einsitzt, erscheint wie ein Scherz des Schicksals.

+ + +

Doch kommen wir auf Weihnachten 1981 und das Gefängnis "Ascoli Piceno" zurück.

Nach den Besuchen der beiden Angestellten des italienischen Geheimdienstes nahm ein anderer Italiener regelmäßige Besuche in der Zelle Mehmet Ali Agcas auf. Laut der verantwortlichen Angestellten des Gefängnisses war das zu jener Zeit der einzige Mensch, der fast täglich mit Agca sprechen konnte.

Sein Name: Saverio Santini.

Sein Amt: Vikar des Gefängnisses, (der Tiger).

Diese häufigen Gespräche eines katholischen Geistlichen mit einem Häftling wie Agca, der kein Katholik ist und sich sogar über das Konsulat in Rom einen Koran besorgen ließ, erregten bei den verantwortlichen Gefängnisangestellten anfangs Aufmerksamkeit, doch allmählich gewöhnten sie sich daran.

Unter sich meinten die Wärter:

"Er bringt ihm Italienisch bei..."

"Gestern hat er ihm eine Bibel geschenkt. Vielleicht bringt er Agca so weit, daß er den katholischen Glauben annimmt..."

Saverio Santini hat ihm nicht nur Italienisch beigebracht, sondern ihn auch mit Zeitungen und Zeitschriften versorgt. Englische Zeitungen erhielt er von dem amerikanischen Seemann Michael Koks, der im selben Block einsitzt wie Agca. Der amerikanische Seemann wurde wegen dreifachen Mordes in Neapel zu 30 Jahren Gefängnis verurteilt...

Santini kam eines Tages mit einem Zeitungsfoto in die Zelle, dem Foto, das der amerikanische Fotograf Lowell Newton am Tag des Attentats, dem 13. Mai, aufgenommen hatte: Ein junger Mann, der vom Petersplatz flieht.

Er fragte Agca:

"Wer könnte das sein?"

Agca sah sich das Foto aufmerksam an, ohne daß es besonderen Eindruck auf ihn machte:

"Sicher ein Tourist, der wegen der Schüsse in Panik geraten ist."

Er hatte nicht die Absicht zu sprechen.

Was Santini anbelangt, so mußte er - dies war seine Aufgabe - Agca dazu bringen, auszusagen. Santini fuhr fort:

"Wenn er über die geheimen Auftraggeber des Papst-Attentats aussagt, wird sich der Papst vielleicht - so heißt es - an den Präsidenten Italiens wenden und um Begnadigung ersuchen. Eigentlich weiß der Vatikan recht gut, wer hinter dem Attentat steht... der bulgarische Geheimdienst und das KGB."

Saverio Santini empfahl Agca, diese Wahrheit so schnell wie möglich aufzudecken.

Weiß der Vatikan von der These, daß das KGB hinter Agca gesteckt hat?

Hat der Vatikan diesbezüglich wirklich zuverlässige Informationen? Oder liegt es einfach im Interesse der Kirchenpolitik, daß die Öffentlichkeit einer solchen Theorie über das Attentat Glauben schenkt?

Mißt er deshalb den von den neofaschistischen Jugendkreisen in der BRD verbreiteten Informationen Bedeutung bei?

Interessant ist, daß der Autor des ersten Buches über das Papst-Attentat ein Priester aus dem Vatikan, Vendelin Slugonov, ist. Er floh 1963 aus der Tschechoslowakei nach Italien, erhielt im Vatikan eine Ausbildung und gab im Januar 1982 in Koblenz (BRD) das Buch "Das Drama vom 13. Mai" heraus. Auf Seite 159 dieses Buches resumiert er in Anlehnung an den vom Agenten eines westlichen Geheimdienstes verfaßten Bericht etwa so: Moskau habe die Anweisung gegeben, auf den Papst zu schießen, Das KGB, das Agca aus dem Gefängnis in der Türkei herausholte, habe ihn im Lager Simferopol auf der Krim ausgebildet.

Vendelin nannte sogar das Datum des "Berichtes des westlichen Agenten": 19. Mai 1981.

Der Ausdruck "Lager Simferopol", den ich zum erstenmal von dem Mitglied der Jugendorganisation der Partei der Nationalistischen Bewegung, Süleyman Yetkin, gehört hatte, interessierte mich, und ich suchte den Priester auf:

"Ehrwürden, auch ich beschäftige mich mit diesem Fall. Aus welchem westlichen Land ist dieser Geheimagent, den Sie erwähnen?"

"Das sage ich nicht, das ist ein Geheimnis. Doch ich darf bemerken, daß es nicht die CIA ist."

"Das weiß ich auch, daß es nicht die CIA ist. Die amerikanischen Zeitungen veröffentlichten offiziell einen CIA-Bericht, der dem Senatsausschuß vorgelegt wurde... Die Leute sind sogar der Meinung, daß es lächerlich ist anzunehmen, der KGB könnte etwas damit zu tun haben. Handelt es sich vielleicht um den Geheimdienst des Vatikans?"

"Ich sagte bereits, daß ich darüber nichts äußern werde."

"Dann eben nicht!"

Das habe ich natürlich nicht ausgesprochen, sondern nur gedacht.

Vatikan, April 1983, ein dreiköpfiges Team.

Im Auftrag des Zweiten Deutschen Fernsehens bereiten wir einen Dokumentarfilm unter dem Titel "Drei Jahre seit dem Papst-Attentat" vor. Es geht um die Beteiligung des KGB und der Bulgaren. Der Fall weitet sich zu einem kalten Krieg im internationalen Leben aus. Keinem Journalisten wird eine offizielle Erklärung gegeben, über den Fall wird keine Meinung geäußert. In dieser Beziehung hat Kardinal Casarolli offizielle Anweisungen erteilt. Ich finde eine Quelle unter der Bezeichnung "das Ohr der Kulissen des Vatikans".

Der Geistliche ist der Bibliothekar Pater Gino.

Ginos Bericht ist interessant:

"Unsere Kirche macht sich das Papstattentat sehr zunutze", begann er seinen Bericht und setzte fort: "Sie spielte der Presse insgeheim die These vom KGB zu und zog sich dann zurück. Jetzt ist die Welt verwirrt. Was glauben Sie, wer Agca zum Sprechen gebracht hat?"

"Wer?"

"Na, ich kann Sie ja auf eine Spur bringen: der Geistliche in "Ascoli Piceno"... Agca selbst hat über ihm ein schriftliches Dokument übergeben, daß er sprechen werde... Wie er es ihm gegeben hat, weiß ich allerdings nicht... Doch ich kann Sie auf eine weitere Spur bringen. Es existiert ein interessanter Brief Agcas an Kardinal Silvio Odi... Wenn Sie wollen, können Sie ja mal ein bißchen herumstöbern."

"Kardinal Odi? Die rechte Hand des Papstes? Wie soll ich da etwas nachforschen?" Wir wandten uns offiziell an die Sekretärin und erhielten die schriftliche Antwort "Zu unserem Bedauern..."

Pater Gino sagte: "Warten Sie mal, vielleicht kann ich ein Treffen arrangieren..."

Er führte einige Telefongespräche und organisierte das Treffen...

Ich stellte die Frage nach dem Brief... und zu unserer Überraschung bestätigte Kardinal Odi ihn...

"Ich zeige ihn zum ersten Mal", sagte er, holte den Brief hervor und las ihn vor.

In seinem Brief vom 24. September 1982 schreibt Agca, daß der Geistliche im Gefängnis und der Priester in "Ascoli Piceno"

ihm drohen, Druck auf ihn ausüben. Er behauptet, daß Kardinal Odi denselben Weg eingeschlagen habe, daß er Angst habe, ermordet zu werden, und mit dem Vatikan freundschaftliche Beziehungen aufnehmen wolle... Das ist der Inhalt des Briefes...

In den Briefen, die Agca einen Tag zuvor an den Generalsekretär des Vatikans, Kardinal Casarolli, an die Amnesty International und einige namhafte italienische Politiker schrieb, behauptete er, daß es im Vatikan Menschen gebe, die ihn umbringen wollen.

Weshalb wohl geriet Agca in solche Panik? Wer vom Vatikan übte Druck auf ihn aus und warum?

War es nicht Saverio Santini, mit dem er in seiner Zelle in "Ascoli Piceno" oft gesprochen hat?

Wie viele andere Antworten im "Fall Agca" hängt auch diese in der Luft. Wir haben Santini gesucht, ihn aber nicht finden können. Doch in der Zeit, die seitdem vergangen ist, hat sich viel Interessantes ereignet...

Unter denen, die während der Massenverhaftungen unter den Mafiosi die italienischen Gefängnisse füllten, war auch Saverio Santini.

Seine Schuld:

Verdächtige Verbindungen zu einem der Mafiabosse, Cutolo, im Gefängnis "Ascoli Piceno" und das Überbringen von Nachrichten ins Gefängnis.

Jetzt ist Santini wieder im Gefängnis, diesmal nicht als Diener der Kirche, sondern als Mitglied der Mafia.

1982. Anfang Juni. Rom.

Die Abteilung in der italienischen Polizei, die sich mit Terroraktionen beschäftigt, heißt kurz DIGOS.

Dr. Markone, der Leiter der DIGOS, der die Untersuchung im Fall Agca leitete, ist die rechte Hand von Untersuchungsrichter Martella.

Gemeinsam mit Cihan Akerson von der Abteilung "Nachrichten aus dem Ausland" sitzen wir ihm gegenüber. Marcione telefoniert mit Martella:

"Er verfügt, offen gesagt, über ein ganzes Buch mit Materialien, und zwar nicht irgendwelche Hirngespinnste, sondern ernst-

zunehmende Dinge. Er kennt alle Namen, die Agca erwähnt hat, und das mit allen Einzelheiten über sie."

"..."

"Catli, Celebi, Celik, Celenk, Uurluu" (so sprach er den Namen von Abuzer Ugurlu aus).

"..."

"Ich bitte Sie, nein, ich habe nichts erwähnt. Ich sage Ihnen doch, daß die Tasche dieses Mannes voller Dokumente ist..."

Wir hatten erfahren, daß sich Agca, der bis zu diesem Augenblick geschwiegen hatte, am 1. Mai 1981 an die Direktion des Gefängnisses "Ascoli Piceno" gewandt und einige Aussagen über die Leute gemacht habe, die ihn unterstützt hätten.

Cihan von den "Nachrichten aus dem Ausland" würde nach Rom fahren, ich in die Schweiz und nach Österreich. Warum in die Schweiz und nach Österreich?

Vor dem Papst-Attentat hatten die Auslandsvertretungen der Zeitung "Milliyet" die meisten Signale über Agca und Sener erhalten. Am häufigsten waren die beiden zusammen in Österreich und der Schweiz gesehen worden. Nach dem Papst-Attentat fanden wir eine Liste mit den Hotels, in denen Agca unter dem Namen Faruk Özgün abgestiegen war.

9.-12. September, Hotel "Rütli" in Zürich, 24.-27. Oktober, Hotel "Kron" in Luzern, 27. November, Hotel "Posta" in Como. Da die Schweizer Polizei ein Signal erhielt, ging Agca zu jener Zeit nach Italien, doch im Februar kam er erneut in die Schweiz zurück. Aus einigen konkreten Fakten, von denen wir Kenntnis erhielten, ging hervor, daß jene, die Agca verbargen - Sener, Catli und Celik -, Mitglieder der fraglichen Organisation waren und in dieser Gegend lebten. Ich hatte Bülent Zarif von der Bonner Vertretung nach Olten geschickt. Er stellte fest, daß das ständige Hin und Her der Leute in den dortigen Nebenstellen der Organisation Befremden auslöste. Und der Vorsitzende der Nebenstelle in Wien hatte sich durch Vermittlung der österreichischen Polizei an den italienischen Geheimdienst gewandt, war dann jedoch plötzlich verschwunden.

Wir hatten eine Information erhalten, daß die vier Türken an einem Bankraub in Österreich beteiligt gewesen seien. Die Po-

lizei hatte Oral Celik und Catli in Verdacht. In der Zwischenzeit erhielt ich eine Nachricht von Cihan: "Es wäre gut, wenn du sofort nach Rom kämest."

Wird fortgesetzt

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA  
TÜSTAV

Sonderausgabe

# BULGARIEN

EREIGNISSE TATSACHEN  
GESICHTSPUNKTE

AGENTUR SOFIA-PRESS



ADRESSE: 1000 SOFIA, SLAWJANSKA STR. 29; TELEFON: 88 58 31 BIS 35; TELEGRAMMADRESSE: SOFIAPRESS; TELEX: 022622, (SOPPRE-BG)

HINTER DEN KULISSEN DER "ERMITTLUNG  
IN SACHEN AGCA"

(Zweiter Teil)

TÜRKIYE SOSYAL TÜSTAV  
TARİH ARŞİVİ

4/11/1985

Fortsetzung:

Agca hatte die Namen seiner Hintermänner, die ihn unterstützt hatten, nacheinander preisgegeben.

Wir trafen in Rom ein und arbeiteten ohne Unterbrechung Tag und Nacht. Die Namensliste, an die wir gelangten, war höchst interessant. Sie enthielt etwa ein Dutzend türkische Namen: Abdullah Catli, Oral Celik, Mehmet Sener, Serdar Celebi, Mahmut Inan, Erdal Ünal, Ramazan Sentül, Ömer Güler (der sich später als Ömer Bagci entpuppte), Eyüp Erdem, Abuzer Ugurlu, Bekir Celenk, Ömer Mersan. Sie enthielt auch zwei ausländische Namen: einen italienischen - Sergio Paparelli und den eines arabischen Schmugglers - Mahmut Kerim, von dem behauptet wurde, daß er sich in Sofia aufhalte. Mit Ausnahme der beiden letztgenannten sowie Ugurlus, Celenks und Mersans handelte es sich bei fast allen um Terroristen, nach denen wegen Teilnahme an rechtsgerichteten Aktionen in der Türkei zusammen mit führenden Mitgliedern der Nationalistischen Organisation in Deutschland, Österreich und in erster Linie in der Schweiz (wie z. B. Celik, Catli, Sener) gefahndet wurde.

Agca hatte folgendes ausgesagt: "In der Türkei war ich zusammen mit Oral, Catli, Sener und Özbey Leiter einer aus 50 Mann bestehenden Gruppe, die durch einen rechtsgerichteten Putsch die 'Grauen Wölfe' an die Macht bringen sollte. Zwar war ich kein Mitglied der 'Grauen Wölfe', doch unterhielt ich in Ankara und Istanbul Kontakte zu dieser Organisation. Nach der Ermordung Ipekçis haben sie mir geholfen und mich in Februar 1980 nach Iran gebracht. Zu dieser Zeit hatten Oral Celik und ich an die Zeitung 'Milliyet' einen Brief geschickt, in dem wir erklärten, daß wir den Papst umbringen werden. In Iran war man durch den Vorfall mit den 'amerikanischen Geiseln' Ausländern gegenüber feindselig gestimmt. Ich kehrte in die Türkei zurück. Dort erhielt ich von Abuzer Ugurlu einen indischen Paß und gelangte mit Unterstützung von Abdullah Catli in Istanbul und der Hilfe der Zöllner von Kapikule nach Bulgarien. In Bulgarien nannte ich Abuzers Namen und erhielt von Ömer Mersan 2500 Mark. Mersan stellte ich mich als Student Metin vor. In Bulgarien lernte ich einen Syrer namens Mahmut Kerin kennen. Ich sagte ihm, daß ich in Europa ein paar Terroraktio-

nen ausführen, daß ich das für den Ostblock tun könnte. Inzwischen machte mir die bulgarische Polizei Schwierigkeiten wegen das falschen Passes. Ich suchte Catli aus der Türkei auf. Er gab mir einen türkischen Paß auf den Namen von Faruk Özgöz. Auch für sich, Mehmet Sener und Oral Celik hatte er Pässe besorgt. Am 30. August trafen wir uns in Kapikule. Am 31. August fuhr ich mit einem Bus über Belgrad nach Paris und von dort aus in die Schweiz."

Die nächsten Aussagen Agcas beziehen sich auf seine Treffen mit den Mitgliedern der fraglichen Organisation - Celebi, Eyüb Erdem, Mahmut Inan, Erdal Ünal - und die angeklagten Terroristen Oral Celik, Abdulah Catli, Mehmet Sener. Allerdings enthält dieser Teil der Aussagen viele Einzelheiten - Orte, Daten, Zeugen.

So z. B. auch die Anschrift und Telefonnummer von Catli und Celik in Wien, die Adresse der Wohnung, die Mahmut Inan für ihn in Zürich gemietet hatte... Ebenfalls in Wien wurden (zusammen mit Oral Celik) von einem Österreicher 4 Pistolen in Empfang genommen, eine davon wurde Ömer Bagci in Olten (Schweiz) übergeben. Auch die Namen von Leuten, mit denen er zusammen gewesen ist, erwähnte er.

Der Name Bekir Celenks fällt im Telefongespräch mit Celebi, das er von Mallorca aus führte.

Agcas ersten Aussagen zufolge hatte ihm Celebi gesagt: "Ich sprach in der BRD mit Bekir Celenk über das Attentat auf den Papst. Auch hat er von deiner im Brief an "Milliyet" geäußerten Absicht gelesen, den Papst zu ermorden. Er zeigte sich sehr interessiert. Wenn du das für den bulgarischen Geheimdienst machst, würde man unseren Leuten, die von der Polizei gesucht werden, in Bulgarien Unterschlupf geben, bis sich die Lage in der Türkei normalisiert hat. Und für die Aktionen gab er 3000 DM für Waffen." Agca telefonierte von Mallorca aus auch mit Vahdettin Özdemir von der Organisation in Olten. Der gab die Anweisung, daß Ömer Bagci die Waffe am 9. Mai nach Mailand bringen solle.

Der nächste Teil seiner Aussagen betrifft seine Reise nach Rom, seine Telefonate mit seinen Freunden von der Organisation von Frankfurt in Zürich und schließlich das Papst-Attentat am 13. Mai.

Das ist das Szenarium, das er Martella im Mai anbot. Er wollte andeuten, daß er "das im Auftrag der Bulgaren ausführte", gab jedoch die Namen seiner Gesinnungsgenossen in Europa preis, die ihn unterstützt hatten.

In den Aussagen tauchte nur ein einziger bulgarischer Name auf. Im Zusammenhang mit einem Gespräch über terroristische Aktivitäten mit einem bulgarischen Diplomaten namens Petrow in Österreich... Doch diese Aussage ist ziemlich unklar...

Noch fehlt das Treffen mit Aiwosow, Celenk und Celik in Sofia, das in dem neuen, fünf Monate später aufgetauchten Szenarium enthalten ist. Ebenso wie das Treffen im Züricher Hotel "Sheraton" mit Celebi, Celik und Celenk und das Dreieck Aiwosow - Antonow - Wassilew am Vorabend des Attentats in Rom.

Keine Spur davon! Agca sagte nicht einmal daß er direkt mit Celenk gesprochen habe. Er sagte nur: "Einmal, als ich mich in Sofia aufhielt, sah ich ihn von weitem in der Hotelhalle. Ömer Mersan machte mich auf ihn aufmerksam."

Wir konnten Dr. Marchionne kein Wort entlocken, das unsere Angaben bestätigt hätte. Nachdem wir DIGOS (Polizeizentrum für Antiterrorismus in Rom) verlassen hatten, gingen wir mit Cihan zum Klub der ausländischen Journalisten.

Was sollten wir nun tun?

Wir waren ziemlich durcheinander und beschlossen, uns im Fernsehen ein Fußballspiel anzusehen. Ein italienischer Kollege, der es sich an der Bar für ausländische Journalisten gemütlich machte, bemerkte:

"Ah, 'Milliyet' ist wieder in Rom! Sicher der Fall Agca. Habt ihr es nicht satt, diesen Besessenen zu verfolgen?"

Der Mann hatte Recht. Seit dem 13. Mai 1981 waren wir schon zum x-ten Mal in Rom, wir selbst wußten nicht mehr zum wievielten.

Ich erwiderte:

"Wundere dich nicht, wenn bald die Journalisten der ganzen Welt hinter ihm herhetzen."

Wir kippten unsere Drinks runter und gingen ins obere Stockwerk in den Raum mit dem Fernseher. Da brachte uns die Sekretärin der Gesellschaft "Klub" einen Zettel.

Untersuchungsrichter Martella erwartete uns in seinem Arbeits-

zimmer. In einer halben Stunde saßen wir vor ihm. Er eröffnete das Gespräch:

"Als Vertreter der Zeitung 'Milliyet' haben Sie natürlich das Recht, den 'Fall Agca' zu untersuchen. Wie ich erfahren habe, stellen Sie ernste Recherchen an. Ich weiß, daß Sie auf einige Fakten gestoßen sind. Doch jetzt, zu diesem Zeitpunkt, befinden wir uns in einer sehr kritischen Phase. Sie sollten uns helfen und das, was sie wissen, nicht sofort veröffentlichen. Auch mir stellen Sie vorerst keine Fragen. Ich möchte, daß Sie mir das versprechen."

"Für uns ist das eine höchst ungewöhnliche Situation. Möglicherweise würden wir im Hinblick auf den erfolgreichen Abschluß der Ermittlungen vorerst von einer Berichterstattung Abstand nehmen. Doch auch Sie sollten uns helfen. Übrigens möchte ich Ihnen mitteilen, daß einige amerikanische Kollegen der Weltöffentlichkeit sehr bald einiges zur Kenntnis bringen werden, und zwar von ihrem Standpunkt aus betrachtet. Nun ist das Szenarium fertig:

'Die Hand des KGB'. Und Agca, der über das Fernsehgerät, in seiner Zelle oder durch die Zeitungen, die er erhält, davon erfahren wird, schreibt Ihnen dann neue Szenarien. Ihre Arbeit ist schwer und auch die unsrige."

Martella lächelte:

"Wir sind Juristen und tragen den konkreten Fakten, nicht den Theorien Rechnung. Ich möchte Sie nicht beleidigen, doch das ist Sache der Journalisten."

Vier Monate nach diesem Gespräch, als die "Bombe" von Claire Sterling und Paul Henze in "Reader's Digest" und im Fernsehen (NBC) platzte, begann Agca tatsächlich neue Aussagen zu machen.

Und als Agca viele seiner vorherigen Aussagen, bei denen sich bereits herausgestellt hatte, daß sie erlogen waren, widerrief, sagte er am 27. Januar 1984, kurz vor Abschluß des Ermittlungsverfahrens, folgende Worte, die im Protokoll festgehalten wurden:

"Ich verfüge nicht über konkrete Angaben, doch die Presse müßte sich noch stärker als bisher bemühen, die Weltöffentlichkeit davon zu überzeugen, daß das von der Sowjetunion organisiert worden ist."

Allein die wichtigsten Überschriften von Agcas Aussagen, von denen er zugab, daß sie erlogen sind (Protokoll seines Verhörs am 27. Januar 1984) machen 20 Seiten aus,

Hier eine Passage aus dem Gutachten des römischen Staatsanwaltes, Dr. Albano, der im Prozeß als Vertreter der Anklage auftreten wird, schreibt auf Seite 13 folgendes:

"Die Sicherheit, die Nachweisbarkeit und der logische Wert von Agcas Enthüllungen bereiteten uns stets Probleme. Denn seine im Laufe des 22monatigen Ermittlungsverfahrens gemachten Aussagen erfolgten in schnellem Tempo und sind voller widersprüchlicher Erklärungen, Neuigkeiten und Erfindungen. Deshalb war es erforderlich, alles, was Agca im Laufe der Ermittlungen sagte, im Rahmen unserer Möglichkeiten mit größter Sorgfalt zu überprüfen. Eine Aufgabe, die uns viel Zeit kostete, eine schwierige, manchmal nervenaufreibende Aufgabe.

Mit seinen während der Verhöre gemachten Aussagen, die nicht immer der Wahrheit entsprachen, geriet Agca oftmals in eine schwierige Lage. Doch man sollte daraus nicht schlußfolgern, daß alles, was er gesagt hat, falsch sei."

Ein weiterer aufschlußreicher Satz aus dem Gutachten des Staatsanwalts: "Während der gesamten Ermittlungen feilschte Agca wie ein levantinischer Händler um das, was er wußte, und wollte den Preis dafür in die Höhe treiben."

Bei unserem Treffen mit Untersuchungsrichter Martella war auch Agcas Dolmetscherin, die italienische Professorin Anna Masala, anwesend. Einmal wandte sie sich auf türkisch an mich:

"Lieber Freund, würdest du uns in dieser Angelegenheit behilflich sein?"

"Was heißt 'uns'?"

"Eigentlich Martella, Du siehst ja, dieser Mann arbeitet Tag und Nacht. Er bemüht sich, die Wahrheit herauszufinden,"

"Wissen Sie", meinte ich, "auch wir bemühen uns, die Wahrheit über den Mord an Ipekci aufzudecken. Das Papst-Attentat steht für uns erst an zweiter Stelle."

Dann versuchte ich, ihr zu erklären, daß wir Journalisten seien und uns natürlich bemühen, die Justiz zu unterstützen, doch nicht als Untersuchungsrichter, sondern als Journalisten... Darüber hinaus sei es unsere Aufgabe, die Öffentlichkeit über

unsere Entdeckungen zu informieren, Falls wir uns auf ihren Vorschlag einließen, wären wir nicht in der Lage, unseren Pflichten nachzukommen. Doch falls der Untersuchungsrichter Fragen habe, die Dinge betreffen, von denen wir Kenntnis haben und berichten, könnten wir diese beantworten. Währenddessen blätterte Martella in einer Mappe. Dann griff er ins Gespräch ein:

"Ugurlu und Celenk, was sind das für Leute? Türken oder Bulgaren?"

In seinen ersten Aussagen hatte Agca sie als "Paten" der Mafia bezeichnet, die Kontakte zum bulgarischen Geheimdienst hätten.

Ich antwortete:

"Es sind Türken, ihre Namen werden in der Presse oft im Zusammenhang mit Schmuggelaffären genannt." Doch wenn Sie gestatten, möchte ich Ihnen eine Frage stellen. Bekommt Agca im Gefängnis Zeitungen und Bücher zu lesen?

"Sicherlich, unter Kontrolle der Gefängnisleitung. Warum fragen Sie?"

Ich zog Ugur Mumcus Buch "Der Waffenschmuggel und der Terrorismus" aus der Tasche.

"Mein Kollege Mumcu hat Untersuchungen im Zusammenhang mit den beiden Namen angestellt, die Sie interessieren. Im vergangenen März wurden sie in der Zeitung veröffentlicht. Mumcu behauptet sogar, daß zu der Zeit, da Agca sich in Sofia aufgehalten habe, auch Celenk im Hotel 'Vitosha' abgestiegen sei. Ob Agca das gelesen hat?"

Ich stellte diese Frage nicht von ungefähr... In mir meldete sich die eingefleischte Skepsis, die mir bei Abdi Ipekci anerzogen wurde... Bei früheren Gesprächen mit Agcas Freunden waren mir ein paar Dinge aufgefallen, die auf Agcas Hang zum Mythos" hindeuteten. So zum Beispiel behauptete Süleyman aus Malatya, als er von Mehmet Alis Schulzeit erzählte, daß dieser einen Hang zu Abenteuern gehabt habe, daß er auf Agententhriller ganz versessen gewesen sei, daß er sich allerhand Szenarien ausdachte und sie dann selber für bare Münze nahm... Ich dachte mir also: 'Ob Agca nicht, inspiriert von Zeitungen und Büchern, Szenarien in Form von Geständnissen geschrieben hat?... Ob er nicht Wahrheit und Phantasie vermischt und dann seine Erfindungen berichtet hat?'

Sechs Monate später, während seiner halbstündigen Unterredung mit Ugur Mumcu im römischen Gefängnis sagte Agca folgendes:

"Ich habe das, was Sie geschrieben haben, gelesen. Sie schreiben, daß ich in Sofia in ein und demselben Hotel mit Celenk gewesen sei. Das stimmt."

Und Ugur soll verwundert gefragt haben:

"Wo hast du das gelesen?"

"Mein Bruder Adnan sagte es mir..."

Später, während der Ermittlung des Falls mit dem internationalen Waffenschmuggel, der in Trento aufgedeckt worden war, erzählte Agca Einzelheiten über Bekir Celenk, wie z. B. die Sache mit dem "Schiff Benil", die aus Mumcus Buch "Der Waffenschmuggel" stammt und von der er behauptete, er habe sie von Celenk gehört... Doch Untersuchungsrichter Carlo Palermo schenkte dem keinen Glauben. Denn er besaß die italienische Übersetzung von Ugurs Buch. Außerdem hatte er sich, lange bevor er Agca verhörte, ausführlich mit Ugur unterhalten, der sich in Fragen des Waffenschmuggels bestens auskennt.

+ + +

Wie aber kam die italienische Übersetzung von Ugurs Buch "Der Waffenschmuggel" zustande? Kehren wir in Martellas Arbeitszimmer zurück...

Martella riß mir das Buch förmlich aus den Hand, auf dessen Einband eine in einen Geldschein eingewickelte Pistole abgebildet war. Obwohl er nicht türkisch kann, begann er es durchzublättern. Auf einmal hielt er inne.

..."Aha, Abuzer Ugurlu... (Dann blätterte er ein paar Seiten um)... Bekir Celenk."

Er wandte sich zu mir;

"Würden Sie mir dieses Buch überlassen?"

"Ich besitze nur ein einziges Exemplar und habe es signiert vom Autor bekommen. Ich könnte Ihnen ein anderes zusenden."

Doch er ließ nicht locker;

"Ich lasse es ablichten. Das Original bleibt dann bei uns", meinte er und gab das Buch der Sekretärin, während die Dolmetscherin Anna Massala verdrossen auf türkisch murmelte:

"Eine schöne Bescherung! Jetzt wird er mich die ganze Nacht über hier behalten, damit ich ihm das ganze Buch ins Italienische übersetze."

Als Martella uns zur Tür begleitete, meinte er:

"Schreiben Sie keinesfalls über das, was sie wissen, bevor die Ermittlungen abgeschlossen sind."

"Gewisse Zeit könnte ich es schon für mich behalten, doch bei der geringsten Reaktion des Westens sehe ich mich gezwungen zu schreiben. Wie gesagt, in der amerikanischen Presse rollt die Sache schon an."

Dann fiel mir plötzlich ein:

"Ich hörte, Sie wollen sich auf Reisen begeben. Angeblich nach Istanbul, um Ugurlu im Gefängnis zu vernehmen..."

Er zuckte zusammen:

"Woher haben Sie das? Da ist nichts dran."

+ + +

Am selben Abend schickte ich der Redaktion ein Fernschreiben:

"Der italienische Untersuchungsrichter Dr. Martella soll in Kürze in der Türkei eintreffen, um Abuzer Ugurlu zu vernehmen. Wir sollten ihn im Auge behalten."

+ + +

Damit alle Personen, deren Namen in Agcas ersten Aussagen von Mai 1982 erwähnt sind, nachgeprüft werden konnten, hatte sich der Untersuchungsrichter durch Vermittlung von Interpol mit der entsprechenden Bitte an die schweizerischen, österreichischen und türkischen Behörden gewandt. Das Protokoll des ersten Verhörs von Abuzer Ugurlu in der Türkei trug das Datum 29. Juni 1982. Mehmet Sener, Erdal Ünal, Vahdettin Özdemir, Mahmut Inan, Eyüp Erdem, und Sergio Paparelli wurden von der Schweizer Polizei im Juni vernommen. Ramazan Sentül hatte Otto Finter, der die Tatwaffe verkauft hatte, in seiner Wohnung untergebracht. Celik, Catli und Sener wurden in Wien vernommen. Anlaß dafür war ein Fernschreiben der Interpol vom 21. Juli.

Das Fernschreiben, das im Zusammenhang mit Celebi in die BRD geschickt wurde, enthielt das Ersuchen, Nachforschungen über einen eventuellen Besuch Celebis in der Schweiz im März 1980 anzustellen, sowie seine Telefongespräche abzuhören... Doch bezüglich Bekir Celenks wurden keinerlei Nachforschungen angestellt. Denn Agca hatte in seinen ersten Aussagen im Mai angegeben, er habe nicht direkt mit Celenk gesprochen.

Meinen Recherchen zufolge hielt sich Celenk zu dieser Zeit in der BRD auf. Am 14. Juli 1982 reichte er beim Notariat in München einen Antrag ein und gründete zusammen mit seinem Kompagnon Atalay Saral die Firma "Trakia". Das Kapital in Höhe von 120 000 DM hatte Celenk bei der "Bayerischen Vereinsbank" hinterlegt.

\* \* \*

Eines Tages rief ich an und bat um ein persönliches Treffen. Nachdem ich mich vorgestellt hatte, erhielt ich von Celenks Mitarbeiter folgende Antwort:

"Sehen Sie, Herr Örsan, wir sind zwar Landsleute, aber das heißt noch nicht, daß wir sie mögen. Und wir haben keine besonders gute Meinung von Ihnen."

"Sie sind nicht verpflichtet, mich zu mögen, aber ein paar Fragen könnten sie mir doch beantworten."

"Sie haben in den Geschäftskontakten von Bekir herumgewühlt. In London, in Sofia, hier und da. Was wollen Sie denn von Bekir? Er hat eine reine Weste."

Ich erwiderte, daß ich es nicht darauf abgesehen hätte, Bekirs Weste zu überprüfen. Dann erwähnte ich, daß ich über eine Mappe voll Materialien verfüge, die bei der deutschen Polizei liege und sich auf Atalay Saral beziehe. Später, als sich die Weltöffentlichkeit für das Papst-Attentat zu interessieren begann, hatte ich mindestens 5-6mal die Gelegenheit, sowohl mit Celenk als auch mit Saral zu sprechen. (Gegenwärtig befindet sich der eine in Sofia unter polizeilicher Beobachtung, während der andere in Budapest in Haft ist.)

+ + +

Doch zurück zu Abuzer Ugurlu.

Abuzer Ugurlu, der sich vor einem Sondergericht wegen Schmuggels zu verantworten hatte, wurde erstmals im Zusammenhang mit Agca am 29. Juni vernommen. Er sagte, daß er weder Agca noch Celenk, noch Celebi kenne. Er habe Bekir Celenk 1969 in der BRD kennengelernt. Das letzte Mal habe er ihn 1975 in Istanbul gesehen. Er habe nicht in engem Kontakt zu ihm gestanden. Mit der bulgarischen Firma KINTEX habe er bis 1974 zu tun gehabt. Er kenne Ömer Mersan. Er unterhalte ein Transportunternehmen in München im Zusammenhang mit der Arbeit seines Bruders Ahmed. (Quelle: Römisches Ermittlungsverfahren, Bd. 3, S. 416).

Martella gab sich mit diesen Aussagen nicht zufrieden. Durch eine Intervention des Außenministeriums reiste er in die Türkei und sprach mit Abuzer Ugurlu im Gefängnis. Dabei erhielt er dieselben Antworten und mußte mit leeren Händen nach Rom zurückkehren...

Und Abuzer Ugurlu, der gegenüber Martella Stillschweigen bewahrt hatte, machte den türkischen Sicherheitsdiensten ein paar interessante Angaben.

"Auf Anregung des Zollbeamten Dogan Yildirim (den er von früher her aus dem Gefängnis kannte) habe er Agca, der sich zu diesem Zeitpunkt in Sofia aufhielt, rund 2500 DM ausgehändigt. Agca bekam dieses Geld durch die Vermittlung von Ömer Mersan..."

Abuzer zufolge sei dieser nie persönlich mit Agca zusammengetroffen. Der Zöllner Dogan Yildirim hingegen kenne Agca. Dogan hatte sich früher mit der Bitte an ihn gewandt, ihm einen falschen Paß zu besorgen.

Wer ist Yildirim? Er war aus der Marineschule ausgeschlossen worden, dann wurde er wegen Teilnahme an rechtsgerichteten Aktionen verhaftet, und schließlich wurde er Zöllner. Er hatte zusammen mit Agca im Kartal-Gefängnis gesessen.

Dogan Yildirim wurde von Angehörigen der ersten Abteilung des Sicherheitsdienstes aufgespürt und auf die Polizei gebracht, um ihn Abuzer gegenüberzustellen. Abuzer wußte nichts von der geplanten Gegenüberstellung. Er beklagte sich bei den Beamten: "Dogan ist schuld, daß meine Name in diese Geschichte verwickelt wurde. Der Blitz soll ihn treffen!"

Er wußte nichts. Auf einmal hörte er hinter sich eine Stimme:

"Bist du übergeschnappt, Mensch? Was schwafelst du daher?"

Abuzers Augen wurden groß, als er Dogan Yildirim vor sich sah. Er wich einen Schritt zurück und erbleichte. Yildirim lachte auf. Dann widerrief Abuzer seine früheren Aussagen vor der Polizei. Später, als das zweite Verfahren über den Fall Ipekci eingeleitet wurde, sagte Abuzer Ugurlu beim Verhör: "Der Fall mit Agca ist Dogan Yildirim bekannt. Fragen Sie ihn." Und dann wiederholte er seine früheren Aussagen.

Die Anklageschrift der Militärstaatsanwaltschaft enthielt folgende Passage über den Angeklagten Yildirim:

"Er kennt Mehmet Ali Agca und Abuzer Ugurlu von früher her. Er war über die geplante Flucht aus dem Kartal-Gefängnis informiert und stand mit Abuzer Ugurlu in Kontakt. Nach der gelungenen Flucht zeigte er das Foto der Person ('Matin'), die sich in Bulgarien aufhielt, forderte von Abuzer Geld und erhielt er. Sowohl Dogan Yildirim als auch Abuzer Ugurlu wissen, daß es sich bei der Person mit dem Decknamen Metin um Mehmet Ali Agca handelt. Das Hilfeangebot wird auch in Agcas Aussagen in Italien erwähnt. Die Tatsache, daß diese Aussagen, die zu verschiedenen Zeiten und an verschiedenen Orten gemacht sind, sich ähneln, beweist, daß es tatsächlich Abuzer Ugurlu war, der Agca durch Vermittlung von Dogan Yildirim mit finanziell unterstützt hat. Aus diesem Grunde wurde gegen Dogan Yildirim wegen Beihilfe zum Verbrechen ein Zivilverfahren eingeleitet."

Der Angeklagte Yildirim, der im Fall Ipekci nicht festgenommen worden war, wies die Beschuldigung zurück. Bei seiner Verteidigung verschanzte er sich hinter der politischen Behauptung, daß "hinter dem Fall das KGB steckt".

Er beschuldigte Agca, mit dem er im Kartal-Gefängnis in einer Zelle (für Rechtsextremisten) gesessen hatte, daß dieser an Aktionen der Linken teilgenommen hätte. Dann forderte der Angeklagte, daß die Verhandlung unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfindet. Denn die Veröffentlichung derartiger Verhandlungsprotokolle ist nach dem Pressegesetz untersagt.

Kennt Dogan Yildirim Agca wirklich, wie Abuzer behauptet? Agca hatte bei der Gegenüberstellung mit Ömer Mersan im römischen

Gefängnis am 12. April 1984 bei der Erwähnung des Namens Dogan gesagt:

"Ich kenne ihn, Sein Familienname lautet Yildirim, Dogan Yildirim, der Abuzer Ugurlu einen Schrecken eingejagt hat..."

Nachdem ich mit Topuz im Bayreuther Gefängnis gesprochen hatte, fand ich Mersan in München... Er war soeben aus Rom zurückgekehrt, wo er Agca gegenübergestellt worden war.

Ich wußte nicht, wie er sich mir gegenüber verhalten würde, denn bereits vor dem Prozeß 1981 in Rom hatte ich als erster Zweifel an ihm bekundet.

Claire Sterling erwähnte seinen Namen häufig als den eines "wichtigen Schmugglers". Offen gesagt, war ich im ersten Moment verwundert, als ich in einem gemieteten Haus zwei billig eingerichtete Zimmer sah. Seine Frau, eine Deutsche, arbeitete in einem Büro.

Ich wurde ziemlich kühl empfangen. Ich sagte:

"Wissen Sie, möglich, daß sie mir böse sind, aber auch ich befasse mich mit einer schwierigen Aufgabe. Ich bin auf der Suche nach der Wahrheit, und immer wieder taucht in dieser Geschichte Ihr Name auf. Die für sie nachteiligen Dokumente sind allerdings zweifelhaft. Es wäre nützlich, wenn wir offen miteinander sprächen. Ich beschäftige mich nicht mit Schmugglern u. ä. Zu welcher Zeit auch immer - Kapikule hat dem Schmuggler immer die Tür offen gehalten. Ich beschäftige mich mit dem Papst-Attentat.. d. h. genauer gesagt mit dem 'Fall Ipekci'.

Mersan sagte:

"Dann können wir miteinander reden", und stellte mir eine Frage:

"Glauben Sie, daß jedes Wort Agcas der Wahrheit entspricht?"

"Nein, im Gegenteil. Ich bin überzeugt, daß er einige Wahrheiten mit Lügen vermischt und Szenarien schreibt. Ich beschäftige mich damit, die Wahrheit in diesen Szenarien herauszufinden."

"Offen gesagt hat mir dieser Mensch Angst gemacht. Unmittelbar nach dem Attentat hat er gegen mich solche Beschuldigungen gerichtet, daß ich das Gefühl hatte, er wolle mich als Werkzeug benutzen, um dem Fall den Charakter eines Spionagefilms zu geben. Er erwähnte, daß er mich - was ich nie abgestritten habe - in Sofia gesehen hat. Er hatte sich einen bulgarischen Namen

ausgedacht - Mustafa Bey. Später zog er diese Behauptung zurück, Er sagte, ich hätte ihm den Paß beschafft, doch in der Folgezeit stellte sich heraus, daß das ein anderer (Abdullah Catli) gewesen ist. Als er seine Lügen widerrief, lachte er ganz eigenartig, so, als habe er eine Krise. Ich befürchte, daß dieser Mensch zu allem fähig ist, daß er alles sagen kann..."

"Wenn Agca Sie gesucht und gefunden hat, ist er vielleicht von irgendjemandem geschickt worden? Sie leugnen nicht, daß Sie mit Abuzer in Verbindung stehen. Könnte er ihn geschickt haben?"

Während unseres ersten Treffens beantwortete Mersan diese Frage nicht, doch in unseren folgenden Gesprächen - zuerst für die "Milliyet" - gab er zu, daß er auf Anordnung Abuzers 2500 DM gezahlt habe. Zuvor hatte auch Martella davon erfahren und Mersans Verhaftung in der BRD angeordnet. Er hatte ihn zu einer weiteren Gegenüberstellung mit Agca nach Rom gerufen... und sagte:

"Ich weiß, daß du mit dem Papst-Attentat nichts zu tun hast. Damit du's weißt - dein Name - ist nur indirekt in diesem Fall verwickelt. Doch verschweige nicht die Wahrheit über Abuzer."

Und Mersan gab zu, daß er Agca mit Billigung Abuzers Geld gegeben habe, und er wurde freigelassen.

15. September 1982, New York. Die Fernsehgesellschaft NBC organisierte eine Pressekonferenz für die ausländischen Korrespondenten in der UNO und in Washington.

Thema: das Fernsehprogramm des Journalisten Marvin Kalb, das zu einer Sensation wurde.

"Hinter dem Papst-Attentat steht Moskau."

Zuvor hatte auch die Zeitschrift "Reader's Digest" ähnliche Bemerkungen veröffentlicht:

"Die umfangreiche einjährige Untersuchung von Claire Sterling. Die Hand am Abzug der Pistole, mit der auf den Papst geschossen wurde: Moskau."

"Die Stimme Amerikas" und die "Deutsche Welle" schrien es in die Welt, die Fernschreiber der Nachrichtenagenturen standen keinen Moment still. In großen Schlagzeilen wurde der Fall in der italienischen Presse kommentiert, Und Martella wunderte sich. Denn der "zu lebenslänglicher Haft Verurteilte" aus Malatya hatte noch immer kein Wort gesagt...

Erste Oktoberwoche: Martella flog nach Amerika.

Er verhörte einen Zeugen und sah sich in einer Sondervorführung die NBC-Sendung an. Der freiwillige Zeuge war der amerikanische Journalist französischer Herkunft Borchgrave, der aus sagte, "daß Agca im Auftrag der Sowjets gehandelt habe, daß der französische Geheimdienst eine Information darüber besitze..."

Was Ali aus Malatya betrifft, der im Gefängnis ist?...

Er rieb sich die Hände und machte sich aus den Tageszeitungen Notizen...

20. Oktober, Rom: Aus Amerika zurückgekehrt, wandte sich Untersuchungsrichter Martella an Ministerpräsident Spadolini, um ihm mitzuteilen, daß "er die Ermittlung über die bulgarische Spur führen" werde und fragte, "ob vom diplomatischen oder politischen Standpunkt aus etwas dagegen einzuwenden sei."

Die Geheimpolizei hatte die Dokumente der Vertretung der Bulgarischen Luftfahrtgesellschaft "Balkan" in Rom in Verwahrung genommen und den Verantwortlichen der Vertretung Antonow um Informationen ersucht.

Ministerpräsident Spadolini gab Martella grünes Licht:

"Seitens der Regierung liegen keinerlei Einwände dagegen vor, eine zweite Ermittlung gegen die Bulgaren einzuleiten."

28. Oktober 1982: Agca wurde erneut verhört.

Zuvor hatte er Martella aus dem Gefängnis eine Nachricht gesandt:

"Ich habe neue, wichtige Enthüllungen zu machen."

Martella zeigte Agca das Foto, das er in den Händen hielt:

Der Mann auf dem Foto war derselbe, den ihm der Gefängnisgeistliche Santini vor einem Jahr gezeigt hatte. Er hatte ihn gefragt: "Wer kann das sein?" Es handelte sich um ein auf dem Petersplatz aufgenommenes Foto, das den Rücken und das Profil eines fliehenden Mannes in einer Lederjacke zeigte.

Martella fragte:

"Als ich in Amerika war, sagten der Zeuge Lowel Newton und seine Frau, daß dieser Mensch eine Pistole gehabt habe und geflohen sei, nachdem er geschossen hätte. Kennst du ihn?"

Agca hatte die Frage erwartet und antwortete:

"Ich kenne ihn, es ist ein Bulgare."

"Wie war er bekleidet, wie sah er aus?"

Agca beschrieb die Statur und die Kleidung von Oral Celik und nannte einen Namen, einen ausgedachten bulgarischen Namen:

"Er heißt Kolew. Ich habe ihn in Sofia kennengelernt. Bekir Celenk hat mich mit ihm bekannt gemacht."

"Im Mai sagtest du, du habest Bekir Celenk nicht gesehen."

"Ich möchte meine im Mai gemachten Aussagen ergänzen."

Das Szenarium wurde geändert, und zu den alten Figuren gesellten sich neue:

"Die erste Zusammenkunft im Zusammenhang mit dem Papst-Attentat fand nicht in Zürich, sondern in Sofia statt. Auftraggeber waren die Sowjets, die dazu die 'Grauen Wölfe' heranziehen wollten, zu denen ich Beziehungen hatte. Beim Treffen im Hotel 'Sheraton' in Zürich wurde der Plan für die Verteilung der drei Millionen mit ins Szenarium aufgenommen. Auch die Personen, die in Rom die Hauptrollen spielen sollten, wurden verändert."

Zwei Bulgaren seien hinzugekommen: Kolew (später Aiwasow) und ein Unbekannter (später Antonow).

Gemeinsam sei das Attentat ausgeführt worden.

Kolew (der Mann auf dem Foto - angeblich Aiwasow), habe Agca versprochen, ihn in einem TIR nach Bulgarien zu bringen. Eine der Aufgaben Aiwasows sei gewesen, eine Handgranate zu werfen, um Panik zu schaffen und Agca dadurch zu retten.

Das waren in den Grundzügen die Aussagen Agcas vom 28., 29. und 30. Oktober. Einzelheiten erwähnte er nicht. So z. B. wußte er die Adresse und die Telefonnummer von Aiwasow nicht, den er Kolew nannte. Mit Antonow, den er Bairamitsch nannte, habe er sich am Vorabend des Attentats zum erstenmal getroffen. Über den dritten Bulgaren (Wassilew?) sagte er kein Wort.

8. November 1982: Martella zeigte Agca ein Album mit Paßbildern von 56 Bulgaren, das die Geheimdienste zusammengestellt hatten. (Dasselbe Album war auch den angeklagten Terroristen von den "Roten Brigaden" im Gefängnis "Ascoli" gezeigt worden, in dem zuvor auch Agca im Zusammenhang mit einer anderen Ermittlung über die "bulgarische Spur" gewesen war.)

Martella sagte:

"Zeig mir diese beiden Bulgaren!"

Agca zeigte auf die Foto in der ersten und zweiten Reihe:

"Kolew, und der zweite ist Bairamitsch."

Dann blätterte er die Seiten um. Auf der zwanzigsten befand sich das Foto eines Mannes in Uniform, der sich von den anderen unterschied. Agca sagte:

"Auch diesen Mann kenne ich. Er ist Militärattache bei der Botschaft und heißt Sotir Petrow. Das können auch fingierte Namen sein. Mit ihm bin ich oft zusammengetroffen."

Und wieder wurde das Szenarium geändert. Er sagte, er habe früher dem Mann in Uniform gemeinsam mit Mehmet Sener in der Schweiz und in Wien militärische Geheimnisse verraten, dieser Mann habe ihn nach Tunis geschickt, wo er mit einem Mann namens John zusammengetroffen sei und Spionage- und Terroraufträge übernommen habe.

"Wer ist dieser John? Ein Engländer?"

"Ein Bulgare."

Und Petrow? Nein, es sei nicht der Petrow, den er von früher aus Wien kenne. Es sei ein anderer Petrow, Attaché bei der Botschaft.

9. November: In Rom traf "eine Delegation des USA-Senats, des Untersuchungsausschusses ein. Sie holte beim Innenminister Italiens Rognoni Informationen über die bulgarische Spur ein". Der Innenminister Italiens berichtete:

"Agca wußte, daß er nach Ablauf seiner strengen Isolierungshaft in eine normale Gefängniszelle überführt werden würde, und sagte, daß die Bulgaren ihn dann umbringen würden. Um dieser Gefahr aus dem Weg zu gehen und in streng bewachter Einzelhaft zu bleiben, begann er über die Kräfte auszusagen, die hinter dem Papst-Attentat stehen, d. h. die Bulgaren."

Diesem Treffen wohnte außer der amerikanischen Delegation auch der CIA-Resident in Rom bei. Er ergriff das Wort:

"Sehr geehrter Herr Minister, über welche konkreten Beweise verfügen Sie?"

Der Innenminister antwortete, daß Agca annähernd 50 Tage in Sofia gewesen sei, daß er während seiner Reisen durch Europa mindestens 50 000 US-Dollar ausgegeben habe und unbedingt irgendeine geheime Krafthinter ihm gesteckt haben müsse. Außerdem hätten die Sender der bulgarischen Botschaft am Tage des Attentats ununterbrochen gearbeitet. Zum Schluß fügte er hinzu:

"Genauso wie am Tage der Entführung des amerikanischen Generals Dozier, Wünschen Sie noch andere Fakten?"

Der CIA-Resident antwortete:

"Sind denn das keine konkreten Fakten?"

Der Innenminister Italiens wurde böse:

"Es liegen alle Beweise vor, Niemand kann beweisen, daß der KGB-Chef Andropow auf dem Abzug Fingerabdrücke hinterlassen hat, doch es stimmt auch, daß ein solches Attentat ohne Erlaubnis des KGB nicht ausgeführt werden kann."

Dieses Gespräch fand einen Tag vor dem Tode Breshnews im Ministerium für Innere Angelegenheiten in Rom statt. (Quelle: William Safire, "New York Times" vom 27. Dezember 82).

+ + +

Die Mitglieder des Untersuchungskomitees des amerikanischen Senats, das diese Untersuchung organisiert hatte, kehrte nach Washington zurück. Später billigte das Komitee, das die Tätigkeit der CIA im Zusammenhang mit dem Papst-Attentat kontrollierte, den Bericht der Dienststelle in Rom. In dem Geheimerbericht, der dem Senat im Dezember 1982 vorgelegt wurde, wird eine gewisse Skepsis gegenüber der italienischen Ermittlung laut. Außerdem enthält er den Hinweis, daß sich der Fall zu einem internationalen Skandal ausgewachsen werde.

+ + +

Doch kehren wir zu Martellas Verhören zurück. Am 12. November wandte sich der Untersuchungsrichter an das Innenministerium und interessierte sich für die Stellung Antonows, Aiwasows und Wassilews... Aiwasow war noch im Dienst, jedoch wenige Tage zuvor nach Sofia gefahren. Er sollte am 26. November zurückkehren. Antonow war auf seinem Posten. Wassilew, dessen Vertrag im Juni abgelaufen war, befand sich in seiner Heimat. Es ist unmöglich, von den Mitarbeitern der Presse täglich Informationen dieser Art zu erhalten.

24. November. Die amerikanische Journalistin Judith Harris (auch die Gehilfin von Claire Sterling) suchte etwas:

"Etwas geht vor. Heute habe ich Martella von weitem gesehen. Er war sehr lustig."

"Was kann wohl der Grund sein?" frage ich.

"Wohl neue Verhaftungen..."

"Ich weiß, daß bei Interpol vor einem Monat Haftbefehle gegen Celebi, Celenk und Celik, eingegangen sind. Andere Informationen habe ich nicht."

"Warte ab, etwas ist im Gange..."

Am Tag darauf wurde der Angestellte der Luftfahrtgesellschaft "Balkan", der Bulgare Antonow, verhaftet. Auch gegen die anderen beiden Bulgaren wurden Haftbefehle ausgestellt. Zu jener Zeit traf der römische Mitarbeiter von Interpol in der BRD ein und verhaftete Celebi. In seinem Auto fand er zwei Pässe ohne Fotos. Nach Bekir Celenk wurde gefahndet.

Der Interpol-Angestellte, der Anfang November 1982 aus München in Rom eintraf, verfolgte Bekir Celenk. Der Geschäftsfreund von Bekir, Atalay Seral, wurde verhört:

"Obwohl sein Name mit dem Papst-Attentat in Verbindung gebracht wurde, war Bekir völlig ruhig und sagte: 'Das sind Erfindungen der Zeitungen'. Unruhig wurde er, als das westdeutsche Fernsehen begann, Sendungen in diesem Geist auszustrahlen. Seine Aufenthaltsgenehmigung, die ihm die BRD-Polizei gegeben hatte, war ohnehin abgelaufen. Vielleicht ging er wirklich nach Sofia."

"Nach Sofia? So."

Martella, der die Neuigkeit hörte, erhielt einen neuen Beweis für die Glaubwürdigkeit von Agcas Aussagen. Der zweite Beweis war die Abreise Aiwasows nach Sofia. Doch warum war Antonow nicht geflohen, sondern führte seinen Dienst weiter aus, obwohl die "Nachricht, daß Agca seine Komplizen verraten hat", selbst den Tauben zu Ohren gekommen waren? Was ist das für ein Agent?

Diese Frage stellte man sich in den inzwischen vergangenen zwei Jahren ständig. Dieser Umstand weckte bei denen, die die "bulgarische Spur" nicht akzeptieren konnten, den größten Zweifel...

Doch die Zweifel der USA-Botschaft in Rom und des Chefs des CIA-Büros hatten andere Ursachen, die selbst Martella nicht kannte, bevor er sie ein Jahr später, im September 1983, erfuhr.

Nachfolgend ein Beispiel für diese Ursachen:

Bevor Agca Martella sein Szenarium über die bulgarische Beteiligung zur Kenntnis brachte, schickte er der Militärabteilung der amerikanischen Botschaft in Rom aus dem Gefängnis einen gehei-

men Brief. Er trägt das Datum vom 18. September 1982, Sein Inhalt kann jeden normalen Menschen zum Lachen bringen,

In dem Brief, der mit den Worten "als ich in Iran war" begann, teilte er einige Dinge mit, von denen er erfahren hatte. Z. B., daß die Sowjetunion einen Putsch zum Sturz des Chomeini-Regimes geplant habe, und zwar mit Beteiligung des bulgarischen Geheimdienstes.

Agca zufolge "sei ihm dieser Plan als Geheimnis verraten worden."

Agca gelang es, dem amerikanischen Militärattaché in Rom auch andere Briefe zu schicken. Der vom 5. August ist noch lächerlicher. In dem Brief, der mit den Worten beginnt "Sie glauben mir nicht, aber..", behauptet er, daß er in Iran mit dem sowjetischen Militärattaché zusammengetroffen wäre, daß er ihn aus Sofia kannte, wo sie ein bulgarischer Agent mit Namen Malenkov bekannt gemacht hätte. Eine andere Behauptung Agcas im Zusammenhang mit seinen Abenteuern in Iran ist noch interessanter:

"Sie wollten, daß ich mich am Plan zur Ermordung der amerikanischen Geiseln beteilige, doch ich lehnte ab."

Die normal denkenden Amerikaner in Rom sind sogar der Meinung, daß Ali aus Malatya nicht alle beisammen hat,

So denken auch die vernünftigen Amerikaner in Washington, die eine Fotokopie dieser Briefe erhalten haben.

Martella erhielt diese Briefe später und fügte sie den Ermittlungsunterlagen bei, die insgesamt 25 000 Seiten lang sind. Sie sind auf Seite 12 908, Ordner 48, Band 1 enthalten. In seinem Ermittlungsurteil vertrat Martella dazu folgende Meinung:

"Die Bemühungen, den konkreten Beschuldigungen Agcas gegen die Bulgaren ideologischen Charakter zu verleihen, rufen einige Zweifel hervor. Z. B., daß er erfundene Geschichten in seine Aussagen einflieht, die mit dem Attentat nichts zu tun haben und das Ziel verfolgen, Italien und Italiens Verbündete gegen die Sowjets einzunehmen. Dieser Umstand (der Fall mit dem geheimnisvollen Brief an den amerikanischen Militärattaché und die Behauptung bezüglich der Beziehungen zum sowjetischen Attaché in Iran) erforderte es, seine Beschuldigungen, die Bulgaren betreffend, gründlich zu überprüfen." (Ermittlungsurteil, S. 900).

Wie stellte Martella fest, daß die Informationen in diesen Briefen "erfunden" sind?

Blättern wir weiter im Kalender:

15. September 1983

Er holte Agca und zeigte ihm die Briefe:

"Warum hast du das getan?"

"Ich habe diese Briefe geschrieben, um Amerika für mich zu gewinnen, denn ein Teil der amerikanischen Öffentlichkeit zweifelte an meinen Worten. Außerdem wollte ich mir in der amerikanischen Öffentlichkeit Sympathien verschaffen.

"Der sowjetische Militärattaché in Teheran heißt Kuzinski. Wie hast du das erfahren?"

"Sein Name stand in einer englischen Zeitung, und zwar in einer Mitteilung darüber, daß er im Westen um Asyl ersucht hat."

"Wie beschaffst du dir die Zeitungen? Hast du viel Geld?"

"Ich habe kein Geld, aber hier und da bekomme ich immer mal welches."

Martella verbot Agca, Zeitungen zu lesen, doch die späteren Aussagen zeigten, daß dieses Verbot nicht eingehalten würde.

Kehren wir zurück nach Rom, wohin alle Wege führen.

20. Dezember

Die Weltöffentlichkeit war verwirrt und erregt.

Die italienisch-bulgarischen Beziehungen hingen am seidenen Faden, die beiden Botschafter wurden zurückgerufen.

Im italienischen Parlament fanden allgemeine Debatten statt. Verteidigungsminister-Lagorio qualifizierte die Beteiligung der Bulgaren am Papst-Attentat als eine "Kriegserklärung" an den Westen. Er sagte: "Diese Aktion ist ein Ergebnis des Alternativplans zur Besetzung Polens durch die Sowjets..."

Er behauptete, daß der italienische Geheimdienst seine Untersuchungen sehr strikt und sorgfältig ausführe. Damit informierte er die Öffentlichkeit zum ersten Mal über die Tatsache, daß der italienische Geheimdienst Agca im Gefängnis verhört hat. Das gab Anlaß zu neuen Diskussionen.

Die Generalstaatsanwalt in Rom erklärte, daß im Parlament das Amtsgeheimnis verletzt wurde. In den Zeitungen erschienen Informationen, daß Martella seine Aufgabe im Stich gelassen habe. Doch Tatsache bleibt Tatsache. Die Regierung überzeugte Martella, daß er

die Ermittlung zu Ende führen und vertiefen müsse, um einen Skandal zu vermeiden.

13.-14. Juli 1983, Sofia

Untersuchungsrichter Martella verhörte in Sofia außer den Bulgaren Aiwosow und Wassilew auch den Türken Bekir Celenk. Nach der Vernehmung fragte er Aiwosow:

"Darf ich Ihnen mal in den Mund schauen?"

"Warum?!"

"Agca hat gesagt, daß Sie oben künstliche Zähne haben. Das möchte ich überprüfen."

Aiwosow öffnete den Mund.

Auf dieselbe Art sah er sich auch die Zähne Bekir Celenks an.

"Hm, es sind keine künstlichen. Sie haben nur Plomben. Würden Sie mal ein paar Schritte gehen?"

Verwundert machte Bekir Celenk einige Schritte.

Martella:

"Ja, genau, wie Agca gesagt hat. Mit dem rechten Bein treten Sie etwas schief auf."

Er maß die Größe der Beschuldigten.

Für alles hatte er seine Gründe.

Agca, der bis zum 20. November 1982 nicht einen einzigen überzeugenden Beweis gegen die beschuldigten Bulgaren liefern konnte, teilte Martella nach der berühmten Parlamentssitzung fast jeden Tag eine neue Einzelheit mit.

Sogar die persönlichen Neigungen Antonows und Aiwosows erwähnte er: Antonows Leidenschaft, Likörflaschen zu sammeln, das Aufzählen der Geschäfte, wo er die Flaschen kaufte, sein Gefallen an Unterhaltungsmusik, seine Gewohnheit, Havanna-Zigarren zu rauchen.

Wassilews Grübchen auf der Wange, die künstlichen Vorderzähne Aiwosows usw. Als sich herausstellte, daß ein Großteil dieser Einzelheiten der Wahrheit entspricht, gelangte Martella zu folgendem Schluß:

"Wie ist es möglich, daß ein Mensch über die Charaktereigenschaften von Menschen Bescheid weiß, die er nicht kennt?"

Dem setzten die Verteidiger hartnäckig folgende Worte entgegen:

"Anfangs machte Agca ständig Fehler und änderte als Ergebnis unserer Beweise ständig seine Aussagen. Doch von einem bestimmten

Moment an teilte er plötzlich Einzelheiten mit. Das ist ein Zeichen dafür, daß er von draußen geheim mit Fakten versorgt wurde. Wenn es heißt geheim, ist der italienische Geheimdienst gemeint..."

Aber die konkreten Fakten, die Beweise für diesen Hinweis, werden, wie sie sagen, auf dem Gerichtsprozeß vorgelegt.

Schluß

Ztg. "Otetschestwen Front"

Januar 1985

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI  
TÜSTAV

Sonderausgabe

# BULGARIEN

EREIGNISSE TATSACHEN  
GESICHTSPUNKTE

AGENTUR SOFIA-PRESS



ADRESSE: 1000 SOFIA, SLAWJANSKA STR. 29; TELEFON: 88 58 31 BIS 35; TELEGRAMMADRESSE: SOFIAPRESS; TELEX: 022622, (SOPRE-BG)

DER "FALL ANTONOW" – EIN PROZESS, DER DEN VERFAHRENS-  
RECHTLICHEN GRUNDPRINZIPIEN WIDERSPRICHT – Beitrag von Aka-  
demiemitglied STEFAN PAWLOW, einem der bekanntesten bulgarischen  
Spezialisten auf dem Gebiet des Prozeßrechts.

DER MIETER AUS DEM ZWEITEN STOCK – Artikel von MARIO SCIA-  
LOJA im italienischen Magazin "L'Espresso"

11/19/1985

Akademienmitglied STEFAN PAWLOW

DER "FALL ANTONOW" - EIN PROZESS, DER DEN VERFAHRENS-  
RECHTLICHEN GRUNDPRINZIPIEN WIDERSPRICHT

Mit diesen Worten ließe sich der Strafprozeß, der in Italien gegen die bulgarischen Bürger Antonow, Aiwassow und Wassilew wegen angeblicher Beteiligung am Papstattentat geführt wird, vom prozessualen Gesichtspunkt aus am treffendsten charakterisieren. Er widerspricht dabei Grundprinzipien, die auch in der italienischen verfahrensrechtlichen Gesetzgebung verankert sind.

Bei der Führung des Ermittlungsverfahrens gegen Antonow und die anderen bulgarischen Bürger wurde in erster Linie jenes Prinzip verletzt, dem zufolge die Justizbehörden unabhängig und nur dem Gesetz rechenschaftspflichtig sind. Dieses Prinzip unterbindet nicht nur jegliche direkte Einmischung in die Arbeit der Justizbehörden, sondern auch die Schaffung von Bedingungen, die die Bildung einer unvoreingenommenen richterlichen Meinung behindern könnten. Im Verfahren gegen Antonow und die anderen bulgarischen Bürger wurde jedoch sowohl das eine als auch das andere zugelassen.

Zur Stützung dieser Behauptung möchte ich auf folgendes hinweisen: Erstens, kein geringerer als der Justizminister selbst, der Innenminister und der Verteidigungsminister Italiens haben im Laufe der Ermittlungen ihre Überzeugung geäußert, daß die bulgarischen Bürger am Mordanschlag auf den Papst teilgenommen hätten. In diesem Sinne waren auch die Äußerungen weiterer prominenter italienischer Staatsmänner und Politiker. Zweitens, im Laufe der Ermittlungen haben mehrere westliche Massenmedien die verleumderischen Behauptungen des türkischen Terroristen unkritisch übernommen und weit verbreitet. Man entfaltet eine den Ausmaßen und der Intensität nach beispiellose Kampagne, um die öffentliche Meinung von der Schuld der bulgarischen Bürger zu überzeugen.

Unter diesen Bedingungen wurden die Möglichkeiten des Untersuchungsrichters, unabhängig zu handeln und sich einzig und allein auf die Angaben und das Gesetz zu stützen, weitgehend eingeschränkt. Man sollte allerdings darauf hinweisen, daß auch der Untersuchungs-

richter selbst zur Entstehung dieser Situation beitrug, indem er in Verletzung seiner dienstlichen Pflichten das Ermittlungsgeheimnis nicht einhielt und das Durchsickern von nicht überprüften Informationen ermöglichte, die die breit angelegte Kampagne gegen Bulgarien und die anderen sozialistischen Länder speisten.

Grob verletzt wurde auch das Prinzip, dem zufolge der Untersuchungsrichter verpflichtet ist, den Angeklagten umfassende und reale Möglichkeiten zu gewähren, sich gegen die erhobenen Anschuldigungen zu verteidigen. Ich muß zuallererst feststellen, daß die Absurdität der Anschuldigungen, die lange Untersuchungshaft, die Tendenziosität bei der Führung der Ermittlungen und die beispiellose weltweite Kampagne die körperlichen und geistigen Kräfte Antonows in hohem Maße gebrochen haben. Der stark deprimierte Antonow war nicht in der Lage, sein Recht auf persönliche Verteidigung rechtzeitig und in vollem Umfang wahrzunehmen. Was die Verteidiger anbelangt, so waren sie wegen einiger verfahrensrechtlicher Beschränkungen in dieser Phase des Verfahrens nicht in der Lage, die Verteidigung in vollem Umfang zu führen.

Eine wichtige Garantie, die dem Angeklagten das Recht auf Verteidigung gewährleistet, ist die Präsomption der Unschuld. Ohne strikte Einhaltung der Anforderungen, die sich aus dieser Präsomption ergeben, kann von einem gewährleisteten Recht auf Verteidigung nicht die Rede sein. Und die Anforderungen sind folgende: a) das Staatsorgan ist verpflichtet, den Angeklagten solange als unschuldig zu betrachten, bis dieser vom Gericht mit einem rechtskräftigen Urteil für unschuldig befunden wird; b) es ist unzulässig, einen Angeklagten für schuldig zu befinden, dessen Schuld nicht auf unwiderlegbare Art und Weise nachgewiesen ist; c) es ist unzulässig, den Angeklagten in jeglicher Phase des Verfahrens und unter jeglicher Form mit der Beweisführung zu belasten.

Von den zahlreichen Verletzungen dieser Anforderungen, die sich die römischen Ermittlungsbehörden haben zuschulden kommen lassen, möchte ich folgende anführen:

Erstens. Der Untersuchungsrichter und der Staatsanwalt haben dazu beigetragen, daß in einem beträchtlichen Teil der Öffentlichkeit Italiens und anderer westlicher Länder die Überzeugung von der Schuld der Angeklagten entstand, und das längst bevor das Gericht die Möglichkeit hatte, zu dieser Frage zu befinden.

Zweitens, Das Hauptargument des Untersuchungsrichters gegen den Angeklagten ist, daß ihm zufolge die "Bulgaren kein einwandfreies Alibi" hätten, Doch die Präsuntion der Unschuld verpflichtet den Untersuchungsrichter, keine Schlüsse zum Nachteil des Angeklagten zu ziehen, nur weil er sein Alibi nicht nachgewiesen hat. Überhaupt darf man aus dem Umstand, daß der Angeklagte seine Behauptungen nicht auf einwandfreie Art und Weise nachgewiesen hat, keineswegs den Schluß ziehen, daß er schuldig wäre. Dieser Grundsatz wird in jedem modernen Strafverfahren berücksichtigt.

Drittens, Der Untersuchungsrichter hat die drei Bulgaren an das Gericht übergeben, ohne über Fakten zu verfügen, die ihre Schuld einwandfrei beweisen würden.

Viertens, Der Untersuchungsrichter weist die Vermutung der Verteidigung, Agca sei zu seinen falschen Aussagen angestiftet worden, mit dem Argument zurück, sie hätte keine ausreichenden Beweise hierfür angebracht. Auf diese Weise wälzt der Untersuchungsrichter die Beweisführung im Widerspruch zur Präsuntion der Unschuld auf die Verteidigung ab,

Fünftens, Der Untersuchungsrichter hat die Position bezogen, daß selbst wenn ein Alibi Gründe für umfangreiche Ermittlungen böte, dies den Standpunkt der Anklage nicht ändere, wenn man die negierende Position des Angeklagten bedenke (d, h. seine Erklärung, er hält sich nicht für schuldig). Doch der Präsuntion der Unschuld zufolge ist nicht nur die Erklärung des Angeklagten, er hält sich nicht für schuldig, sondern auch seine Weigerung, irgendwelche Erklärungen abzugeben, kein Grund, Schlüsse zu dessen Nachteil zu ziehen.

Ein Grundprinzip, auf das keine Gesetzgebung verzichten kann, ist auch die Anforderung, das Gesetz entsprechend faktischer und wahrheitsgetreuer Feststellungen anzuwenden, Aus diesem Prinzip resultiert direkt die Verpflichtung der Staatsorgane, die Objektivität, die Allseitigkeit und die Vollständigkeit der Beweise zum Verfahren zu gewährleisten. Im Verfahren gegen Antonow und die anderen bulgarischen Bürger wurde keine dieser Anforderungen mit der erforderlichen Konsequenz und Zuverlässigkeit eingehalten. Es wurden zahlreiche und auffällige Versäumnisse zugelassen, Die fehlende Objektivität kommt in der Vorgehensweise des Untersuchungsrichters bei der Behandlung der Behauptungen von Agca und der Zeu-

genaussagen, die diese widerlegen, besonders frappant zum Vorschein. Wie im Bericht der Kommission der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen, die vom Kongreß der Vereinigung mit der Untersuchung des "Falls Antonow" beauftragt wurde, hervorgehoben wird, "wird das sonderbare Verhalten von Agca erstaunlicherweise tolerant behandelt" im Vergleich zur Art und Weise, wie die Aussagen der Zeugen der Verteidigung behandelt werden. Der Untersuchungsrichter hat eine Reihe äußerst wichtiger Umstände, die die Anklage und die Verteidigung betreffen, nicht geklärt. Nicht geklärt sind beispielsweise die Quellen, aus denen Agca Informationen über Dinge, die er nie zu Gesicht bekommen, bezogen hat; nicht geklärt ist wann, wo und durch wen die Zahlungen vorgenommen worden sind, von denen im Zusammenhang mit dem Verbrechen die Rede ist, und ob es sie überhaupt gegeben hat; nicht geklärt ist ferner, ob das angeblich von Antonow gemietete Auto existiert hat, was für Fingerabdrücke auf dem in Antonows Wohnung entdeckten Vatikan-Reiseführer sind, ob es die angeblich von den Bulgaren zum Petersplatz gebrachten Waffen tatsächlich gegeben hat, was für einen Charakter die Treffen des Terroristen mit Vertretern der italienischen Geheimdienste im Gefängnis hatten, worauf die zahlreichen Änderungen seiner Aussagen zurückzuführen sind usw. usf.

In einem Strafverfahren erfolgt die Wahrheitsfindung einzig und allein anhand von Beweisen. Beweise können nur konkrete Fakten sein, die mit den im Verfahren behandelten Umständen zusammenhängen, Licht in sie bringen können und während des Verfahrens gemäß der vorgesehenen prozessualen Ordnung festgestellt werden. Wie verhält es sich aber mit dem Verfahren gegen Antonow und die anderen bulgarischen Bürger? Wie im Bericht der Internationalen Kommission der IVDJ hervorgehoben wird, werden in vielen Fällen "Fakten ohne jegliche Überprüfung" als Beweise zugelassen. Das Fehlen von Beweisen wird durch Vermutungen und Mutmaßungen kompensiert. Besonders aufschlußreich ist die Feststellung der Internationalen Kommission, daß "der Staatsanwalt die Beweise überhaupt nicht analysiert und nicht davor zurückschreckt, seine eigenen religiösen und moralischen Vorurteile und seine Ansichten über die politische Situation in einer Art und Weise darzulegen, die mit dem gewöhnlichen oder zu erwartenden Verhalten eines Staatsanwalts nicht übereinstimmt". Die einzige Quelle von Beweisen gegen die bulgarischen Bürger sind

die Behauptungen des Terroristen Agca. Doch diese Behauptungen sind alles andere als zuverlässig. Und dies nicht nur, weil Agca während der Ermittlungen wiederholt gelogen hat, sondern auch weil seine Behauptungen unbewiesen und widersprüchlich sind. Agca selbst mußte eine Reihe seiner wichtigsten Behauptungen zurücknehmen, indem er dem Untersuchungsrichter erklärte, er habe sie erfunden. Ein Ermittlungsurteil auf eine derartige "Beweisquelle" zu stützen, bedeutet, Beweise durch Erfindungen auszuwechseln.

Im Verfahren gegen die bulgarischen Bürger wurden auch die wesentlichsten Anforderungen bei der Begründung der richterlichen Überzeugung verletzt. Die Motive müssen logisch und überzeugend sein. Der Untersuchungsrichter im "Fall Antonow" bedient sich jedoch Motivierungen, die Befremden auslösen, weil ihnen auch die elementarste Logik fehlt. Die Zeugen der Verteidigung werden nicht berücksichtigt, und dies nicht, weil ihre Aussagen von den anderen Angaben widerlegt würden, sondern weil "sie aus Antonows Arbeitsumgebung stammen und der Herkunft, Lebensweise und den ideologischen Ansichten nach mit ihm verbunden sind". Anders ausgedrückt, Untersuchungsrichter Martella schenkt Antonows Zeugen nur deshalb keinen Glauben, weil sie Bulgaren sind und seine Lebensweise und bürgerliche Weltanschauung nicht teilen. Gleichzeitig, wiederum von der Position seiner Weltanschauung, schenkt der Untersuchungsrichter Agcas Aussagen Glauben, obwohl er ihn höchstpersönlich als einen Menschen bezeichnet, der sich während der Ermittlungen der "skrupellosesten Technik der Lüge" bedient habe. Und die Begründung des Untersuchungsrichters, man müsse sich von Agcas Lügen nicht stören lassen, da dieser nur deshalb lüge, um die Zuverlässigkeit seiner Aussagen aufzuwerten (d. h. um Glauben zu finden), und weil er über keine Beweise für seine Behauptungen verfüge, ist bestenfalls geeignet, einem ein unglaubliches Lächeln abzulocken. Diesen Motiven fehlt nicht nur die Logik, sondern auch der gesunde Menschenverstand. Es fehlt auch die Achtung zum Gericht und dem Staat, dem Untersuchungsrichter Ilario Martella dient.

Der Verletzung der oben aufgezählten Prinzipien folgten zwangsläufig Verstöße auch gegen die restlichen. Hoffen wir, daß das Gericht mit den Mitteln, die ihm das Gesetz zur Verfügung stellt, die zugelassenen groben Verdrehungen der Prozedur korrigiert und Kräfte findet, ungeachtet der Neigung verantwortlicher Politiker,

in dessen Arbeit einzugreifen, und der von einigen Massenmedien verbreiteten Desinformationen den Prozeß in Übereinstimmung mit der Wahrheit durchzuführen und zu entscheiden. Ich teile nicht die Auffassung, daß man von den Geschworenen "alles erwarten kann" und daß sie "einzeln betrachtet ehrliche Menschen sein dürften, doch zusammen zu einer Bestie werden". Enorm wichtig ist aber, daß es unter den Geschworenen keine Menschen mit religiösen und politischen Vorurteilen geben wird, für die das Verfahren gegen Antonow, Aiwosow und Wassilew präjudiziert wäre.

Hoffen wir, daß das Gericht das Gesetz achten und nicht nur die Rechte der Angeklagten, sondern auch die Ehre der italienischen Justiz schützen wird.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA MERKEZİ  
TÜSTAV

MARIO SCIALOJA:

## DER MIETER AUS DEM ZWEITEN STOCK

Was für eine Überraschung: Im selben Gebäude, in dem der Bulgare Antonow, Angestellter in der Balkan-Air-Vertretung und Angeklagter im Papstatentatsprozeß, gewohnt hat, wohnte auch ein belgischer Geistlicher, der seit eh und je gute Beziehungen zur CIA unterhielt.

Rom. Kann sich ein älterer Dominikaner als mächtiger und düsterer Inspirator und Ratgeber in einer großen internationalen Machenschaft erweisen? Das ruft schon wegen des übertriebenen literarischen Beigeschmacks dieser Hypothese Verwunderung und instinktiven Skeptizismus hervor. Dennoch ist seit einiger Zeit gerade ein im weit zurückliegenden Jahr 1904 in Belgien geborener Pater die Person, für die sich Journalisten aus den USA, Frankreich und der UdSSR bei ihren Ermittlungen im Zusammenhang mit der sogenannten "bulgarischen Spur" neuerdings besonders interessieren: Felix Morlion. Ein Name, der zwar in den Gerichtsprotokollen nicht erscheint, hinter dem jedoch eine Person mit derart zweifelhafter und umstrittener Vergangenheit steckt, daß sich ein auf ihr lastender Verdacht schwerlich von der Hand weisen ließe.

Befassen wir uns mit den Tatsachen. Eine der dunklen Stellen in dem vom entweichenden Mörder Ali Agca errichteten Gerüst der Anklage gegen die drei bulgarischen Beamten (Sergej Antonow, Todor Aiwassow und Sheljo Wassilew) bilden die Aussagen über Antonows Wohnung. Bei der Vernehmung am 28. Dezember 1982 erklärte Agca dem Untersuchungsrichter Ilario Martella gegenüber, er sei in der Wohnung des Generalvertreters der "Balkan-Air" gewesen, die sich in der Pola-Straße 29 in Rom im dritten Stock befände. Dort hätten sich alle versammelt, wie er sich erinnern wollte, um den Anschlag zu erörtern. Der Türke erklärte, er habe in dieser Wohnung auch Rossizza, Antonows Ehefrau, getroffen sowie ihre neunjährige Tochter. Bei einer späteren Vernehmung (vom Juni 1983) nahm er seine Aussagen zurück: es entspräche nicht der Wahrheit, in Antonows Wohnung in der Pola-Straße gewesen zu sein und Ehefrau und Tochter gesehen

zu haben, Er habe nicht einmal gewußt, daß der Bulgare Chef der Balkan Air gewesen sei. Der angeblich von Reue erfüllte Agca mußte die Version ändern, nachdem nachgewiesen worden war, daß an den von ihm genannten Tagen Antonows Ehefrau und Tochter nicht in Rom gewesen sind.

Wenn Agca jedoch nie in Antonows Wohnung gewesen ist, woher kennt er sie dann und wieso konnte er sie bei der Vernehmung im Dezember 1982 mit solchen Einzelheiten beschreiben? Wer hat ihm gesagt, was er erzählen soll? Agca hat z. B. gesagt, "das Wohnzimmer sei von einer Flügeltür, vermutlich aus Holz, in zwei geteilt". In Wirklichkeit wurde Antonows Wohnzimmer durch "einen Vorhang aus grauem Stoff" geteilt. Ein interessanter Fehler, wenn man bedenkt, daß fast alle anderen Wohnungen im Gebäude in der Pola-Straße 29 Flügeltüren haben, die das Wohnzimmer teilen. Eine solche Tür gibt es übrigens auch in der unter der Antonowschen Wohnung, in der zufällig Pater Felix Morlion wohnt, wenn er von seinen Reisen zurückkehrt.

Ist das nur ein reiner Zufall? Würden die Elemente dieser unsauberen Geschichte ein Ende nehmen, dann würde man diesem Verdacht keine Beachtung schenken. Es ist eine Tatsache, daß Pater Morlion lange Jahre der CIA-Informator im Vatikan war, der sich im Schatten aufhielt und mit den rechtsorientierten US-Gruppierungen, die sich für Italien interessieren, in Verbindung stand. Gruppierungen, an denen der ehemalige US-Außenminister Alexander Haig beteiligt war und zu deren Mitarbeitern der Journalist und Italien-Experte Michael Ledeen gehörte, der im Verdacht steht, nicht nur ein Mann der DEA, sondern auch ein Freund von Paziienza und General Santovito gewesen zu sein, den beiden Begründern der Super-SISMI, ein abgespaltener Geheimdienst, der nach Meinung der Untersuchungsrichter Mittelpunkt verschiedener, nicht unbedingt orthodoxer Fälle gewesen ist.

Wer ist eigentlich Pater André Felix Morlion? Er ist mit Sicherheit schon seit mehr als 50 Jahren ein passionierter Mitstreiter der antikommunistischen Kampagne und unermüdlicher antimarxistischer Proselytenmacher. Seine Karriere begann 1930 in Belgien. Er gründete einen katholischen Film- und Pressedienst, dessen Aufgabe darin bestand, Menschen ideologisch zu manipulieren. Später (im Jahre 1934) organisierte er die Offensivbrigaden der jungen Katholi-

ken, die Antikommunismus propagierten. Als der Krieg heranrückte, intensivierte der Dominikaner-Pater seine Tätigkeit, indem er mit den Rechtsextremisten, die durch Mussolinis Ideologie inspiriert wurden, kollaborierte.

1940 ging Pater Morlion, dem Hitlers Antiklerikalismus nicht zusagte, zum britischen Intelligence Service über und wanderte gegen Ende des Krieges in die USA aus.

Als 1945 der Pater und Spion zugleich nach Italien kam, nahm er für die OSS, eine amerikanische Spionageorganisation, Vorgänger der CIA Dienste auf. In Italien, Spanien, Brasilien und anderen katholischen Ländern entstand das gut finanzierte "Centri Pro Deo", das als ein religiöser Kulturkreis sich mit Informationstätigkeit und antikommunistischer Propaganda befaßte. Mit der Unterstützung des Monsignore Carlo Ferrero, eines Bürgers von Turin, der ihm Zugang zu einflußreichen Industriellen verschaffte, gründete Morlion in Rom eine internationale Universität für Sozialwissenschaften wiederum unter dem Namen "Pro Deo". Die geheime Tätigkeit des unternehmungslustigen Paters bestand jedoch darin, Informationen über den Vatikan, über die Außenpolitik des "Heiligen Stuhls", über die sozialistische und andere Linksparteien zu verbreiten. Empfänger dieser Informationen waren in erster Linie Allen Dulles, CIA-Chef der Intelligence Service in London, vom italienischen Innenministerium unterhaltene Handelsbüros, verschiedene italienische, nord- und südamerikanische Industriekonzerne. Der militante Pater besitzt auch eine aktuelle Namensliste von Geistlichen und Gemeindegliedern, die im Verdacht stehen, mit kommunistischen oder sozialistischen Ideen zu sympathisieren.

Es kam jedoch eine Zeit, als sich die Vatikan-Hierarchie über die Spionagemanöver Morlions aufzuregen begann, so daß er 1960 aus Italien ausgewiesen wurde. Drei Jahre später kam aber der unverschämte Belgier wieder nach Rom zurück, indem er sich seiner Freundschaft mit dem einflußreichen Kardinal Angelo Dall'Acqua bediente, der damals dem Sekretariat des Vatikans vorstand. In den nachfolgenden Jahren behielt der inzwischen gealterte Dominikaner-Pater seinen streitbaren Geist. Er unterhielt und unterhält auch heute noch Beziehungen zu den rechtsextremen Spionagekreisen in den USA. Er reist oft nach Amerika, Brasilien, Israel und Spanien. Einige Zeitungen berichteten, Morlion kenne sehr gut Ledeer, von

dem man weiß, daß er immer ein ausgezeichnetes Verhältnis zu Paziienza gehabt hat. Als wir Morlion telefonisch fragten, ob er Ledeen kenne, gab er voller Überdruß und Verdacht zur Antwort: "Ich kenne ihn nicht. Er kennt mich, aber ich kenne ihn nicht, Ich bin mit weitaus wichtigeren und einflußreicheren Persönlichkeiten befreundet, die im selben Institut arbeiten." Von welchem Institut wohl die Rede sei? "Das sage ich Ihnen nicht."

Es empfiehlt sich, an dieser Stelle daran zu erinnern, daß die bulgarische und sowjetische Presse seit eh und je Gegenangriffe unternehmen, indem sie erklären, die bulgarische Spur sei durchweg von den Dienststellen in Washington erfunden worden, die sich, nachdem sie eine großangelegte journalistische Kampagne veranstaltet hatten, jener Einheiten des italienischen Geheimdienstes bedienten, die die größte Bereitschaft zu "unsauberen Operationen" bekundeten, um Agca zu manipulieren (siehe Super-SISMI Paziienza und Santovito). Man sollte noch ergänzen, daß Pazienzas Name immer häufiger im Zusammenhang mit den Machenschaften bezüglich des Attentats auf dem Petersplatz genannt wird. Pazienzas Sekretär, Maurizio Visigalli, hat den Untersuchungsrichtern gegenüber ausgesagt, letzterer bewahre in seinem Arbeitszimmer ein umfangreiches Dossier über Agca und die bulgarische Spur, ein Dossier, das vermißt wird und nach dem der Richter Domenico Sica fahndet. Ein anderer Kumpane Pazienzas, Alvaro Giardili, gab zu, vielen Telefonanrufen von Monsignor Marcinkus beigewohnt zu haben, der darauf insistiert habe, der Hanove und Spion solle "den Fall Agca" aus der Nähe verfolgen. Verfolgen in welchem Sinne?

Alles das ist in dichten Nebel gehüllt. Man erwartet, daß in einem Monat das römische Gericht unter dem Vorsitz von Severina Santiapichi den Versuch unternimmt, die Wahrheit aufzudecken. Man darf erwarten, daß auch Pater Morlion aussagt, der Nachbar des ehemaligen Untermieters.

"L'Espresso", 19. Mai 1985

# **RECHTSEXTREMISTISCHE TÜRKEN IN REUTLINGEN**

INFORMATIONEN

DOKUMENTE

ANALYSEN



Verwaltungsstelle Reutlingen Mai 1980

## Vorwort des Herausgebers

Seit Jahren verfolgen wir mit zunehmender Sorge die Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Immer noch finden regelmäßige Treffen von früheren SS-Gruppen statt; erschreckend viele junge Menschen sind neofaschistischen Gruppen zugelaufen.

Regierungen, Verwaltungen und die Rechtsprechung haben mehr oder weniger tatenlos diesem Treiben zugesehen. Einzig erfreuliche Ausnahme in der letzten Zeit ist das versuchte Verbot der sog. "Wehrsportgruppe Hoffmann" durch Bundesinnenminister Baum geblieben.

Die Blindheit gegenüber Gefahren der Demokratie von rechts, die ja in Deutschland Tradition ist sowie die Duldung rechtsextremer Aktivitäten bis hin zu Starftaten (Hakenkreuzschmierereien-Zerstörung jüdischer Friedhöfe-Bedrohungen usw.) haben auch den Boden für die Auslandsaktivitäten der faschistischen türkischen MHP (Nationalistische Bewegungspartei) bei uns bereitet.

Auch wir haben erfahren müssen, daß Polizei und Verwaltung in Reutlingen die Aktivitäten des örtlichen rechtsextremistischen Türkensvereins "Türk-Ocagi" verharmlosen.

Diese DOKUMENTATION soll dazu beitragen, über Hintergründe und Zusammenhänge aufzuklären. Es soll verdeutlicht werden, daß die gesellschaftspolitische Zielsetzung der

INTEGRATION AUSLÄNDISCHER ARBEITNEHMER IN UNSERE GESELLSCHAFT nicht erreicht werden kann, wenn nationalistischen, faschistischen Gruppen nicht das Handwerk gelegt wird. Deshalb wurde versucht, über die aktuellen Ereignisse in Reutlingen hinaus, Ziele, Hintergründe und Verbindungslinien aufzuzeigen.

Wir hoffen, daß alle, denen freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in unserer Demokratie am Herzen liegt, wachgerüttelt werden und sich für ein Verbot aller faschistischen Organisationen in der Bundesrepublik einsetzen.

Unser Dank gilt den aktiven Reutlinger Gewerkschaftern, die das Zustandekommen der Dokumentation ermöglicht haben.

Reutlingen, den 22. Mai 1980

Industriegewerkschaft Metall  
für die Bundesrepublik  
Deutschland  
Verwaltungsstelle Reutlingen

ViSdP:

Helmut Buck      Jürgen Röder

# Aktivitäten rechtsextremer Türken in Reutlingen

Am 5.5.1980 verteilte die 'Türkische Gemeinschaft' in Reutlingen ein Flugblatt mit der Überschrift "Teror".

Anlaß war der Mord an Halil Tireli, einem rechtsextremistischen Türken, der in Reutlingen ein Dolmetscherbüro betrieb. Obwohl der Mord bis jetzt noch nicht aufgeklärt ist (Gerüchten zufolge kommen verschiedene Motive in Betracht: Devisenhandel, Eifersucht, selbst ein Mord aus politischen Gründen aus den eigenen Reihen ist nicht auszuschließen; dazu aus einer Grußrede des Führers A. Türkeş: "Sollte ich umkehren, schlägt mich tot!... Schlagt alle tot, die unsere Sache mitgemacht haben und umkehren wollen!"), beinhaltet das Flugblatt ungeheuerliche Behauptungen und Beschuldigungen, vor allem die Arbeiterwohlfahrt, die Volkshochschule, die Gewerkschaften und den türkischen Arbeiterverein "THDB" betreffend.

Die "Türkische Gemeinschaft" ist eine Tarnorganisation der "Grauen Wölfe" in Reutlingen und ist Mitglied der sog. Föderation Türkisch-Demokratischer Idealistenvereine in Europa. Dies wiederum ist eine Tarnorganisation der MHP <sup>1)</sup> (Nationale Bewegungspartei in der Türkei).

Aus dem Handbuch der Idealistenvereine <sup>2)</sup> ist zu lesen (S.44/45): Ein Führer muß folgende Eigenschaften haben:

"Er muß Elastizität kennen und es verstehen bei jeder Bewegung und Rede von der Doktrin abweichen zu können... Behauptungen, Wiederholungen, Themenwahl, Festlegung des Feindes, Einholen von Informationen, Lügen und Namensänderungen gehören zu den wesentlichen Mitteln der Propaganda" ...

Namensänderung! Alpaslan Türkeş, Führer der MHP hieß früher Hüseyin Feyzullah.

Alpaslan ist ein Heeresführer der Türken vom 11. Jahrhundert gewesen, der bei der Eroberung Anatoliens eine große Rolle gespielt hat.

Türkeş bedeutet soviel wie "voll und ganz Türke".

---

1) Milliyeci Hareket Partisi

2) Necdet Sevinç, Ülkücüye Notlar, Istanbul 1977

Am 03.05.80 wurde Halil Tireli  
in seinem Haus erstochen.

Erste Presseberichte zu dem  
Mordfall :

## Rechtsextremer Türke von Landsmann erstochen

Polizei hat keinen Hinweis auf politisches Mordmotiv

Von unserer Tübinger Redaktion  
REUTLINGEN (rei). Durch mehrere  
Messerstiche ist der 42 Jahre alte  
Türke Halil Tireli am Samstag in der  
Reutlinger Altstadt getötet worden.  
Der Tatverdacht fällt auf einen etwa  
20jährigen Landsmann, dessen  
Flucht von Zeugen beobachtet wur-  
de. Der Polizei fehlte gestern noch  
jeglicher Hinweis auf ein politisches  
Mordmotiv.

Die Tat geschah gegen 9.30 Uhr in  
der Hofstattstraße 15, wo Tireli mit  
seiner Frau und zwei Kindern wohn-  
te. Der von späteren Augenzeugen  
als sehr schlank beschriebene  
Landsmann traf den 42jährigen of-  
fenbar zuerst in dessen Büro, von  
dort stürzten die Kämpfenden hin-  
aus auf den Hausflur. Der Besucher  
war mit einem Schlachtermesser be-  
waffnet. Die Stiche mit der 25 Zenti-  
meter langen Klinge in Brust und

Bauch rissen so klaffende Wunden,  
daß Halil Tireli noch im Hausflur  
verblutete.

Nach der Aussage von Zeugen, die  
die tödliche Auseinandersetzung  
durch die halb geöffnete Haustür  
wohl akustisch vernommen, aber für  
eine harmlose Rauferei gehalten hat-  
ten, flüchtete der Landsmann mit  
blutverschmiertem Gesicht. Das in  
Zeitungspapier gewickelte Schlach-  
termesser warf der Türke weg. Ein  
60jähriger Mann versuchte ihm zu  
folgen, doch konnte ihn der Flücht-  
tende bald abschütteln.

Der getötete Halil Tireli hatte als  
Journalist für eine rechtsgerichtete  
Gastarbeiter-Zeitung und gelegent-  
lich auch als Gerichtsdolmetscher  
gearbeitet. In Reutlingen hatte er  
sich für die rechtsextreme Nationa-  
listische Bewegungspartei im Dunst-  
kreis der terroristischen „Grauen  
Wölfe“ engagiert.

Reutlinger  
Nachrichten  
v. 5.5.80

... Über das Motiv der Bluttat ist vorerst  
nichts bekannt. Es liegen bisher auch keine  
Anhaltspunkte dafür vor, daß das Verbrechen  
politische Hintergründe haben könnte  
(etwa in den Spannungen unter Türken, vor  
allem im Zusammenhang mit den Aktivitä-  
ten der berüchtigten »Grauen Wölfe«). ...

Auszug aus dem  
„Reutlinger General-Anzeiger“  
v. 5.5.80

Um die deutschen Leser darüber zu informieren, wie die Türken in der Bundesrepublik in der türkischen Presse über diesen Fall informiert wurden, haben wir uns die Mühe gemacht, die Berichte der rechtsstehenden Tageszeitungen "Hürriyet" und "Tercüman" zu übersetzen.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA MERKEZİ  
TÜSTAV

Übersetzung des Zeitungsartikels in der Tageszeitung  
Hürriyet vom 5. Mai 1980:

Bedauerlich: Auch in Deutschland fallen jetzt Personen sowohl vom linken, als auch vom rechten Lager der Anarchie zum Opfer

TIRELI WAR DER OFFIZIELLE DOLMETSCHER DER DEUTSCHEN POLIZEI

Die Polizei beobachtet einen, namentlich noch nicht genannten Beschuldigten.

Tireli war der Gründer der Organisation Türk Ocağı in Reutlingen.

Nach Zeugenaussagen waren die beiden Täter zwischen 30 und 35 Jahre alt, wobei der eine eine große und der andere eine unteretzte Person war.

Das, als Tatwaffe benutzte Messer war speziell zu einer spitzen Form ausgefeilt.

Reutlingen, (Hürriyet)- Bei dem Fall um die Ermordung des Dolmetschers und des freien Journalisten Halil Tireli hat die Staatsschutzpolizei Reutlingen eingegriffen und hat mitgeteilt, daß eine namentlich nicht genannte Person unter Verdacht steht. Der Fall wurde so gedeutet, daß jetzt auch in Deutschland von "rechter und linker Seite" Personen der Anarchie zum Opfer fallen. Wie schon bekannt, wurde auch der Lehrer Celalettin Kesim vom linken Flügel in Berlin umgebracht.

Aufgrund von Zeugenaussagen eines deutschen Ehepaares und eines Jugoslawen geht die Polizei davon aus, daß es sich als Täter um zwei Personen zwischen 30 und 35 Jahren handelt, die eine Person groß und die andere unteretzt und stabile Körperbau. Da Halil Tireli der vereidigte offizielle Dolmetscher der Polizei in Reutlingen war, legt die deutsche Polizei großen Wert auf die Aufklärung des Mordes. Die Zuständigen des Polizeikommissariats gehen nach ersten Nachforschungen von drei möglichen Tatmotiven aus, welche wie folgt nicht erläutert werden:

- 1) Es war ein Mord aus rein politischen Motiven.
- 2) Ein Mord wegen einer Frau.
- 3) Ein Mord wegen einer alten Geldforderung oder geschäftlichen Angelegenheiten.

Die Polizei hat auch mitgeteilt, daß diese möglichen Tatmotive unterschiedlich bewertet werden.

Das, als Tatwaffe benutzte Messer wurde in der Zwischenzeit aufgefunden. Wie die Polizei noch hinzufügt, ist das 35 Zentimeter lange Messer, nach Feststellungen, von den unbekanntem Tätern speziell in eine spitze Form gebracht worden, so daß es leicht in den Körper eindringen konnte.

Halil Tireli hat 1974 in Reutlingen den Türk Ocağı gegründet und war zwei Jahre lang Vorsitzender dieser Organisation.

1978 ist er ganz aus der Organisation ausgetreten.

Die Polizei hält auch aus diesem Grund an einem politischen Mordmotiv fest, worin ihr der Vorsitzende von Türk Ocağı Reutlingen Seyfettin Serçe zustimmt.

Übersetzung des Zeitungsartikels in der Tageszeitung  
Hürriyet vom 5. Mai 1980:

Die Türkische Föderation\* hat eine Pressekonferenz abgehalten

Die Türkische Föderation hat in Frankfurt eine Pressekonferenz abgehalten und darin den Mord an Halil Tireli verurteilt. Der Generalsekretär Ihsan Öner und ein weiterer Verantwortlicher, Ramazan Öz, haben behauptet, daß der Mord vorgeplant war, und daß Tireli bei den von linken Gruppen organisierten Veranstaltungen eine Zielscheibe für Angriffe war.

\* s. nächste Seite

Übersetzung des Zeitungsartikels in der Tageszeitung  
Tercüman vom 5. Mai 1980:

Die Ausführungen von Türk Ocacı Reutlingen

Die sofort nach dem Vorfall zusammengetroffenen Verantwortlichen von Türk Ocacı haben den Mord an dem Gründer und ehemaligen Vorsitzenden Halil Tireli verurteilt und folgendes erklärt:

"Bekannte angreifende Kreise, die separierend wirken, sind mit ihren Tätigkeiten (Ausschreitungen) so weit gegangen, daß sie jetzt auch noch morden. Der Gründer unserer Organisation ist von diesen Angreifern niedergemetzelt worden. Wir verurteilen diese Tat."

Die Verantwortlichen von Türk Ocacı haben mitgeteilt, daß sie über den Mordfall Informationen sammeln und ihre Ergebnisse der Polizei und der Presse weiterleiten werden.



Betroffenen versammelten sich nach dem Mord an Halil Tireli die Mitglieder des "Idealisten-Vereins" Reutlingen. (Tercüman 5.5.80)

DGB

Deutscher  
Gewerkschaftsbund  
Bundesvorstand

Postanschrift: DGB Bundesvorstand 4 Dusseldorf 1 Postfach 2601

An die  
DGB-Landesbezirke  
dem Ausschuß für  
ausländische Arbeitnehmer  
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dusseldorf  
Hans-Böckler-Str. 39 (Hans-Böckler-Haus)  
Fernsprech-Sammelnummer (02 11) 430 11  
Drahtanschrift: Degebevorstand Dusseldorf  
Fernschreiber: 858 4822 a dgb d  
858 4819 dgb d  
Bankverbindungen  
Bank für Gemeinwirtschaft AG., Dusseldorf,  
(BLZ 30010 111) Konto Nr. 10.00 2006-00  
Postscheckkonto Essen  
(BLZ 36010 043) Konto Nr. 695 41- 430

Ihre Zeichen	Ihre Nachricht vom	Fernsprech-Durchwahl: (02 11) 4301	Unsere Zeichen	Datum
Betrifft:		349	AA-Rr/Kos	12. Oktober 78

Gründung der "Europäischen Föderation der Demokratischen Idealistischen  
Türken-Vereine"

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

mit Rundschreiben vom 21.3.1978 betr. Türkische Arbeitnehmergevereine hatten wir auf Blatt 2 darauf aufmerksam gemacht, daß am 21.1.1978 von Köln aus eine weitere türkische Föderation gegründet werden sollte, die unter chauvenistisch-konservativem Einfluß aus der Türkei stehe. Mit der Gründung der o.b. Organisation am 17./18. Juni 1978 in Frankfurt ist die Vorbereitung abgeschlossen. Die Orientierung dieser Föderation ist "rechtsradikal-faschistisch" sowie "religiös-fanatisch". An der Gründungsversammlung haben auch Organisationen aus Belgien, Holland, Österreich und Frankreich teilgenommen.

Zum Vorsitzenden der Föderation wurde Lokman Kundakci bestimmt. Die Mitglieder des Vorstandes sind: Irfan Baleoglu, Selahattin Bosnak, Ramazan Öz, Yunus Gönlükara, Turgut Vatangül, Necati Özen, Orhan Yilmaz, Sükrü Dündar und Mehmet Katipoglu.

Als Anlage fügen wir eine Liste der Mitgliedsvereine dieser Föderation bei und wären Euch dankbar, wenn Ihr die DGB-Kreise in Eurem Bereich mit der Bitte, auch die Verwaltungsstellen der Gewerkschaften zu informieren, auf diese neue Föderation hinweisen würdet.

Wir wären dankbar, wenn Ihr uns über die DGB-Kreise Material und Erkenntnisse über die genannten Vereine zuschicken könntet, damit das Material von uns entsprechend verwertet werden kann. Das eine Zusammenarbeit von uns mit diesen Vereinen nicht infrage kommt, braucht nicht besonders erwähnt zu werden.

Mit freundlichen Grüßen

Deutscher Gewerkschaftsbund  
Bundesvorstand  
Abt. Ausländische Arbeitnehmer

Heinz Richter

Anlage

Wir bitten Zuschriften ausschließlich an die  
zuständige Abteilung des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Obwohl von polizeilicher Seite aus keinerlei Hinweise für einen politischen Mord vorlagen, reagierte die "Türkische Gemeinschaft Reutlingen" (TürkoÇagi) mit folgendem verleumderischen Flugblatt, das in großer Auflage am Montagabend, den 5. Mai 1980, in der Reutlinger Innenstadt verteilt wurde:

## T E R O R

In Reutlingen hat wieder der sich in der letzten Zeit in den verschiedenen Staedte und Laendern der Bundesrepublik Deutschland gegen den unschuldigen Opfern richtende TEROR heimgesucht. Der von den Behörden in Reutlingen sehr gut gekannte Vereidigte. Dolmetscher und seit 1964 für verschiedene türkische Tageszeitungen arbeitende Reporter HALIL TIRELI wurde am 3 Mai 1980 um 10<sup>00</sup> Uhr morgens vor den Augen seiner Frau auf tierische Weise von zwei Personen erstochen. Der Reporter HALIL TIRELI war im Jahre 1974 der Gründer und erster Vorsitzender der TÜRKISCHEN GEMEINSCHAFT in Reutlingen und wurde seit langem mehrmals wegen seine unerschütterliche Liebe zu seinem Heimat und seinem Volk und die Vorliebe für die Weiterbestehung und Aufrechterhaltung des demokratischen Staates von vielen koministischen Organisationen als Zielscheibe genannt. Bei der von den Türkischen Arbeiterwohlfahrt und Volkhochschule gemeinsam organisierten Veranstaltungen am 26. Maerz, zu der sie auch als Sprecher den türkischen Kominist Aziz Nesin eingeladen haben und bei der Maikundgebung wurde HALIL TIRELI als Organisator der anti-koministische und demokratische Bewegung genannt. Bei diesen Veranstaltungen wurde immer wieder betont, dass HALIL TIRELI und der gleichen vernichtet werden müssen, damit sich die koministische Bewegung ausdehnen kann. Der in Reutlingen von den Türkischen Arbeiterwohlfahrt und THDB (Einheit der Volkrevolution der Türkei) als Zielscheibe gesetzte HALIL TIRELI ist weder der erste noch der letzte Opfer des koministischen TERORS in Deutschland. Wielange werden die deutsche Behörden und Bevölkerung die von den Koministen gegen jeden, der ihre Meinung zu keinem Preis akzeptieren, gerichtete TEROR zusehen?

Wann werden die notwendigen Massnahmen gegen diesen TEROR eingetroffen werden? Wielange werden die deutsche Behörden in einem Land wie Deutschland diese wegen ihrer Meinung gegen unschuldige Menschen durchgeführte grauenvolle Taten des TERORS dulden?

Wann werden die deutsche Behörden die von Tag zu Tag sich ausdehnende koministische Gefahr einsehen und gegen die koministischen BANDE, die nicht als TERORSQUELLE sind, ihre entgültige Haltung zeigen?

Wir meinen, dass diese geplante koministische Gewalttaten fortgeführt werden wird und verlangen, dass sich die deutsche Behörden auf Punkt konzentrieren sollten. Falls von den deutschen Behörden nicht mit der notigen Haerte gegen diese Gewalttaten eingegriffen werden sollte, werden sich die koministischen TERORISTEN freier fühlen und dadurch mehr Mut bekommen, um weitere Menschen wegen ihrer freien Meinung zum Opfer des koministischen TERORS zu machen.

Wir hoffen, dass die auftraggebende Organisationen der Mörder von HALIL TIRELI wie uns auch der Polizei bekannt ist. Wird die deutsche Polizei die Bedeutung des Falles nicht einsehen wollen und meinen: Die Öffentlichkeit wird dies in einpaar Tagen vergessen haben, so meinen wir, dass diese Haltung eine falsche Vorstellung von der Gerechtigkeit und Demokratie sein wird. Die Ermordung von HALIL TIRELI kann für deutsche Polizei und Öffentlichkeit ohne von Bedeutung sein. Aber man sollte nicht vergessen, dass für Türken dieser Fall unvergessen bleiben wird.

Bei den in Deutschland lebenden Türkischen Landsleute durch diesen Fall pysikologisch erzeugte Spannung kann nur durch die Verhaftung der Mörder von der Polizei abgebaut werden. Die Gesetze sind zum Gehorchen da. Die Folgen des nicht Gehorchens führt zum "ANARHISMUS". Die Versuche der sich den Weg des TERORISMUS vorgenommen Koministen uns zu reizen nicht ausreichen, um aus uns wie sie selbst gesetzlose zu machen. Unsere grösste Waffe ist unsere unendlich weite GEDULD.

--Die grösste Waffe ist die Meinung.

--Die Menschen können wegen ihrer Meinung nicht ermordet werden.

--Nieder mit dem TEROR und den KOMINISTISCHEN TERORISTEN.

--Es LEBE der Kampf für die DEMOKRATIE der TÜRKISCHEN IDEALISTEN.

TÜRKISCHE GEMEINSCHAFT  
in  
REUTLINGEN

Diese dreisten Verleumdungen, vor allem der ungeheuerliche Vorwurf, daß Reutlinger Organisationen wie Arbeiterwohlfahrt, Gewerkschaften, Volkshochschule und der türkische Verein "THDB" zur "Vernichtung von Halil Tireli" aufgerufen hätten, also die geistigen Urheber des Verbrechens seien, wurden ohne Kommentar in der lokalen Presse weiterverbreitet. Auch die ermittelnde Polizeibehörde hat die nachweislich unwahren Behauptungen bis jetzt nicht öffentlich widerlegt.

Reutlinger Generalanzeiger v. 6.5.80

Halil Tireli hatte Kontakte zu türkischen Nationalisten

## Mord aus politischen Motiven? Polizei: Alles nur Spekulation

»Laufend Hinweise«, aber Ermittlungen »äußerst schwierig«

Reutlingen. (hd) Die Kriminalpolizei hat noch »keine konkreten Anhaltspunkte« dafür, daß der Türke Halil Tireli Opfer eines politischen Mordes sein könnte. Solange der Täter noch nicht gefaßt sei und sein Geständnis nicht vorliege, »bewegen sich alle Vermutungen über ein mögliches Motiv im Raum der Spekulation«, betonte ein Sprecher der Polizei am Montag. Dem gegenüber stehen Äußerungen rechtsgerichteter türkischer Verbände, die die Bluttat vom Samstag »türkischen Kommunisten« zuschreiben. Die Ermittlungen der Kripo gestalten sich »äußerst schwierig«, wie es hieß. Sie erhalte zwar »laufend Hinweise«, die jedoch erst genauestens überprüft werden müßten.

Auf den Fall Tireli sind mehrere Beamte angesetzt. Der 42-jährige war bekanntlich am Samstagvormittag von einem unbekannten jungen Mann allem Anschein nach ebenfalls ein Türke) mit einem Schlachtmesser tödlich verletzt worden. Bei dem Kampf im Flur seines Dolmetscherbüros in der Hofstattstraße hatte Tireli ein Dutzend Stiche in Brust und Bauch erhalten. Die Polizei hofft, daß Zeugen die Tatwaffe mit dem beschädigten Griff (zur Klinge hin ist ein Stück des Handschutzes ausgebrochen) wiedererkennen. Das Messer wird auf Wunsch bei der Polizeidirektion (Lindachstraße 8 a in Reutlingen) vorgezeigt. Auch telefonisch (0 71 21/20 21) werden weiterhin Hinweise entgegengenommen (und auf Wunsch vertraulich behandelt).

Halil Tireli war 1964 in die Bundesrepublik gekommen; er hinterließ Frau und drei Kinder. Vor einigen Jahren machte er das Übersetzerbüro in der Hofstattstraße auf; zugleich trat er als Journalist auf und arbeitete für die in Frankfurt hergestellte türkische Zeitung »Hürriyet«, die sich an türkische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik wendet. »Hürriyet« berichtete am Montag groß aufgemacht über das an Tireli verübte Verbrechen.

Der 42-jährige hatte – so meldete am Montag die Deutsche Presse-Agentur – »nach behördlichen Ermittlungen« Kontakte zu rechts-extremen türkischen Organisationen. Unter anderem habe er der nationalistischen Bewegung »Turan« angehört. Bereits am Wochenende kamen von seiten bestimmter Verbände Vermutungen, »türkische Kommunisten« seien für die Tat verantwortlich. Tireli sei wegen seiner Berichte über »die



Mord-Opfer Tireli

terroristischen Aktivitäten« der Linken von diesen zum »Volksfeind« erklärt worden.

Die sogenannte »Türkische Föderation« sprach am Montag in Frankfurt ebenfalls von einem politisch motivierten Mord; er sei von zwei Männern verübt worden. Der Tat bezichtigt wurden linksgerichtete Arbeiter- und Studentenkreise. Vorangegangen seien Bedrohungen. So habe Tireli sich als »Faschistenanführer« bezeichnen lassen müssen. Ein Sprecher der »Föderation« bezeichnete seinen Verband, dem rund hundert Vereine mit etwa 20 000 Mitgliedern angeschlossen seien, als »liberal-konservativ«, er sei Landsleuten beim Start in der Bundesrepublik behilflich und wolle »über politische Gefahren in der Türkei« aufklären.

In Reutlingen geht die Kriminalpolizei unverändert davon aus, daß die Tat von einem einzelnen verübt wurde. Der Gesuchte trug das Messer mit der über zwanzig Zentimeter langen Klinge offenbar in ein paar Zeitungseiten gewickelt in der Hand, als er Halil Tireli aufsuchte. Bei dem Kampf mit dem älteren Türken stieß er mitsamt dem um die Waffe gerollten Anzeigenblatt zu – auf der Straße warf er das blutverschmierte Bündel weg.

Polizei soll »Härte« zeigen

In Flugblättern, die am Montagabend in Reutlingen in großer Auflage verteilt wurden, fördert die mehrere hundert Mitglieder zählende »Türkische Gemeinschaft« die deutsche Polizei auf, endlich »mit der nötigen Härte gegen diese Gewalttaten« vorzugehen. Die Gemeinschaft, 1974 in Reutlingen von dem ermordeten Halil Tireli mit gegründet und zeitweise von ihm geleitet, macht »kommunistische« Kreise für die Bluttat verantwortlich; Tireli sei weder deren erstes noch letztes Opfer gewesen. Sie fordert ihre türkischen Landsleute in dem Flugblatt auf, sich nicht provozieren zu lassen und auf ungesetzliche Maßnahmen zu verzichten: »Unsere größte Waffe ist unsere unendlich weite Geduld.«

# LESEBRIEFREAKTIONEN IM, REUTLINGER GENERALANZEIGER' VOM 10.5. 1980

## »Lügen und Verleumdungen . . .«

Mit Erschrecken las ich das Flugblatt, das am Montagabend von Anhängern der »Grauen Wölfe« in der Wilhelmstraße massenhaft verteilt wurde. Es zeichnet zwar niemand korrekt presserechtlich verantwortlich, aber zum einen wird aus dem Stil und Inhalt ersichtlich, daß es sich um rechtsextremistische Türken handelt, außerdem ist es mit »Türkischer Gemeinschaft« unterschrieben, die auf türkisch »Türk Ocagi« heißt und eine faschistische Vereinigung ist.

Es handelt sich um ein Hetzflugblatt, um einen Aufruf zur Gewalt, um Lügen und Verleumdungen übelster Art. Gegen die türkische Arbeiterwohlfahrt und die Volkshochschule wird gehetzt. Indirekt sollen sie für den Mord an Halil Tirelli verantwortlich sein. Angeblich wurde bei der Lesung des türkischen Schriftstellers und Vorsitzenden der türkischen Schriftstellergewerkschaft, Azis Nesin, zur Vernichtung Halil Tirellis aufgerufen. Ich war selber auf dieser Veranstaltung und kann bestätigen, daß es sich um eine friedliche, kulturelle Veranstaltung handelte, bei der nicht zur Vernichtung von irgendjemandem aufgerufen wurde. Übrigens war auch die Polizei anwesend. Auch auf der Maikundgebung, bei der ich von Anfang bis Ende war, hörte ich nichts dergleichen, was wohl 2 000 andere Teilnehmer auch bestätigen können.

Ich finde es sehr schlimm, aber nicht verwunderlich, daß von rechter Seite so ein Flugblatt kommt, ich hatte es eigentlich auch erwartet. Es ist ja nicht das erste Mal, daß Kommunisten etwas Schmutziges in die Schuhe geschoben wird, um in der Öffentlichkeit die Stimmung gegen Kommunisten anzuheizen. Aber was mich sehr betroffen

gemacht hat, ist die Haltung der Polizei und auch des GEA.

Ich frage mich: Warum müssen sich Kommunisten solche Beschimpfungen und Verleumdungen gefallen lassen, ohne daß etwas dagegen unternommen wird? Warum ist die Polizei am Montagabend nicht gegen dieses Flugblatt vorgegangen, das erstens einen Aufruf zur Gewalt darstellt, und zweitens einfach einen Täter für einen Mord angibt, ohne daß irgendetwas bewiesen ist?

Warum stellt die Polizei dies nicht richtig in der Presse? Heißt das, daß jeder mitten auf der Wilhelmstraße unter den Augen der Polizei Lügen und Hetzen verbreiten darf, die ein Klima schaffen können, das Menschen gefährdet? Auch bei der Berichterstattung im GEA am Dienstag vermüßte ich die notwendige Distanz zu diesem Machwerk. Ich finde es empörend, daß einmal die Volkshochschule, die türkische Arbeiterwohlfahrt und der neu gegründete türkische Verein THDB als Kommunisten bezeichnet werden, diese zusammen mit den Kommunisten in einen Topf mit Terroristen geworfen werden, mit denen weder sie noch die Kommunisten irgendetwas gemeinsam haben.

Darüber hinaus finde ich es sowieso ungeheuerlich, daß solche rechtsextremistischen Organisationen, wie zum Beispiel die »Grauen Wölfe«, bei denen es sich wirklich um Terroristen handelt, deren Vorbild Hitler ist, die ihre Landsleute terrorisieren und ermorden, hier ungestraft unter den Augen der Polizei ihr Unwesen treiben dürfen.

Diese faschistischen Organisationen müssen endlich verboten werden, wie es auch seit Bestehen der Bundesrepublik das Grundgesetz vorschreibt.

## »Stadt darf keine Räumlichkeiten an türkische Faschisten vermieten«

Der GEA berichtete am 5., 6., und 7. Mai 1980 über den Mord an dem Türken Halil Tireli. Zu dieser Berichterstattung ist einiges zu ergänzen und richtigzustellen:

1. Halil Tireli hatte nicht nur, wie zu lesen war, »Kontakte zu rechtsextremen türkischen Organisationen«, sondern er war Mitbegründer und Organisator der Türk Ocagi (Graue Wölfe) in Reutlingen, einer türkischen faschistischen Organisation, die seit längerer Zeit in der Bundesrepublik Deutschland ihr Unwesen treibt.

2. Der GEA übernimmt »Vermutungen von seiten bestimmter Verbände, türkische Kommunisten seien für die Tat verantwortlich«, obwohl die Kripo Reutlingen nach wie vor erklärt, daß noch nicht feststellbar ist, ob der Mord an Halil Tireli politisch motiviert ist.

3. Die vom GEA zitierte »Türkische Föderation«, die angeblich »liberkonservativ« ist und »Landsleuten beim Start in der Bundesrepublik behilflich ist und über politische Gefahren in der Türkei aufklären wolle«, ist in Wirklichkeit eine faschistische türkische Organisation in der Bundesrepublik. Sie orientiert sich an dem türkischen Faschistenführer Türkes, der den Ideen Hitlers anhängt.

4. »Polizei soll Härte zeigen« – so wollen es laut GEA die »Grauen Wölfe« in ihrem Flugblatt. Ein Hohn, daß diejenigen, die seit Jahren in der Türkei und in der Bundesrepublik für Terrorismus, Gewalttätigkeit und politischen Mord (siehe den Mord an dem türkischen Demokraten und Gewerkschafter Celalettin Kesim in Berlin) verantwortlich sind, Härte von der Polizei fordern.

5. Seit dem Ende des zweiten Weltkriegs ist Propaganda für Rassismus, Nationalsozialismus und Krieg in der Bundesrepublik verboten. Trotzdem können die türkischen »Grauen Wölfe« ungehindert Veranstaltungen abhalten, politische Büros betreiben (Reutlingen, Unter den Linden, getarnt als Türkische Gemeinschaft) und demokratisch gesinnte Landsleute einschüchtern. Damit dies endlich ein Ende hat, muß diese Gruppe und ihre Tarnorganisation endlich verboten werden.

Ihr Reutlinger Büro »Unter den Linden« muß geschlossen werden, die Stadt Reutlingen darf keine Räumlichkeiten an türkische Faschisten vermieten.

Das folgende Flugblatt wurde am 9.5.1980 in der Fußgängerzone Reutlingens verteilt. Das Flugblatt war zweisprachig verfasst, jedoch entsprach der türkische Text weder im Stil noch im Inhalt der deutschen Fassung. Wir drucken deshalb auch die Übersetzung des türkischen Textes ab. Dieses Flugblatt wurde überregional verteilt und stammte von der oben genannten "Türk Föderation". Die Verteilung des Flugblattes wurde in Reutlingen von der Polizei gestoppt.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VE  
TÜSTAV

# **GEMEINSAM GEGEN DEN TERROR**

## **WIR DEMONSTRIEREN GEGEN DEN TERRORISMUS**

In den letzten Jahren sind mit den Asylsuchenden aus der Türkei wegen ihrer Verbrechen verfolgte türkische Terroristen in die Bundesrepublik Deutschland eingeschleust worden.

Eingeschleust worden von den hier bereits bestehenden türkischen terroristischen Tarn-Organisationen.

Auf diese Weise fand im letzten Jahr eine Eskalation des Terrors von Seiten türkischer Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland statt.

Hier die Liste ihrer Schandtaten:

22. 12. '79/ Bombenanschlag auf unseren Verein in Köln,

16. 02. '80 und 07. 03. '80/ Feuerüberfälle auf unseren Verein in Rüsselsheim,

15. 03. '80/ Bombenanschlag auf unseren Verein in Weiblingen,

10. 04. '80/ Ueberfall mit Totschlagern auf den Vorsitzenden unseres Vereins in Duisburg-Meiderich und Vorstandsmitglied unserer Föderation Vahdettin Sitem BÖLÜK-BAŞI. Schwer verletzt, auf dem linken Auge erblindet.

Am 03. 05. 1980 wurde in Reutlingen der Vereidigte türkischer Dolmetscher Halil TIRELI, Gründer unseres Vereins in Reutlingen, auf viehische Weise ermordet. Mit 17 Messerstichen wurde sein Leben ausgelöscht. Der Täter kann nur einer der eingeschleusten kommunistischen Terroristen sein. Jemand anderes kommt nicht in Frage.

Er war als vereidigter Dolmetscher von den deutschen Behörden hoch geachtet. Es sind weitere Mordtaten zu erwarten. Die Eskalation des Terrors von Seiten türkischer kommunistischer Terroristen vernichtet das Vertrauen unserer Landsleute in die zuständigen deutschen Behörden.

Wenn dem Terror nicht Einhalt geboten wird, wird auch die Sicherheit und der innere Frieden in der Bundesrepublik Deutschland in Sonderheit in der Stadt Reutlingen ernstlich bedroht.

Wir rufen die Bevölkerung auf, sich mit uns solidarisch zu erklären und mit uns gegen den kommunistischen Terror zu protestieren.

**\*REUTLINGER! KOMMT ZU UNSERE KUNDGEBUNG!**

(Treffpunkt: Am Samstag, den 10. 05. 1980, Johs Keppler Gymnasium - Ehem Pomologie, um 13.00 Uhr. Kundgebung: Am Marktplatz)

**\*TÜRKISCHE TERRORISTEN KOMMEN AUS DEM KOMMUNISTISCHEN LAGER**

**\*JEDEN TAG MORDEN SIE IN DER TÜRKEI, NUN MORDEN SIE AUCH IN DEUTSCHLAND**

**\*SCHLUSS MIT DEM TERROR**

**\*SCHLUSS MIT DEM TERRORISMUS**

**\*DIE TERRORISTEN HINTER GITTER.**

FÖDERATION TÜRKISCH- DEMOKRATISCHER  
IDEALISTENVEREINE IN EUROPA

# KIZIL TERÖR'E KARŞI ...YÜRÜYÖRÜZ...

Yıllardır Türkiye'mizi allak-bullak eden, oluk oluk kardeş kanı döken komünist teröristler son bir yıl içerisinde Almanya'da da Kızıl Terör estirmeye başlamışlardır.

Almanya'da mevcut Kızıl Odaklar tarafından organize edilip iltica ettirilen bu gözü dönmüş Moskof Uşakları, derneklerimize ve üyelerimize olan saldırılarını günden güne artırmaktadırlar.

IRZ, NAMUS, MİLLET, VATAN ve DİN düşmanı bu VAMPİRLER, bu güne kadar yapmış oldukları bombalı, tabancalı, bıçaklı, zincirli saldırılarına bir yenisini daha ekleyerek, en son Reutlingen'de Türk Ocağı'nın kurucusu ve eski başkanı yiğit ülküdaşımız Halil TIRELİ'yi ŞEHİD etmişlerdir.

22. 12. 1979 günü Köln Büyük Ülkü Derneğini bombalayıp, camii imamını yaraladılar.

16. 02. 1980 ve 07. 03. 1980 günlerinde Rüsselsheim derneğimizi kurşunlayarak bir arkadaşımızı yaraladılar.

15. 03. 1980 günü Weiblingen derneğimizi bombaladılar.

10. 04. 1980 günü Duisburg – Meiderich derneğimizin başkanı ve Federasyonumuzun Yönetim Kurulu üyesi Vahdettin Sitem BÖLÜKBAŞI işine giderken saldırıya uğrayarak, komaya sokuldu ve neticede sol gözünü kaybetti.

Bunlara benzer birçok olaylar meydana gelirken, bunları az bulan insan düşmanı bu yamyamlar 3 Mayıs 1980 günü de ülküdaşımız Halil TIRELİ'yi hunharca ŞEHİD etmişlerdir.

Uzun senelerden beri Almanya'da bulunan, milliyetçi, ülkücü Halil TIRELİ dâvâsına hizmet etmek için Türk Ocağı'nı kurmuştu. Milletinin evlâtlarına hizmet etmek için gayret edip, almanca öğrenmiş ve kendisini vatandaşlarının hizmetine adanmıştı.

İlhan DARENDELIOĞLU, İsmail GERÇEKSÖZ ve Kemâl Fedai COŞKUNER ile uzun seneler beraber çalışan Halil TIRELİ, Kızıl Komünizm belasına karşı mücadele etmiş ve bu fikirlerini gazetelerde dile getirmişti. Tek gayeleri Türk Milletine ve devletine hizmet etmek olan bu insanlar, birer birer ŞEHİD edilmişlerdir.

Diğer arkadaşları gibi komünist katiller tarafından ŞEHİD edilen ülküdaşımız Halil TIRELİ'yi katleden Kızıl Teröristleri lanetleme yürüyüşüne sen de KATIL!

\*MOSKOF SALDIRILARI BİZİ YILDIRAMAZ.

\*BİR ÖLÜR, BİN DİRİLİRİZ.

\*KANIMIZ AKSA DA ZAFER İSLAMIN.

Yürüyüşün Başlama Yeri: Johns Keppler Gymnasium – Ehem Pomologie  
Yürüyüşün Günü ve Saati: 10 Mayıs 1980, Cumartesi Saat 13.00'de.

Avrupa Demokratik Ülkücü  
Türk Dernekleri Federasyonu

Übersetzung des türkischen Textes:

WIR MARSCHIEREN GEGEN DEN ROTEN TERROR

Die seit Jahren unsere Türkei durcheinanderbringenden, die Bruderblut vergießen lassenden kommunistischen Terroristen, ließen im letzten Jahr auch in Deutschland den roten Terror walten.

Von den auch in Deutschland existierenden roten Vereinigungen werden die unberechenbaren Moskausöhne als Asylsuchende hergeholt, die ihre Angriffe gegen unsere Vereine und Mitglieder ständig steigern.

Diese EHREN-, VOLKS-, VATERLANDS- und RELIGIONSFEINDLICHEN VAMPIRE haben ihren bisherigen mit Bomben, Pistolen, Messern und Ketten durchgeführten Angriffen einen neuen hinzugefügt, indem sie den Gründer der Türk Ocağı in Reutlingen, Halil TIRELI, umbrachten (Ursprung des Wortes "umbringen" in diesem Zusammenhang ist im Türkischen "Kriegsgefallener").

- Am 22.12.1979 dem Großen Idealistenverein Köln Bombe gelegt, den Vorbeter der Moschee verletzt.  
Am 16.02.1980 und 07.03.1980 in Rüsselsheim auf unseren Verein geschossen und einen Freund von uns verletzt.  
Am 15.03.1980 in unserem Verein in Waiblingen eine Bombe gelegt.  
Am 10.04.1980 wurde der Vorsitzende unseres Vereins Duisburg-Meiderich und Vorstandsmitglied unserer Föderation Vahdettin Sitem BÖLÜKBAŞI auf dem Weg zur Arbeit angegriffen, wurde bewußtlos gemacht und als Ergebnis verlor er das linke Auge.

Als sich viele solcher Fälle ereigneten, reichte es diesen menschenfeindlichen Menschenfressern nicht und sie brachten am 3. Mai unseren Idealisten auf barbarische Weise um.

Der sich seit langen Jahren in Deutschland aufhaltende Nationalist und Idealist Halil TIRELI hat, um seiner Sache dienen zu können, den Türk Ocağı gegründet. Um seinen Landsleuten dienen zu können, hat er mit Ausdauer Deutsch gelernt, und er hat sich für die Dienste seiner Landsleute aufgeopfert.

Der lange Jahre mit İlhan DARENDELIOĞLU, Ismail GERÇEKSÖZ und Kemal Fedai COŞKUNER zusammen arbeitende Halil TIRELI hat das rote kommunistische Verhängnis bekämpft, und er hat seine Ansichten in den Zeitungen zur Sprache gebracht. Alle diese Menschen, deren einziges Ziel, der türkischen Nation und dem türkischen Staat zu dienen war, sind nach und nach gefallen.

Nimm du auch an diesem Marsch teil, bei dem die roten Terroristen verflucht werden, von denen unser Idealist Halil TIRELI niedergemetzelt wurde, der wie seine Freunde von den kommunistischen Mördern umgebracht wurde.

- DIE MOSKAUANGRIFFE ERSCHÜTTERN UNS NICHT
- WIR STERBEN EINMAL, TAUSENDFACH IST UNSERE AUFERSTEHUNG
- WENN AUCH UNSER BLUT FLIESST, DER SIEG GEHÖRT DEM ISLAM



# Milliyyetçi Hareket Partisi

Aşağı Saksonya ve Bremen Eyaletleri Baş temsilciliği

3014x Ahlortz/Winstorfer Landstraße 5/7c Haus III, Tel: 482349  
3 Hannover - Vahrenwaldor-Str. 59 telefon: (0511) 66 80 21

Sayın  
Hasan Kulak  
6 Frankfurt AM.1  
Postlagerkarte Nr.  
a-013294

Hannover, den 5.7.75

Muhterem Ülküdaşım,  
Ülkü Ocağı Tüzüğü'nün Almanca dilini gönderiyoruz.  
Türkçe dilini ister siz yaparsınız, Almanca'dan tercüme ederek,  
veya biz size gönderebiliriz.  
Ayrıca size üyelige müracaat fişi de gönderiyoruz.  
Bağarılar diler, muaffak olmanız için cenabı haktan  
yardım niyaz ederiz.  
Saygularımızla. Tanrı Türkü Korusun...

Milliyyetçi Hareket  
Partisi Kuzey Almanya  
Yürütme Kurulları  
Genel Başkan Yardımcısı  
Erhan Esentürk

Tanrıkulu  
1/51 2232  
Ulal Döner  
21/377767

vorsitzender der MHP-Vertretung Süddeutschland war nach Angaben von 'Hürriyet'  
vom 11. 2. 1976, Ismail Gerçeksöz. Ein weiterer Organisationsleiter der MHP  
ist Hasan Oraltay in München (15), (16). Oraltay war Angestellter des Senders  
'Radio Liberty'. In der Sendung 'zu den Tartaren' betrieb er nach Aussagen  
zweier Radio Liberty-Mitarbeiter ständig 'antisemitische und faschistische  
Hetzpropaganda'. (15)  
Eine Liste von bekanntgewordenen Vertretern und Funktionären der MHP in der  
Bundesrepublik und West-Berlin wurde vom Türkischen Zentralbüro beim DGB Bun-  
desvorstand in Düsseldorf zusammengestellt. Es ist der epd- Dokumentation  
40/76 (1) entnommen.

Funktionärsverzeichnis der MHP (beim DGB- Bundesvorstand in Düssel-  
dorf) vom 25.3.76:

Türken Haus (Verien) Berlin,  
(Berlin Türk Ocağı- 1 Berlin 44, Paniersplatz 40)

Funktionäre dieses Vereins:

Osman Nuri Kurt	I. Necmi Akman
Rafet Celik	Miktat Yilmaz
K. Ertugrul Celik	Bedii Aksoy
Fevzi Balkan	

Funktionäre der Vertretungen dieses Vereins in der BRD:

Nürnberg:	Cihat Türkoğlu	S. Kaya Kurtoglu
	Yasar Berberoglu	Mustafa Celik
	Fehmi Ipek	Çözü Durmaz
	Engin Türkmen	Ziya Ayyildi
	Mustafa Kir	

München: Hatice Oraltay  
M. Kemal Yildiray

Kempen: Necati Uygur

Reutlingen: Halil Tireli

Sindelfingen: Muhittin Güney

Heilbronn: Necati Özen  
Ali Kiziltepe  
Yasar Ögün

Tanrı doğu kadar Türk  
Hıra doğu kadar Müslümanız



BERLİN TÜR  
OCAĞI

1 BERLIN 44  
Pannierstr. 40

Liste von  
Vertretern  
und  
Funktionären  
der MHP-  
Nationalistische  
Bewegungspartei

# TÜRKISCHE FASCHISTEN ERHALTEN GENEHMIGUNG FÜR KUNDGEBUNG UND DEMONSTRATION

## Fall Tireli: Türken demonstrieren

Veranstalter rechnen mit zweitausend Leuten bei der Kundgebung  
Kriminalpolizei noch ohne heiße Spur – DGB weist Vorwürfe zurück

Reutlingen. (-hd) Mit einem Demonstrationzug durch die Altstadt und mit einer Kundgebung auf dem Markt will heute die »Türkische Gemeinschaft« ihres ermordeten Landsmannes und ehemaligen Vorsitzenden Halil Tireli gedenken. Genau vor einer Woche war der 42jährige Journalist und Dolmetscher in seinem Büro von einem Unbekannten brutal erstochen worden. Die Kriminalpolizei hat vom Täter noch keine heiße Spur.

Die geplante Demonstration ist dem Amt für öffentliche Ordnung fristgerecht gemeldet und entsprechend genehmigt worden. Nach den dabei von seitens des 1974 gegründeten türkischen Vereins gemachten Angaben rechnet jene »Gemeinschaft« mit einer Teilnehmerzahl bis zu zweitausend. In Reutlingen leben derzeit rund 1 900 türkische Staatsangehörige.

Der Zug der Demonstranten wird gegen 13.15 Uhr an der »Pomologie« abgehen und am Tübinger Tor vorbei zur Hofstattstraße, wo sich letzten Samstag in Halil Tirelis Dolmetscherbüro die Bluttat ereignet hat. Der Nikolaiplatz ist die nächste Station. Die Kundgebung selbst wird sich gegen 14 Uhr auf dem Markt anschließen. Nähere Einzelheiten sind nicht bekannt.

Zu erwarten ist jedoch, daß die »Türkische Gemeinschaft«, die in Reutlingen ein paar hundert Mitglieder haben dürfte, ihre in einem Flugblatt verbreiteten Forderungen erneuern wird: den Ruf nach einer schnellen Aufklärung des Falles sowie nach einer Eindämmung der Aktivitäten, die linksgerichtete türkische Gruppen in der Bundesrepublik entfalten. Den »Kommunisten« hatten die Flugblattverfasser das Verbrechen an ihrem Landsmann Tireli vorgeworfen. (Der 42jährige hatte Kontakte zu rechtsextremen, teils

nationalistischen Organisationen unterhalten und sich als Journalist auch politisch stark engagiert.)

Im selben Flugblatt war der Türkischen Arbeiterwohlfahrt, der Volkshochschule sowie dem Deutschen Gewerkschaftsbund (diesem als Veranstalter der Mai-Kundgebung) der Vorwurf gemacht worden, sie hätten Tireli bei öffentlichen Veranstaltung angefeindet – als Mann, der der Ausbreitung des Sozialismus entgegenstehe. Darauf haben DGB und Arbeiterwohlfahrt jetzt in aller Schärfe reagiert – vor allem auch deshalb, weil das Flugblatt die Überschrift »Terror« trug.

»Keine unserer Organisationen hat jemals Gewalt oder gar Terror als Mittel der politischen Auseinandersetzungen benutzt. Es handelt sich somit bei diesem Flugblatt um den ungeheuerlichen Versuch, unsere Organisationen zu den geistigen Vätern des Verbrechens an Halil Tireli zu machen«, betonen die Sprecher von DGB und AWO. Und sie drohen, alle Hebel in Bewegung zu setzen, »um die Urheber dieser gezielten Verleumdungen zur Rechenschaft zu ziehen«.

Keine neuen Erkenntnisse hatte bis zum Freitag die Sonderkommission, die mit mehr als dreißig Kriminalbeamten den Mord an dem Türken untersucht. Zwar gibt es sehr viele einzelne Hinweise, doch die berühmte »heiße Spur« steht noch aus.

Nach wie vor allerdings sieht die Polizei keinerlei Anlaß, von einem Verbrechen mit politischen Hintergründen zu sprechen. Es gibt dafür keine stichhaltigen Anhaltspunkte. In Kreisen der türkischen Rechten hingegen wird ein politisches Motiv als unzweifelhaft angesehen.

Reutlinger  
Geschichten...

Noch rätselt man in Reutlingen über die Hintergründe des Mords an dem Türken Halil Tireli. Zwar liegen für die Bluttat vom vergangenen Samstag politische Motive nah, denn Tireli war in der Tat eine Reutlinger Schlüsselfigur in der rechtsextremistischen, nationalistischen Bewegung, aber es ist auch nicht auszuschließen, daß ihn ein Opfer seiner dubiosen Geschäfte mit Landsleuten zur Rechenschaft ziehen wollte, wobei Tirelis Tod vielleicht gar nicht geplant war. Wie auch immer: Während die Polizei weiter ermittelt, wird in Reutlingen der Tod des Journalisten, Dolmetschers und Versicherungsagenten schon politisch ausgeschlachtet. Das von Tireli mitbegründete »Türkische Gemeinschaftsbüro«, eine Gruppe, die sich stets folkloristisch und nur kulturell engagiert gab, hat in einem Flugblatt die türkische Arbeiterwohlfahrt, die Volkshochschule Reutlingen und den DGB beschuldigt, bei ihren Veranstaltungen, zuletzt am 1. Mai, Tirelis antikommunistische und demokratische Tätigkeit angeprangert und die Zuhörer aufge-

fordert zu haben, ihn zu vernichten, damit sich die kommunistische Bewegung ausbreiten könne. IG Druck-Bezirkssekretär Heinz Straub, der nach Knödels Abgang die DGB-Geschäfte kommissarisch führt, hat diesen »ungeheuerlichen Versuch, den DGB zum geistigen Vater des Verbrechens an Tireli« zu machen, zurückgewiesen und angekündigt, er werde mit allen Mitteln versuchen, die Urheber dieser Verleumdung zur Rechenschaft zu ziehen. Heute kann er wohl sie finden, wenn die türkischen Tireli-Anhänger ab 13.15 Uhr demonstrierend durch die Stadt ziehen und ab 14 Uhr auf dem Reutlinger Marktplatz eine Kundgebung abhalten. Die Polizei, die sich auf einiges gefaßt macht, rechnet mit über tausend Teilnehmern. Der Umzug ist ordnungsgemäß angemeldet und genehmigt worden. Das Reutlinger Amt für öffentliche Ordnung sah keinen Anlaß, dem »Türkischen Gemeinschaftsbüro« das Plazet zu verwehren, wie es der Reutlinger DGB offenbar gewünscht hat. Immer klappt's halt nicht, in diesem Fall leider.

Reutlinger General-Anzeiger v. 10. 05. 80

Geschäftsführer der Einzelgewerkschaften im DGB versuchen 2. Std. lang der Stadtverwaltung die politische Brisanz klarzumachen u. ein Verbot der Kundgebung und Demonstration zu erreichen.

Ergebnislos !!

-16-

Schwäbisches  
Tagblatt, Tübingen  
v. 10. 05. 80

# Gegenöffentlichkeit

SOLLEN AM SAMSTAG AUF DEM MARKTPLATZ ERNEUT DIE ARBEITER-  
WOHLFAHRT, DIE VOLKSHOCHSCHULE, DIE GEWERKSCHAFTEN UND DER  
TÜRKISCHE ARBEITERVEREIN "THDB" VERUNGLIMPFT WERDEN?

Am Montag, den 5. Mai 1980, wurde in der Innenstadt Reutlingens  
tausendfach ein Flugblatt verteilt, in dem die oben genannten  
Organisationen beschuldigt wurden, für den abscheulichen Mord  
an Halil Tireli verantwortlich zu sein.

Wer ist für diese ungeheuerlichen Behauptungen verantwortlich?  
Der Verein "Türkische Gemeinschafts-Organisation", der zu der  
Föderation nationalistischer, rechtsextremer Türkenvereine ge-  
hört, die unter dem Symbol der "Grauen Wölfe" auch in der BRD  
Angst und Schrecken verbreiten. Gerade der Verein in Reutlingen  
hat schon viele Flugblätter unter Türken verteilt, in denen  
zum "Heiligen Krieg" gegen Nicht-Mohammedaner und Nicht-Türken  
aufgerufen wurde. Aus einem Flugblatt: "Kämpfen Sie für den  
Nationalismus: Fürchten Sie den Tod nicht!" Der Verein wurde  
1974 von Halil Tireli mitbegründet, hat in Reutlingen ein Büro  
"Unter den Linden 47" und zählt augenblicklich ca. 50 Mitglieder.

Die Ermittlungen der Polizei ergeben bis heute keinerlei Hinweise  
für ein politisches Verbrechen. Trotzdem versucht der Verein  
und seine Mitglieder durch gezielte falsche Aussagen bei der  
Polizei und die verleumderische Flugblattaktion am Montag, die  
öffentliche Meinung zu beeinflussen.

Damit versuchen sie, die Kontakte und Zusammenarbeit von Deutschen  
und Türken und die hoffnungsvollen Ansätze von Integration zu  
zerstören.

Gerade weil sie hier in Reutlingen eine kleine, nicht geachtete  
Gruppe sind, versuchen sie, ihre politischen Gegner zu kriminali-  
sieren. Das kann ihnen nicht gelingen und alle Deutschen, Türken  
und anderen Nationalitäten werden gemeinsam dagegenstehen.

ViSdP: Arbeitskreis Ausländische Gewerkschafter in der IG-METALL  
Jürgen Röder, IGM, Karlstr. 1, Reutlingen

# WIDERSTAND GEGEN DIE GEPLANTEN AKTIONEN DER "GRAUEN WÖLFE"

TORKISCHE UND ANDERE FASCHISTEN RAUS AUS REUTLINGEN

Seit einer Woche versuchen türkische faschistische Organisationen, Graue Wölfe und deren Tarnorganisationen, mit Flugblättern in hoher Auflage den Mord an einem ihrer Führer politisch auszuschlachten. In den Flugblättern verleumdete sie fortschrittliche Türkische Arbeitervereine und die türkischen Kollegen im DGB, indem sie ohne jegliche Anhaltspunkte diese der Täterschaft bezichtigten. Laut GEA von heute hat die Polizei keinerlei Hinweise auf politische Zusammenhänge des Mordes. Deutsche Organisationen und Institutionen, die in letzter Zeit gute Arbeit mit ausländischen Kollegen machen, DGB, Arbeiterwohlfahrt und Volkshochschule werden als geistige Urheber des Mordes verleumdet.

Die heutige Demonstration haben sie als Trauerfeier angemeldet und von den Reutlinger Behörden genehmigt bekommen. Selbst heute noch berichtet der Reutlinger GEA wohlwollend von dieser Demonstration.

Die vom Türkischen Idealistenverein verteilten Flugblätter sprechen jedoch eine andere Sprache. Diese zeichnen ein Schreckensbild eines absurden "kommunistischen Terrors" und sind einzig und allein darauf aus, gegen demokratische und gewerkschaftlich organisierte türkische Kollegen eine Pogromstimmung zu schaffen. Alles deutet darauf hin, daß heute versucht werden soll, in Reutlingen bundesweit organisiert, Halil Tireli, den Toten, zu einem Märtyrer zu machen und zahlreich für ihre faschistischen Hetztiraden zu werben.

Am 1. Mai haben wir, gemeinsam mit türkischen Kollegen, auf dem Fest der internationalen Solidarität, gegen das Treiben der faschistischen Grauen Wölfe in der Bundesrepublik protestiert. Heute sind wir, alle aufrechten Demokraten und Antifaschisten, dazu aufgerufen, zu demonstrieren, daß türkische und andere Faschisten hier nichts zu suchen haben. Wir werden den Reutlinger Marktplatz rechtzeitig füllen und

GEWALTFREI zeigen:

////// NIE WIEDER FASCHISMUS

////// REUTLINGER BEHÖRDEN: SOFORTIGES VERBOT DES FASCHISTISCHEN AUFMARSCHS  
IN REUTLINGEN

////// VERBOT DER GRAUEN WÖLFE UND IHRER TARNORGANISATIONEN IN DER BRD

////// ES LEBE DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

Visdpr Initiative deutsch-türkische antifaschistische Solidarität

-18-

Die folgende Pressedarstellung zeigt, wie unterschiedlich über die verhinderte Kundgebung und die Gegenaktion auf dem Marktplatz von der lokalen Presse berichtet wurde.

Aus den Berichten geht deutlich hervor, daß nicht alle Journalisten ihrer Sorgfaltspflicht nachkommen und sich weder über die Hintergründe noch über die Zusammenhänge ausreichend informieren.

Schwäbisches Tagblatt vom 12.05.1980:

700 türkische Rechtsextreme traten in Reutlingen auf der Stelle:

## Polizei versperrte den Weg zum Marktplatz

Bürgermeister Guhl wollte Zusammentreffen mit Gegendemonstranten verhindern

„Wir wollen marschieren!“ hallte es am Samstag kurz nach 14 Uhr auf dem Parkplatz der einstigen Reutlinger Pomologie in Sprechchören: rund 700 türkische Männer, aus allen Teilen Süddeutschlands zusammengekommen, konnten sich nur schwer damit abfinden, daß Reutlingens Erster Bürgermeister Karl Guhl die Demonstration Richtung Altstadt und Marktplatz verboten hatte, nachdem sich dort schon gegen 13 Uhr etwa 200 Gegendemonstranten mehr oder weniger spontan versammelt hatten. Die „Türkische Gemeinschafts-Organisation“ hatte die Kundgebung und den Umzug angemeldet und genehmigt erhalten, um auf diese Weise gegen den Mord an ihrem Mitgründer, dem 42jährigen Dolmetscher und Journalisten Halil Tireli, zu protestieren: Für die meist deutschen Gegner auf dem Marktplatz handelte es sich dabei um eine Aktion der „Grauen Wölfe“, einer nationalistischen, rechtsextremen Organisation, deren Verbot in der Bundesrepublik sie schon lange anstreben. (Siehe ÜBRIGENS.)

Mit Bussen (aus Nürnberg etwa) und Privatwagen waren die Türken nach Reutlingen gekommen, viele auch aus Balingen und Tübingen und hatten sich auf dem geräumigen Parkplatz in der Grünanlage gegenüber der Listhalle aufgestellt: in Fünferreihen, mit Spruchbändern in türkischer und deutscher Sprache („Schluß mit dem Terrorismus“, „Türkische Kommunisten sind Terroristen“, „Wo ist der Mörder?“) und alle mit einem Bild des Ermordeten am Revers. Um 13.15 Uhr sollte Abmarsch sein, Richtung Altstadt; doch dieser Termin wurde abgesagt: der



Sein Bild war an jedem Revers: Mordopfer Halil Tireli - Privatbild

Marktplatz war noch nicht von den Markthändlern geräumt. So begann das Warten. Auf dem Marktplatz stellten die Gegendemonstranten ihre Transparente gegen die Finanzhilfe der Bundesrepublik für die Türkei und deren Si-

cherheitskräfte und die „Grauen Wölfe“ erstmal ab: die Polizisten, in der Marktplatsumgebung und bei der Listhalle postiert, lauschten den Durchsagen der Einsatzleitung, die der stellvertretende Polizeichef Klaus Übel innehatte und die Türken übten ihre Sprechchöre.

Schon war ein Teil der 20 Polizeifahrzeuge von der Listhalle aus daran, die Spitze des Umzugs zu bilden, als aus den Funkgeräten das „Halt!“ kam: Bürgermeister Karl Guhl hatte, nach Rücksprache mit dem OB, die Demonstration der Türken durch die Altstadt untersagt, um eine gewaltsame Auseinandersetzung auf dem Marktplatz zu verhindern. Doch damit begann für die Polizisten erst die Arbeit. Denn die Türken und ihre Frankfurter Anführer von der „Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa“ pochten gegenüber Guhl und den Polizeiobersten auf ihre Genehmigung, wo doch die Gegendemonstration nicht angemeldet gewesen sei. Der oberste Reutlinger Ordnungshüter aber blieb bei seinem Nein.

Als die Sprechchöre „Wir wollen marschieren!“ immer heftiger und lauter wurden, die Türken dazu im Rhythmus die Arme hochfliegen ließen, bildeten die aus der ganzen Umgebung verpflichteten Polizisten an den Ausgängen des Parkplatzes eine menschliche Mauer, Helme auf, Schild bei Fuß. Da mit der Besetzung nicht das ganze Geviert zu umstellen war und es unter den Türken brodelte, bestellte die Einsatzleitung in Stuttgart und Karlsruhe zwei weitere Hundertschaften.

Vom Marktplatz her, wo die Nachricht vom Verbot der Demonstration bekannt geworden war, kamen nun gruppenweise meist junge Leute, die nicht nur durch ihre langen Haare und Kleidung, sondern auch durch eifrig bediente Fotoapparate Anti-

Kommunisten-Sprechchöre der Türken hervorriefen (die zuvor selber alle Umstehenden ausgiebig fürs Fotoarchiv abgelichtet hatten). Polizisten trennten die Streitenden und bildeten eine Kette dazwischen.

Dabei blieb es. Über zwei Stunden priesen türkische Redner, auf Autos stehend, den Ermordeten und seine politischen Ideale, die — so behaupteten auch Flugblätter in deutscher Sprache — sich voll mit den deutschen, demokratischen Prinzipien decken. Obwohl nach polizeilichen Ermittlungen dafür bisher keinerlei Beweise vorliegen, heißt es in der Flugschrift: „Wegen seinen Ideen haben die türkischen kommunistischen Terroristen ihn aus dem Wege geschafft. Diese Terroranschläge werden von den hier bereits bestehenden kommunistischen Organisationen organisiert.“ Dazu zählen die türkischen Rechtsextreme auch den DGB, die Arbeiterwohlfahrt und die Volkshochschule Reutlingen, wie einem Tage zuvor verteilten Flugblatt zu entnehmen war. Auch gegen die darin behauptete Mittäterschaft der genannten Organisationen wandte sich die Gegendemonstration auf dem Marktplatz.

An die „lieben deutschen Freunde gerichtet“, bezeichnete einer der Anführer die Behauptung, die „Grünen Wölfe“ und die Idealistenvereine seien Faschisten, als reine Lüge und behauptet 50 Gesinnungsgenossen seien bisher in der Bundesrepublik von Kommunisten getötet oder schwer verletzt worden. Die Bundesregierung habe den Idealistenvereinen bestätigt, daß sie bei ihren politischen Aktionen keine Gewalt anwenden.

Mit Megaphon-Ansprachen und fast pausenlosen Verhandlungen zog sich die Zeit hin. Die Türken befürchteten einen Gesichtsverlust durch die Tatsache, daß sie nicht marschieren durften, arrangierten sich aber dann angesichts der insgesamt rund 300 Polizisten mit Guhls Gebot, das dieser später auf 17 Uhr befristete.

Es war 17.10 Uhr, als die Türken ihre Transparente zusammenrollten und zu ihren Fahrzeugen gingen. Nicht nur Karl Guhl atmete auf... se

Türken unterstellen Mord durch »kommunistische Terroristen«

# Machtwort des Bürgermeisters verhinderte die Konfrontation

Angemeldete Kundgebung wurde in die Pomologie verbannt  
»Spontane« Gewerkschaftsdemonstration auf dem Marktplatz

Reutlingen. (by) Ober fünf Stunden dauerte am Samstag die alles in allem friedlich verlaufene Konfrontation zwischen rund 1 000 Teilnehmern einer behördlich genehmigten Kundgebung von türkischen Gastarbeitern aus Anlaß des am 3. Mai in Reutlingen ermordeten türkischen Dolmetschers Halil Tireli und den rund 200 Teilnehmern einer als »spontan« ausgegebenen Protestkundgebung des Reutlinger »Arbeitskreises Ausländische Gewerkschafter in der IG Metall«, der die Türken-Kundgebung auf dem Marktplatz durch – wie es hieß – »friedlichen Widerstand« verhindern wollte. Auf Veranlassung von Bürgermeister Karl Guhl, der eine tätliche Konfrontation der beiden Gruppen befürchtete, wurden die Türken durch ein Angebot von einigen hundert Polizisten daran gehindert, den Pomologie-Parkplatz, wo sie sich versammelt hatten, zu dem angekündigten Demonstrationzug durch die Innenstadt in Richtung Marktplatz zu verlassen. Nach mehrstündigen Verhandlungen hielten die Türken ihre Kundgebung schließlich in der Pomologie ab. Der Platz war von Polizisten umstellt, um Berührungen mit den überwiegend der »linken Szene« der Gewerkschafter zugerechneten Jugendlichen zu unterbinden. Die Polizei hatte laut dpa in Erwartung von Auseinandersetzungen rund 350 Mann aus Reutlingen, Stuttgart und später auch Karlsruhe zusammengezogen und zwei Wasserwerfer in Bereitschaft gehalten.

Schon lange vor Beginn der angekündigten Veranstaltung auf dem Marktplatz hatte sich die Gefahr einer Eskalation der Auseinandersetzung zwischen Deutschen und Türken abgezeichnet. Junge Gewerkschafter protestierten mit Spruchbändern und Handzetteln gegen die Veranstaltung der »Türkischen Gemeinschafts-Organisation«, die der Föderation nationalistischer, rechtsextremer Türkenvereine zugerechnet werden müsse, »die unter dem Symbol der »Grauen Wölfe« auch in der Bundesrepublik Angst und Schrecken verbreiten«. In ihrem Handzettel, mit dem sie ihre spontane Aktion gegen die Kundgebung der Türken rechtfertigen, wiesen die Mitglieder des »Arbeitskreises« darauf hin, daß am vergangenen Montag in der Reutlinger Innenstadt in »tausendfacher Auflage ein Flugblatt verteilt worden sei, in

die Arbeiterwohlfahrt, die Volkshochschule, die Gewerkschaften und der Türkische Arbeiterverein THDB beschuldigt würden, für den »abscheulichen Mord an Halil Tireli« verantwortlich zu sein.

Der Verein »Türkische Gemeinschafts-Organisation«, so das Flugblatt der Gewerkschafter, habe in Reutlingen schon viele Flugblätter unter den Türken verteilt, in denen zum »Heiligen Krieg« gegen Nicht-Mohammedaner und Nicht-Türken aufgerufen werde unter dem Kampfspruch »Fürchten Sie den Tod nicht«. Der Verein sei 1974 von Halil Tireli mitbegründet worden, verfüge in Reutlingen über ein eigenes Büro und zähle im Augenblick etwa 50 Mitglieder.

Durch »gezielte falsche Aussagen« versuchten die rechtsgerichteten Türken in der deutschen Öffentlichkeit die These vom »politischen« Mord an Tireli aufzubauen, obwohl die Ermittlungen der Polizei »bis heute keinerlei Hinweise für ein politisches Verbrechen« ergeben hätten. Der »Arbeitskreis« weiter: »Gerade weil sie hier in Reutlingen eine kleine, nicht geachtete Gruppe sind, versuchen sie, ihre politischen Gegner zu kriminalisieren.« Das könne nicht gelingen, wenn alle »Deutschen, Türken und andere Nationalitäten gemeinsam dagegenstehen«.

Noch bevor der Marktplatz von den letzten

Marktständen geräumt war, stand für die Behörden die Marschrichtung zur Vermeidung von Ausschreitungen offenbar fest: Bürgermeister Karl Guhl, für die Stadt zuständig für die ordnungspolitische Entscheidung, setzte auf räumliche Trennung. Er fuhr zum Pomologie-Parkplatz, wo sich die Türken, die wenigsten von ihnen übrigens aus Reutlingen, zu ihrem Protestmarsch formiert hatten, und ließ das Gelände hermetisch abriegeln, da der friedliche Ablauf von Protestmarsch und Kundgebung auf dem Marktplatz nicht gewährleistet werden könne.

Erst gegen 16 Uhr am Nachmittag, die Veranstaltung auf dem Marktplatz war für spätestens 14 Uhr angekündigt, hielten die Türken ihre Kundgebung an Ort und Stelle ab.

An die »lieben deutschen Mitbürger« wurde ein Flugblatt verteilt, in dem die Türken

ihren Standpunkt verteidigen. Ihre Aktion sei gegen den »kommunistischen Terror« in der Türkei gerichtet, der sich durch »eingeschleuste Tarnorganisationen« in zunehmendem Maß auch gegen die Türken in der Bundesrepublik richte. An der Seite der »friedliebenden« Aktion gegen den Kommunismus habe auch Halil Tireli, »Gründer und Aufsichtsratsvorsitzender unseres Vereins in Reutlingen«, gekämpft, der von »türkischen terroristischen Kommunisten aus dem Wege geschafft« worden sei. Für diese in Spruchbändern und Sprechhören während der Kundgebung immer wieder erhobene Behauptung liegen jedoch nach Polizeiauskunft bislang noch keinerlei konkrete Hinweise vor.

Die Kundgebung wurde auf Anordnung der Stadt »gegen 17 Uhr« geschlossen und endete ohne Zwischenfälle.



Auf dem Marktplatz versammelten sich junge Gewerkschafter, die angekündigt hatten, die Kundgebung der Türken »friedlich« zu verhindern.

Reutlinger  
General-Anzeiger,  
12. 05. 80

# Die Türken verließen die Pomologie nicht

BM Karl Guhl verbot den Marsch zum Marktplatz

Reutlingen (wa). Um gegen die Ermordung ihres türkischen Landsmannes Halil Tireli zu protestieren, waren rund fünfhundert Türken aus ganz Süddeutschland angereist. Alles Mitglieder der „Türkischen Gemeinschaft“, die unter der Bezeichnung Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealisten-Vereine in Europa ihren Sitz in Frankfurt hat. Die Demonstration war vom Amt für öffentliche Ordnung genehmigt worden und sollte, um 13.15 Uhr von der Pomologie ausgehend, über den Ledergraben und die Wilhelmstraße den Marktplatz erreichen, wo eine Kundgebung vorgesehen war.

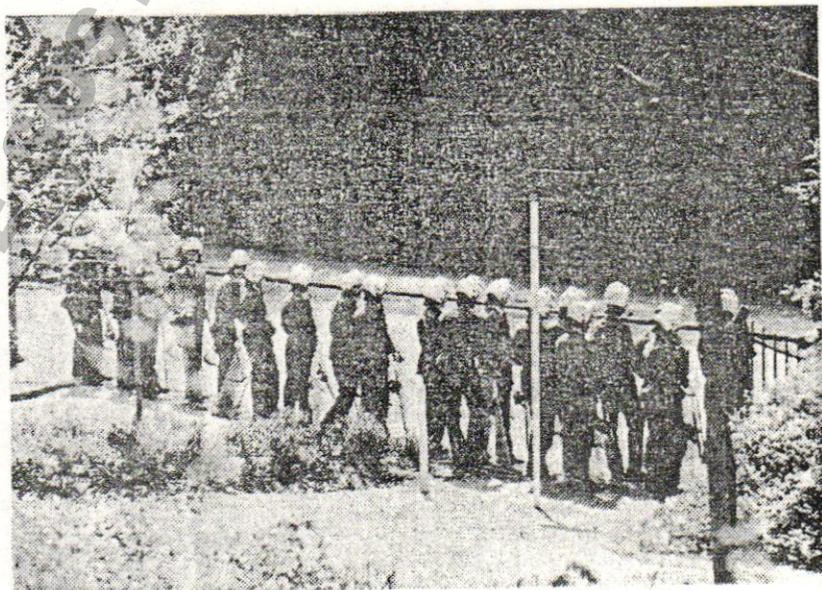
Während sich die Türken auf der Pomologie sammelten, ihre Transparente und Spruchbänder, sowie die türkische Flagge mit dem Halbmond entrollten, versammelte sich auf dem Marktplatz rund zweihundert meist Jugendliche, die der linken Szene zuzurechnen sind. Der Kommunistische Bund Westdeutschland war ebenso vertreten, wie die Deutsche Kommunistische Partei, der Arbeitskreis ausländischer Gewerkschafter in der IG Metall, sowie der türkische Arbeiterverein. Diese zwar vom DGB nicht initiierte, aber doch auch nicht abgelehnte „Gegendemonstration“ schreckte die Reutlinger Ordnungshüter auf. Bürgermeister Karl Guhl verbot einen Demonstrationzug zum Marktplatz, um die sich abzeichnenden Handgreiflichkeiten erst gar nicht zu ermöglichen. Der Zweck heiligt die Mittel, dürfte sich der neue SPD-Landtagsabgeordnete wohl gedacht haben, denn nicht die Türken waren auf Konfrontationskurs, sondern die Gegendemonstranten, deren Treffen nicht angemeldet war.

Mit Transparenten wie „Keine Militärhilfe für die Türkei“ und der Forderung „Raus mit den Grauen Wölfen aus Reutlingen“, machten sie ihren politischen Standpunkt klar. Anlaß dieser „Gegendemonstration“ war, wie in der Samstagsausgabe bereits berichtet, die in einem Flugblatt der „Türkischen Gemeinschaft“ Reutlingen verbreitete Behauptung, vom DGB, der Türkischen Arbeiterwohlfahrt und der Volkshochschule sei gefordert worden, „Halil Tireli und dergleichen müßten vernichtet werden“. Wer den Gründer und Vorsitzenden der „Türkischen Gemeinschaft“ in Reutlingen erstochen hat, ist bis zur Stunde ungeklärt, die Er-

mittlungen der Polizei haben noch keinen Aufschluß darüber gebracht, ob es sich, wie von den Türken bei ihrer Demonstration immer wieder behauptet wurde, um einen politischen Mord handelt, oder um ein Verbrechen aus persönlichen Gründen.

Nach langen Reden und Sprechchören rollten die türkischen Demonstranten gegen 17 Uhr ihre Fahnen und Transparente ein und verließen die Pomologie, die nahezu vier Stunden lang von einem gewaltigen Aufgebot an Polizei abgeriegelt worden war.

Reutlinger Nachrichten  
vom 12.05.80



Die massive überregionale Reaktion der "Türk-Föderation" mit zweisprachigen Flugblättern zeigt sehr deutlich, daß Tireli ein hoher MHP-Funktionär gewesen war, dessen Tod politisch ausgenutzt werden sollte.

Das folgende Flugblatt der "Türk-Föderation" wurde während der Kundgebung auf dem Parkplatz der Pomologie an die wenigen Umstehenden verteilt.

Auch in diesem Flugblatt unterscheiden sich der deutsche und der türkische Text gewaltig. Aus diesem Grund wird wiederum der türkische Text mit der wirklichen Übersetzung dokumentiert.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI  
TÜSTAN

# LIEBE DEUTSCHE MITBÜRGER!

Wir, die Türken, die seit Jahren hier in Deutschland mit euch zusammenleben und arbeiten, kommen aus anderen Kulturkreisen. Wir sind stolz darauf, euch zu akzeptieren. Wir sind auch sehr zufrieden damit, dass wir in einer demokratischen Republik leben, die die Freiheit der Menschen in einer optimalen Form verwirklicht und mit Menschen konfrontiert werden, die diese Freiheit am besten zu schätzen wissen. Uns ist es bewusst, dass eine etwaige Unruhestiftung und die Verletzung der Gesetze durch uns, eine Verachtung der Bevölkerung -unter der wir leben- wäre. Daher ist es von uns unmöglich zu erwarten, dass solche Vorgehen für uns nicht vertretbar ist. Denn wir wissen auch, dass die Bevölkerung, unter der wir leben, uns zu schätzen weiss. Es gibt hier in Deutschland Gruppen, die kommunistisch eingestellt sind und sich um ihre Ideologie verwirklichen zu können, unter den Namen „Sozialdemokraten“ oder „Progressive Demokraten“ verstecken. Diese Menschen machen eine negative Propaganda über uns Türken. Wir glauben aber, dass die Türkei nur mit einer demokratischen Regierung das Niveau der Industriestaaten erreichen kann.

Die Türkei muss ständig damit rechnen, dass sie ihre Unabhaengigkeit verliert. Gestern wurde die DDR, Ungarn, Tschechoslowakei und heute Afghanistan durch den Einmarsch der Russen besetzt. Da die Türkei ein Grenznachbar der UdSSR ist, besteht die grössere Gefahr als Frankreich, Lybien, Aegypten, Indien von der Roten Armee besetzt zu werden.

Seit 1968 wurden ununterbrochen durch den kommunistischen Terror 2500 anti-kommunistische Zivilisten, 200 Polizisten und ca. 50 Soldaten erschossen. Es werden immer noch gesetzlich nicht genehmigte Streiks durchgeführt, Polizeistationen überfallen, Staatsmaenner erschossen, Staedtte in „befreite Zonen“ eingeteilt. Das ist ein methodisches Vorgehen, dass die Türkei zu einem Bürgerkrieg vorbereitet wird, damit die UdSSR die Meereshandelswege erobern kann. Die Türkei, die das strategische Vorgehen der Russen verhindert, wird von den Russen als ein köstliches Dessert angesehen. Ihr Ziel ist es, durch die gekauften Knechten in der Türkei eine Rote Revolution zu machen. Nach diesem Punkt werden alle Schwierigkeiten für die UdSSR abgeschafft, um den russischen Imperialismus durch Luft, Meere und Festland zu verbreiten.

Wir sind diejenigen, die gegen den Kommunismus sind und den kommunistischen Terror, der seit 1968 in unserer Heimat herrscht, erlöschen möchten. Wir sind nicht nur Anti-Kommunisten, sondern auch GEGEN den Faschismus und Nazismus. Wir lehnen jegliche Arten von Diktatur ab. Ist es denn nicht verstaendlich, dass die Bevölkerung eines Landes, das den Drohungen der Russen ausgesetzt ist, ein Hassgefühl gegen Kommunismus empfindet? Leider werden unsere offenen Gedanken durch die Kommunisten, die auch in Deutschland organisiert sind, den deutschen Behörden falsch dargestellt. Sogar viele Mitbürger, mit denen wir seit Jahren arbeiten, stehen unter Einfluss der kommunistischen Propaganda. Sie wurden in den Gedanken gebracht, dass in Deutschland eine illegale Organisation der „Graue Wölfe“ gibt. Der „Graue Wolf“ ist wie der deutsche Adler ein mythologisches, nationales Symbol der Türken. Die Bedeutung des „Grauen Wolfes“ ist den Deutschen nicht bewusst. Die ideologische Manipulation ist die Folge des Unwissens. Gewerkschaften wie IG Metall und Massenmedien haben einen grossen Beitrag zu dieser Propaganda geleistet.

In den letzten Jahren sind mid den Asylsuchenden aus der Türkei wegen ihrer Verbrechen verfolgte türkische Terroristen von den hier bereits bestehenden türkischen terroristischen Tarn-Organisationen in die Bundesrepublik Deutschland eingeschleust worden.

Auf diese Weise fand im letzten Jahr eine Eskalation des Terrors von Seiten türkischer Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland statt.

Hier die Liste ihrer Schandtaten:

22.12.1979 – Bombenanschlag auf unseren Verein in Köln, Vereinsvorbeter schwer verletzt.

16.02.1980 und 07.03.1980 – Feuerüberfaelle auf unseren Verein in Rüsselsheim.

15.03.1980 – Bombenanschlag auf unseren Verein in Weiblfngen.

10.04.1980 – Überfall mit Totschlaegern auf den Vorsitzender unseres Vereins in Duisburg-Meiderich (Vorstandsmitglied unserer Föderation) Yahdettin Sitem BÖLÜKBAŞI. Er ist schwer verletzt und auf dem linken Auge erblindet.

Am 03.05.1980 wurde in Reutlingen der Vereidigter türkischer Dolmetscher Halil TIRELİ, Gründer und Aufsichtsratsvorsitzender unseres Vereins in Reutlingen, auf brutaler Weise, mit 17 Messerstichen ermordet. Er war als vereidigter Dolmetscher von den in Reutlingen lebenden Türken, von den Deutschen, und von den deutschen Behörden hochgeachtet. Er war für Freiheit, für Demokratie und war gegen Kommunismus. Er kannte das kommunistische Gefahr in der Türkei und hat immer die türkische Landsleute vor diesem Gefahr gewarnt. Er veröffentlichte seine Ideen als freier Journalist in den verschiedenen türkischen Zeitungen.

Wegen seine Ideen haben die türkischen kommunistischen Terroristen ihn aus dem Wege geschafft. Diese Terroranschleuge werden von den hier bereits bestehenden kommunistischen Organisationen organisiert.

Wir fordern deshalb, dass die türkische kommunistische Organisationen unter Kontrolle gebracht werden müssen, um weitere Terroranschleuge und Mordfaelle zu vermeiden.

Wir vertrauen zu der deutschen Polizei und den deutschen Gesetzen und hoffen, dass die Mörder von Halil TIRELİ bald gefasst und bestraft werden.

\*ES LEBE FRIEDEN.

\*SCHLUSS MIT DEM TERROR.

\*FIDEF, ATIF-ATÖF, KOMKAR SOLLEN VERBOTEN WERDEN.

# AZİZ TÜRK İNSANI!

İçinde yaşadığımız Alman toplumunun inançları, örf ve adetleri bizim manevi ve milli değer hükümlerimizden farklı olmasına rağmen, yıllardan beri bu toplumda, o insanlarla birlikte yaşadık ve halen de yaşıyoruz. Biz onların inanç ve zevklerine saygılı olduk, onlar da bizim inanç ve zevklerimize saygılı oldular ve bu karşılıklı saygı anlayışı birlikte dostça yaşamamızı sağladı. İçinde yaşadığımız toplum fertleri bilhassa buralara gelişimizin ilk yıllarında değişik bir kültür çevresine intikal edişin verdiği psikoloji ile tezahür eden bir çok olumsuz davranışlarımızı bile büyük bir sabırla ve hoşgörü ile karşılamıştır. Alman toplumunun bu olgun davranışı karşısında kendini bilen Türk insanları olarak biz de elimizden geldiği kadar içinde yaşadığımız toplumun kendi nizamını ve huzurunu bozacak hal, hareket ve fiillerden uzak kalmaya çalıştık.

Ancak son yıllarda teşkilatlanmış, organize olmuş, kendilerini Türk değil, Türkiyeli olarak nitelendiren bazı guruplar ortaya çıkmıştır ki bunlar; başta Almanya olmak üzere bütün Avrupa ülkelerinde, her ülkenin insanların topyekün huzurunu ve nizâmını bozucu kanunsuz, kanlı şiddet olaylarına girişmişlerdir. Bunlar kendi ülkemiz olan Türkiyemizde bile devlet kuvvetlerine ve kanunlara karşı çıkararak yıllardır Türk milletinin huzurunu bozan insanlardır ki kendi ülkelerinin bile huzurunu bozan bu kanun - nizam tanımazlardan, başka ülkelerin huzuruna ve kanunlarına saygı göstermeleri zaten beklenemez.

Bu insanlar, Türkiyemizi de yıllardır allak - bullak eden, oluk oluk kardeş kanı döken ve dökülmesine sebep olan teröristlerdir. Son birkaç ay içerisinde Köln Büyük Ölkü Derneği'ni bombalayıp, dernek camisinin imamını komalık eden, Rüsselsheim Türk - İslâm Kültür Derneğini üst üste 2 - 3 defa kurşunlayıp dernek üyelerini yaralayan, Ballingen'de milliyetçi vatandaşlara aldıkları için sopa, zincir ve bıçaklarıyla polis tarafından 11' i hâlen tutuklu bulunan, Koblenz, Mainz Türk İslâm Kültür Derneği, Bingen Türk İslâm Kültür Derneği üyelerine bıçaklı, zincirli saldırıp yaralayan, Frankfurt'ta 3 Alman sivil polisini yaralayıp, Darmstadt'ta Türk İslâm Kültür Derneğinin "Ozanlar Gecesi" ne katılan milliyetçi vatandaşlara saldıranlar v. s. hep bu huzur düşmanı komünistlerdir. Milliyetçilerin düzenledikleri, "Kültür Geceleri" nin yapılacağı salonları, salon sahiplerini ölümle tehdit ederek iptal ettiren, iptal ettiremedikleri yerlerde solonların önünde -Alman kanunlarının tanıdığı haktan istifade ederek eylemler düzenleyip milliyetçi vatandaşları tahrik edip, etrafa KİN, NEFRET, DÜŞMANLIK dağıtan bu "Çılgınları" bilmeyen kalmamıştır.

Son günlerde Filistin Gerilla kamplarında iç Savaş şartlarına göre eğitilerek yetiştirilmiş "Moskova Gündümlü Çağdaş Uşaklar" bugün; "Rus Askerine Selam Dur, Türk Askerini Arkadan Vur" diye Tariş- İzmir olaylarıyla yeniden kızıl Namlularını komünizme karşı mücadele eden sivil vatandaşlarımızla birlikte, artık yeniden herşeyimizin bekçisi, "Gözbebeğimiz" Mehmetçiklerimize ve Subaylarımıza da çevirdiler.

Almanlara kendilerini ilerici ve demokrat olarak yutturmaya çalışan bu VAMPİRLER, bilhassa son iki yılda plânlı olarak yaptıkları „ilticalar"la da bütünleşerek, Türkiye'nin gergin ve olaylı havasını Avrupa'da da yaygınlaştırmak istemektedirler.

Marx'ın, Lenin'in, Mao'nun fikirlerini savunmayan herkesi „faşist"likle, „gerici"likle suçlayan bu Moskof zibidileri, vatan, millet, din sevgisi ile dolu, mukaddesatçı ve milliyetçilere saldırmaya, onları yaralamaya ve katletmeye başladılar.

Nitekim, 10 Nisan 1980 günü Federasyonumuzun Yönetim Kurulu üyesi ve Duisburg-Meiderich derneğimizin başkanı, yiğit ülküdaşımız Vahdettin Sitem BÖLÜKBAŞI'yı komaya sokanlar, daha arkadaşımız hastahaneden çıkmadan saldırılarına r yenisini ekleyerek, 3 Mayıs 1980 günü de Reutlingen'de yiğit ülküdaşımız Halil TİRELİ'yi plânlı bir saldırı sonucu ŞEHİD ettiler.

Moskof'un emirlerini yerine getirmekle görevli bu satılmış uşaklar, Reutlingen'de yaşayan Türk ve Alman vatandaşlarının yanında, Alman makamlarının da büyük saygı duyduğu, Reutlingen cemiyetimizin kurucusu ve eski başkanı Halil TİRELİ'yi, kendi kızıl emellerinin gerçekleşmesinde engel gördüklerinden ŞEHİD ettiler.

Yiğit Halil TİRELİ'yi Türk devletinin ve milletinin koruyucusu olarak gördüklerinden ŞEHİD ettiler.

Halil TİRELİ, insan sevgisi ile dolu olduğu için, köleliği reddettiği için ŞEHİD edilmiştir.

Evet! O ŞEHİD olmuştur ve Allah'ın rızasına kavuşmuştur. Çünkü o, insan olarak dünyaya geldi ve insan olarak ölmek istiyordu. Mukaddes olan „insan hürriyeti"ne inanıyor ve insanları esir eden KIZIL KOMÜNİZM'in karşısında bulunuyordu.

Biz, insan sevgisinden yoksun ve insanları inanç ve fikirlerinden dolayı katleden, KİN ve NEFRET dağıtan Moskof Uşaklarına diyoruz ki; Bizi öldürmekle tüketemez ve fikirlerimizden döndüremezsiniz. Biz, dün olduğu gibi bugün de komünizmin karşısındayız ve yarın da karşısında olmaya devam edeceğiz. Bizim mücadelemiz dün olduğu gibi, bugün ve yarın da kanunlar çerçevesinde devam edecektir.

İnsan ve Hürriyet düşmanları! Siz, yarın dünya insanlığı önünde hesap verecek ve döktüğünüz kan'da boğulacaksınız.

- KAHROLSUN KOMÜNİST TERÖRİSTLER!
- ÖLÜMLER BİZİ YILDIRAMAZ.
- BİR ÖLÜR, BİN DİRİLİRİZ.
- KANIMIZ AKSA DA ZAFER İSLAMIN.

Wesentliche Unterschiede in der türkischen Fassung des Flugblattes vom 10.5.1980:

1. Absatz:

Der Anfang stimmt sinngemäß. Die Übersetzung ab "Es gibt hier in Deutschland Gruppen, die..." fehlt.

2. Absatz:

Dieser Absatz des deutschen Textes taucht in türkischer Sprache überhaupt nicht auf.

Übersetzung ab dem 3. Absatz:

Diese Menschen, die unsere Türkei durcheinanderbringen, sind Terroristen, die Bruderblut vergießen lassen und es verursachen. In den letzten Monaten haben sie in unserem Großen Idealistenverein in Köln eine Bombe gelegt, den Vorbeter der Moschee bewußtlos gemacht, auf den Türkisch-Islamischen Kulturverein zwei bis drei mal Schüsse abgefeuert, die Vereinsmitglieder verletzt, unsere nationalistischen Bürger mit Knüppeln, Ketten und Messern angegriffen, 11 von ihnen werden immer noch von der Polizei festgehalten, die Mitglieder der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Koblenz, Mainz, Bingen mit Messern und Ketten angegriffen und verletzt, in Frankfurt 3 deutsche Kriminalbeamte verletzt, in Darmstadt die nationalistischen Besucher vom "Poetenabend" des Türkisch-Islamischen Kulturvereins angegriffen usw., sind diese friedensfeindlichen Kommunisten. Von den Nationalisten veranstaltete Kulturabende haben sie zerstört und Morddrohungen an die, die die Räume besaßen, gerichtet. Da, wo sie solche Veranstaltungen nicht verhindern konnten, vor den Räumen die deutschen Gesetze ausnutzend, haben sie Aktionen veranstaltet, wobei sie unsere nationalistischen Landsleute provoziert haben. Es gibt keinen, der diese HASS und FEINDSCHAFT verbreitenden "VERRÜCKTEN" nicht kennt.

In den letzten Tagen haben diese in den palästinensischen Guerillalagern für den Bürgerkrieg ausgebildeten "Moskau-freundlich gesinnten zeitgenössischen Söhne" bei den Taniş-Izmir-Vorfällen, folgendes sagend: "Gruß dem russischen Soldaten und erschieße den türkischen Soldaten von hinten", ihre roten Gewehrläufe gegen die gegen den Kommunismus kämpfende Zivilbevölkerung und gegen unsere Wächter, die "stolzen" Soldaten und Offiziere, gerichtet.

Diese VAMPIRE, die den Deutschen vortäuschen, daß sie fortschrittlich und demokratisch seien, wollen durch geplantes "Asyl" in den letzten 2 Jahren die angespannte Lage in der Türkei auch in Europa verbreiten.

Diese Moskauanhänger, die alle, die die Ideen von Marx, Lenin oder Mao nicht vertreten, als "Faschisten" und als "rückschrittlich" beschuldigen, haben angefangen, alle, die voller Vaterlands-, Volks- und Religionsliebe sind, und die Heiligtumverehrer und Nationalisten anzugreifen, sie zu verletzen und sie niederzumetzeln.

Schließlich waren es diese, die am 10. April 1980 das Vorstandsmitglied unserer Föderation und Vorsitzenden unseres Vereins in Duisburg-Meiderich, unseren tapferen Idealisten Vahdettin Sitem BÖLÜKBAŞI bewußtlos gemacht haben, diese haben, bevor unser Freund aus dem Krankenhaus entlassen wurde, ihren Anschlägen einen weiteren hinzugefügt, indem sie unseren tapferen Idealisten Halil TIRELI nach einem geplanten Angriff am 3. Mai 1980 in Reutlingen umgebracht haben.

Diese verkauften Diener, die damit beauftragt sind, die russischen Befehle auszuführen, haben den, der sowohl von in Reutlingen lebenden Türken und Deutschen als auch von den deutschen Behörden hochgeachtete Landsmann, den Gründer unseres Vereins und den ehemaligen Vorsitzenden unseres Vereins deswegen umgebracht, weil er ein Hindernis bei der Verwirklichung ihrer roten Ziele war.

Sie haben den tapferen Halil TIRELI deswegen umgebracht, weil er ein Beschützer des türkischen Staates und des türkischen Volkes war.

Weil Halil TIRELI voller Menschenliebe war und die Knechtschaft abgelehnt hat, wurde er umgebracht.

Ja! Er ist gefallen und hat die Zustimmung von Allah empfangen. Er wurde als Mensch geboren und er wollte als Mensch sterben. Er glaubte an die heilige "Freiheit des Menschen" und er war gegen den ROTEN KOMMUNISMUS, der die Menschen zu Gefangenen macht.

Wir sagen zu den Moskausöhnen, die ohne Menschenliebe sind und die Menschen aufgrund ihres Glaubens und ihrer Meinung niedermetzeln, HASS verbreiten: Ihr könnt uns durch Mord nicht ausrotten, uns von unserer Meinung nicht abbringen. Wir sind heute wie auch gestern gegen den Kommunismus und morgen werden wir auch dagegenstehen. Unser Kampf wird wie gestern, heute und morgen im Rahmen der Gesetze sein.

Menschheits- und Freiheitsfeinde! Ihr werdet vor der Welt, der Menschheit Rechenschaft ablegen müssen und in dem Blut ertrinken, das ihr vergießt.

- VERDAMMT SEIEN DIE KOMMUNISTISCHEN TERRORISTEN!
- DER TOD SCHRECKT UNS NICHT AB!
- WIR STERBEN EINMAL, TAUSENDFACH IST UNSERE AUFERSTEHUNG!
- WENN AUCH UNSER BLUT FLIESST, DER SIEG GEHÖRT DEM ISLAM!

Föderation Türkisch-Demokratischer  
Idealistenvereine in Europa

Reutlinger  
Generalanzeiger

v. 12.5.80



Parolen gegen die »kommunistischen Terroristen«, die von den Türken für den Mord an Halil Tireli verantwortlich gemacht werden: Die Kundgebung fand auf dem Pomologie-Parkplatz statt.

GÉA-Fotos: -by

# UNANGÄNGLICHE REAKTIONEN

## IN LESERBRIEFEN:

### »Friedlicher und spontaner Protest«

Betr.: GEA-Bericht »Machtwort des Bürgermeisters« Kommentar von Jens Boysen vom 12. Mai 1980

Wir müssen wohl auf einer anderen Kundgebung gewesen sein; denn das, was der GEA in seinem Artikel »Machtwort des Bürgermeisters...« vom 12. Mai 1980 und vor allem Jens Boysen in seinem Kommentar dazu berichten, deckt sich keineswegs mit dem, was wir am vergangenen Samstag von 12 bis 18 Uhr auf dem Marktplatz erlebten.

Der Marktplatz war sicher nicht »der geeignete Ort, um Terror gegen den Terror zu machen«, in diesem Punkt müssen wir Herrn Boysen recht geben. Doch haben wir auch in keinem Augenblick etwas von diesem »Terror« bemerkt. Im Gegenteil, als sich um 12 Uhr am vorigen Samstag einige Hundert junge Reutlinger – und keinesfalls nur Gewerkschafter – auf dem Marktplatz trafen, stand für uns alle fest, daß wir auf jeden Fall unseren Protest gegen die faschistischen »Grauen Wölfe« friedlich ausdrücken wollten. Wäre der Kommentator auf dem Marktplatz gewesen, hätte er wohl viele Male hören können, daß die Demonstranten jede tätliche Auseinandersetzung mit der Polizei oder den »Grauen Wölfen« ablehnten.

Es gehört schon sehr viel Böswilligkeit und gewollte Unkenntnis dazu, unsere Kundgebung im Zusammenhang mit den Bremer Vorfällen zu sehen, und zu behaupten, daß wir nur auf eine Schlägerei »fieberten«. Wir halten es für sehr gefährlich und unredlich alles, was nach »linkem Protest« aussieht, in die Schublade »Bremer Vorfälle« zu stecken und sich damit locker eine Rechtfertigung zu verschaffen, die Beteiligten solcher Kundgebung in die Nähe von Gewalttätern und Kriminellen zu rücken. Herr Boysen hätte besser daran getan, sich mit den jungen Leuten auf dem

Marktplatz zu unterhalten und auseinanderzusetzen, um tatsächlich zu erfahren, was sie eigentlich wollten. Boysen, der Chronist (by) und auch Karl Guhl haben dann wohl auch versäumt, sich und die Reutlinger Bürger über die sogenannte »Türkische Gemeinschaft« zu informieren oder – was schlimmer ist – sie haben diese Informationen unterschlagen. Denn die »Grauen Wölfe«, die sich hinter dieser Gemeinschaft verbergen, haben schon oft genug durch ihre Gewalttätigkeiten und sogar Morde in anderen Städten für Aufsehen und Empörung gesorgt. Weiß man dies, so ist es – alles in allem gesehen – fast unverschämte, die jungen Leute auf dem Marktplatz als »Kampfhähne« zu diskriminieren und abzutun, ohne sich genauer mit den Hintergründen auseinanderzusetzen.

Durch unseren friedlichen und spontanen Protest haben wir ganz sicher deutlich gemacht, was wir von der Versammlungsfreiheit halten. Denn wenn einerseits Faschisten wie die »Grauen Wölfe« von unserem so hochgelobten Bürgermeister Karl Guhl (SPD) trotz Protesten eine Genehmigung erhalten, öffentlich ihre hetzerischen Parolen verbreiten, dann ist es geradezu die Pflicht allen Demokraten und Antifaschisten, auf diesen Skandal hinzuweisen und mit friedlichen Mitteln zu versuchen, dies zu verhindern.

Zum Schluß wollen wir noch positiv bemerken, daß der sonst so öde und leere Marktplatz endlich einmal durch die friedlichen Reutlinger belebt und freundlich wirkte: Jens Boysen – wäre er dagewesen – hätte die jungen Frauen, Männer und Kinder, von ihm als »Kampfhähne« tituiert, beim Musikmachen, Ballspielen und bei ihren Unterhaltungen antreffen können; wir hätten sicher gern mit ihm über unseren Protest gegen die »Grauen Wölfe« diskutiert.

### »Versammlungsfreiheit für Faschisten?«

Am 3. Mai 1980 wurde Halil Tireli, Mitbegründer der »Türkischen Gemeinschaftsorganisation« in Reutlingen (eine Tarnorganisation der faschistischen »Grauen Wölfe«) von einem unbekanntem Täter ermordet. Bis heute ist der Polizei völlig unklar, wer dieses Verbrechen begangen hat und welches Motiv der Tat zugrunde liegt.

Doch rechtsradikale türkische Kreise versuchen, diesen Mord politisch auszuschlachten, die Täter schaft türkischen Demokraten und Kommunisten in die Schuhe zu schieben, deutsche Organisationen und Verbände wie DGB, AWO, VHS werden als geistige Urheber des Mordes verleumdet.

Zu diesem Zweck sollte am Samstag, dem 10. Mai 1980, eine überregional organisierte Demonstration türkischer Faschisten in Reutlingen stattfinden, mit abschließender Kundgebung auf dem Marktplatz.

Auf eben diesem Platz versammelten sich an diesem Tag überwiegend junge Demokraten und Antifaschisten, um gegen diese Veranstaltung zu protestieren, die dazu dienen sollte, eine Haß- und Pogromstimmung zu erzeugen, eine Atmosphäre von Gewalt und Terror herzustellen.

Diesen Sachverhalt muß wohl auch Herr Guhl erkannt haben, als er den türkischen Rechtsextremisten die Möglichkeit nahm, ihre faschistische Propagandaschau auf dem Marktplatz abzugeben.

Jens Boysen kommentiert die oben geschilderten Ereignisse in der GEA-Ausgabe vom 12. Mai 1980 in einer bemerkenswerten Art und Weise:

1. Die »jungen Gewerkschafter« (gemeint sind die Gegendemonstranten) rückt er in die Nähe der Bremer Schlägertrupps. Und da ihm dies selbst nicht ganz geheuer erscheint, kommen ihm eine Handvoll Motorradfans, die sich zufällig am Rande des Marktplatzes aufhielten, ganz gelegen, um den Verdacht zu erhärten, daß von den auf dem Marktplatz Versammelten »zumindest Schlägereien unausweichlich geblieben wären«.

2. Politischer Standort und Absicht der türkischen Faschisten scheinen Herrn Boysen unwichtig und nicht erwähnenswert.

3. Er bezweifelt die demokratische Gesinnung der »jungen Gewerkschafter« indem er ihnen vorwirft, »herzlich wenig dazu beigetragen zu haben,

deutlich zu machen, wie sie es eigentlich mit dem Grundrecht der Versammlungsfreiheit halten, wenn es um andere statt die eigene Meinungsäußerung geht«.

Fast genau 35 Jahre nach Ende des deutschen Faschismus soll es in der Bundesrepublik Deutschland wieder Versammlungsfreiheit geben für politische Organisationen, deren Programm Rassismus und Militarismus heißen, die den Terror als Mittel der politischen Auseinandersetzung betrachten. Gerade die junge Generation in der Bundesrepublik hat nicht nur das grundgesetzlich verbrieft Recht, sondern geradezu die Pflicht, jeglichen faschistischen Machenschaften entgegenzutreten – seien sie von deutscher oder türkischer Seite betrieben.

Der Marktplatz war am Samstag »wohl nicht der geeignete Ort, um Terror gegen Terror zu machen«, sondern ein Platz, an dem es galt, gegen den Terror des Faschismus zu protestieren.

KOMMENTAR  
DES GEA

### Ohne Schlagstöcke

Von Jens Boysen

Die »jungen Gewerkschafter« hatten sich ihren friedlichen Widerstand gegen die Demonstration der wie auch immer politisch gelagerten Türken wohl anders vorgestellt. Dem Schrecken von Bremen, der uns noch allen in den Knochen sitzt, mag es zu verdanken sein, daß die Behörden auf Abstand und räumliche Trennung der Kampfhähne auf beiden Seiten setzten, statt auf die Versicherungen körperlicher Zurückhaltung auf beiden Seiten zu vertrauen: Zumindest Schlägereien wären unausweichlich geblieben, dafür hätten schon jene »Rocker« gesorgt, die sich am Rande des Geschehens aus dem Marktplatz durch ihre Aufmachung und allerlei »Scherze« deutlich genug in Szene setzten und darauf fieberten, »Zoff« zu machen.

Karl Guhl, als Erster Bürgermeister von Amts wegen Vollzugsorgan der Ordnungsmacht, war gut beraten, der drohenden Eskalation der Auseinandersetzung aus dem Wege zu gehen. Freilich hätte er auch die »ordnungsgemäße« Durchführung der durch die Stadt immerhin genehmigten Kundgebung der Türken erzwingen können. Aber niemand hätte ihm die Verantwortung abgenommen, wenn es trotz der abschreckenden Präsenz der Polizei zu Prügeleien oder Schlimmerem gekommen wäre.

Bei allem Respekt vor deren politischen Überzeugungen müssen sich die »jungen Gewerkschafter« freilich sagen lassen, daß sie die Gefahr einer tätlichen Auseinandersetzung mutwillig und vorsätzlich unterschätzt und daß sie darüber hinaus herzlich wenig dazu beigetragen haben, deutlich zu machen, wie sie es eigentlich mit dem Grundrecht auf Versammlungsfreiheit halten, wenn es um andere statt die eigene Meinungsäußerung geht. Der Marktplatz war wohl nicht der geeignete Ort, um Terror gegen den Terror zu machen.

Reutlinger  
Generalanzeiger (GEA)

Vom 12. 05. 80

Leserbriefe im GEA

Vom 17. 05. 80

# EIN ANDERER KOMMENTAR AUS DER REGIONALEN PRESSE:

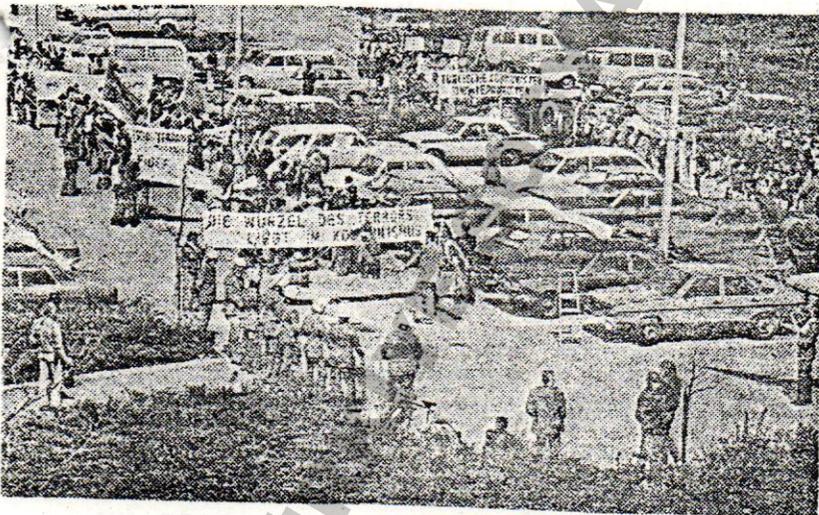
Schwäbisches Tagblatt v. 12.5.80

"Übrigens....."

## Nochmal Glück gehabt

Auch Reutlingens Erstem Bürgermeister ging am Samstagnachmittag der Seifensieder auf. „Also das steht jetzt fest“, meinte er, „das ist eine politische Organisation“. Gemeint war damit die „Türkische Gemeinschafts-Organisation“ Reutlingen und deren Dachverband, die „Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa“, deren ausdauernde Redner während der auf einen Parkplatz gebannten Kundgebung stets (wenn sie deutsch redeten) von einem Kulturverein sprachen. Hatte man im Reutlinger Landratsamt schon im Vorjahr die Zusage für eine Schulaula wieder zurückgezogen, nachdem die Verwaltung über die politischen Intentionen der türkischen Mieter aufgeklärt worden war, und damit die erste Türken-Demonstration in Reutlingen bewirkt, so war im Reutlinger Rathaus gleichfalls nicht unbekannt, was für militante Reden auch im Büro der „Türkischen Gemeinschafts-Organisation“ in Nr. 47 der Straße Unter den

Linden vor den rund 50 Mitgliedern gehalten werden. Folgerichtig war der Mord an Halil Tireli, dem Gründer der Reutlinger Organisation und Journalisten im rechtsradikalen Blatt „Hüryet“, von seinen Freunden im Nu zum politischen Mord erklärt worden. Was auch in diesem Blatt nicht ausgeschlossen wurde, wofür es aber bisher keinerlei Anhaltspunkte gibt. Wenn dies dennoch in einem Flugblatt konkret behauptet wurde — mit klarem Ziel: Gewerkschaften, Arbeiterwohlfahrt, Volkshochschule —, hätte das schon ausreichen müssen, die Demonstration und Kundgebung am Samstag nach ihrer rechtzeitigen Anmeldung zu verbieten. Und zwar schon am Donnerstag. Mit seinem Teilverbot vom Samstagnachmittag hat Bürgermeister Karl Guhl sehr spät sehr viel riskiert — und Glück gehabt. Dies dank der Zurückhaltung der Türken, die nicht nur in den Flugblättern ihr rechtsstaatliches Image aufpolieren wollten, dank der Zurückhaltung der Polizisten, die in ihrer schwierigen Pendelrolle zwischen Vermitteln und Verhindern gut agierten, und auch dank der Zurückhaltung der Gegendemonstranten, die sich mit dem Teilerfolg, die Türken-Kundgebung auf dem Marktplatz verhindert zu haben, zufriedengaben und den Nachmittag sitzend bei Gespräch und Bier oder mit Volleyballspiel verbrachten. Guhls Entscheidung ging sicher am meisten zu Lasten der Türken, deren massives Auftreten die Verantwortlichen der Stadt andererseits nun wohl zu einer Politik veranlaßt, die nicht auf das Glück der Stunde angewiesen ist. Noch ist Tirelis Mörder nicht gefunden. Und noch gelten die Sätze aus dem dritten, dem letzten Flugblatt der Türken vom Samstag, wo es heißt: „Der Täter kann nur einer der eingeschleusten kommunistischen Terroristen sein. Jemand anderes kommt nicht in Frage. Tireli war als vereidigter Dolmetscher von den deutschen Behörden hochgeachtet (was nicht stimmt: weder die Hochachtung noch die Verteidigung, d. Red.). Es sind weitere Mordtaten zu erwarten. Die Eskalation des Terrors von Seiten türkischer kommunistischer Terroristen vernichtet das Vertrauen unserer Landsleute in die zuständigen deutschen Behörden. Wenn dem Terror nicht Einhalt geboten wird, wird auch die Sicherheit und der innere Frieden in der Bundesrepublik Deutschland, in Sonderheit in der Stadt Reutlingen, ernstlich bedroht.“ Fragt sich nur, von wem (siehe auch „Polizei versperrte Weg zum Marktplatz“).



Die Berichterstattung in der Reutlinger Presse konnte der DGB nicht unwidersprochen stehen lassen. Nach einem ersten Überblick lud er am Morgen des 13. Mai 1980 sofort zu einer Pressekonferenz ein. Es erschien je ein Vertreter des "Reutlinger General-Anzeigers" und der "Reutlinger Nachrichten"/Südwestpresse. Ihnen wurde folgende Presseerklärung gegeben:

➔ PRESSEERKLÄRUNG

Anlaß der Pressekonferenz des DGB ist die nunmehr seit einer Woche laufende Kampagne gegen die Reutlinger Gewerkschaften und andere gesellschaftliche Organisationen, die mit dem ungeheuerlichen Vorwurf belegt worden sind, zur "Vernichtung von Halil Tireli" aufgerufen zu haben.

Diese Behauptung ist ohne Kommentar in den lokalen Zeitungen weiterverbreitet worden; zudem sind im Zusammenhang mit den Vorkommnissen am Samstag neue verzerrende Berichte veröffentlicht worden.

Die Verleumdungen des am Montag, den 5.5.80 verteilten Flugblattes sollen hier nicht wiederholt werden. Auffallend ist jedoch, daß die ermittelnde Polizeibehörde die nachweislich unwahren Behauptungen bis jetzt nicht öffentlich widerlegt hat und auch bei der Verteilung des Flugblattes trotz Verstoß gegen das Landespressegesetz nach §8 nicht eingeschritten ist.

Die Polizei hätte nach Bekanntwerden der Spekulationen öffentlich richtigstellen können, daß Halil Tireli kein vereidigter und anerkannter Dolmetscher war. Sie hätte bekanntgeben können, daß sie bei den angegebenen Veranstaltungen der VHS und des DGB anwesend war und sowohl nach eigenem Verständnis wie nach Auskunft von teilnehmenden Türken diese verleumderischen Behauptungen nie gefallen sind.

Auch der Berichterstattung in der türkischen Presse, die die Stimmung und Spekulationen unter der türkischen Einwohnerschaft anheizte, widersprach die Polizeibehörde bis jetzt u.W. noch nicht.

Damit wurde in der Öffentlichkeit ein Klima geschaffen, das von dem Verein "Türk-Ocagi" für seine weitere Verleumdungen ausgenutzt werden konnte.

Über den Zusammenhang dieses Vereins mit der bekanntermaßen rechts-extremistischen "Türk-Föderation" (Sitz Frankfurt a.M.) liegen Beweise vor.

Der Verfassungsschutzbericht sowie andere glaubwürdige Veröffentlichungen belegen die Zusammenhänge zwischen der "Türk-Föderation" und der MHP (Nationalistische Bewegungspartei des Faschisten Alparslan Türkeş). Über diese Partei und ihre Gewalt in Wort und Tat liegen anerkannte und ausführliche Berichte vor.

Nachdem der türkische Verfassungsgerichtshof der MHP 1976 verboten hatte, Auslandsorganisationen zu gründen und zu unterhalten, wurden die seit 1973 bestehenden MHP-Vereine in "Kultur-, Arbeiter- oder Idealistenvereine" umgewandelt. Der Reutlinger Verein wurde schon 1974 von H. Tireli mitbegründet und bis zum MHP-Verbot in der BRD von ihm geleitet.

Danach kamen andere Mitglieder des Vereins in den Vorstand.

Die Sprache des angeblich unpolitischen "Kulturvereins" spricht für sich.

Der abscheuliche Mordfall ist unversehens zu einem Politikum in der Stadt Reutlingen geworden, weil die Verantwortlichen dem Treiben des Vereins unter dem Vorwand seiner Legalität Vorschub geleistet haben.

Der Auftrag der Stadt, für die Sicherheit aller ihrer Einwohner zu sorgen und eine Eskalation der Gewalt in Worten und Taten nicht zuzulassen, war spätestens dann verletzt, als die Stadt Reutlingen trotz massiver Proteste des DGB und der VHS die angebliche Trauerveranstaltung zuließ.

Die Flugblätter, mit denen zu dieser Trauerfeier aufgerufen wurde, enthielten eine deutsche und eine türkische Fassung, die weder vom Stil noch vom Inhalt identisch waren. Während in der deutschen Fassung die unwahren Behauptungen über die Herkunft der Täter weiter verbreitet werden, enthält die türkische Fassung eine emotional betonte Hetze gegen alle Andersdenkenden. (Die durchaus auch als Aufruf zur Gewalt interpretiert werden kann!)

Diese Demonstration durch Reutlingen und die Kundgebung auf dem Marktplatz konnten in letzter Minute verhindert werden, weil Reutlinger Demokraten sich spontan und friedlich auf dem Marktplatz versammelten, um nicht zuzulassen, daß Hetze und Unfrieden verbreitet werden.

Bezeichnend ist, daß es dem "Türk-Ocagi" kaum gelang, türkische Einwohner aus Reutlingen für seine Zwecke zu mobilisieren. Er war darauf angewiesen aus ganz Süddeutschland Mitglieder anzufahren. Es gelang ihm dabei nicht einmal, wie angekündigt, 2000 Teilnehmer zusammenzuziehen sondern es blieb bei einer Teilnehmerzahl von 500-700.

Es ist erschreckend,

- ....daß türkische Fanatiker ihre Hetze, die auf unbewiesenen Spekulationen beruht, verbreiten dürfen;
- ....daß eine Veranstaltung unter diesen Vorzeichen von der Stadtverwaltung genehmigt wurde;
- ....daß es immer noch zulässig ist, daß eine derartige Organisation bei ihren Landsleuten Angst und Schrecken verbreiten darf;
- ....daß der Reutlinger Generalanzeiger in einem Kommentar in der heutigen Ausgabe sich dazu hinreißen läßt, eine friedliche, berechnete und spontane Aktion Reutlinger Demokraten als "Terror" zu bezeichnen.

# ARTIKEL NACH DER PRESSEKONFERENZ:

Reutlinger Generalanzeiger vom 13.5.80:

»Zulassung der Versammlung politische Fehlentscheidung«

## DGB verteidigt Widerstand gegen Türken-Kundgebung

Gewerkschafter sehen offenen Aufruf zum blutigen Kampf  
»Türkische Idealistenvereine identisch mit den Grauen Wölfen«

Reutlingen. (-by) Nachdrücklich hat sich der DGB Kreis Reutlingen gestern hinter die Protestaktion der in der Öffentlichkeit als »junge Gewerkschafter« bezeichneten Jugendlichen gestellt, die – wie berichtet – am Samstag dazu beitrugen, daß die von sogenannten »türkischen Idealisten« angekündigte Kundgebung auf dem Reutlinger Marktplatz verlegt wurde. Der DGB wies in einer Pressekonferenz gestern mittag im Reutlinger Gewerkschaftshaus jedoch gleichzeitig darauf hin, daß er die »spontane« Aktion weder initiiert noch durchgeführt habe, »aber wir verurteilen sie nicht«. Verantwortlich für die Auseinandersetzung im Zusammenhang mit der Demonstration sei die Stadt, die nach ihrem konkreten Informationsstand über Art und Zweck der Kundgebung der Türken die Veranstaltung auf dem Marktplatz »niemals hätte zulassen dürfen«.

Gegen die Verfasser der in der vergangenen Woche verteilten türkischen Flugblätter haben die DGB-Bezirksleitung und die Arbeiterwohlfahrt Kreis Reutlingen-Tübingen unterdessen straf- und zivilrechtliche Schritte angekündigt, die über die Hintergründe der Aktion der türkischen »Heimatvereine« Aufklärung verschaffen sollen.

Dabei soll nachgewiesen werden, daß die gegen die Gewerkschaft, die Volkshochschule und dort insbesondere gegen das von der VHS getragene Weiterbildungsmodell für ausländische Arbeitnehmer in Reutlingen sowie ferner gegen die Arbeiterwohlfahrt erhobenen Verleumdungen im Zusammenhang mit der Ermordung des türkischen Dolmetschers Halil Tireli als politisch motivierte Kampagne gegen diese Organisationen anzusehen sind. Die Hintermänner der Kampagne hätten sich den »abscheulichen Mordfall« für ihren offenen Aufruf zum Kampf lediglich zunutze gemacht. In gleichzeitig verbreiteten Flugblättern in türkischer Sprache sei im Namen des Islam sogar zum »blutigen Kampf« gegen die Gewerkschaften aufgerufen worden.

Die türkischen Tarnorganisationen, die dafür verantwortlich seien, wollten mit ihren Aktionen die von den Gewerkschaften geleisteten Integrationsbemühungen für ausländische Mitbürger und die Kulturarbeit für diese Gruppen systematisch verhindern. Die Aktionen seien im Zusammenhang mit einer »totalen und brutalen Bekämpfung« ethnischer Minderheiten in der Türkei zu sehen, die von der rechts-extremistischen »Türk-Föderation«, der Auslandsvertretung der Nationalistischen Bewegungspartei MHP des Faschisten Alparslan Türkeş, auf deutschem Boden unbehindert fortgesetzt werde,

obwohl diese Vertretungen schon 1976 vom türkischen Verfassungsgerichtshof verboten worden seien. Die MHP-Vereine, dies gehe auch aus dem Verfassungsschutzbericht der Bundesregierung hervor, agierten nach dem Verbot in den bereits seit 1973 bestehenden »Kultur-, Arbeiter- oder Idealistenvereinen« in der Bundesrepublik ungestört weiter – vielfach unter dem Emblem des grauen Wolfes, das die offene faschistische Zielrichtung dieser angeblich folkloristischen »Vereinsarbeit« signalisiere.

Für die Gewerkschafter, so Rudolf Süßer als dienstältester Geschäftsführer der Gewerkschaft und zugleich Vorsitzender der mitbetroffenen Arbeiterwohlfahrt Kreis Reutlingen-Tübingen, besteht kein Zweifel daran, daß die in Reutlingen in Erscheinung getretenen Initiatoren der Türken-Kundgebung auch für die in der vergangenen Woche verteilten Flugblätter verantwortlich und insgesamt mit den »Grauen Wölfen«, dieser rechtsradikalen Auslandsorganisation der Türken in Deutschland identisch sind.

Der DGB habe der Stadt nach Ankündigung der geplanten Kundgebung auf dem Marktplatz diese Zusammenhänge unterbreitet und dringend um die Rücknahme der Versammlungsgenehmigung gebeten, auch mit dem Hinweis auf die Gefahr von tätlichen Auseinandersetzungen. Die Billigung der Veranstaltung sei als ein »politischer Fehler« anzusehen, den man bei Wahrnehmung der gebotenen rechtlichen Möglichkeiten hätte vermeiden können. Es sei klar gewesen, daß die Veranstalter den Mord an Tireli zum Anlaß für eine nationalistische Hetze benutzen würden, die sich gegen alle Andersdenkenden vor allem unter den eigenen Landsleuten richtete.

Unter den Türken geht die Angst um:

## Gegen die Flugblatt-Verfasser geht der DGB gerichtlich vor

An die Adresse der Stadtverwaltung: Demonstration hätte nicht stattfinden dürfen

Reutlingen (wa). Der Mord am türkischen Journalisten und Dolmetscher Halil Tireli zieht weitere Kreise. Zwar haben die polizeilichen Ermittlungen noch zu keinen neuen Erkenntnissen geführt, doch im Umfeld des Verbrechens wächst die politische Auseinandersetzung. Der Deutsche Gewerkschaftsbund nahm gestern die von rechtsgerichteten türkischen Kreisen ihm gegenüber seit einer Woche geführte Kampagne zum Anlaß, vor der Reutlinger Presse den ungeheuerlichen Vorwurf zurückzuweisen, zur „Vernichtung von Halil Tireli“ aufgerufen zu haben. In diesem Zusammenhang erklärte Rudolf Süßer, der DGB habe rechtzeitig auf die Gefährlichkeit der Türkendemonstration hingewiesen, doch habe die Stadt trotz massiver Proteste des DGB und der Volkshochschule die angebliche Trauerveranstaltung zugelassen.

Eine ordnungsgemäße Gegenkundgebung sei aus zeitlichen Gründen nicht mehr zustande gekommen, sagte Hübsch. Die Demonstration auf dem Marktplatz sei spontan erfolgt, wie man befürchtet habe. Man habe nur noch Flugblätter mit einer Gegenerklärung verteilen können, sagte Jürgen Röder von der IG Metall, weit davon entfernt, den Marktplatz-Aufmarsch zu verurteilen. Der Demonstrationsmarsch durch Reutlingen habe in letzter Minute verhindert werden können, weil Reutlinger Demokraten sich spontan und friedlich auf dem Marktplatz versammelt hätten, um nicht zuzulassen, daß Hetze und Unfrieden verbreitet worden wäre. In einer Presseerklärung des DGB wird darauf hingewiesen, daß es dem „Türk-Ocagi“ kaum gelungen sei, türkische Einwohner aus Reutlingen zu mobilisieren. Der Mord werde benutzt, Politik daraus zu machen, warf Röder der Türkischen Gemeinschaft vor. Schon am Tage danach habe man in türkischen Zeitungen lesen können, die Kommunisten seien die Täter.

Der Polizei macht der DGB zum Vorwurf, sie hätte nach Bekanntwerden der Spekulationen um den Mord an Tireli richtigstellen müssen, daß dieser kein vereidigter und aner-

kannter Dolmetscher gewesen sei. Sie hätte auch deutlich machen können, daß bei den angegebenen Veranstaltungen der VHS am 26. März mit dem türkischen Schriftsteller Aziz Nesin und des DGB am 1. Mai keine Behauptungen, wie auf den Flugblättern publiziert, gemacht worden seien.

Mit der Volkshochschule sei das Weiterbildungsprojekt für Ausländer gemeint, sagte Stefani Rothenburg-Unz an dem bisher 300 Türken teilgenommen hätten. Der auf dem Flugblatt „Terror“ als Kommunist bezeichnete Aziz Nesin sei vom Bundesvorstand der Arbeiterwohlfahrt empfohlen worden und habe bereits

an der VHS Ulm und der VHS Duisburg Dichterlesungen abgehalten. Stefanie Rothenburg-Unz betrachtet die aufgestellten Behauptungen als Diffamierung der Bildungsarbeit. Es sei äußerst wichtig, den Türken zu helfen, sich in das deutsche System einzufinden. Die türkische Gemeinschaft wolle dies indes verhindern. Die Koranschulen für türkische Kinder gehörten auch in dieses Programm der Ghetto-Bildung. Dort werde Nationalismus in höchster Potenz gelehrt. Türkische Eltern würden gezwungen, ihre Kinder in diese Koranschulen zu schicken, was zu einer doppelten Belastung der Zehnjährigen führe, die ja auch noch der deutschen Schulpflicht nachzukommen hätten. „Die Angst vor den grauen Wölfen ist offensichtlich“, sagte DGB-Geschäftsführer Rudolf Hübsch. Die türkische Gemeinschafts-Organisation versuche, Kontakte und Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Türken zu verhindern und zu zerstören, sagte Jürgen Röder, der dem Arbeitskreis ausländischer Gewerkschafter in der IG Metall vorsteht. Der DGB ließ keinen Zweifel daran, daß gegen die Flugblatt-Verfasser gerichtlich vorgegangen wird.

2

Sebastian:

## Selbst entlarvt

Nun werden (hoffentlich) auch die letzten Zweifler davon überzeugt sein, daß die „Türkische Gemeinschaftsorganisation“ nicht die weißen Schächchen sind, als die sie sich gerne in der Öffentlichkeit darstellen wollen, kein wertfreier, unverdächtig Kulturverein. Die Demonstration am Samstag in Reutlingen läßt den (berechtigten) Schluß zu, daß es sich bei den „Aufmöpfigen“ um Rechtsradikale, sprich „Graue Wölfe“ handelt.

Wie sonst sind die Spruchbänder zu verstehen, die unter anderem davon sprechen, daß „die Wurzel des Terrors im Kommunismus liegt“ und damit schon den Mörder des türkischen Dolmetschers und Versicherungsagenten Talil Tireli zielsicher ausgemacht haben. Gewiß, es ist vollkommen gleichgültig, aus welchen (auch politischen) Gründen der 42-jährige Wahl-Reutlinger gemeuchelt worden ist, die Bluttat vor Wochenfrist ist und bleibt ein verurteilungswürdiges Verbrechen. Dies um so mehr, als nun anscheinend der türkische Links-Rechts-Grabenkrieg auch die Stadt an der Echaz erfaßt hat.

Daß aber (fast) spontan 700 Demonstrationsteilnehmer aus ganz Süddeutschland angereist kamen, um unter dem solidarischen Dach ihrer Gesinnung Linksschelte vorzunehmen, spricht allein schon für sich. Auch die bisher noch nicht bewiesene Behauptung, daß fünfzig ihrer Landsleute in der Bundesrepublik von türkischen kommunistischen Terroristen aus dem Wege geschafft worden seien.

Sie haben sich selbst entlarvt, als sie selbst den Deutschen Gewerkschaftsbund, die Arbeiterwohlfahrt und die Reutlinger Volkshochschule gleich mit in die linke Ecke verbannt und damit den Terroristen zugeschlagen haben. Denen kann man nun mal eine solche Tendenz beileibe nicht zuschreiben, im Gegenteil.

Daß sich die Demonstranten mit ihrem Anliegen an „ihre lieben deutschen Freunde“ wendeten, entbehrt nicht der Pikanterie. Wie, so möchte ich fragen, sollen sich Deutsche (und nicht nur wegen ihrer Vergangenheit) mit Rechtsextremen solidarisieren? Indem sie weiterhin davon ausgehen, daß sie es mit reinen Idealistenvereinen zu tun haben? Wahrhaft idealistisch, diese Vorstellungen.

Nun soll hier auf keinen Fall einer Konfrontation ins Wort geredet werden. Ich bin auch der Meinung, daß die Türken und nicht nur in Reutlingen besser integriert werden sollten. Doch auf keinen Fall in der gewünschten Form. Wir haben nun einmal nichts davon, wenn wir unsere Sympathie politisch polarisieren. Das schadet den Beziehungen nur.

Abschließend noch ein Wort zu dem Verhalten von Bürgermeister Karl Guhl und der Polizei. Wenn auch hoch gepokert wurde, so sind beide Seiten doch sehr geschickt vorgegangen und durch ihre Besonnenheit ist eine mögliche Konfrontation mit Gegendemonstranten vermieden worden (was letztlich natürlich auch der Einsichtsfähigkeit der Türken mit zu verdanken ist). Hoffen wir, daß es künftig, wenn es überhaupt sein muß, dabei bleibt.

Reutlinger Wochenblatt

13. Jahrgang Nr. 20

v. 16. 5. 80

-34-

# KOMMENTARE

Schwäbisches Tagblatt v. 17. 5. 80

## Reutlinger Geschichten

### Eingefahren

„Der abscheuliche Mordfall ist unversehens zu einem Politikum in der Stadt Reutlingen geworden, weil die Verantwortlichen dem Treiben des Vereins unter dem Vorwand der Legalität Vorschub geleistet haben“, so ein Satz in der Presseerklärung des DGB Reutlingen, der inzwischen seine Ankündigung wahr machte und sowohl straf- wie privatrechtlich gegen den von dem Ermordeten Halil Tireli mitbegründeten Verein „Türk-Ocagi“ vorgeht. Für den DGB war der angeblichen Trauerveranstaltung vom vergangenen Samstag eine Hetze gegen die Gewerkschaften, die Volkshochschule und die Arbeiterwohlfahrt vorausgegangen, die — gerade in der türkischen Fassung des in der Stadt verteilten Flugblatts — „durchaus auch als Aufruf zur Gewalt interpretiert werden kann“. Wirft der DGB der Stadtverwaltung vor, trotz massiver Proteste der Gewerkschaften und der Volkshochschule die Türken-Kundgebung zugelassen zu haben, so gibt's für ihn auch an der Polizei einiges auszusetzen. Es sei auffallend, daß die ermittelnde Polizeibehörde die nachweislich unwahren Behauptungen bis jetzt nicht öffentlich widerlegt habe und auch bei der Verteilung des Flugblatts trotz Verstoß gegen das Landespressgesetz nicht eingeschritten sei. In der Presseerklärung ist auch vom Zusammenhang des Reutlinger „Türk-Ocagi“ und der rechtsextremistischen „Türk-Föderation“ mit Sitz in Frankfurt die Rede, die wiederum laut Verfassungsschutzbericht mit der MHP, der nationalistischen Bewegungspartei des sozusagen gerichtlich anerkannten Faschisten Alparslan Türkeş, gemeinsame Sache macht. Der DGB über die Hintergründe: „Nachdem der türkische Verfassungsgerichtshof der MHP 1976 verboten hatte, Auslandsorganisationen zu gründen und zu unterhalten, wurden die seit 1973 bestehenden MHP-Vereine in ‚Kultur-, Arbeiter- oder Idealistenvereine‘ umgewandelt. Der Reutlinger Verein wurde schon 1974 von Halil Tireli mitbegründet und bis zum MHP-Verbot in der BRD von ihm geleitet. Danach kamen andere Mitglieder des Vereins in den Vorstand. Die Sprache des angeblich unpolitischen ‚Kulturvereins‘ spricht für sich.“ Wenn man sie verstehen kann

und will, doch mit dem Türkisch ist das in den Amtsstuben so eine Sache und mit dem Bewußtsein einer ganz andere. Im Reutlinger Rathaus harrt man auf dem juristischen Tatbestand. Öffentlichkeitsreferent Hugo Meier: „Wir werten nicht politisch“.

\*

... und Leserbrief

IN DER  
„Südwest Presse“

Zum Bericht über die rechten Türken-Aktivitäten in Reutlingen.

»Bei näherem Hinsehen«

Am 10. Mai fand in Reutlingen eine Demonstration rechtsgerichteter Türken gegen den Mord an Halil Tireli statt. Dazu ist zunächst zu betonen, daß es sich bei dem Mord um ein scheußliches Verbrechen handelt, für das es keine Entschuldigung gibt. Festzustellen ist aber in diesem Zusammenhang, daß es bisher keinerlei Beweis dafür gibt, daß es sich hier um einen „politischen“ Mord handelt, der von „Linken“ begangen wurde. Genau dieser Eindruck aber wurde von den Demonstranten bewußt zu erwecken versucht. Der Mord wurde als Vorwand für eine groß aufgemachte faschistische Demonstration genommen.

Erfreulicherweise wird in Ihrem Artikel und im ÜBRIGENS vom 12. Mai zumindest in der Tendenz klargestellt, von wem am Samstag in Reutlingen die Gefahr von tätlichen Auseinandersetzungen ausging: von den extrem nationalistischen und / oder faschistischen Demonstranten, die sich wieder einmal ein harmlose „Idealisten“ oder als „Kulturvereine“ darzustellen versuchten. Dennoch sollte zu der Demonstration noch einiges ergänzt werden: Kommt es zu Gewalttätigkeiten zwischen Türken, so wird in der Presse meist oberflächlich und undifferenziert von „Auseinandersetzungen zwischen Extremisten“ gesprochen. Bei näherem Hinsehen stellt sich aber heraus, daß die eigentlichen Urheber der Gewalttaten fast ausschließlich Rechtsextremisten sind, die, unbehelligt von den deutschen Behörden, ihr Unwesen treiben können.

Immer häufiger wird — wie auch am Samstag in Reutlingen — mehr oder weniger offen von diesen Organisationen zum bewaffneten Kampf gegen alles und gegen jeden aufgerufen, der nicht ihrer Meinung ist: gegen die AWO und gegen Volkshochschulen, gegen Sozialarbeiter und Lehrer. Sie alle werden als „Kommunisten“ bezeichnet — Kommunisten, Sozialisten und Sozialdemokraten aber sind Teufelswerk und gehören ausgerottet.

In Tübingen und Umgebung sind die extremistischen Parteien und Gruppen (MSP, MHP, Graue Wölfe) bisher nur wenig in Erscheinung getreten. Doch auch hier versuchen sie verstärkt, ihre türkischen Landsleute zu verunsichern und aufzuhetzen. Daß viele von ihnen für faschistisches Gedankengut anfällig sind, liegt nun aber keineswegs daran, daß die Türken etwa „als Südländer besonders heißblütig“ sind (oder was sonst an dümmlichen „Argumenten“ zu hören ist). Wichtig sind in diesem Zusammenhang vielmehr die schlechten Möglichkeiten der Türken, am gesellschaftlichen Leben in der Bundesrepublik teilzunehmen und die extreme Isolation, in der sie sich vielfach befinden.

In einem Getto leben kann man auch dann, wenn man mitten unter Deutschen, mitten in Tübingen wohnt. Nicht allein die räumliche Distanz, das abgeschlossene Wohngebiet, schafft Isolation. Sie entsteht auch aus der

Schwäbisches Tagblatt

v. 20.5.80

Angst vor Behörden und Institutionen durch die Unmöglichkeit der politischen Mitbestimmung, durch die schlechte soziale Versorgung und die Kontaktlosigkeit zu den Mitbürgern. Dies ist der Nährboden, der die Hetze keimen läßt. (...) In Tübingen haben die Faschisten unter den Türken bisher keine breite Basis. Daß dies so ist, hat eine ganze Reihe von Ursachen, sicher ist dies aber nicht als Beweis für die übermäßige Sorge und die Anstrengungen der Behörden und der politisch Verantwortlichen zu werten. Es werden in Zukunft noch erhebliche Anstrengungen zur Integration der Ausländer notwendig sein. Sage niemand, er habe es nicht gewußt: das Problem ist seit 10 Jahren bekannt, und die Verantwortlichen schieben es seit 10 Jahren vor sich her. Noch ist es nicht zu spät, aber es wird allerhöchste Zeit!

# DIE BEHAUPTUNG, TIRELI SEI OPFER EINES POLITISCHEN MORDES GEWORDEN, WIRD

## IMMER UNGLAUBWÜRDIGER!

### Sonderkommission verfolgt eine heiße Spur: Führte Eifersucht zum Mord an Halil Tireli?

36jähriger Türke in Haft genommen – Hat sich der mutmaßliche Täter schon ins Heimatland abgesetzt?

Reutlingen. (-hd) Eine offenbar heiße Spur verfolgt die Sonderkommission der Polizei, die das Verbrechen aufklären soll, dem am 3. Mai der 42jährige Halil Tireli in Reutlingen zum Opfer gefallen ist. Wie am Freitag offiziell bestätigt wurde, nahm die Kriminalpolizei bereits am Dienstag einen 36jährigen Türken fest und erwrirkte am Mittwoch den Haftbefehl gegen ihn: Der Mann ist dringend verdächtig der Beihilfe zum Totschlag an seinem Landsmann. Zugleich ist die Fahndung nach zwei weiteren Türken angelaufen, von denen einer die

Bluttat ausgeführt haben soll. Es gibt allerdings Anhaltspunkte dafür, daß sich der mutmaßliche Täter bereits in sein Heimatland abgesetzt hat. Was das Motiv des Verbrechens angeht, so formuliert die Polizei sehr vorsichtig: »Es erscheint immer unwahrscheinlicher, daß Tireli einem politischen Mord zum Opfer fiel. Viel eher dürfte ein Racheakt aus persönlichen Gründen eine Rolle spielen.« Aus gut unterrichteten Kreisen erfuhr der GEA: Halil Tireli hatte ein Verhältnis mit der Frau des Festgenommenen, es soll sogar von Heirat die Rede gewesen sein.

Von rechtsextremen nationalistischen Türken-Organisationen waren mutmaßlich politische Motive gleich nach der Tat ins Spiel gebracht worden. Tireli hatte sich in derartigen Gruppen engagiert und deren Richtung auch als Journalist vertreten. Daneben war er Jahre hindurch als Dolmetscher und Berater seiner Landsleute in Reutlingen tätig. Bis heute aber hat die Polizei keine Anhaltspunkte für »politischen Mord«.

Ging es um Eifersucht? Ein Sprecher der Sonderkommission: »Da der festgenommene Türke jegliche Beteiligung an der Tötung des Halil Tireli bestreitet, ist auch jetzt das eigentliche Motiv der Tat noch nicht erkenn-

bar...« Tatsache ist das Verhältnis des (verheirateten) Tireli mit der Frau des Landsmannes. Und Tatsache ist, daß der Verhaftete eine Anzahl von Metzgermessern besitzt, mit denen er selbst Schlachtungen ausgeführt hat. Die Tatwaffe könnte in dieses Sortiment passen (muß aber nicht).

Jener 36jährige hatte vor dem Tag des Verbrechens Besuch von zwei anderen Türken, von denen einer als Täter in Betracht kommt. Die beiden waren am 25. April mit einem geliehenen Ford nach Reutlingen gekommen, einer hatte sich bei dem Verdächtigen einquartiert, der andere war weitergefahren nach Osterode im Harz, wo der Besitzer des

Wagens lebt (der offenbar mit dem Verbrechen nichts zu tun hat).

In der Nacht zum 1. Mai kehrte der Unbekannte mit dem Ford nach Reutlingen zurück; bis zum Morgen, an dem Tireli niedergestochen wurde, blieben die beiden Gesuchten bei dem (jetzt festgenommenen) Reutlinger Landsmann wohnen. Gegen neun (der Mord geschah um 9.30 Uhr) fuhren sie weg – mit angeblich unbekanntem Ziel. Am 5. Mai (der Montag nach dem Verbrechen) lieferten sie den Wagen in Osterode beim Besitzer ab. Wie es heißt, wollten sie am anderen Tag nach München und von dort aus weiter in die Türkei.

Reutlinger Generalanzeiger v. 17.5.80

Die Unentschlossenheit der Behörden rächt sich! Der berüchtigte Tübinger Dauerstudent Axel H e i n z m a n n stellt wegen des Teilverbots der Demonstration Strafantrag wegen Rechtsbeugung gegen den Ersten Bürgermeister - und das obwohl H e i n z m a n n in der Nähe der "Ausländer Raus" Position beheimatet ist.

Reutlinger General-Anzeiger vom 21. Mai 1980

Nach verhinderte »Trauerkundgebung« der Türken:

## Rechtsextreme stellen jetzt Strafantrag gegen Bürgermeister

Axel Heinzmann: Mit türkischen Antikommunisten solidarisch  
Karl Guhl: Ich sehe dem Verfahren mit Gelassenheit entgegen

Reutlingen. (-by) Strafantrag wegen Rechtsbeugung (Paragraph 336 des Strafgesetzbuches) gegen den Ersten Bürgermeister der Stadt Reutlingen, Karl Guhl (SPD), hat das »Tübinger Institut zur Bekämpfung kommunistischer Menschenrechtsverletzungen« (IBKM) bei der Staatsanwaltschaft Tübingen gestellt. Guhl hatte, wie berichtet, am 10. Mai eine angemeldete und durch die Stadtverwaltung genehmigte »Trauerkundgebung« für den am 3. Mai in Reutlingen ermordeten türkischen Dolmetscher Halil Tireli auf dem Marktplatz zur Abwendung drohender Auseinandersetzungen mit Gegnern der Veranstaltung kurzfristig verboten und lediglich eine Kundgebung auf dem Pomologie-Parkplatz erlaubt. Guhl gestern auf Anfrage zu dem Strafantrag des »Instituts«, hinter dem sich der als rechtsradikal bekannte Leiter des »Hochschulrings Tübinger Studenten«, Axel Heinzmann, verbirgt: Er sehe der gerichtlichen Auseinandersetzung »mit Gelassenheit« entgegen.

In der Begründung seines Strafantrages weist Heinzmann, der sich als Institutsleiter bezeichnet und den Vorgang im Briefkopf seines Schreibens dem »Geschäftsbereich Rechtshilfe West« seines Instituts zuordnet, darauf hin, daß »wir«, gemeint ist das Institut (Geschäftsadresse wie beim »Hochschulring« ist Wannweil), »mit Empörung feststellen, daß der Reutlinger SPD-Bürgermeister Guhl in rechtsbrecherischer Art und Weise« eine »Trauerdemonstration antikommunistischer Türken« verboten habe. In der Veranstaltung hätten die Türken gegen den Mord an Halil Tireli und »gegen weitere ca. 50 politisch motivierte Mordanschläge kommunistischer Terroristen allein in der Bundesrepublik Deutschland« protestieren wollen. Die Begründung geht im übrigen nicht auf den jüngsten Stand der kriminalpolizeilichen Erkenntnisse zum Mordfall Tireli ein, wonach es sich bei dem Anschlag vermutlich um eine »reine Beziehungstat«, also nicht um einen politischen Mord gehandelt hat.

Um so »empörender« ist das Veranstaltungsverbot des Bürgermeisters aus der Sicht des »Instituts« deshalb, »als ja kommunistische Türken«, unterstützt von der »veröffentlichten Meinung« in der Bundesrepublik »und insbesondere vermittle des DGB ungestört ihren Terror verbreiten« könnten. Die gleiche Gruppe dürfe sich sogar aktiv daran beteiligen, Veranstaltungen »deutscher Parteien« gewalttätig zu stören, was andererseits »der türkischen Rechten in keinem einzigen Fall vorgeworfen werden« könne.

In der Begründung wird weiter ange-

deutet, das »Institut« verfolge »zwar prinzipiell restriktive Positionen in allen Ausländerfragen«, müsse sich aber dennoch mit den »politisch diskriminierten antikommunistischen Türken« solidarisch erklären und »dagegen protestieren, daß in der Bundesrepublik Deutschland kommunistischer Terror sogar amtlicherseits protegiert« werde, »während Antikommunisten schikaniert werden wie die Juden 1933«.

»SPD-Guhl« habe sich mit seinem »rechtsbrecherischen Veranstaltungsverbot« wieder einmal zum »Erfüllungshelfen kommunistischen Pöbels« gemacht. Dies begründe den Strafantrag. Von einer Dienstaufsichtsbeschwerde werde jedoch »aufgrund einschlägiger Erfahrungen« abgesehen, »da die rechtswidrige Geisteshaltung, die Guhl zu dem Veranstaltungsverbot brachte, heutzutage bereits in höchsten Stellen der Exekutive vorherrscht und von daher kaum noch Abhilfe zu erwarten ist«.

Unabhängig von der Anzeige gegen die Stadt, der kaum Aussicht auf Erfolg eingeräumt werden kann, hat das »Institut« den »zumeist verwaltungsrechtlich unkundigen antikommunistischen Türken« seine organisatorische Unterstützung bei der Durchführung »einer weiteren Protestveranstaltung unter der Trägerschaft des IBKM« angeboten. Das Institut, so wird angedeutet, verfüge über eine Reihe von einschlägigen Erfahrungen bei Verfahren, rechtswidrige Veranstaltungsverbote durch die Gerichte aufheben zu lassen. Als Beispiel wird die »Wehrsportgruppe Hoffmann« angeführt, der Heinzmann nahesteht.

Chronologische Darstellung  
der Aktivitäten des "Türk Ocağı"  
(türkische Gemeinschaft) in  
Reutlingen

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMANAKFI  
TÜSTAV

Ein erster Bericht über die Aktivität der "Grauen Wölfe" im Schwäbischen Tagblatt, Tübingen vom 23.9.1978

## Reutlinger Geschichten

### Graue Wölfe

Landgerichtspräsident Helmut Waller hatte im sogenannten zweiten Kirchentellinsfurter Türkenprozeß den Finger in eine Wunde gelegt, um die die wenigsten Deutschen in dieser Region wissen. Denn ein Zeitungsartikel im türkischen Boulevard-Blatt „Hürriyet“ sei, so Waller, möglicherweise die Ursache, „weswegen wir hier die vergangenen Tage verhandeln mußten“. So zurückhaltend sind nicht alle, die sich im Türkenmilieu auskennen. Hatte Waller dem Reutlinger Journalisten, der den deswegen später erschossenen Osman Özdemir als Mörder Derya Sahins in der Türkei denunzierte, „eine Verletzung der bei uns üblichen journalistischen Sorgfaltspflicht“ nachgesagt, so kann man in Reutlingen mehr über die Hintergründe dazu erfahren. Der erwähnte Journalist von „Hürriyet“ ist nämlich der Organisator der „Grauen Wölfe“ in Reutlingen, die dort

offen ein Organisations- und Beratungsbüro und ein Schulungslokal unterhält, obwohl

die „Grauen Wölfe“ als rechtsradikale Terrororganisation eingestuft werden.

Bei einem türkischen Abend in der Betzinger Julius-Kemmler-Halle, der der Information über die geänderten Bestimmungen des Ausländergesetzes wie der Unterhaltung gewidmet war, war auch eine kleine Gruppe der „Grauen Wölfe“ aktiv, die dem DGB und einer türkischen Folkloregruppe aus Frankfurt vorwarf, einseitige politische Propaganda zu betreiben und

den Türken verwehren zu wollen, nationalistische Literatur zu lesen. Die Vertreter der Gewerkschaft, der türkische Sekretär beim DGB-Landesbezirk Stuttgart wie der Reutlinger Kreisvorsitzende Heinrich Schnaubelt stellten klar, daß der DGB parteipolitisch unabhängig ist, sich aber auch als antifaschistisch versteht. „Arbeiter, die in den deutschen Gewerkschaften aktiv sind, werden als Kommunisten verurteilt“, heißt es in einem Bericht über die Aktivitäten der „Grauen Wölfe“, die jede fortschrittliche und demokratische Gesinnung als Ideologie und Verrat am türkischen Volk ansehen. „Umstände, die den türkischen Männern und Frauen das Leben in der Bundesrepublik schwer machen“.

Rund 200 türkische Arbeitnehmer, Männer und auch viele Frauen, waren zum Informationsabend nach Betzingen gekommen. Sie erfuhren zwar, daß das Ausländergesetz zu ihren Gunsten am 1. Oktober geändert wird (so ist nun die Aufenthaltsgenehmigung in der Regel beim ersten Mal auf ein Jahr befristet und wird danach jeweils um zwei Jahre verlängert; wer sich fünf Jahre ununterbrochen und rechtmäßig in der Bundesrepublik aufhält, hat jetzt Anspruch auf eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis), aber nur, wenn sie bestimmte Erfordernisse erfüllen. So sind für die unbefristete Aufenthaltserlaubnis nach fünf Jahren Voraussetzungen zu erfüllen, deren Maßstäbe unklar sind. Die Ausländer müssen „über eine angemessene Wohnung und ausreichend deutsche Sprachkenntnisse verfügen, ihre Kinder der Schulpflicht nachkommen“ — wobei nur die letzte Forderung ohne weiteres nachzuprüfen ist. Kein Wunder, wenn nicht nur die Türken fürchten, weiterhin der Willkür der Sachbearbeiter auf den Ausländerämtern ausgeliefert zu sein. Das Projektbüro „Weiterbildung

ausländischer Arbeitnehmer“ dazu: „Besonders auf dem Wohnungsmarkt ist die Diskriminierung der ausländischen Familien spürbar, darunter leiden vor allem türkische Familien. In Reutlingen beträgt der Anteil der Ausländer an 6500 Wohnungen der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft (GWG) 400, von 1300 Antragstellern sind aber 301 ausländische Familien, die auf eine Wohnung hoffen.“ Jeder zehnte Reutlinger hat einen ausländischen Paß.

Bernd Serger

\* aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes geschwärzt.

Nach Paragraph II des Landespressgesetzes sind wir zum Abdruck folgender

### Gegendarstellung

zu den „Reutlinger Geschichten“ vom 23. 9. 1978 unter der Überschrift „Graue Wölfe“ unabhängig vom Wahrheitsgehalt verpflichtet.

„Unrichtig ist, daß ich in einem Zeitungsartikel in der türkischen Zeitung „Hürriyet“ Osman Özdemir als Mörder Derya Sahins denunziert habe. Richtig ist, daß in der Zeitung „Hürriyet“ ein von mir verfaßter Artikel erschienen ist, in welchem ich nach bestem Wissen und Gewissen die Kirchentellinsfurter Vorfälle, wie sie mir von türkischen Landsleuten geschildert worden waren, darzustellen versucht habe.

Unrichtig ist, daß ich der Organisator der „Grauen Wölfe“ in Reutlingen bin. Richtig ist vielmehr, daß die im Vereinsregister beim Amtsgericht Reutlingen registrierte „Türkische Gemeinschaft e.V.“ von mir vor vier Jahren mitbegründet wurde. Heute bin ich normales Mitglied der Türkischen Gemeinschaft.

Halil Tireli,  
Journalist und Dolmetscher,  
Reutlingen

Am 7.10.1978 mußte das Schwäbische Tagblatt auf schriftliches Ersuchen von Halil Tireli nebenstehende Gegendarstellung veröffentlichen.

Bei dieser Gegendarstellung bestand er u.a. darauf, daß er Journalist und Dolmetscher sei. Das Türkische Generalkonsulat in Stuttgart bestätigte jedoch, daß er kein vereidigter Dolmetscher ist. (siehe Schreiben nächste Seite !)

HIER SOLLTE DER BRIEF DES TÜRKISCHEN  
GENERALKONSULATS WIEDERGEGBEN WERDEN.  
LEIDER WURDEN WIR NICHT AUTORISIERT,  
DEN UNS VORLIEGENDEN BRIEF ABZUDRUCKEN.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI  
TÜSTAN

Im folgenden dokumentieren wir die uns bekannt gewordenen Flugblätter des "Türk Ocagi Reutlingen" seit 1978 in der deutschen Übersetzung.

Diese Flugblätter wurden sowohl in Betrieben der näheren Umgebung als auch auf der Straße verteilt und von empörten Türken weitergeleitet.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI  
TÜSTAV

Ende 1978 wurde ein Flugblatt mit der Überschrift "Bekanntmachung" verteilt. Nachstehend folgt die Übersetzung des Originals.

Türkische Gemeinschafts-Organisation im Raum Reutlingen e. V.  
7410 Reutlingen, Unter den Linden 47, Tel. 07121/310760

### Bekanntmachung

#### LIEBE MITBÜRGER UND VEREHRTE TÜRKISCHE VOLKSGEMEINSCHAFT

Die türkische Nation, die in der Geschichte 16 große Imperien und 84 Staaten gegründet hatte, ist in eine Lage versetzt worden, in der sie heute leider auf diejenigen Staaten angewiesen ist, die gestern noch unsere Sklaven waren. Die türk. Nation ist absichtlich unterentwickelt gelassen worden; als ob das alles nicht genug wäre, wurde die Türkei an den Rand des Abgrunds geschoben; man beabsichtigt, das Land zu einem Satellitenstaat der UdSSR oder China zu machen. Der Grund, warum wir Sie darüber informieren wollen, ist, damit Sie eine Ahnung bekommen, was für zerstörerische Spiele mit dem letzten türkischen Staat - mit der türkischen Republik - gespielt werden, damit Sie nicht die Werkzeuge der Landesverräter werden.

Die Türkei ist kein reiches Land und wir glauben fälschlicherweise, daß die Mehrheit in unserem Lande in Ruhe lebt, doch schauen wir mal, was alles vor sich geht.

Unsere Kinder, die wir in die Schule schicken, damit sie lernen, ordentliche Menschen zu werden, leugnen Gott (Allah) und seinen Propheten, alle geistigen Werte der türkischen Nation halten sie für Sophisterei. Bomben und Pistolen in der Hand, sind sie Verteidiger und Helfershelfer der russischen und chinesischen Ideologien. Was für eine schändliche Tat für die ruhmreiche türkische Nation. Unsere Kinder, um deren Zukunft wir sehr besorgt sind, sehen in uns Reaktionäre und Stockkonservative.

Aber es ist eine Jugend heran gewachsen, vor der die Helfershelfer der Kommunisten und 3,5 Mill. jüdische, griechische und armenische Konvertiten, kurz alle, die der mohammedanischen Nation der Türken feindlich gesinnt sind, Angst haben.

Eine idealistische\* türkische Jugend ist heran gewachsen, die die "Große Türkei" von morgen gründen wird und den Sorgen und Anstrengungen des anatolischen Menschen ein Ende bereiten wird. Jedoch die Opfer der Helfershelfer der fremden Ideologien unter uns geben den Nationalisten Beinamen wie Faschist, Reaktionär, Rassist, damit die Nationalisten beim Volk in Ungnade fallen und damit sie ihre Ziele erreichen. Wir haben uns das Bewußtsein

\* Eine Jugendgruppe der Nationalistischen Partei, die sich "Idealisten" nennt. Andere Bezeichnungen für diese Gruppe "Nationalisten", "Graue Wölfe".

und den Stolz des Türkentums sowie die Ethik und Vorzüglichkeit des Islams zum Ziel gesetzt. Wir tragen in unseren Herzen: "Das Recht wird auf jeden Fall das Unrecht besiegen", was in unserem heiligen Buch der "Erhabene Koran" klipp und klar verkündet ist.

Das einzige, was wir von Ihnen verlangen ist, daß Sie diese Jugend und solche Organisationen unterstützen und Ihren Kindern den Islam und türkischen Nationalismus einimpfen. Gemäß dem Sprichwort: "Der Baum läßt sich leicht biegen, wenn er jung ist" ("Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmer mehr"). Aus diesem Grund laden wir Sie ein, im Reutlinger Türkischen Zentrum, welches eine nationalistische Organisation ist, Mitglied zu werden.

Der "Saz" Kurs, den unser Zentrum anbietet, hat ab 16.09.78 angefangen. Er findet Samstags und Sonntags von 14.00 bis 16.00 Uhr statt.

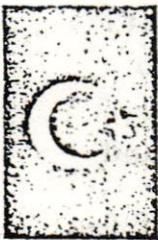
Kursgebühren: Monatlich 25,-- DM. Wir erwarten Ihr Interesse.

Gottes Segen sei über euch allen. Viel Erfolg bei Ihren Tätigkeiten.

ALLAH MÖGE DEN TÜRKEN SCHÜTZEN UND ERHEBEN!

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates

(Unleserliche Unterschrift,  
Siegel: Die Türkische Ge-  
meinschafts-Organisation in  
Reutlingen und Umgebung)



**Türkische  
GEMEINSCHAFTS-ORGANISATION**  
im Raum Reutlingen e.V.



7410 Reutlingen

Unter den Linden 42 Tel. (07121)310250



Briefkopf und Stempel  
des Türk. Ocağı Reutlingen

Durch Zufall erfuhren Gewerkschafter im September 1978, daß der "Türk-Oçagi" in der Berufsschule, die dem Landratsamt untersteht, eine Veranstaltung durchführen konnte. Nachdem die Einladung mit dem "Grauen-Wolf"-Stempel und ein Protokoll vorlagen, wurden die Unterlagen an das Landratsamt und die Stadt Reutlingen weitergeleitet.

Veranstaltung der Türkischen Gemeinschafts-Organisation im Raum Reutlingen e. V. (Türkocağı)

1. Die Veranstaltung fand in der Berufsschule, Karlstraße statt. Samstag, 30.09.78, 15.00 bis 18.00 Uhr

Es nahmen ca. 35 bis 40 Personen teil.  
Der Redner war als Hodscha (Geistlicher) Mahmut Şahin angekündigt.

(Protokoll - Aus dem türkischen Original übersetzt)

2. Am Samstag, den 30.09.78 wurde vom Reutlinger-Türkischen-Zentrum ein Vortrag organisiert, dessen Thema "Nationalismus im Islam" war. Bei diesem Vortrag machte der Sprecher in sehr extremer Weise Propaganda für die Nationalistische Bewegungspartei, lobte die idealistische türkische Jugend ( x ), charakterisierte diejenigen, die nicht Idealisten "Ülkücü" waren, als Kommunisten und beschimpfte insbesondere den Ministerpräsident Ecevit.

Einige Sätze, die der Sprecher aussprach sind wie folgt:

"TRT (Türkische Radio und Television Gesellschaft), welche parteilos sein sollte, macht Propaganda für CHP (Republikanische Volkspartei). Das wird so weiter gehen, bis Ecevit (Ministerpräsident) am Galgen hängt oder bis er auf Pfähle gespießt ist. Haben Sie keine Angst vor dem Tod und halten Sie sich deshalb nicht zurück.

Kämpfen Sie für den Nationalismus. Das Todesdatum sucht Sie und erreicht Sie in der Weise, auf welche Art und Weise es vorbestimmt ist, selbst wenn Sie ihm noch so sehr aus dem Wege gehen. Der Ort, wohin die Idealisten gelangen werden, ist das Paradies. Wir möchten als ein Herz und eine Faust vorangehen. Die Lehrer, die Mitglieder der "Türkischen Lehrgewerkschaft" sind, sind dabei zu diskutieren, ob sie die Türkei in den Schoß der UdSSR oder China werfen sollen. Wie können wir ihnen unsere Kinder anvertrauen? Wir dürfen nicht jeden "Türke" nennen, in dessen Geburtsurkunde T. C. (Türkische Republik) geschrieben steht .....usw.

( x ) Eine Jugendgruppe der Nationalistischen Partei, die sich "Idealisten" nennt. Andere Bezeichnungen für diese Gruppe "Nationalisten", "Graue Wölfe".

5. Januar 1979

\*

Wem man nun glauben soll, diese Frage stellt sich, ungleich brisanter, im Fall der Türkei und seiner 43 Millionen Einwohner. Rund 5000 Türken leben in und um Reutlingen, und viele von ihnen haben Angst davor, daß der (Vor-)Bürgerkrieg in ihrem Heimatland zwischen orthodoxen Sunniten und fortschrittlichen Schiiten, zwischen Linken und Rechten auch hierzulande entbrennt. Verbal ist es in Reutlingen schon lange soweit, von politischen Gewalttaten der Türken untereinander in deutschen Großstädten berichtete jüngst das Fernsehen. Immer wieder taucht dabei der Name „Graue Wölfe“ auf. Während die „Frankfurter Allgemeine“ und die „Welt“ diese Organisation als harmlose Nationalisten und Patrioten abtun, spricht die „Zeit“ von „rechts-extremen Scharfmachern mit ihren bewaffneten Gangs“, während der „Spiegel“ die „Grauen Wölfe“ als Jugend-Killer-Gang des Faschisten Alparslan Türkeş bezeichnet und nach dem Massaker in Südanatolien in seiner neuesten Ausgabe schreibt: „Fest steht, daß in der Stadt Kahramanmaraş maskierte Graue Wölfe mitgeschossen haben“. In Reutlingen hatte am 30. September 1978 die Türkische Gemeinschafts-Organisation im Raum Reutlingen e. V. (Türkocagi) zu einem Vortragsabend eingeladen. Vor rund 40 Türken sprach Hodscha Mahmut Sahin, ein Geistlicher. Wie Zeugen berichteten, machte er Propaganda für die Nationalistische Bewegungspartei und die „Grauen Wölfe“ und rief, die in der Tat verheerenden Zustände in der Türkei anklagend, aus: „Das wird so weitergehen, bis Ecevit (der Ministerpräsident) am Galgen hängt oder bis er auf Pfähle gespießt ist.“ Die faschistische Turan-Ideologie verfechtend, die die Anatolier als die türkischen Herrenmenschen wahrer Rasse und Religion mit dem Auftrag, sich auszubreiten, sieht, sagte der Hodscha folgerichtig: „Wir dürfen nicht jeden Türken nennen, in dessen Personalausweis T. C. (Türkische Republik) geschrieben steht“. Sattsam bekannte Töne, ausgesprochen in der Ferdinand-Steinbeiß-Schule in Reutlingen, die dem Landratsamt untersteht. Fatal, wie kommunale Behörden diese Scharfmacher (in ihrer Unwissenheit?) auch noch fördern.

Wo wir gerade dabei sind: Den TAGBLATT-Lesern vielleicht noch in Erinnerung jener türkische Journalist, Dolmetscher, Übersetzer und Agent des Isar-Steuerhilfvereins namens Halil Tireli aus Reutlingen, der per Gegendarstellung vor längerem die „Grauen Wölfe“ und seine Mitgliedschaft darin als unpolitische, rein kulturelle Angelegenheit darstellte. Das Reutlinger Sozialgericht hat ihm nun im Dezember untersagt, sich weiterhin ungesetzlich als vereidigter und amtlich anerkannter Dolmetscher seinen Landsleuten für teures Geld anzupreisen. Er ist weder vereidigt noch amtlich. Obwohl er noch heute damit wirbt, so auf einem großen Transparent in der Unterführung Karlstraße, das er von einer Stuttgarter Firma gepachtet hat. Daß er seinen Laden in der Reutlinger Hofstattstraße „Turan-Organisationsbüro“ nennt, muß erstaunen, wo er doch beteuert, nur einfaches Mitglied der Nationalisten-Bewegung zu sein. Bernd Serger

AMFELGH ANERKANNTER  
VEREIDIGTER



TURAN  
Yemimli  
TERCÜME BÜROSU

HALİL TIRELİ  
Journalist - Dolmetscher



TÜSTAV TARİH ARAS  
ROYAL TARIH ARAS

Ich bestätige hiermit, daß die obige Übersetzung eine gewinnzifferliche und sinngemäße Wiedergabe des mit vorliegenden und in türkischer Sprache abgefaßten Textes darstellt.



27. Sep. 1978



Auch im Herbst 1979 wollte der "Türk-Oçagi" wieder eine Veranstaltung in der Berufsschule des Landkreises Reutlingen organisieren. Wie in vielen Städten der Bundesrepublik und in West-Berlin sollte dort der Film "Wenn die Sonne aufgeht" gezeigt werden. Mit einem türkischen Flugblatt, in dem auch zum "Heiligen Krieg" (CIHAD) gegen Andersgläubige aufgerufen wurde, warb der Verein unter Reutlinger Türken. Nachstehend die Übersetzung aus dem Türkischen:

Reutlingen Türk Ocagi  
Unter den Lindenstr. 47  
Tel. 07121/310760

#### GLAUBENSKINDER DER ISLAMISCHEN TÜRKISCHEN NATION

Unser Verein Türk Ocagi-Reutlingen und Umgebung hat um kulturellen Dienst zu leisten den Film "GÜNEŞ NEZAMAN DOĞACAK" (Wenn die Sonne aufgeht) hierher nach Reutlingen kommen lassen. In diesem Film wird das Unglück der Millionen islamischen Türken in Russland dargestellt. Sie werden bei diesem Film nicht die Liebesgeschichte von Ahmet und Ayşe sehen sondern die ärmliche Situation des islamischen türk. Volkes sehen. Das türkische Volk ist ein Volk das berühmte Mystiker und islamische Theologen hervorbrachte, wie Ismail Buhari der Autor des Buches Buhari Şerif, daß die zweite Quelle nach der heilig. Schrift des Korans, sowie Imam Matürüdi und Şahi Nakşibant. Sie werden sehen wie die kommunistische Überflutung Unglück ausspuckt. In diesem Film sehen Sie, daß der blutige Imperialismus der Welt der russische und chinesische Imperialismus ist, das werden Sie erstaunend verstehen. Unser einheimische Ungeziefer, das Kopf und Gehirn ausländischen Einflüssen hingegeben, haben, bekommen Malariaanfalle, nachdem sie den Namen des Films gehört haben. Tapferer türkischer Arbeitnehmer, endlich ist die Zeit gekommen und vergeht um zu erwachen und sich zu vereinigen. Keine politische Einstellung kann uns vereinigen, der einzige und rechte Weg ist das Seil des Allah zu ergreifen und dessen Befehl zu heiligen Kriegspflicht\* zu erfüllen.. Wir laden alle ein, diesen Film anzuschauen mit dem Wunsch zur Einheit und Solidarität.

ALLAH SOLL DIE TÜRK ISLAMISCHE NATION SIEGREICH MACHEN

Hochachtungsvoll

P.S. Für die Familien werden die Plätze reserviert. Am Bahnhof werden die Beauftragten zur Wegweisung stehen. Außerdem werden am Abend die grossen Dichter und Folkloregruppe aus der Gegend Erzurumu und Bursa (Kilinc-Kalkan) Freude bereiten.

Veranstaltungsdatum: 29. September 1979 um 13<sup>00</sup> Uhr.  
Ort! 7410 Reutlingen Ferdinand von Steinbeis-Schule

Vereinsausschuss  
i.A.  
Halit Alhan

\* CIHAD - Heiliger Krieg gegen alle Andersgläubigen, Pflicht für gläubige Muslims.  
s. auch nächste Seite

Ein Beispiel aus West-Berlin:

## „Heiliger Krieg“

Du, Muslim, Beteilige dich an der Demonstration zur Aufruf zum  
"Heiligen Krieg" (DSCHIHAD) !

Wir möchten auch dich beim Wettstreit zur Verbreitung Allahs  
hochgeschätztem Namen vom Herz zu Herz unter uns sehen !  
Alle Brüder, die sagen können "Got sei dank, Ich bin ein Muslim"  
sind zu Demonstration eingeladen.

Unsere Demonstration beginnt am 17.3.1979 um 13 uhr am Hermannplatz.

Die Islamische Jugend  
der Nationalen Sicht in Europa,  
Sektion Berlin

**MÜSLÜMAN SENDE KATIL....!**

**CIHADA CAĞRI**

**YÜRÜYÜSÜ**

ALLAH İSMİ CELİLİNİ GÖNÜLDEN GÖNÜLE YAYMA YARIŞINDA  
SENİDE ARAMIZDA GÖRMEK İSTİYORUZ:

"ELHAMDÜLİLLÂH MÜSLÜMANIM" DİYEN BÜTÜN KARDEŞLERİ-  
MİZ DAVETLİDİR.

YÜRÜYÜŞÜMÜZ: 17.3.1979 CUMARTESİ GÜNÜ SAAT 13<sup>00</sup> DE

.....**Hermannplatz** DA BAŞLIYACAKTIR.

MİLLİ GÖRÜŞ

AVRUPA İSLÂMCİ GENÇLİK TEŞKİLÂTI

BERLİN SANCAĞI

Dieser Aufruf klingt zunächst harmlos. Es sei denn, man kennt die Bedeutung des "Heiligen Krieges". Dieser heißt, alle Ungläubigen, d.h. Nicht-Islamen, gleich welcher Nationalität, müssen mit allen denkbaren Mitteln bekämpft und vernichtet werden. Mord, Folter u.a. sind erlaubt, wenn diese in Allah's Namen verübt werden. Man bekommt sogar einen sicheren Platz im Paradies.

Die Aktivitäten in Reutlingen blieben nicht undokumentiert und sind auch keine Einzelfälle, wie der Artikel aus Waiblingen zeigt. Leider bleiben solche Berichte in der Presse viel zu unbemerkt oder werden auch gar nicht ernst genommen!

## „Kulturverein“ unter Beschuß

Waiblinger Türken-Organisation wegen Verleumdung angezeigt

WAIBLINGEN. Der „National-Türkische Kulturverein“ in Waiblingen, seit Frühsommer dieses Jahres von den örtlichen Jungsozialisten als „Tarnorganisation der faschistischen türkischen MHP“ angeprangert, ist jetzt unter neuen Beschuß geraten: Mit einer Verleumdungsanzeige bei der Staatsanwaltschaft Stuttgart hat der Frankfurter Journalist Jürgen Roth nach eigenen Angaben auf Beschuldigungen seitens der Nationaltürken reagiert, er selbst habe in der Türkei mit Terroristen und Mao-Sympathisanten kollaboriert. Dem Streit vorausgegangen war eine Juso-Ver-

anstaltung in Waiblingen, auf der Roth der Waiblinger Türkenorganisation teilweise Identität mit den rechtslastigen „Grauen Wölfen“ bescheinigt hatte.

Nachdem sie bereits seit einiger Zeit Verbindungen zwischen dem Waiblinger „Kulturverein“ und nationalistischen türkischen Umtrieben vermutet hatten, waren die Waiblinger Jusos im Juni erstmals zur öffentlichen Attacke angetreten. Wie berichtet, warfen die Jungsozialisten den Türken nach einer Veranstaltung zugunsten der „Aktion Sorgenkind“ vor dem Waiblinger „Broma-Markt“ vor, den guten Zweck als Plattform für faschistische Eigenwerbung mißbraucht zu haben.

Der Waiblinger Verein mit seinem Büro in der Schmidener Straße 18 – so die Jusos auch weiterhin unter Berufung auf eigene Recherchen – sei eine von 16 baden-württembergischen Tarnorganisationen, in denen die rechtsextreme türkische „Partei der Nationalen Bewegung“ (MHP) und die Untergrundgruppe „Graue Wölfe“ als „Wölfe im Schafpelz“ (Juso) agierten.

Der folgende Streit, in dem der Waiblinger Verein solche Vorwürfe nachdrücklich zurückwies und das Emblem des Grauen Wolfs unter anderem etwa als türkisches Pendant zum „Stuttgarter Rößle“ wertete, hat jetzt einen weiteren Höhepunkt gefunden: Nachdem der Schriftsteller („Armut in der Bundesrepublik“) und Journalist Roth als Türkenkenner die Juso-Vorhaltungen bestätigt hatte, warf der Verein Roth öffentlich maoistische Hetze gegen die türkische Regierung vor.

Roth, nach eigenen Angaben damals im Auftrag von „amnesty international“ in der Türkei, bestätigt zwar seine vorübergehende Ausweisung durch die türkischen Behörden, die dann aber vom türkischen Verfassungsgericht als rechtswidrig befunden worden sei. Von seiner eigenen Anzeige wegen Verleumdung erhofft sich Roth inzwischen nicht nur ein Aufheben „solcher von der MHP in letzter Zeit ständig gegen mich in die Welt gesetzter Diskriminierungen“. Im Falle einer Anklageerhebung verspricht sich der Anzeigerstatter vor allem auch eine juristische Durchleuchtung des Hintergrunds, vor dem auch der Waiblinger „Kulturverein“ seiner Ansicht nach als „Gefahr für die innere Sicherheit der Bundesrepublik“ agiert: „Die Blöße, die er sich mit seiner öffentlichen Diskriminierung gegeben hat“ – so Roth –, „macht die Organisation jetzt juristisch angreifbar.“ man

einem Urteil des Landgerichts Frankfurt ungestraft Faschist genannt werden und ebenso unbehelligt den großen CDU-Führer Franz Josef Strauß (wahrscheinlich zur Kafferrunde) besuchen darf. Der Film war, so das Flugblatt, für heute um 13 Uhr in der Steinbaus-Berufsschule in Reutlingen zur Aufführung angekündigt; dies als Veranstaltung der sogenannten Türkischen Gemeinschafts-Organisation, die im Flugblatt die „tapferen türkischen Arbeitnehmer“ auch ermahnte: „Keine politische Einstellung kann uns vereinigen, der einzige und rechte Weg ist das Seil Allahs zu ergreifen und dessen Befehl zum heiligen Krieg zu erfüllen.“ Mit der Übersetzung konfrontiert, wollte das Landratsamt in Reutlingen als Hausherr der Berufsschule (wo dieser der Terrororganisation „Graue Wölfe“ nahestehende Verein schon mal Ministerpräsident Ecevit an den Galgen forderte) nicht mehr mitziehen – eine offizielle Genehmigung sei eh nicht ergangen. „Das reicht“, meinte Verwaltungsdirektor Jörg König nach der Lektüre, „in einem Raum von uns wird das nicht stattfinden“. Wenn man so schubweise mitbekommt, welche Klimmzüge die Staatsschützer veranstalten, um zu Erkenntnissen über linke Referendare zu gelangen, und sieht andererseits, wie ahnungslos Ordnungsbehörden dieser mehr und mehr Gewalt predigenden und auch anwendenden Nationalisten sogar ein Forum für ihre Agitation verschaffen, wird man nachdenklich. Bernd Serger

Erster Bericht  
über ein neues  
Flugblatt des  
Türk. Ocagi:

### Reutlinger Geschichten

#### Am Seil Allahs

\*

Vor Tagen wurde bei Bosch, dem größten Reutlinger Industrieunternehmen mit über 3000 Beschäftigten, darunter zahlreichen Türken, ein türkisches Flugblatt verteilt, in dem Sätze zu finden sind wie diesen: „Unsere einheimischen Ungeziefer, die Kopf und Gehirn ausländischen Einflüssen hingegeben haben, bekommen Malaria-Anfälle, nachdem sie den Namen des Filmes gehört haben.“ Der Film, von dem hier die Rede ist, trägt übersetzt den Titel „Wenn die Sonne aufgeht“ und ist die verfilmte Geschichtsklitterung des Führers der rechtsextremen Nationalistischen Bewegungspartei (MHP) des Herrn Türkesch, der laut

Im September 1979 konnte dann verhindert werden, daß diese sogenannte "Kulturveranstaltung" in öffentlichen Gebäuden stattfinden durfte. Ein Journalist, der das Einladungsflugblatt in die Hand bekam, setzte sich beim Landratsamt dafür ein.

Die Veranstaltung und die Filmvorführung wurden in die Gaststätte "TURAN" verlegt.

Als Protest gegen Landratsamt Reutlingen:

## Ein schwarzer Kranz

Auch aus Tübingen und Rottenburg kamen nationalistische Türken

Reutlingen erlebte am vergangenen Samstag die erste öffentliche Demonstration türkischer Nationalisten. Eigentlich wollte die Türkische Gemeinschafts-Organisation Reutlingen (die für Kenner allein aus taktischen Gründen das Zeichen der türkischen Terrororganisation „Grauen Wölfe“, einen grauen Wolf, aus ihrem Briefkopf verschwinden ließ) in der Ferdinand-Steinbeiß-Schule eine Kundgebung abhalten und den Film „Wenn die Sonne aufgeht“ vorführen; doch hatte ihr das Landratsamt als Hausherr den Raum verweigert. Dies aufgrund des Einladungsflugblatts, in dem gegen die Regierung Ecevit gehetzt und zum „heiligen Krieg“ aufgerufen worden war. Rund 50 Türken zogen gegen Mittag von der Karlstraße zum Landratsamt, wo sie gegen diese Entscheidung protestierten und einen Kranz niederlegten. Auf rund 200 Teilnehmer angewachsen, sah sich die Gruppe danach in der Gaststätte „Turan“ den Film an, bei dessen Name schon, so das Flugblatt, „das einheimische Ungeziefer Malaria-Anfälle bekommt“.

„Samstags ist niemand im Landratsamt“, so Verwaltungsdirektor Jörg Königs kurzer Bescheid, ob und wie die Kreisbehörde die Demonstranten empfangen hat. Nach Auskunft gut unterrichteter Stellen verlief der Umzug geordnet und diszipliniert, vor dem Landratsamt sprach ein Vertreter der sogenannten Europäischen Föderation der demokratischen und idealistischen Türkenvereine aus Frankfurt zu den Landsleuten, die auch aus Tübingen, Rottenburg, Sigmaringen, Ulm, Esslingen, Nürtingen und Sindelfingen angereist waren. Als spontane Demonstration war die Protestaktion nicht genehmigungsbedürftig.

Nachdem sie ein Protestplakat und einen schwarzen Kranz an der Tür des Landratsamts deponiert hatten, zogen die Türken in die Gaststätte „Turan“, wo vor rund 200 Leuten Film und Reden abgespult wurden. „Wenn die Sonne aufgeht“ ist, wie Kenner glaubwürdig versichern, ein nationalistischer Hetzfilm, der auf einem Buch des Vorsitzenden der Nationalistischen Bewegungspartei der Türkei, Türkesch, beruht, der wiederum Drahtzieher jener bürgerkriegsähnlichen Unruhen ist, mit denen die demokratisch gewählte Regierung der Türkei gestürzt werden soll.

Unter den rund 1950 Türken Reutlingens (über 3000 sind's im Kreis) werden die wachsenden nationalistischen und islamischen Einflußnahmen teils mit Unruhe, ja Angst verfolgt. In der Reutlinger Albstraße

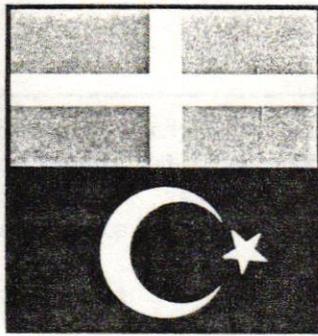
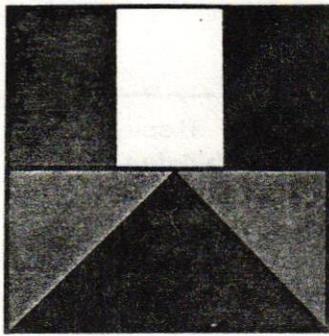
weist beispielsweise der Islamische Bund mittlerweile einen Mitgliederstamm von über 500 Türken auf. Dieser Bund, der in der Partei des Türken Erbakan in der Heimat politisch ebenfalls sehr aktiv ist, hält sich einen eigenen Religionslehrer, in dessen Schule Türkenkinder bis zu acht Stunden in der Woche den Koran lernen. Die Mehrheit der türkischen Eltern schickt ihre Kinder in diese Koranschule, als überzeugte Mohammedaner, aber viele auch aus Angst vor der Diskriminierung (mit dem noch umfangreicheren muttersprachlichen Unterricht haben Türkenkinder 40 und mehr Stunden in der Woche in ihren Schulen durchzustehen).

In dem Islamischen Bund in Reutlingen soll auch ein Internat für Nachwuchsgeistliche eingerichtet werden.

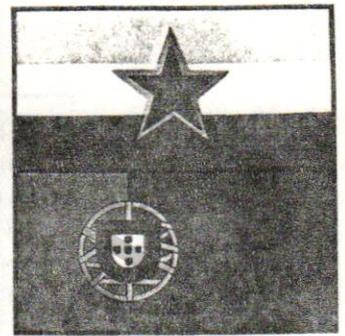
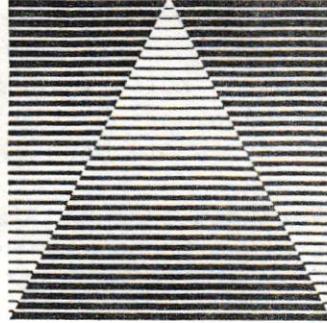
Einer dieser Hodschas, Mahmut Sahin mit Namen, hat vor einem Jahr — damals noch in der Steinbeiß-Schule — vor rund 40 Zuhörern die Türkische Radio und Televisions Gesellschaft der Propaganda für Ministerpräsident Ecevit bezichtigt und laut Protokoll gesagt: „Das wird so weiter gehen, bis Ecevit am Galgen hängt oder bis er auf Pfähle gespießt ist. Haben Sie keine Angst vor dem Tod und halten Sie sich deshalb nicht zurück! Kämpfen Sie für den Nationalismus!“ se

Schwäbisches  
TAGBLATT

Aufgrund dieser Ereignisse erstellte die IG M Reutlingen nachfolgendes Flugblatt, worauf die "Türkische Gemeinschaftsorganisation" in gewohnt provokatorischer Weise auch ein Gegenflugblatt verteilte.



# IG Metall



## Ausländische

## Arbeitnehmer

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

vor ungefähr 3 Wochen wurde in Reutlinger Betrieben ein Flugblatt in türkischer Sprache verteilt, in dem für eine Veranstaltung am 29. September 79 geworben wurde. In dem Flugblatt wurde "zum Heiligen Krieg" gegen alle Andersdenkenden aufgerufen.

Verfasser dieses Flugblatts war der Verein "Türkoçağı Reutlingen". Dieser Verein hat im Briefkopf und Stempel den "Grauen Wolf" als Symbol. Er ist Mitglied in der "Europäischen Föderation demokratisch-türkischer Idealistenvereine", die eine Tarnorganisation der türkischen rechtsextremen Partei MHP (Nationale Bewegungspartei) im Ausland ist. Tarnorganisationen sind auch alle "Grauen-Wolf"-Vereine in der Bundesrepublik.

**WER IST DIE MHP?**

Die MHP ist eine Partei, die den gewaltsamen Umsturz in der Türkei will und dort täglich Überfälle und Morde begeht, um Gewerkschafter, Lehrer und alle anderen demokratisch eingestellten Menschen einzuschüchtern und zu beseitigen.

**WAS SIND DIE ZIELE DER MHP IN DER BUNDESREPUBLIK?**

- Sie versucht, die türkischen Kollegen von den deutschen Gewerkschaften fernzuhalten und damit die Kollegen in Gruppen zu spalten.
- Sie verhindert die Völkerverständigung und -freundschaft, in dem sie mit religiösem, nationalistischem und rassistischem Fanatismus aufhetzt.

Die MHP-Vereine gehen mit Druck, persönlicher Diffamierung und lebensbedrohenden Methoden gegen alle demokratisch gesinnten Kollegen und Landsleute vor.

Sie locken die türkischen Landsleute mit Hilfsangeboten und Versprechungen zu ihren Treffpunkten. Dort werden sie dann als Mitglieder angeworben.

Die Mitgliedschaft in diesen Vereinen endet nur durch den Tod, man kann nicht wieder aus den Vereinen austreten!

Im Jahr 1978 konnte "Türkoçağı Reutlingen" ungestört eine Veranstaltung in der Ferdinand-Steinbeis-Berufsschule durchführen. In diesem Jahr - 1979 - hat das Landratsamt dem Verein kurz vor der geplanten Veranstaltung den Saal verweigert.

"Türkoçağı Reutlingen" verlegte dann das Treffen in ein Lokal und zeigte dort den Film "Wenn die Sonne aufgeht", der die Ideen des faschistischen Führers der MHP - Alparslan Türkeş - verherrlicht. Der Film und die Reden der Teilnehmer versuchen, die Morde und Überfälle der MHP-Gruppen zu rechtfertigen.

Den Gipfel der Frechheit stellt die Demonstration am 29.09.79 von ca. 60 vorwiegend schwarzgekleideten Personen gegen das Landratsamt dar, wo zum Protest ein schwarzer Kranz niedergelegt wurde.

In einigen Betrieben hat das Auftreten der MHP-Vereine wiederholt zu großen Auseinandersetzungen geführt. Viele türkische Kollegen sind eingeschüchtert worden. Daimler-Benz in Sindelfingen stellt z.B. keine türkischen Arbeiter mehr ein, weil der Terror der "Grauen Wölfe" immer wieder zu Schlägereien geführt hat.

Gegen das Auftreten der türkischen nationalistischen Fanatiker müssen wir uns als Gewerkschafter aller Nationalitäten auch in Reutlingen entschieden wehren!

Die türkischen Kollegen brauchen unsere Unterstützung!

Betriebsräte und Vertrauensleute in den Einzelgewerkschaften müssen den türkischen Kollegen Mut machen und ihnen helfen, sich als freie Menschen aktiv in unseren Gewerkschaften und im öffentlichen Leben zu betätigen.

**Wir fordern: DIE ORGANISATIONEN DER " M H P " DÜRFEN IN UNSEREN BETRIEBEN KEINEN FUSS FASSEN!**

**ALLE "M H P"-VEREINE UND TARNORGANISATIONEN MÜSSEN VERBOTEN WERDEN !**

Flugblatt des "Türkoçagi Reutlingen" , verteilt in der Woche vom 29.10.79

Übersetzung aus dem Türkischen

Wertvolle Kinder des türkischen Volkes und geschätzte neutrale Bürger des geschichtlichen Freundes Deutschland.

Mit der Behauptung, daß es im Namen der IG-Metall geschähe, wurde ein Flugblatt verteilt. Dieses beinhaltete eine Reihe anschwärzender Verleumdungen und Lügen, die auf nationalistische Türken und Organisationen in Reutlingen zielte. In diesem, die Ideale und heiligen türkischen Werte angreifenden Flugblatt wird die 1974 gegründete und von den deutschen Behörden anerkannte, nationalistische, demokratische und freiheitliche Kulturorganisation "TÜRKOCAGI Reutlingen und Umgebung e. V." falsch öffentlich dargestellt.

Es wird fälschlicherweise behauptet, daß der oben genannte Verein die Neben- bzw. Geheimorganisation einer von der türkischen Verfassung geschützten politischen Partei ist. Es ist nicht unsere Aufgabe diese, in der Türkei existierende, politische Partei zu verteidigen. Gewiss wird diese Partei dazu eine eigene Erklärung abgeben. Außerdem wurde die aus 200 sich in Deutschland befindenden türkischen Vereinen zusammengesetzte und von der deutschen Verfassung bzw. Behörde gebilligte "AURUPA DEMOKRATIK TÜRK ÜLKÜCÜ DERNEKLERI FEDERASYONU" (sprich: Föderation des europäisch demokratischen Vereins der türkischen Idealisten) von diesen geblendeten, unwissenden, vorurteilsvollen, gehässigen und sogar türkisch feindlichen Leuten zum Ziel einer Verleumdung gemacht. Selbstverständlich ist die genannte Föderation in der Lage, sich mit rechtlichen Schritten\* gegen diese Leute zu wehren.

Wir wollen unseren geschätzten türkischen Landsleuten und den wirklich neutralen deutschen Freunden diese kurzen Erläuterungen geben:

1. Deutschland ist wie die Türkei ein freiheitliches und demokratisches Land. Die Verfassung und die Gesetze geben dem Einzelnen das Recht des freien Denkens. Ohne den Rechten des Staates und der Gesellschaft zu schaden, ist Jedermann und jede Vereinigung in der Verbreitung seiner Gedanken frei. Außerdem wird in der Satzung der Organisation "TÜRKOCAGI" eine Mitgliedschaft von Nichttürken ausdrücklich nicht gestattet. Deutsche und andere Fremde können nur eine "Ehrenmitgliedschaft" erwerben. Somit haben diese, in ihrem Glauben und im Namen der IG-Metall handelnden Leute nur nutzlose Arbeit geleistet.
2. Die türkischen Nationalisten werden von ihrem rechten Weg nicht abweichen, auch wenn diese quasi im Namen der IG-Metall Handelnden und ihresgleichen sich noch so verreißen. Solche Verleumdungen und Angriffe werden unsere Abwehrkraft nur verstärken. Sie müssen auch wissen, was wir unter Abwehrkraft verstehen. Wir als eine Nation versuchen auf eigenen Füßen zu stehen und kämpfen für die Selbsterhaltung, sowie um die Wiedererlangung unseres anerkannten Platzes unter den Weltnationen. Außer der Göttlichen Kraft ist niemand in der Lage dies zu verhindern.

\* siehe folgende Seite unten

3. Solche Angriffe sind uns gleichgültig. Als Gäste dieses Landes unterwerfen wir uns nur dessen Gesetzen. Der anderen Geschwätz ist unser Spass. Gegen jegliche Unterdrückung und Verleumdung haben wir dieses Motto geführt und werden es weiterführen.
4. Wir sind jederzeit bereit auf rechtlichem Wege,<sup>\*</sup> denen die verdiente Antwort zu geben, die das geschichtliche heilige Symbol der Türken den "BOZKURT" (Sprich: GRAUER WOLF) durch Beleidigungen angreifen wollen. Die das wollen, denen sagen wir "HODRI MEYDAN" (sprich: Versucht es doch mal). Wir werden kommunistischen Spielereien und internationalen Sklaven des Kapitalismus den Ring nicht frei geben.

GOTT SCHÜTZE DIE TÜRKEN

Vorsitz der Organisation "TÜRKOCAGI" Reutlingen und Umgebung



---

\* Diese Organisationen drohen zwar immer mit Prozessen, noch nie wurden bis jetzt jedoch rechtliche Schritte eingeleitet. Das Landgericht Frankfurt stellte allerdings im Januar 1979 fest, daß Alparslan Türkeş Faschist genannt werden darf.

# Anonyme Aktion

gegen

## Aziz Nesin

Zu der Schriftstellerlesung von Aziz Nesin, der in seiner Heimat einer der beliebtesten und bekanntesten zeitgenössischen Schriftsteller ist, kamen ca. 140 türkische Arbeiterinnen und Arbeiter.

Über 4 Stunden las der Autor aus seinen Werken und diskutierte mit seinen Landsleuten in Reutlingen. Es kam zu keinerlei Provokationen.

Es ist im Nachhinein auffallend, daß die Verfasser der "anonymen Hetzblätter" teilweise die selben Argumente und Redewendungen <sup>wie</sup> in den Flugblättern zum Tod von Halil Tireli benutzten.

# DAVET – Einladung

HALK YÜKSEK OKULU - YABANCI İŞÇİLER BÜROSU  
VOLKSHOCHSCHULE REUTLINGEN - BÜRO FÜR AUSLÄNDISCHE ARBEITER

## Aziz Nesin Reutlingen'e geliyor !



Aziz Nesin 1977

Foto: İsa Çelik

Yazar hakkında birkaç söz :

1915'te İstanbul'da doğdu.  
Fakir bir ailede geldiği için, ancak yatılı devlet okullarına gidebildi. Askeri lise ve askeri fen okullunu bitirdi ve

1937'de Teğmen oldu.

1944'de Askerlikten ayrıldı ve gazeteciliğe başladı.

Sosyal ve politik konuları güldürü şeklinde işleyen, kritik hic viyeci Nesin 1960 yılları ortalarına kadar iktidar partilerince takip edildi. Şöhreti Türkiye sınırlarını aştı. Eserleri 28 yabancı dile tercüme edildi. Bundan dolayı şu anda Türkiye'de herkes tarafından takdir edilen büyük bir yazardır.

NESİN, yıllardan beri TÜRKİYE YAZARLAR SENDİKASI'NIN başkanıdır.

Eserleriyle birçok uluslar arası ödül kazandı. 65 yaşındaki yazarın 70'in üzerinde kitabı var.

Aziz Nesin liest aus seinen Werken / Aziz Nesin kitaplarından okuyacak :

- TAG/TARİH : Çarşamba, 26. Mart 1980 Mittwoch, 26. März 80
- ORT/YER : Yugoslav Kulübü, Kaiserstrasse (Technikum karşısı/gegenüber)
- ZEIT/SAAT : um 19.00 Uhr / 19.00'da

Bu programı bir kültür çalışması olarak düzenleyen Halk Yüksek Okulu, Türkiye'nin en sevilen yazarını REUTLINGEN'E davet etti. AZİZ NESİN eserlerinden parçalar okuyacak ve vatandaşlarıyla çeşitli problemler üzerine tartışacaktır. Hafta içinde bir günde olması, vardiye çalışan bir çok Türk işçisi için uygun değil. Fakat yüklü bir programı olan Nesin'i ancak böyle bir günde Reutlingen'e getirebiliyoruz.

BUNA RAĞMEN ÇOK SAYIDA GELMENİZİ BEKLİYORUZ !

AZİZ NESİN KOMMT NACH REUTLINGEN !

Der Präsident der türkischen Schriftsteller-Gewerkschaft liest aus seinen Werken: Er wurde 1915 in Istanbul geboren. Seit seinem Abschied von der Armee 1944 arbeitet er als Journalist, Schriftsteller und vieles andere. Er gehört zu den bekanntesten und beliebtesten Autoren der zeitgenössischen türkischen Literatur.

Seine kritisch-satirischen Werke brachten ihm nicht nur internationale Preise, sondern auch mehrjährige Gefängnisstrafen ein.

Auf Deutsch veröffentlicht:

- Wie bereitet man einen Umsturz vor?
- Ein Schiff namens Demokratie...

bei: Edition der 2, Berlin 77 und 79

Am 26. März 1980, dem Tag, an dem Aziz Nesin nach Reutlingen kam, wurde nachmittags in der Reutlinger Fußgängerzone ein anonymes türkisches Flugblatt verteilt. Türkische Vertrauensleute der IG-Metall wollten die -erstaunlicherweise deutschen- Flugblattverteiler zur Rede stellen. Es kamen zwei andere Türken angelaufen, die den deutschen Jugendlichen die Flugblätter entrissen und davonliefen. Nachstehend die Übersetzung aus dem Türkischen:

ACHTUNG !

Aziz Nesin kommt.

Aziz Nesin kommt, der durch seine Spaltungs- u. Umsturzaktionen in der Türkei berühmt ist.

Durch seine kommunistische Einwirkung berühmte Aziz Nesin kommt.

Wegen Verrat mehrfach verurteilter Aziz Nesin kommt.

Wegen seinem Verrat aus der Armee entlassener Aziz Nesin kommt.

Feind der Demokratie, Aziz Nesin kommt.

Er kommt hierher, um bei den Türken Unruhe zu verbreiten.

"Schlage die türkischen Soldaten hinterrücks,  
begrüße die russischen Soldaten"

der so denkende Aziz Nesin kommt.

Ein blutdurstiger Mensch kommt.

Er kommt hierher ein Blutbad anzurichten.

Um für Euer Geld Gift zu verkaufen, kommt er.

Aufwachen Türken, um Euch miteinander zu verfeinden,  
kommt er.

Aufwachen Reutlinger, um Euer Gemütlichkeit zu stören,  
kommt er.

Neue Mordbanden zu gründen, kommt er.

Hier Unruhe zu verbreiten, wie es überall der Fall ist,  
kommt er.

Geht nicht.

Stört nicht Eure Gemütlichkeit mit Eurem Geld.

Kauft nicht das Gift mit Eurem Geld.

Dient nicht mit Eurem Geld der Unruhe  
und protestiert.

TÜRKEN

Die Geschehnisse in Reutlingen sind nicht das Machwerk eines isoliert tätigen Vereins. Die hetzerischen Aussagen in den Flugblättern und ihre Aktivitäten, die sich gegen Andersdenkende, religiöse und ethnische Gruppen, sowie gegen politische Gegner richten, sind die praktische Umsetzung der Ideologie der "Nationalistischen Bewegungspartei" (MHP). Auch wenn sich in der Bundesrepublik nationalistische Vereine als Kultur- und Arbeitervereine tarnen können, richten sie sich doch genau nach den Anweisungen der Führung.

Aus diesem Grund dokumentieren wir ausführlich die Zielsetzung dieser Partei aus der Broschüre der "Föderation progressiver Volksvereine der Türkei in Europa e.V." (HDF).



## „Graue Wölfe“

Der Graue Wolf ist das Symbol der türkischen Faschisten. In der türkischen Frühzeit soll ein grauer Wolf den türkischen Kriegern den Weg nach Kleinasien gewiesen haben. Heute ist der Graue Wolf das Symbol für alle rechtsterroristischen Organisationen, die mit der MHP zusammenarbeiten oder ihr nahestehen. Gemeint sind in der Regel die Jugendorganisationen, die "Idealistischen Jugendvereine", ÜGD, deren Mitglieder militärisch ausgebildet bzw. so fanatisiert worden sind, daß sie jeden Befehl ihres "Führers" ausführen. So wie das Hakenkreuz in der indogermanischen Geschichte ein religiöses Symbol war und unter Hitler zum Schreckenssymbol wurde, ist es in der Türkei mit dem "Symbol des Grauen Wolfes".

(Aus dem Artikel: Die "Grauen Wölfe" und ihr "heiliger Krieg".  
In: Metall (Zeitung der IG Metall), Nr. 2/23.1.1980, S. 11.)

Folgende Ausführungen sind der HDF-Broschüre "Terrororganisationen", Teil 1 vom Juni 1979 entnommen (S. 5 ff.):

# Die Ideologie der MHP grundprinzip

"Die ganzen Jahrhunderte der Geschichte entlang existiert ein immer fortwährender Kampf und Wettbewerb zwischen den Nationen. Jede Nation führt einen erbarmungslosen Kampf, um ihre eigene Existenz hochleben zu lassen und ihre Herrschaft den anderen aufzuzwingen...

Dieser Kampf geht in unserem hochtechnisierten Zeitalter mit aller Härte weiter. Der Grundsatz vom "Recht des Stärkeren" ist das einzige in den Beziehungen der Nationen zu einander seine Gültigkeit bewahrende Prinzip, seit es die Erde gibt."

(A. Türkeş , Yeni Ufuklara Doğru , Gen Neuen Horizonten , S.7)

Die totale Identität mit A. Hitler's Ausführungen in seinem Buch "Mein Kampf" ist unübersehbar !

## ziele

"Die nationale Grundpolitik ist jene, die die langfristigen Ziele der Nation beinhaltet und sie festlegt. Diese ist geheimzuhalten."

(A. Türkeş , Yeni Ufuklara Doğru , Gen Neuen Horizonten , S.74)

Wenn man folgendes liest , wird einem klar , was unter "geheimer Politik" zu verstehen ist:

"Wir sind nicht Anhänger unrealisierbarer Träume. Wir wollen nur Dinge verwirklichen, die in der Vergangenheit bereits realisiert wurden. Wir wollen eine Türkei , die von den Krankheiten genesen , deren Bevölkerungszahl gestiegen , deren Moral verbessert und deren Industrie entwickelt ist. Wir wollen unsere Rassenbrüder im Ausland retten. Die Wiedervereinigung der türkischen Nation , die wegen ihrer glorreichen Geschichte mit ihren Siegen und Eroberungen nahezu in aller Welt Antipathien hervorruft , lässt viele Nationen fürchtenlernen ; denn dieses Wiederaufleben stösst nicht nur bei einigen Nationen , die sich verkleinern werden bzw. ganz verschwinden müssen , sondern auch bei grossen Handelsnationen auf grossen Widerstand.

Diejenigen , die ohne Gefahr leben wollen, sollen Selbstmord begehen. Das Leben ist voller Gefahren... Eine Nation braucht nationale Ziele. Sie ist keine Viehherde. Nur wenn sie diese Ziele vor Augen hat , wird sie zu Menschen. Sollen wir also , um die ehemaligen Teile unseres Vaterlandes , um die weggerissenen Teile zu retten , alles , einschliesslich den Krieg in Kauf nehmen ? Jawohl , das müssen wir ! Zweifelsohne unter der Bedingung , dass wir den richtigen Moment aussuchen und nach genauen Berechnungen handeln."

(Tageszeitung Ortadoğu vom 20.12.75

Auszüge aus einer Rede von A. Türkeş)

# systemauffassung und führerprinzip

"Die nationalistische Bewegung wird die heutige , auf der Grundlage des europäischen Liberalismus und der Sozialdemokratie beruhende Verfassung, die unseren nationalen Strukturen und Gegebenheiten unangemessen ist , von vorn bis hinten verändern. Mit allen Institutionen wird sie eine nationale Demokratie begründen !"

(A. Türkeş , Temel Görüşler , Die Grundlegenden Ansichten , S.156)

"...an die Stelle des parlamentarischen Systems werden wir ein ministerielles System setzen. In diesem System wird das Amt des Ministerpräsidenten mit dem des Staatspräsidenten in einer Person vereinigt sein und es wird eine Regierung entstehen , die auf den Grundlagen Autorität , Vertrauen und Disziplin aufgebaut ist."

(A. Türkeş , Temel Görüşler , Die Grundlegenden Ansichten , S.156)

# rassismus

Rassismus wird offiziell abgestritten, aber man lese zwischen den Zeilen.

"Unser Verständnis von Stammeszugehörigkeit hat nicht die geringste Aehnlichkeit mit anthropologischem Rassismus und einem aggressiven Rassenbegriff, der andere Völker herabsetzt...Das Wesentliche ist das Bewusstsein, aus dem gleichen Stamm zu kommen, der gleichen Nation anzugehören. Jeder, der in seinem Herzen nicht den Stolz auf eine andere Rasse trägt, der sich selbst vom Herzen als Türke fühlt und sich dem Türkentum verspricht, ist ein Türke."

(A. Türkeş, Der Nationale Doktrin, Milli Doktrin, S.42)

"Da der Stamm ein natürliches und organisches Element ist, sind die geistigen und leiblichen Eigenschaften der Menschen verschieden. Dass der türkische Stamm ein wertvoller Stamm ist, wird von grossen Gelehrten anerkannt."

(A. Türkeş, Milli Doktrin, S.41/42)

Bei den Gesinnungsgenossen von Türkeş liess sich das so :

"Das Türkentum ist eine von Religion und Rasse geschaffene Substanz. Die Rasse hat Gott gegeben...Die Religion hat Gott gegeben. Die Grösse der türkischen Rasse wird am Wert der anderen Rassen gemessen. Und die türkische Rasse wertvoller als alle anderen Rassen."

(Muhsin Yazıcıoğlu, Vorsitzender des Idealistenvereines in : Büyük Türkiye'ye Hasret, Sehnsucht nach Gross-Türkei, Nr.27, S.5)

# taktik

Die faschistische Ideologie, besonders ihre rassistischen Akzente und die Aufforderung zur Anwendung von Gewalt, kommt in den Propagandagedichten unübersehbar zum Vorschein. Im folgenden sind Auszüge aus zwei Gedichten aufgeführt:

## DU BIST EIN GRAUER WOLF

.  
. .  
Als ein Grauer Wolf bist du geboren,  
Und als ein Grauer Wolf wirst du sterben.  
Die Ehre und das Bewusstsein des Türkentums  
Wirst du in der ganzen Welt verbreiten.  
Denn: Du bist das Enkelkind des Grauen Wolfs,  
Du bist durch und durch ein Grauer Wolf.

## MEIN FÜHRER, GIB DEINEN BEFEHL!

Aufbrechen will eine Nation von 7 bis 70 Jahren,  
Die Gefallenen am Turkistan, am Hasar sind auferstanden.  
Unsere Schwerte sind verrostet, die Lungen verbrennen,  
Eine Nation wacht auf, mein Führer gib deinen Befehl.

.  
. .  
Mit Feindesblut wollen wir unseren heiligen Ideale niederschreiben,  
An den Denkmälern unserer Ahnen wollen wir unsere schweissbefleckten  
Gesichte abwischen.

Unsere jahrhundertlang alte Sehnsucht wollen wir stillen,  
Die Waffe in der Hand, die Fahne weht über uns,  
Mein Führer, gib deinen Befehl.

Befleckt von unserem Blut sind die Tore Wien's und die Mauern  
Chinas.

Reiten wollen wir auf unseren Pferden in den Feindesstädten.  
Die Feinde sind blass vor Angst, sie wissen, wir werden kommen.  
Eine neue Geschichte wird geschrieben,  
Mein Führer, gib deinen Befehl.

Das Blut der Moskauer soll unsere Anzüge schmücken.  
In den neun Strahlen kommt unser Ideal und unser Hass zum Ausdruck.  
Wir sind bereit, unser letztes Wort haben wir gesagt,  
Worauf wartest du noch mein Führer, gib deinen Befehl.

Die Ziele und Überzeugungen der faschistischen Partei der Nationalistischen Bewegung sind mehr als deutlich; Umsturz der Verfassung, Aufbau der Exekutive nach dem Führerprinzip, korporative Legislative, Rassendiskrimination, all dies anzustreben mit jedem nur denkbaren Mittel.

x x x

Daß Faschismus nicht tot ist, daß das Faschismusproblem immer noch akut ist und in der BRD an Boden gewinnen kann, haben einige Ereignisse der neuesten Zeit nachdrücklich in Erinnerung gerufen.

Wir fordern eindringlich alle auf, die es mit der Demokratie ernst meinen, ihre Stimme zu erheben, damit der weitere Ausbau des Faschismus verhindert werden kann.

Obwohl der türkische Verfassungsgerichtshof 1976 die Auflösung der MHP-Auslandsorganisationen in der Bundesrepublik verfügte und die MHP offiziell ihre Vertretungen in Europa schloß, zeigt der folgende Brief, daß der Führer der MHP, Alparslan Türkeş, noch im Juni 1977 politische Anweisungen in der Bundesrepublik Deutschland gab. Daran kann man sehen, daß die angeblich aufgelösten Vertretungen nahtlos in Tarnorganisationen übergangen.

Alparslan Türkeş  
Partei der Nationalistischen Bewegung  
Vorsitzender

28. 7. 1977  
A N K A R A

An den Vorstand des Exekutivkomitees der Partei der Nationalistischen Bewegung in Deutschland

Werte Gesinnungsfreunde,

Die Partei der Nationalistischen Bewegung setzt ihren gerechten Kampf fort, damit unser erniedrigtes Volk seine von der Geschichte beschiedene Stelle wieder einnehmen kann. Die MHP wird die türkische Nation wieder organisieren und den Grundstein für die Großtürkei legen. Die Ketten der Rückständigkeit werden wir zerbrechen für den Aufbau einer Großtürkei, die nie mehr die Hände nach Almosen ausstrecken muß. Die MHP mißt dem türkischen Menschen Wert bei, ihre Grundlagen sind Menschenliebe und Menschenwürde. Sie hat es sich zum Ziel gemacht, alle Menschen unseres Landes in gleichem Ausmaß mit Liebe und in Achtung zu umfassen, und verdient so die Liebe der türkischen Nation. Unser großes türkisches Volk glaubt an die Partei und ist auf unserer Seite. Alle, die keine Philosophie oder Doktrin haben, die den Sinn ihres Lebens verloren haben, die in Gefahr sind, sich selbst zu verlieren, denen kein Glaube an- und Vertrauen aufeinander mehr geblieben ist, treten an die Seite der MHP. Unsere Ideologie ist inspiriert von der Ideologie des Nationalismus, dem mächtigsten Gedanken unserer Zeit.

Die MHP hat die mächtige, mutige und glaubensgewisse Stimme der türkischen Nationalisten der ganzen Nation bekannt gemacht. Dank ihres jahrelangen, geduldigen und entschlossenen Kampfes, ihrer fruchtbaren, organisierten Arbeit und ihrer effektvollen Propaganda hat sie in den Wahlen im Juni erfreuliche Ergebnisse erzielt und ist mit einer starken Gruppe ins Parlament gekommen. Sie hat damit wieder gezeigt, wie man gegen Linke und Leute, die das Land spalten wollen, den Kampf führt für die Größe und das Glück der türkischen Nation, nämlich indem man sich auf die ethischen Werte der türkischen Nation stützt und sich als Grundlagen Menschenliebe und Menschenwürde zu eigen macht.

Eine der Hauptursachen dafür, daß wir die erfolgreichste Partei wurden, war neben unserer gerechten Sache und dem radikalen Kampf die Unterstützung durch das Volk. Der von der MHP geführte heilige Kampf gegen Korruption, Schwindel, Wucher, Plünderung, Ausbeutung, Räubereien, Linke, Spalter und Anarchie wurde entscheidend vom Volk unterstützt. Der türkische Nationalismus wurde als die einzig rettende Doktrin erkannt.

Ich möchte den Parteiorganisationen im Ausland und den Hilfsvereinen für ihre Hilfe während des Wahlkampfes danken, insbesondere für die finanzielle Unterstützung aus Deutschland, wo Menschen unserer Rasse am stärksten vertreten sind

auch für den auf meinen Namen gekauften PKW und für die Mitglieder der Idealistenjugend, die zur Unterstützung unserer Sicherheitskräfte aus Deutschland gekommen sind, um Wachdienst zu tun, außerdem den Tausenden nationalistischer Türken, die in die Heimat zurückkehrten, um von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Die MHP wird durch ihre aktive und gut organisierte Tätigkeit und Propaganda immer stärker. Besonders mit ihrer konstruktiven Rolle in den Regierungen der Nationalistischen Front dient sie der Rettung unseres Landes und der Nation. Die Geltung der MHP, die den mächtigsten Kampf gegen Kommunismus und Terrorismus führt, hat sehr zugenommen. Unsere Landsleute suchen Persönlichkeiten, die Vertrauen und Sicherheit erwecken. Es ist eine deutlich sichtbare Tatsache, daß die MHP begonnen hat, in jeder Stadt, in jedem Marktflecken, ja jedem Dorf Anhänger anderer Parteien auf ihre Seite zu ziehen.

Die weitere dauerhafte und positive Entwicklung unserer Partei in der Türkei erfordert eine Aktivierung unserer Landsleute, die in Deutschland arbeiten und studieren, die beschleunigte Tätigkeit des Vorstands des Exekutivkomitees der MHP in Deutschland sowie der autonomen Sektionen in Kempen, Berlin, Hannover, Köln, Mannheim, München und Stuttgart. In den obengenannten Städten und Regionen sind Bemühungen um die Organisation Bedeutung beizumessen; um die vorgesehenen Ziele zu erreichen, sind unbedingt die Aktionseinheit unserer Partei und der NPD sowie deren Erfahrung und Arbeitsmethoden auszunutzen. Den von der Zentraleitung der MHP gesandten Anweisungen ist dabei Folge zu leisten.

Die Organisation unserer Partei muß auf breiter Basis vorstatten gehen, Mit Hilfe der gegründeten Sondermannschaften müssen in den Gemeinschaftswohnungen, Arbeitsplätzen, Quartieren und Klubs noch mehr Bücher, Broschüren und Drucksachen verbreitet werden, die MHP-Ideologie propagieren. Grundelemente unserer Propaganda sind die Argumentation und die Wiederholung. Indem man sich auf die bisher erzielten Erfahrungen und gemachten Bemühungen stützt, sind mit den Seitenorganisationen der Partei im Ausland wie den Bozkurt Atatürk ("Grauer Wolf Atatürk"), Türkische Vereine, dem Nationalistischen Türkischen Arbeiterverein und den Idealistenvereinen engere Kontakte zu knüpfen und diese rationeller auszunutzen. In dieser Hinsicht gebe man den ausgebildeten Mannschaften Unterstützung. Schließt die türkische Jugend in Deutschland zusammen um die nationalistische und Türkismusideologie und zieht die Vertrauenswürdigsten zu Parteimitgliedern heran.

Als Gegengewicht gegen die Versuche derer, denen die Erfolge und der Schwung der MHP ein Dorn im Auge ist, sie mit Hilfe der linken Presse aufzureiben, und gleichzeitig, um nicht die Aufmerksamkeit der örtlichen Behörden auf sich zu lenken, ist es notwendig, die Parteiaktivitäten so zu betreiben, als hätte man das Vereinsrecht vor Augen. Um in diesem Zusammenhang den Sicherheitskräften keine Trümpfe in die Hand zu geben, ist es notwendig, daß sich Kommandos und Idealisten (bei der Einschüchterung von kommunistischen Elementen und bei der Anwendung einiger Maßnahmen gegen die Leser linker Zeitungen wie Cumhuriyet, Politika, Vatan usw.) sich an die Anordnungen und Wünsche der Parteizentrale vom 27. März 1977 zu halten, sie sich einzuschließen und danach vorzugehen.

Den Idealisten und Nationalisten, die bis zum Ende des Jahres aus Deutschland in die Heimat zurückkehren, werden auch in der Heimat für die Parteidienste nutzenbringende, einträgliche Arbeitsplätze zugesichert.

In letzter Zeit hat die Kampagne zur finanziellen Unterstützung der MHP unter unseren Stammesgenossen mehr als den erwarteten Erfolg gebracht. Für die Erfüllung dieser eolen nationalistischen Pflicht danke ich noch einmal und wünsche Ihnen neue Erfolge bei allen Ihren Bemühungen.

Mit freundlichen Grüßen!

gez. Alparslan Türkeş  
Vorsitzender der MHP

# Zusammenarbeit zwischen MHP und CDU/CSU

## Franz Josef Strauß und die türkischen Faschisten

Bisher lag ein geheimnisvoller Schleier über einem Treffen zwischen Franz Josef Strauß und dem Vorsitzenden der türkischen faschistischen „Partei der nationalistischen Bewegung“, MHP, Alparslan Türkeş. Jetzt konnte er gelüftet werden. Dahinter verbirgt sich ein unglaublicher Skandal.

Der Vorfall und Hintergrund: Mehr als eine Woche lang hielten sich Alparslan Türkeş, und eine Delegation seiner Partei, Ende April bis Mitte Mai 1978 in der Bundesrepublik auf. Zentrales Anliegen der türkischen Rechtsradikalen: ein Treffen mit Franz Josef Strauß, den Alparslan Türkeş schon seit langem verehrt.

Am 1. Mai 1978 war es in München dann soweit. Ein Geheimtreffen fand statt, von dessen Existenz eigentlich niemand etwas erfahren sollte. Am 3. Mai erklärte dann, aber erst nach hartnäckigem Nachfragen, der CSU-Pressesprecher Rosenberg, „daß ein reines Informationsgespräch zwischen Strauß und Türkeş stattgefunden habe“. Doch zu dem Inhalt „sei nichts zu sagen“. Heute will der CSU-Pressesprecher nichts mehr von seiner damaligen Aussage wissen. „Meines Wissens hat kein Gespräch stattgefunden.“ Er und die CSU wissen, warum sie das Treffen jetzt ableugnen. Denn es war überhaupt kein „reines Informationsgespräch“!

### Anfang in Bayern

Alparslan Türkeş und seine beiden Begleiter unterhielten sich – so war danach zu erfahren – mit Franz Josef Strauß zuerst über die „kommunistische Gefahr, die man gemeinsam bekämpfen muß“. Dann kritisierten die Gesprächspartner den US-Präsidenten Jimmy Carter, der, nach den Worten von Franz Josef Strauß, die stärkste Waffe der USA gegen ihre Freunde sei.

Und endlich war man beim Thema. Strauß sagte dem Vernehmen nach den MHP-Politikern zu, daß in Zukunft für die MHP und die „Grauen Wölfe“ ein günstiges psychologisches Klima in der Bundesrepublik mit entsprechender Propaganda geschaffen werden und zudem die politische Stellung der MHP in Europa verbessert werden müsse, damit die MHP hier in einem besseren Licht erscheine. Bayern soll der Anfang sein.

Inwieweit finanzielle Unterstützung von Seiten der CSU gewährt werden wird, ist nicht bekannt. Bekannt ist aber die folgende Äußerung des CSU-Pressesprechers: „Selbstverständlich unterhalten wir auch zu türkischen Parteien und po-

*Trotz der intensiven Aufklärungsarbeit von deutschen und türkischen demokratischen Gruppen über die Ziele und Methoden der MHP und ihrer Tarnorganisationen, trotz verstärkter parlamentarischer Anfragen in Bundestag und Landtagen, sind die Artikel von Jürgen Roth aufgrund der Untätigkeit von Politikern und Verwaltungen 1980 genauso aktuell wie 1978.*

litischen Vereinigungen Beziehungen. Und diejenigen, die unserer politischen Auffassung entsprechen, denen gewähren wir auch Unterstützung.“

Das Gespräch (Dauer: 60 Minuten) hat nach übereinstimmenden Erklärungen der türkischen Teilnehmer in „herzlichem Ton“ stattgefunden. So zumindest sagte es Murat Bayrak, der zweite Gesprächsteilnehmer neben Alparslan Türkeş. Murat Bayrak wiederum ist der Besitzer einer Textilfabrik in Istanbul und derjenige, auf dessen Betriebsgelände die „Kommandos Graue Wölfe“ ausgebildet werden.

### Geliebte „Graue Wölfe“

Der Führer der Kommandos „Graue Wölfe“ ist Alparslan Türkeş. Seine „geliebten Grauen Wölfe“ (Alparslan Türkeş in seinen Anfeuerungsreden zu den Killerkommandos) werden in Istanbul durch den ehemaligen Kriegsrechtskommandanten von Istanbul, Ex-General Mehmet Unlutürk ausgebildet. Auf dem Lehrplan stehen: „Mord, Sabotage, Brandstiftung, Sprengstoffattentate“. Ausbildungsort in Istanbul ist das Betriebsgelände von Murat Bayrak.

Kurze Zeit übrigens, nachdem Alparslan Türkeş sein Vorbild Franz Josef Strauß aufgesucht hatte, wurde in Frankfurt, und zwar am 17. und 18. Juni 1978, eine „Europäische Föderation“ der türkischen Faschisten gegründet. 70 rechtsradikale Vereine sind dort organisiert. Sitz ist Köln, Florastraße 33–35. So schnell können Beschlüsse in die Tat umgesetzt werden!

### Ein Hitler-Fan

Wer nun sind eigentlich Türkeş, seine MHP und die „Grauen Wölfe“, die von Strauß unterstützt werden?

1917 wurde Alparslan Türkeş, dessen eigentlicher Name Hüseyin Feyzullah ist, auf Zypern geboren. Sein Kampf gilt der Errichtung einer „nationalsozialistischen Großtürkei“. In diesem Größenwahnsinnigen Staatsgebilde sollen die 100 Millionen Türken, ob sie nun in der UdSSR, in China, Bulgarien oder Griechenland leben, zusammengefaßt werden. Vorbild für Türkeş ist das „Großdeutsche Reich“. 1944 galt er daher schon als der Führer der pantürkischen Bewegung, die für ein solches Reich kämpfte. Da verwundert es auch niemanden, daß ihn die Gestapo zu ihrem Favoriten in der Türkei machte. Am 9. 10. 1944 schrieb die Gestapo an das „Auswärtige Amt“: „Bisher bestanden aufgrund ihrer Haltung gute Verbindungen zu Alparslan Türkeş, Absolvent einer Offiziersschule und Führer der pantürkischen Bewegung.“

Am 30. April 1978 hielt sich Türkeş denn auch in der Bundesrepublik nicht nur auf, um Strauß zu besuchen, sondern um den „Todestag von Adolf Hitler zu feiern“, meldete die Tageszeitung „Politika“.

### 500 tote Gegner

Nazis und Hitler, bis heute werden sie in unzähligen Veröffentlichungen der Türkeş-Fanatiker verherrlicht. sind auch in praktischer Hinsicht Vorbild für den „Basbug“, den „Führer Alparslan Türkeş“. Nach SS-Organisationsmuster wurden seit

Wölfe" und die „Blitzkommandos“ aufgebaut. Paramilitärisch organisiert, sind sie diejenigen, die für die Ziele von Alparslan Türkeş kämpfen: „Gegen Zionisten, Imperialisten, Kapitalisten, Kommunisten und die Demokratie“ (Alparslan Türkeş). Mehr als 500 linke Oppositionelle, Arbeiter, Schüler, Studenten, Staatsanwälte und Bauern, haben die Kommandos in den letzten drei Jahren ermordet.

Von 1974 bis Ende 1977 war Türkeş an der Regierungskoalition der „Nationalistischen Front“ beteiligt. Das hatte den Vorteil, daß ihn die Polizei, der Geheimdienst MIT und teilweise das Militär bei seinen Aktionen unterstützen. Gemeinsam wollen sie eine demokratische Erneuerung der Türkei verhindern. Mit Demokratie hat Türkeş übrigens wenig im Sinn. „Nicht was die Logik und der freie Gedanke weist, ist das Richtige, sondern was der Führer befiehlt.“ Und sein Vize in der Partei, der Abgeordnete aus Elazig, Mehmet Tahir, meint: „Für die MHP ist es gleichgültig, ob sie in der Regierung ist oder nicht. Wir herrschen so oder so.“

Da wundert es nicht, daß die „Kommandos Graue Wölfe“ bzw. die militärische Femeorganisation „Konter-Guerilla“ schon mehrmals versuchte, den Sozialdemokraten Bülent Ecevit zu ermorden.

Woher hat der türkische Faschistenführer aber sein Geld? „Geld bekommen wir“, so erklärte ein Vorstandsmitglied der MHP in trautem Gespräch mit Journalisten, „vom CIA“. Das ist aber nur die eine Quelle, die bis heute sprudelt. Die andere ist der Schmuggel, vornehmlich von Opium, Waffen und Zigaretten. Und schließlich werden Türkeş und seine Kommandos von Industriellen finanziert, die Angst vor Reformen in der Türkei haben.

Einer ist der schon erwähnte Murat Bayrak, der an dem Gespräch mit Strauß teilgenommen hatte. Ein anderer ist der Besitzer der Tageszeitung „Tercüman“, Kemal Ilicak. Sein Bruder, Sehal Ilicak, leitet die Geschäfte der europäischen Ausgabe von „Tercüman“, die in Zeppelinheim bei Frankfurt gedruckt wird. Kemal Ilicak hatte im Jahr 1974 dafür gesorgt, daß Türkeş und seine MHP ins Kabinett des konservativen Demirel aufgenommen worden ist. Und die Spalten von „Tercüman“ sind bis heute für die faschistische Propaganda der MHP geöffnet.

## Querverbindungen

Chefideologen der türkischen Faschisten sind denn auch Mitarbeiter der Zeitung „Tercüman“. Die europäische Ausgabe von „Tercüman“ unterstützt ebenfalls offen die Auslandsorganisationen der MHP, die allein in der Bundesrepublik über 5000 Mitglieder zählen. Hier ist beispielsweise der Heilbronner Korrespondent ein verantwortlicher Leiter der MHP im süddeutschen Raum.

Es gibt noch weitere interessante

wohnt ein MHP-Verantwortlicher, Hasan Oraltay. Fast jedes Jahr besucht Alparslan Türkeş ihn in seinem Haus in der Volpinistraße 30a. Oraltay ist Angestellter des CIA-Senders „Radio Liberty“. In der Abteilung für Sendungen zu den „Tataren“, betreibt er nach Aussagen zweier Radio-Liberty-Mitarbeiter ständig „antisemitische und faschistische Hetzpropaganda“. Günstig ist es bei dieser Figur, wenn man sich auf den Chefredakteur der Zeitung „Tercüman“, Dogan Pursün, beruft. Dann schwindet das Mißtrauen.

## Morddrohungen

Für wen und was soll in der Bundesrepublik nach Ansicht von Strauß ein „günstiger Boden“ geschaffen werden? Wohl doch nur für die MHP in Europa. Der MHP-Verein in Dinslaken verteilte ein Flugblatt, in dem zu lesen ist: „Ich rufe das türkische Volk zum Kampf gegen die Demokratie auf, die auf den Straßen verkauft wird.“ Oder in Berlin verkünden die MHP-Tarnorganisationen: „Es lebe das Türkentum, der ganzen Welt. Hoch die Nationalsozialisten. Unser Nationalismus ist der Türkei-Nationalismus.“ Der MHP-Verein in Stuttgart gar verkündet offen: „Unser Kampf, für den wir unser Blut opfern, gilt den kommunistisch unterwanderten Gewerkschaften und den dort arbeitenden Türkenfeinden.“ Die „Grauen Wölfe“, die in den Tarnorganisationen der bundesdeutschen MHP organisiert sind, arbeiten inzwischen auch zunehmend mit europäischen und bundesdeutschen neofaschistischen Organisationen zusammen. Verbindungen dieser Art gibt es in Frankfurt und München.

Die Aufgabe, die die Türkeş-Fanatiker in der Bundesrepublik haben, ist einer Dokumentation der „Arbeiterwohlfahrt“ zu entnehmen: „... mit allen Mitteln die Andersdenkenden zum Schweigen zu bringen und ein nationales und faschistisches Bewußtsein unter den türkischen Arbeitern zu erreichen. Die Anhänger der MHP üben Gewalt dabei aus.“ Und: „Ihr Angriffsziel sind Gewerkschaften, Fernseh- und Rundfunkanstalten, demokratische Vereinigungen türkischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“.

Im WDR weiß dazu eine Redakteurin zu sagen, daß „nach jeder kritischen Sendung hier Morddrohungen der ‚Grauen Wölfe‘ eingehen“. In Berlin haben sie gegenüber einem bekannten linken Türken eine Kindesentführung angedroht, Flugblattverteiler sozialdemokratischer Organisationen werden zusammengeschlagen. In Hagen rufen die „Grauen Wölfe“ offen zum Mord auf. „Meldet uns die Verräter, wir rechnen mit ihnen ab.“ Und dann hetzen die türkischen Faschisten besonders gegen die deutschen Gewerkschaften, vornehmlich die IG Metall.

Sie arbeiten mit Denunzierungen,

Denunzierungen, um eine „nationalistische Gewerkschaft“ aufzubauen, so wie sie es in der Türkei bereits getan haben – „mit dem Rücken lehrend an die widerlichen Gewerkschaften, die als Agenten des Imperialismus dienen“. Wobei die Zeitung „Tercüman“ hofft, „daß der Kampf der türkischen Arbeiter sicher mit dem Sieg enden wird“.

Und diese Faschisten, auf deren Konto 500 Morde und unzählige Attentate gehen, sollen jetzt offenbar von Franz Josef Strauß unterstützt werden!

## Riegel verschieben

Um was es Franz Josef Strauß geht? Sicher dürfte sein, daß er in Europa eine rechte Front gegen die „Sozialisten und Kommunisten“ aufbauen will. Und da ist ihm jeder Bündnispartner recht.

Ob dieser Kampf erfolgreich sein wird, hängt daher davon ab, ob Türkeş und seine Freunde rechtzeitig bekämpft werden. In der Türkei hat die seit Anfang des Jahres regierende sozialdemokratische Regierung von Bülent Ecevit – viel zu zaghaft und ängstlich – damit begonnen. Türkeş und seine „Grauen Wölfe“ suchen daher Unterstützung im Ausland, und zwar dort, wo ihre geschichtlichen und gegenwärtigen Vorbilder sind: in der Bundesrepublik. Dem gilt es einen Riegel vorzuschieben.

Jürgen Roth

aus „Metall“ 6. September 1978

Nicht nur jenseits des Bosphorus, auch in der bundesrepublik werden die türkischen faschisten immer dreister. Leider stoßen sie bei uns nicht auf die gegenwehr, die für einen demokratischen staat selbstverständlich sein sollte. Im gegenteil: Es gibt eher hinweise darauf, daß das grausame treiben z. b. der „grauen wölfe“ vernied-

licht, daß ihnen nicht die krallen gestutzt, daß sie eher noch geschärft werden sollen. Offenbar gibt es politiker hier wie dort, die bereit sind, die sicherung der südflanke der Nato auch mit hilfe von faschisten durchzuführen. Dabei scheint es sie zumindest nicht sonderlich zu stören, daß hierbei auch die türkische bevölkerung bluten

muß und daß insbesondere auf die türkischen arbeiter erbarungslos druck ausgeübt wird, daß sie mit mord und terror eingeschüchtert und verfolgt werden. Doch die demokratische öffentlichkeit schweigt – wie einst, als die schreie der im auftrag des schah von Persien gefolterten niemand hören wollte.

# die grauen wölfe in der bundesrepublik - drohender faschismus in der Türkei

**Beni öldürecek! Bicakliyor! Kurtarin Beni! Er bringt mich um! Er sticht! Helft mir! In der halle A14 von AUDI-NSU in Neckarsulm tötet ein türkischer faschist, ein grauer wolf, auf einen andersdenkenden ein. Wochen zuvor schon wurde der niedergelochene von den grauen wölfen bedroht: Wir werden euer blut in Heilbronn verießen und eure särke in die Türkei zu ater und mutter schicken.“**

nd was geschah weiter bei AUDI-NSU? Um ren gesinnungsfreund zu retten, erfanden die auen wölfe die geschichte vom planmäßigen griff auf den messerstecher. Nicht das opfer sei huldlos, sondern der messerstecher. Die gehäufte führung von AUDI-NSU glaubte den fashisten und sprach gegenüber dem niedergestoenen und denjenigen, die ihm zur hilfe kamen, e fristlose kündigung aus. Der DGB in Heilbronn sprach von einem „komplott“.

anderen betrieblen sieht es nicht anders aus! er gesamtbetriebsrat von Daimler-Benz in Sinelfingen: „Beide türkischen IG-Metall-betriebsmitglieder brachten erneut zum ausdruck, daß e unter den ständigen drohungen sich kaum ehr in der lage sehen, die interessen der arbeitnehmer und unserer organisation wahrzunehmen.“

as sind keine einzelfälle, im gegenteil. In den zten wochen greifen die grauen wölfe gezielt itglieder und funktionäre der IG Metall an. n den betrieblen und an verschiedenen orten hmen die einschüchterungen, die drohungen, e übergriffe der türkischen faschisten zu. Bei ebsversammlungen kommt es zu ausschreitun-n, in deren verlauf gewerkschaftsvertreter be-ohrt und das verteilen von zeitschriften behindert wird. Im vorfeld von vertrauensleute- und bebsratswahlen werden türkische gewerkschaftsfunktionäre so lange eingeschüchtert und bedroht, diese aus angst um ihr eigenes leben oder das en ihrer familienangehörigen auf eine kandidatur verzichten.“ (presseerklärung der IG-Metall-zirksleitung Stuttgart, 1.3. 1980)

ürkische verhältnisse in der bundesrepublik! den letzten beiden jahren kamen bei politiken attentaten in der Türkei 2500 menschen is leben – 80% waren opfer der türkischen fa-

schisten. Sie werden vom ex-obristen Alparslan Türkeş und seiner MHP (Partei der nationalistischen Bewegung) nicht nur geistig geführt. Auch in der bundesrepublik hat der terror der türkischen faschisten schon zu todesopfern geführt. In den letzten drei jahren wurden vier türken opfer der faschistischen gewalt. Der letzte fall: Anfang dieses jahres erstachen in West-Berlin rechtsfanatische türken den IG-Metall-kollegen Celattin Kesim auf offener straße. Bis auf den letzten fall verneinte die polizei politische hintergründe. Sie sieht in den blutigen auseinandersetzungen zumeist familienfehden und bemüht sich überhaupt nicht darum, den politischen hintergrund aufzuklären.

## aufruf zum kampf gegen die freiheit

Dabei braucht man nur die flugblätter der türkischen faschisten zu lesen. Da beweisen „jugendliche, die dem Ideenverein angehören“, daß sie „kämpfen können, auch wenn sie sterben müssen“. (Ideenverein Dinslaken)

Oder: „Ich rufe die türkische nation auf zum kampf gegen die demokratie, die auf den straßen zum spinatpreis verkauft wird, gegen die korrup-tion, gegen die rechtsstaatliche ordnung. Ich rufe auf zum kampf gegen die freiheit.“ (Kulturverein Saarbrücken)

Hinter all dem steht ein mann, Alparslan Türkeş, der vom amerikanischen geheimdienst CIA unterstützt, die linke und demokratische bewegung in der Türkei zerschlagen will, um einen „ständestaat“ in einer „Großtürkei“ zu errichten.

Türkeş: „Ich habe die sache, die mir anvertraut wurde, fest in die hand genommen. Wenn ich unterwegs fallen sollte, tragt die fahne weiter. Sollte ich umkehren, schlagt mich tot. Schlagt alle tot, die unsere sache mitgemacht haben und umkehren wollen.“

Und das sprachrohr der MHP in der Türkei, devlet, schreibt: „Man muß die straßen erobern, man muß den staatsapparat erobern, man muß das parlament in die hand nehmen.“ Niemand wundert sich daher auch, daß mein kampf von Adolf Hitler zur standardlektür der türkischen faschisten gehört und in einem MHP-verlag herausgegeben wurde. Denn, so ein parteigänger von Türkeş: „Die türkische rasse ist wertvoller als alle anderen rassen.“

In der bundesrepublik und in Westeuropa übernimmt die propagandaufgabe für die türkischen faschisten die in Frankfurt ansässige Türk-Föderation, von der aus die gesamten aktivitäten der regionalen kultur- und idealistenvereine gesteuert werden. Publizistisch unterstützt die rechtsradikale zeitung *tercüman* das faschistische treiben. Haben die faschisten etwas zu veröffentlichen, im *tercüman* finden sie immer genügend platz. In den büroräumen der zeitung treffen sich von zeit zu zeit die führenden mitglieder der MHP. Nach den meist geheimen treffen im büro des vorstandsmitgliedes Ilicak gehen die faschisten in das naheliegende hotel Erika, um weiter darüber zu reden, wie man die finanziellen mittel, die der MHP in Europa zuströmen, kapitalkräftig einsetzt. Sicher ist jedenfalls, daß die Türk-Föderation über außerordentlich viel geld verfügt: Heroinhandel und prostitution dürften dazu beigetragen haben. aber auch die erpressung der türkischen arbeitnehmer, die in den betrieblen und wohnheimen gezwungen werden, monatlich hohe geldbeträge an die MHP zu überweisen.

## die kommandozentrale sitzt in Frankfurt

Die nürnbergger nachrichten vom 23. februar 1980: „Ein geschäftsmann ist wegen seiner standhaften weigerung, spenden an die MHP zu zahlen, mit öffentlich ausgesprochenen morddrohungen belegt worden.“

Das geld wird gut angelegt. Denn irgendwoher müssen die faschistischen kommandos in der Türkei ihre waffen beziehen. Eine in Belgien gekaufte kalashnikow kostet ca. 1500 \$, ein US-colt 45 bis 400 \$, ein iranischer G3 ca. 1000 \$ und die häufig eingesetzte MG Uzi ca. 900 \$. Und der waffenschmuggel ist überdies ein einträgliches geschäft.

Schließlich, so sagt es der vorsitzende der Türk-Föderation, ein mann namens Celebi: „Ich bin voll bereit für unseren heiligen krieg. Hand in hand werden wir alle arbeit erledigen. Mit dem beistand gottes werden wir eines tages an die macht kommen.“

Und im standardwerk der türkischen faschisten, dem buch *die nationale frage und Türkeş* aus dem jahr 1977, steht: „Wir, die grauen wölfe von Türkeş, sind im krieg. Wir kampfren gegen die roten

moskauer leute und nehmen rache für unsere gefallenen. Der wolf ist unser symbol."

### Will der verfassungsschutz die „grauen wölfe“ reinwaschen?

Doch die bundesregierung und besonders der verfassungsschutz sehen nichts, im gegenteil, sie verteidigen die grauen wölfe, die es nach ansicht des verfassungsschutzes überhaupt nicht gibt. So hat das Bundesamt für Verfassungsschutz am 11. februar 1980 den mitarbeiter einer nachrichtendienstur zu einer internen besprechung eingeladen, damit dieser ungeprüft die ansichten „leitender mitarbeiter des bundesamtes“ am nächsten tag über die ticker laufen lassen konnte. Die verfassungsschützer beschwerten sich über die negative berichterstattung gegenüber den aufrechten grauen wölfen und machten die berichterstattung darüber für die gewalttätigkeiten unter den türken verantwortlich.

Originalton verfassungsschutz: „Es sei den linken gelungen, die nationalistischen in der öffentlichkeit als faschisten und reißende wölfe hinzustellen... Nach dieser untersuchung erwies sich auch die behauptung, rechtsgerichtete türken würden organisiert mit der NPD zusammenarbeiten, als nicht stichhaltig. So scheinen die nach meinung der beauftragten agitatorisch geschickten kommunikatoren und den türken den verfassungsschützern bößeres kopfzerbrechen zu machen.“

Man fragt man natürlich prompt, wo denn der schmerzpunkt der verfassungsschützer bei solchen aussagen geblieben ist, wenn nur ihr rechtes herz schmerzt!

Am 25. februar 1980 konnte man lesen, daß der vorsitzende der Nationalsozialistischen Demokratischen Arbeiterpartei, NSDAP, herr Schönborn, eine aufbauorganisation für türken gegründet habe. 50 türken, vor allem des kulturvereins, haben sich daran beteiligt.

### A und MIT machen die wölfe scharf

Es ist schon mehr als merkwürdig, daß die argumente der „leitenden mitarbeiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz“ die gleichen sind, wie die Alparslan Türkes in der dezember-nummer seines mitteilungsblattes *hasret* veröffentlichte. Sicher ist jedenfalls, daß die grauen wölfe die ideale allzweckwaffe gegen die linksorientierten türken eingesetzt werden. Die geheimdienste, insbesondere der türkische MIT, der amerikanische CIA und der verfassungsschutz, sind momentan dabei, diese waffe noch schärfer zu machen.

Unter diesen umständen verwundert es natürlich nicht, daß der kanzlerkandidat Franz-Josef Strauß den türkischen faschistenführer Türkes im april 1978 zu einer privataudienz empfing. In dem einstündigen gespräch drehte sich darum, für die MHP ein günstiges klima in der bundesrepublik zu schaffen, weil die MHP ein bollwerk gegen die gefahr des weltkommunismus sei. Und in dieser lageeinschätzung gab es übereinstimmung zwischen beiden „führern“ – wie nicht anders zu erwarten.

### Worum wird gegen die türkischen faschisten nichts unternommen?

Schämend ist, daß trotz beschwörender erklärungsbelle der gewerkschaften und demokratischer arbeitervereine, die bundesregierung nichts gegen das treiben der faschistischen grauen wölfe unternimmt. Rüge und schon fast verschämt werden parlamentarische anfragen einzelner bundestagsabgeordneter abgeblockt – dem lapidaren satz, daß die türkischen rechtharmlos wären. Die deutschen gewerkschaften werden somit als propagandisten und lügner dargestellt.

Jährlich sind nicht nur die grauen wölfe sondern auch die fanatisch-religiösen islamischen

kulturzentren. Das Islamische Kulturzentrum Köln ist mit 133 gemeinden der mit abstand größte islamische spitzenverband in der bundesrepublik! Die besucherzahl beläuft sich nach erhebungen aus dem frühjahr 1978 auf jährlich 935 000 personen. Chefagitator dieser islamischen sekte, der süleymanisten, ist ein H. R. Tüylüoğlu. Er war in der Türkei einer der führenden süleymanis. Die dort agierende sekte wurde verboten, und Tüylüoğlu flüchtete nach Deutschland. Man sagt, daß er in Köln sehr schnell mit dem auto-export in die Türkei reich geworden ist. Zugleich hat er ein unterirdisches netz von süleymanis aufgebaut, mit vielfachen verbindungen zur MHP. Von allen islamitischen bewegungen sind die süleymanis am offensten anti-kommunistisch und antidemokratisch; sie stehen dichter bei dem reinen faschismus als andere sekten.

### die südflanke der Nato wird „gesichert“

Am 9. november 1979 erklärte Tüylüoğlu: „... wir haben schon vor jahren dafür sorge getragen, daß die dreckigen antlitze der judendiener dem islamischen volk präsentiert werden.“ Zuvor schon verkündete der islamische cheffetzer: „Wer uns nicht glaubt, ist ein feind der mohammedanischen türkischen nation. Ich werde all diese menschen mit der wurzel ausrotten. Ich zeige auch die leute, die unsere gegner sind, die die welt zerstören.“

Der DGB in einer dokumentation vom 19. februar 1980: „Die süleymanisten selbst vertreten die auffassung, daß die anhänger der islamischen revolution alle mittel nutzen müßten, um an die macht zu kommen. Man müßte zuerst durch korankurse die religion verbreiten. Angefangen bei den religiösen einrichtungen müßte man im gesamten staatsapparat brückenköpfe erobern, das gelte auch für die politischen parteien.“

Auch die süleymanisten können bislang ungehindert ihr politisches gift unter die ahnungslosen türken verteilen, die in ihrer sozialen und kulturellen isolation halt in der religion suchen. Die frage drängt sich auf, warum diese faschistischen und fanatisch-religiösen gruppen unterstützt werden. Braucht man sie etwa, um die türkischen arbeitnehmer zu spalten und einzuschüchtern, die einen radikaldemokratischen oder gar sozialistischen weg in der türkei gehen wollen und die sich hier offen organisieren können? Ist das ausdruck einer machtpolitik, die nur das ziel hat, die Türkei fester an die Nato und den sogenannten freien westen zu binden?

Die frage ist beantwortet, wenn man einen aufsatz nachliest, der in einer höchst ominösen zeitschrift, den *beiträgen zur konfliktforschung*, im letzten jahr veröffentlicht worden ist. Im beirat dieser zeitschrift sitzen sinnigerweise CDU-abgeordnete und moche militärs aus der Nato:

„Ein wesentlicher grund, warum die MHP als faschistisch beschuldigt wird, ist ihre überzeugung, daß die Türkei auch in der außenpolitik sich zur freien welt bekennt und fest zum Nato-bündnis steht. Die Türkei ist ein Nato-staat von gewicht. Sie ist ein notwendiger stabilisierungsfaktor der südflanke der westlichen verteidigungsgemeinschaft. Würde das land aus dieser koalition ausbrechen, teil eines neutralen, wahrscheinlich westfeindlichen islamischen blocks werden oder den russen anheimfallen, so würde damit auch die sicherheitskonzeption der bundesrepublik ausgehöhlt.“

### die bevölkerung muß bluten, und der westen schweigt

Und weil das so ist, wird zur zeit ein reaktionäres regime am leben erhalten. Süleiman Demirel, der zusammen mit faschistenführer Alparslan Türkes regiert, hat die erpresserischen forderungen des Internationalen Währungsfonds (IMF) bedingungslos erfüllt damit die seit lan-

gem zugesagten milliardenkredite endlich fließen können. Bedingungen: Abwertung der türkischen lira, preiserhöhungen im staatlichen sektor, re-privatisierung von staatsunternehmen und freie hand für ausländisches kapital. Aufgrund der „hilfe“ des westens hungert jetzt die bevölkerung, nimmt die kindersterblichkeit rapide zu – ist das leben unerträglich geworden. Preiserhöhungen zwischen 100% und 800% wurden in den letzten wochen durchgesetzt, während die löhne kaum gestiegen sind. Hinzu kommen massenentlassungen in den staatlichen betrieben. In Izmir wurden 15 000 arbeiter entlassen. Dafür wurden treue faschistische militante eingestellt. Arbeiter und ihre familien, die sich gegen die vernichtung ihrer existenzgrundlage wehrten, wurden mit Nato-panzern in schach gehalten. Seitdem Demirel regiert – und das sind gerade 100 tage – wurden 39 000 personen verhaftet und 14 960, meist oppositionelle linke, eingekerkert. Folterungen sind an der tagesordnung; zeitung und zeitschriften werden verboten, linke vereinigungen geschlossen – und die deutsche demokratische öffentlichkeit hüllt sich in schweigen.

Dabei ist das, was momentan in der Türkei geschieht, erst der anfang. Führende politiker der sozialdemokratisch orientierten Republikanischen Volkspartei von Bülent Ecevit befürchten in den nächsten wochen einen militärputsch. Und der wird, so sagen sie, in einem grausamen blutbad gegenüber allen linken enden. „Vielleicht werden wir uns nicht mehr wiedersehen.“ Mit diesen worten verabschiedeten sie sich zur zeit, wenn sie wieder in die Türkei zurückkehren.

Jürgen Roth

aus: druck und papier,  
jahrgang 118, nummer 7,  
vom 7. april 1980.

# Endlich verbieten!

Seit langem machen die demokratischen Kräfte die Verantwortlichen auf die wachsende faschistische Gefahr durch die "Grauen Wölfe" und der islamischen Fanatiker aufmerksam. Sie stießen mit ihren Warnungen bisher auf taube Ohren der Verantwortlichen. Vielmehr wurde auf die demokratischen Organisationen Druck ausgeübt.

Alle Verantwortlichen müssen mit ihrer Politik der in-Schutznahme und Begünstigung der faschistischen Organisationen brechen. Sie müssen den Forderungen der demokratischen Öffentlichkeit endlich nachkommen!

Wir fordern deshalb:

- Schließung des Büros der "Türkischen Gemeinschaftsorganisation" (Graue Wölfe) Unter den Linden 47
- Keinerlei Räume - weder privat noch öffentlich - für türkische Faschisten in Reutlingen
- Keine Genehmigung für öffentliche Veranstaltungen und
- Verbot der MHP und all ihrer Tarnorganisationen

Über das Verbot derartiger Organisationen und Vereine und die Ausweisung derer, die sich zu diesen Gruppierungen bekennen, hinaus fordern wir alle Verantwortlichen auf, größte Anstrengungen zu unternehmen, damit die türkischen Mitbürger unserer Stadt stärker integriert werden und rechtsradikale Vereinigungen, die ihr Potential aus Unzufriedenheit und Verzweiflung schöpfen, keinen Zulauf mehr bekommen.

## Schlussbemerkung

Diese Dokumentation erhebt nicht den Anspruch, eine vollständige und zusammenhängende Darstellung der türkischen rechtsextremistischen Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland und in der Türkei zu liefern.

Vor allem können in dieser aktuellen Dokumentation nicht die sozialen und politischen Ursachen für Faschismus und die internationale Zusammenarbeit von rechtsextremen und faschistischen Organisationen analysiert und dargestellt werden.

Es sind in den letzten Jahren in der Bundesrepublik eine Reihe von Dokumentationen und Zeitungsartikeln zu dieser Problematik erschienen.

Für alle, die sich noch weiter informieren wollen, eine Auswahl :

- "Stoppt die Grauen Wölfe" - Dokumentation des Terrors der "Grauen Wölfe" in West-Berlin.  
Berlin o.J., 2.erweiterte Auflage  
Initiativkomitee gegen türkische Faschisten  
Langenscheidtstr.3, 1000 Berlin 63
- " Verbot der faschistischen Terrororganisationen"  
Teil 1, Hrsg. HDF , Lobaschstr.23, 2000 Hamburg 50
- " Türkei heute"  
Frühjahr 1980, Hrsg. Europakomitee für Frieden und Freiheit ( TBÖK), Gartenstr.96, 6000 Frankfurt a.M.70  
Bestellungen: TTO, Katzbachstr.3, 1000 Berlin 61
- " Türkische Rechtsextremisten in der Türkei und in Europa", März 1979  
zusammengestellt von der Koordinationsgruppe Türkei  
amnesty international, Postfach 17 02 29, 5300 Bonn

„DIE ZEIT IST NICHT GE-  
KOMMEN,  
NIEMAND DARF DIE FAH-  
NEN FALTEN  
WAS WIR HÖREN IST DAS  
HEULEN DER SCHAKALE  
SCHLIESST EUCH FEST ZU-  
SAMMEN, KINDER  
DIESER KAMPF IST GEGEN  
FASCHISMUS  
DIESER KAMPF IST FÜR  
FREIHEIT“

N. Hikmet